



Merkel und die EU spielen im Nahost-Friedensprozess keine Rolle....

...und das ist auch gut so!
SEITE 7

Überlässt die bayerische Landesregierung eine jüdische Seniorin ihrem Schicksal?

Keine Hilfe der Justiz gegen somalischen Verbrecher
SEITE 21



Die Freude des achten Tages

Warum Schmini Atzeret gefeiert wird und welche Verbindung dieses Fest mit Simchat Tora hat

SEITE 47



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

kurz vor Erscheinen dieser Ausgabe haben die Juden in dieser Welt in diesem ganz besonderen und ungewöhnlichen Corona-beherrschten Jahr den jüdischen Jahreswechsel und das Versöhnungsfest Jom Kippur begangen. Mit diesem Jahresbeginn schreibt das jüdische Volk bereits das Jahr 5781.

Ungeachtet der erheblichen Erschwernisse und des Anstiegs der Infektionszahlen vor allem in Israel folgten die Juden im gelobten Land und in der ganzen Welt, wenn auch in einer mit Ausnahmen bislang nie da dagewesenen, zumeist medialen und indirekten Form auch in diesem Jahr dem ewigen Brauch, am Neujahrstag, Rosch HaSchanah, der in der Thora auch Jom Terua (Tag des Schofarblasens) genannt wird, wie seit jeher dem vertrauten Klang des Widderhorns (Schofar) zu lauschen und für ihre Lieben und für sich selbst und für alle Menschen ein glückliches, friedvolles und besonders ein gesundes, kurzum ein süßes neues Jahr zu erbitten.

Die Redaktion und ich schließen uns aus ganzem Herzen für unsere Leser und für uns alle diesen Wünschen an. Das Neujahrsvest Rosch HaSchanah und die folgenden Tage bis Jom Kippur stellten für das gesamte jüdische Volk neben der Hoffnung auf das Neue auch eine Zeit der Rechenschaft und der Besinnung über das Bisherige, über das Versäumte und über das Erreichte dar.

Im Oktober zum Zeitpunkt der Drucklegung unserer gegenwärtigen Ausgabe folgten bereits Simchat Torah und das einwöchige Laubhüttenfest Sukkot.

Sukkot ist ein frohes jüdisches Erntedankfest, das an den ruralen Ursprung des jüdischen Volkes erinnert. Das jetzt folgende Simchat Torah spiegelt den Dank und die Freude des jüdischen Volkes über sein größtes Glaubenswerk, die Thora wider, die sowohl die Schöpfungsgeschichte als auch die als ethischer und allgemeiner Menschenkodex bis heute geltenden zehn Gebote enthält.

Die uralte Tradition dieser Feiertage, die sowohl in Israel als auch von den Juden in aller Welt begangen werden, belegt einmal mehr, dass Israel weltweit einer der geschichtlich am längsten legitimierten Staaten auf seinem Staatsgebiet ist, einschließlich seiner gesamten ungeteilten Hauptstadt Jerusalem, einschließlich des jüdischen Tempelbergs sowie einschließlich der jüdischen Regionen Judäa, Samaria und Galiläa.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €;
Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Trump's Top Ten 2020



Von Robert Schütze

Er ist nun rund vier Jahre im Amt. Er ist laut und direkt. Vieles macht er anders als Obama. Von ihm werden gängige Denkmuster und Verhaltensregeln hinterfragt. Sein Land und sein Volk rangieren für ihn an erster Stelle. Das reicht oppositionellen Journalisten und Politikern schon aus, um ihn unablässig zu kritisieren, zu dämonisieren, ihm jegliche Erfolge abzusprechen, ihm Unbeliebtheit im Volk zu unterstellen und ihn für alles Übel dieser Welt verantwortlich zu machen.

Aber betrachtet und beurteilt man Trumps bisherige Amtszeit einmal nüchtern, sachlich und ohne die Medien-Hysterie diesseits und jenseits des Atlantiks, so ergibt sich eine erstaunliche Erfolgsbilanz: Hier sind Trump's Top Ten!

1. Israel und Iran

Ex-Präsident Obama hinterließ seinem Nachfolger im Nahen Osten ein Trümmerfeld. Er ruinierte die Beziehungen zum demokratischen Israel und umgarnte gleichzeitig den diktatorischen Iran. Trump konnte das Verhältnis zum alten Verbündeten Israel gleich zu Anfang seiner Amtszeit wieder mehr als normalisieren und übt wie die Vorgänger Obamas stärkeren Druck auf die unruhestiftende Diktatur in Teheran unter

Staatspräsident Hassan Rohani aus. Er weiß: Der Iran ist ein höchstgefährlicher Staat. Von der Islamischen Republik gesteuerte Milizen kämpfen in Syrien, dem Irak und im Jemen. Sie wollen den Machtbereich der Schiiten bzw. des schiitischen Irans ausweiten. Bei einer Militäroperation schoss das iranische Militär am 8. Januar 2020 irrtümlich ein ukrainisches Linienflugzeug auf dem Weg von Teheran nach Kiew ab, bei dem alle 176 Insassen, größtenteils Iraner, getötet wurden. Erst nach mehreren Dementis gab die Diktatur den Abschuss zu. Bei den darauffolgenden Demonstrationen in Teheran gegen die Staatsführung versuchte die Polizei die protestierenden Menschen gewaltsam zu stoppen. Gewalt gegen die eigenen Bürger ist im Iran keine Ausnahme, sondern die Regel: 2015 gab es im Land laut Amnesty International 977 Exekutionen durch Erhängen oder Steinigung – die meisten weltweit nach China. Darunter waren zahlreiche öffentliche Hinrichtungen und Exekutionen aus religiösen Gründen, denen oft noch schlimmste Folterungen vorausgingen. Auf der Rangliste der Pressefreiheit kommt der Iran erst auf Platz 173 von 180 Staaten.

„Donald, ich möchte dir sagen, wie sehr ich den Wandel in der Außenpolitik gegenüber dem Iran schätze“, erklärte Israels Ministerpräsident Ne-

tanjahu stellvertretend für nahezu alle Staatschefs des Nahen Ostens. Denn fast sämtliche Nachbarstaaten des Irans fühlen sich durch die Politik Teherans bedroht – sie sind vornehmlich sunnitisch. Die gemeinsame Bedrohung schweißt zusammen und eröffnet die Chance für ein großes Friedensbündnis, das auch Israel und die „palästinensischen“ Siedlungsgebiete miteinschließt. Dafür verhandelt Trump sogar notgedrungen mit Saudi-Arabien. Viele arabische Staaten sind mittlerweile bereit, ihr bislang feindseliges Verhalten gegenüber Israel zu ändern. Trumps bereits 2017 gestarteten und klug durchdachten Maßnahmen zur Beruhigung der Region tragen nun erste Früchte: Die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain haben am 15. September im Beisein des US-Präsidenten mit Israel einen Friedensvertrag unterzeichnet, der die Normalisierung des Umgangs miteinander und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen besiegelt. Eine solch positive Bewegung hat es im Nahen Osten seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Von mehreren Seiten wurde Trump nun schon für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger Obama, der den Preis 2009 ohne entsprechende vorherige Leistung erhielt, hätte die Verleihung an ihn auch konkrete Gründe.

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Trump's Top Ten 2020

Die bis heute kaum bekannten Erfolge des US-Präsidenten, die von deutschen und westeuropäischen Journalisten nach Kräften ausgeblendet werden.

Um von der eigenen Erfolglosigkeit, den eigenen Lügen und Fehleinschätzungen abzulenken, kritisieren deutsche Politiker und Journalisten unablässig Trumps Schritte zum Frieden und versuchen seinen jüngsten sensationellen außenpolitischen Erfolg kleinzureden. Sie erkannten und erkennen nicht, dass die endlich vollzogene Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, die von Trumps Amtsvorgängern immer nur angekündigt und nie umgesetzt wurde, sowie die gezielte Tötung des aggressiven iranischen Generals Soleimani im Januar und die von Netanjahu im Juni angekündigte Ausweitung der israelischen Zivilverwaltung auf Judäa und Samaria (in den Medien auch „Westjordanland“ genannt) alles Puzzle-Teile in Trumps lange vorbereitetem Friedensplan waren. Er hat so Stärke demonstriert, den Iran ohne große Verluste in seine Schranken verwiesen und sich eine gute Position samt Möglichkeiten für Zugeständnisse in den Verhandlungen mit den arabischen Staaten verschafft.

2. Vernichtung des „Islamischen Staates“

Donald Trump hat im Unterschied zu seinen Amtsvorgängern noch keinen neuen kriegsrischen Konflikt begonnen, sondern mehrere eingedämmt, verhindert und sogar beendet. Bei seinem Amtsantritt war der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) der schlimmste Krisenherd der Welt. Die dort herrschende Brutalität war kaum zu überbieten. Er stellte eine riesige Gefahr dar – nicht nur für den Nahen Osten, sondern durch das Aussenden

von Terroristen in alle Himmelsrichtungen auch für die gesamte Weltgemeinschaft. Doch unter Ex-Präsident Obama wurde gegen ihn nur halbherzig vorgegangen. Viele sagen sogar, Obama hätte den IS durch seine Untätigkeit und Fehlentscheidungen erst wachsen lassen. Einer der besten Kenner des Geschehens in Syrien und dem Irak war Brett McGurk. Er wurde noch von Obama 2015 als US-Sonderbeauftragter für die Bekämpfung der islamistischen Terrormiliz eingesetzt und besuchte ständig die Frontlinien, an denen die von Amerika angeführte Anti-IS-Allianz gegen die Terroristenarmee kämpfte. In einer Pressekonferenz im August 2017 gab er bekannt, dass es seit dem Amtsantritt von Donald Trump schneller vorangehe als je zuvor. Der Grund sei eine überlegtere Vorgehensweise der neuen US-Regierung. Seit 2017 wolle nicht mehr das Weiße Haus alles bestimmen. Man überließ die Entscheidungen den Kommandeuren vor Ort. Neben dem Delegieren der Befehlsgewalt achtete man z.B. bei Kämpfen in Nord-Syrien ebenfalls stärker darauf, dass besiegte IS-Kämpfer nicht entkommen und sich als Terroristen ins Ausland absetzen können. Auch die Kommunikation mit der russischen Militärführung, die Assad unterstützt, wurde verbessert. So konnten Angriffe gegen den IS abgesprochen und Waffenstillstandsabkommen für Süd-Syrien verabredet werden, die weitere Gemetzel zwischen den von Russland unterstützten syrischen Regierungstruppen und Oppositionellen mit US-Rückendeckung verhindern.

Im Oktober 2019 spürte eine US-Eliteeinheit den IS-Anführer Abu Bakr al-Bagdadi in Syrien auf. Dieser wurde von der Einheit in einen unterirdischen Gang gedrängt, in dem er sich letztendlich mit einer Sprengstoffweste selbst tötete. Dank des entschiedenen Vorgehens von Donald Trump kehrte in den vergangenen dreieinhalb Jahren in immer mehr Gebieten der Unruheregion Frieden ein, wodurch für zahlreiche Asylbewerber aus Deutschland und anderen Staaten die Möglichkeit besteht, in ihre Heimatstädte zurückzukehren. Die syrische Regierung hat sie schon mehrmals um eine Heimkehr gebeten, um beim Wiederaufbau zu helfen.

3. Der leise Tod von TTIP

2015 und 2016 protestierten in Deutschland mehrere hunderttausend – meist linksgerichtete – Demonstranten gegen TTIP. Die Demos gehörten zu den größten in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik. Die CDU/SPD-Koalition in Berlin und die Obama-Regierung in Washington waren sich über die Einführung des transatlantischen Freihandelsabkommens schon so gut wie einig. Die Protestler – darunter viele Linksradikale bzw. Kommunisten mit roten Fahnen oder in Sowjet-Soldatenuniformen – meinten, dass dadurch unter anderem eine Verringerung der Verbraucherrechte, eine Verschlechterung der Lebensmittelstandards und eine Amerikanisierung des gesamten Wirtschaftslebens zu erwarten wären. Es hatte über 10 Jahre gedauert, das Freihandelsabkommen TTIP auszuhandeln – Trump benötigte einen Tag, um es zu be-

erdigen. Damit machte er eines seiner Wahlversprechen wahr. Wer jetzt meinte, die linken Protestler würden ihm reihenweise um den Hals fallen, lag daneben. Dass er etwas gemacht hatte, was genau in ihrem Sinne war und um das sie jahrelang mit größten Mühen gekämpft hatten, wurde konsequent totgeschwiegen. Es durfte in ihren Augen nicht sein, dass das „Böse“ etwas „Gutes“ vollbracht hat.

4. Arbeitslosigkeit auf niedrigstem Stand seit 50 Jahren

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist Ende 2019 auf den niedrigsten Stand seit 50 Jahren gesunken. Nach Angaben des US-Arbeitsministeriums lag die Arbeitslosenquote bei nur 3,5 Prozent und damit so niedrig wie seit 1969 nicht mehr. Speziell für schwarze Erwerbstätige fiel die Quote sogar auf ein Allzeit-Tief. Trump hat also mehr Schwarze in Lohn und Brot gebracht als sein schwarzer Amtsvorgänger. Auch im Vergleich zu Deutschland war die Arbeitsmarktlage in den USA zum Jahreswechsel besser. Durch Corona ist die US-Arbeitslosenquote selbstverständlich – wie überall in der Welt – angestiegen, allerdings befindet sie sich seit Mai auch schon wieder im starken Sinkflug. Die Arbeitslosenquote in Deutschland hingegen fing erst im September an, sich zu erholen – und zwar deutlich langsamer. Der Präsident hat schnell die Tatsache erkannt, dass die Corona-Epidemie weniger gefährlich ist als befürchtet, und die Wirtschaft umgehend wieder auf Touren gebracht.

Fortsetzung von Seite 4 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Auf Jerusalem, die ungeteilte und heilige Hauptstadt des jüdischen Staates, wird seit Jahrtausenden und lange vor der Entstehung des Christentums und des Islams mehrere hundert Male an vielen Stellen der Thora Bezug genommen. Daran ändern auch die späteren Eroberungsraubzüge der Römer und der Osmanen nicht das Geringste.

Es ist an Zynismus nicht zu überbieten, dass gerade der jüdische Staat Israel seit Jahrzehnten zur Zielscheibe einer weltweiten Delegitimierungskampagne geworden war, die unter weitestgehender Zustimmung der immer mehr nach links degenerierten deutschen Politik vor allem von der verlogenen UN(nützlich)-Organisation (UNO) als missbrauchtes Podium für einseitige und jeder faktischen Basis entbehrende Israel-Dämonisierung von häufig mehr als zwielichtigen und dubiosen Diktatoren angeführte Unrechtsregime verkommen ist.

Vollkommen unbeachtet bleibt dabei die simple Tatsache, dass von der hohen, über 1,5 Milliarden Menschen betragenden Zahl der weltweit lebenden Muslime sehr viele vor allem in den islamischen Unrechtsregimen täglicher Unterdrückung und Verunrechtung ausgesetzt sind, während sie gerade in Israel frei und unbehindert ihrer Religion nachgehen können und in der Knesset, dem israelischen Parlament mit einer eigenen Vertretung präsent sind. Nichts davon wird Juden in islamischen Staaten gewährt.

Unter den die europäische Migrationsmisere nährenden, zumeist islamischen Zuwanderern gibt es keine Muslime, die aus Israel fliehen.

Türkei: Staat auf geraubtem Land

Gleichzeitig werden ebenfalls mit großer deutscher Empathie islamische Eroberer und Landusurpatoren, die weite Teile ihrer Staatsgebiete erst in jüngster Geschichte zusammengeraubt haben und diese unangefochten behalten dürfen, von unseren westlichen Selbstaufgabe-Politikern sogar noch

ermutigt und hofiert. Man denke nur an die gewaltsame Eroberung, Unterwerfung und Einverleibung des ur-christlichen Konstantinopel vor ca. 500 Jahren, die Vereinnahmung des Nordteils Zyperns durch die Türkei vor 45 Jahren oder die gegenwärtigen aggressiven kriegstreiberischen Aktivitäten Erdogans gegenüber Griechenland und in der Ägäis, in Syrien und im Irak.

Jeder Versuch der islamischen und anderen weltweiten und hiesigen Israel- und Judenhaser, den jüdischen Ursprung der gesamten Region und der heiligen – zum Teil wie auf dem Tempelberg durch demütigende Eroberungsbauten des Islam geschändeten – jüdischen Stätten zu leugnen und von den Juden zu trennen, ist nicht nur jüdenfeindlich und verlogen, er ist historisch

ihrer ursprünglich vom idealistischen Gleichheitsmotiv geleiteten Initiatoren, darunter zahlreiche jüdische Revolutionäre, ausgestoßen und getötet hat.

Reformationstag 2020: Vorbehalte der Evangelische Kirche gegen Israel sind geblieben

Einen weiteren Jahrestag feiert in diesem Monat auch die durch und durch in der als Israelkritik getarnten antijüdischen Tradition ihres Stifters verharrende protestantische Kirche. Der bis zum Mord an Juden aufrufende Antisemitismus des von der evangelischen Kirche bis heute bejubelten sogenannten Reformators Martin Luther, der vor 503 Jahren in Deutschland von der jüdenfeindlichen katholischen Kirche abgespaltenen

des judäo-christlichen Abendlandes bei ihren Kirchentagen bevorzugt mit Klima-Exorzismus und Vulva-Malen beschäftigt, auch heute nur wenig Hoffnung auf eine echte Aussöhnung der Kirche mit dem jüdischen Volk.

Während unsere Politik und unsere Mainstream-Medien unvermindert bemüht sind, entsprechende nahezu tägliche Vorkommnisse und Risiken totzuschweigen und ohne jedes Mitgefühl für die Opfer der islamischen Mordangriffe Einzelfall-kleinzureden und während sie gegen besseres Wissen die vollkommen offensichtliche Verbindung des Islam zu dem zwischenzeitlich nahezu allgegenwärtigen Messer-Morden auf unseren Straßen vorsätzlich vernebeln und leugnen, beherrschen islamische Gewalt und islamischer Hegemonialanspruch mit zunehmender Stärke des weiterhin nahezu ungebremst wachsenden muslimischen Bevölkerungsanteils in Deutschland und fast überall in den Islam-Einlass-Staaten Westeuropas immer mehr das tägliche Geschehen.

Die gewalttätige und Rechtsstaat-averse Islam-Problematik in Frankreich und Westeuropa haben gerade in den letzten Tagen den französischen Präsidenten Macron in einer 180-Grad-Drehung dazu veranlasst dem Vormarsch der Islamisierung in seinem Lande den Kampf anzusagen. Nach der quasi Vereinnahmung Malmös durch islamische Gewalt bahnt sich auch in Schweden endlich eine Wende der Politik an.

Auch in angelsächsischen und anderen Ländern finden sich lagerübergreifend immer mehr Intellektuelle gegen die „Cancel Culture“-Bewegung zusammen. Sie haben verstanden: Wer die freie Debatte wieder groß machen will, muss die Enthistorisierungs- und Entkulturationsversuche der „Moralprediger ohne Moral“ entschieden zurückweisen.

Fortsetzung auf Seite 14 ▶▶

” Unter den die europäische Migrationsmisere nährenden, zumeist islamischen Zuwanderern gibt es keine Muslime, die aus Israel fliehen. “

absurd und geht vollständig ins Leere.

Der vor uns liegende Monat Oktober beinhaltet auch Jahrestage für nicht unmittelbar mit dem Judentum und dem jüdischen Volk verbundene historische Ereignisse, die letztlich aber in nicht geringem Maße jüdisches Leben und jüdische Schicksale beeinflusst haben.

Im Oktober 2020 jährt sich zum 103. Mal der Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution (nach anderer Zählung auch am 7. November). Im Zuge dieser gigantischen Umwälzung, die das russische Zarenreich erschütterte, wurden nicht nur der Zar und seine Familie ermordet, es folgten bis zum Jahre 1991 ganze 74 Jahre kommunistisch-bolschewistischer Zwangsherrschaft, in deren Verlauf die Revolution viele

Protestanten, vereitelte leider die Hoffnung auf eine Besserung der damaligen Lebenssituation des jüdischen Bevölkerungsteils. Im Gegenteil: Luthers Judenhasse bot dem rassistischen Antisemitismus des Luther-Fans Hitler den gewünschten Boden und die gewünschte breite gesellschaftliche Akzeptanz, und ist trotz schwacher innerkirchlicher Opposition unzweifelhaft mitverantwortlich für den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden.

Leider bietet die einseitig antiisraelische Sicht und die offensichtliche Unterstützung der antisemitischen neuzeitlichen „Kauft-nicht-bei-Juden“-BDS-Kampagne durch Teile der Evangelischen Kirche Deutschland, die sich statt mit wirklicher Interessenvertretung

Die Pax Israel: Antisemiten können sich über israelische Friedensverträge nicht freuen

Zum Missfallen der Mullahs hat die berechtigte Angst vor dem Iran ironischerweise sehr zum von Netanjahu und Trump ausgehandelten Frieden zwischen den Arabern und Israel beigetragen.

Von Anastasia Iosseliani

Nachdem die Vereinigten Arabischen Emirate nun einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet haben und partnerschaftliche Beziehungen mit dem Juden unter den Staaten, Israel, anstreben, möchte es das kleine Königreich am Golf, Bahrain, den Emiraten gleichtun.

Unsereiner hätte sich gewünscht, dass es der Sudan gewesen wäre, der einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet hätte, da Sudan einst federführend war im Boykott gegen den jüdischen Staat, man erinnere sich an die «Khartum-Resolution» mit den berühmten «Drei Nein» gegen Israel:

Kein Frieden mit Israel.

Keine Anerkennung Israels.

Keine Verhandlungen mit Israel.

Aber mich wundert nicht, dass es ausgerechnet die Golf-Staaten sind, die – angesichts der iranischen Bedrohung – Israel lieber als Verbündeten statt zum Gegners haben. Denn die aggressive Aussenpolitik, die Teheran in den letzten Jahren praktizierte, sorgte für Panik unter den arabischen Staaten auf der anderen Seite des Golfs, und deshalb ist es nur logisch, dass Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain Friedensverträge mit Israel unterzeichnen wollen und eine damit einhergehende militärische Zusammenarbeit mit dem Judenstaat anstreben. Natürlich widerstrebt ein solcher Friedensvertrag Teheran.

Denn der Nachfolger der Perserreiche, der Iran, hat heute ein Imperium aus Lügen und Terror errichtet, und in diesem Imperium sind die Houthi-Terroristen im Jemen und die libanesischen Hisbollah die Handlanger des Regimes zu Teheran. Ohne finanzielle und andere Ressourcen aus Teheran wäre die Hisbollah heute bestenfalls ein zu vernachlässigender Akteur und keine konstante Gefahr an der Nordgrenze Israels.

Die Proxys des Iran in anderen Ländern

Währenddessen meuchelt das Regime zu Teheran seine eigenen Staatsbürger wie den Ringer Navid Afkari, verbreitet in der Region Angst und Schrecken, hauptsächlich durch Akteure wie die Revolutionsgarden/Pasdaran und Proxys wie die eben die Hisbollah im Libanon und die Houthis im Jemen. Das alles ist weder Jerusalem noch Abu Dhabi verborgen geblieben und darum verbündeten sich arabische Staaten dieser Tage mit Israel.

Was die sogenannten «Palästinenser» angeht: Deren konstanter Dschihad, deren Intifada, waren ermüdend und teuer für ihre «arabischen Brüder». Nun wollen diese endlich in Ruhe und Frieden leben, gerade weil sie sich dieser Tage mit der Bedrohung durch das Regime von Teheran herumschlagen müssen. Darum können nun «Abu Masen» und die Hamas schmollen solange sie wollen,



Irans oberster Führer Chamenei weiß genau, dass der Friedensschluss der Araber mit Israel gegen den Iran gerichtet ist.

es wird nichts daran ändern, dass in Zukunft mehr und mehr arabische Staaten Friedensverträge mit Israel unterzeichnen werden und auf eine militärische Kooperation mit dem Juden unter den Staaten hinarbeiten.

Was in dieser Situation geradezu grotesk ist, sind die vermeintlichen «Friedensaktivisten» und «Menschenrechtler», die sich darüber echauffieren, dass Israel Friedensverträge mit Staaten wie Bahrain und den Emiraten unterzeichnet, die alles andere als perfekte Demokratien sind, die das aber auch in der Vergangenheit nicht waren, und man offensichtlich keine Probleme mit dem Mangel an Menschen- und Bürgerrechten in der Region hatte, als die Golfstaaten keine Kooperation mit Israel beabsichtigten.

Es scheint so, dass, was immer Israel auch macht, falsch in den Augen jener «Friedensaktivisten» und «Menschenrechtler» ist, denen erst jetzt auffällt, dass nur Israel im Nahen und Mittleren Osten eine funktionierende Demokratie mit einem Rechtsstaat und Gewaltentrennung ist, und andere Staaten in der Region mehr oder weniger hinterher hinken was Menschen- und Bürgerrechte angeht. Aber sollte nicht gerade deshalb Fortschritt im Nahen Osten, in diesem Fall ein Friedensvertrag, ein Grund zur Freude sein?

«Islamische Revolution» bedeutet in Wirklichkeit «schiiitischer Terrorismus»

Doch mir scheint, dass viele vermeintliche «Menschenrechtler» und «Friedensaktivisten» lieber auf die Erzählungen, d.h. Lügen aus Doha

und Teheran hören wollen, anstatt sich über Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten zu freuen, denn das antisemitische Ressentiment sitzt zu tief, und deshalb muss an allen Konflikten im Nahen Osten der Jude unter den Staaten schuld sein, selbst wenn der Iran dieser Tage von einem menschenverachtenden Regime regiert wird, das die Ideologie der «Islamischen Revolution», sprich «schiiitischen Terrorismus», exportiert. Dies zeigt auch, warum einschneidende Sanktionen gegenüber dem Regime eine echte Notwendigkeit sind. Denn ohne Sanktionen hätte das Regime noch mehr Geld und Ressourcen zur Verfügung, um Juden und seine regionalen Nachbarn zu terrorisieren.

«Dialog» gilt als Schwäche

Es wäre darum zu wünschen, dass besonders die Europäer aufhören mit «Israelkritik» und gerade auch, was das Regime zu Teheran angeht, den sogenannten «kritischen Dialog» und den «Wandel durch Annäherung» endlich begraben. Denn sowohl der «kritische Dialog» wie auch der «Wandel durch Annäherung» werden von Autokraten und Despoten weltweit und vom iranischen Regime im Besonderen als Schwäche des Westens ausgelegt, und deshalb bestimmt man sich dieser Tage in Teheran so unverschämt. Was hingegen den sogenannten «Wandel durch Annäherung» angeht, so fragt sich unsereiner immer noch: Warum sollte jemand, der moralisch nicht völlig verkommen ist, überhaupt eine Annäherung in irgendeiner Form an

ein Regime wollen, das seine eigenen Staatsbürger am helllichten Tage an Baukränen erhängt? Diese Frage kann mir bis heute niemand beantworten.

Stattdessen frönen selbstgerechte Persönlichkeiten dem Antiamerikanismus und dem als «Antizionismus» kaschierten Antisemitismus. Währenddessen rüstet das Regime von Teheran weiter auf und versucht, Uran anzureichern aufgrund des fanatischen Wahns Israel zerstören zu «müssen».

Wie viele menschenverachtende Regime vor ihnen, so zeichnet sich das Regime zu Teheran durch grobe Missachtung von Menschenleben aus. Stalin sagte einst «Ein einzelner Toter ist eine Tragödie. Eine Million Tote sind nur eine Statistik». Diese grobe Missachtung von Menschenleben und die damit einhergehende Fahrlässigkeit im Umgang mit der Pandemie führen dazu, dass der Iran heute zwar führend beim Export von Terrorismus, und ja auch von Pistazien und Teppichen ist, aber das absolute Schlusslicht im Kampf gegen Covid-19 in der Region.

Stattdessen konzentriert sich das Mullahregime darauf, einem tollwütigen Hund gleich, seine regionalen Nachbarn zu attackieren. Eigentlich kann man sagen, dass Teheran dieser Tage ungewollt zum größten Förderer dieser Friedensverträge zwischen den arabischen Golfstaaten und dem Juden unter den Staaten, Israel, geworden ist. Die Region bleibt deshalb spannend und es ist interessant, welcher arabische Staat als nächster mit Israel einen Friedensvertrag schliesst und so eine «Pax Israel» eingehen wird.

Trump's Top Ten 2020

Die bis heute kaum bekannten Erfolge des US-Präsidenten, die von deutschen und westeuropäischen Journalisten nach Kräften ausgeblendet werden.

5. Börsen- und Wirtschaftsboom

So wie die Ergebnisse der US-Wahl von 2016 wurden auch die Kursverläufe in den USA falsch vorhergesagt. Statt um fünf bis zehn Prozent zu fallen, wie es zum Beispiel Deutsche Bank und Hypovereinsbank für die Zeit nach einem Wahlsieg von Donald Trump für die großen Aktien-Indizes prognostizierten, zeigte der Dow Jones-Index in der Wahlwoche das beste Wochenergebnis seit 2011 und stieg auf ein neues Allzeithoch bei 18.934 Punkten. Seit dem Amtsantritt des Republikaners boomt der Aktienmarkt. Alle wichtigen Indizes wachsen – auch jetzt wieder nach den kurzen coronabedingten weltweiten Kursschwankungen. Trumps Politik sorgt für Euphorie an den Börsen. So konnte er am 1. August 2017 stolz twittern: „Der Aktienmarkt könnte (erneut) ein Allzeithoch erreichen. 22.000 Punkte heute. Am Wahltag waren es 18.000. Die Mainstream-Medien erwähnen das selten!“ 2019 ist die amerikanische Wirtschaft erneut um 2,3 Prozent gewachsen. In Deutschland lag das Wachstum lediglich bei 0,6 Prozent.

6. Mit China gegen Nordkorea

US-Präsident Trump hat eine Eskalation des Konfliktes mit Diktator Kim Jong Un erfolgreich verhindert – zunächst mit harten Worten und dann mit harten Sanktionen. Er konnte sogar China über den UN-Sicherheitsrat erstmals zu einer echten Teilnahme an gemeinsamen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen für Nordkorea bewegen. Peking war bisher Pjöngjangs wichtigster Verbündeter und Außenhandelspartner. Jetzt stehen die USA und China Seite an Seite gegen den Aggressor. Experten nehmen an, dass durch die Sanktionen eine geheime Einfuhr von Bauteilen für Atomraketen nach Nordkorea verhindert werden kann. Trump will den Diktator zu einem Abrüstungsvertrag zwingen. Inzwischen haben viele deutsche Medien nichts Besseres zu tun, als den demokratischen US-Präsidenten und den verwirrten Diktator als „gleich gefährlich“ darzustellen.

7. Anhaltende Beliebtheit

Donald Trump hat die US-Wahl 2016 klar gewonnen. Auch jetzt noch strömen Menschenmassen zu seinen Veranstaltungen. Sogar Prominente wie die Hollywood-Legende Clint Eastwood, Sängerin und Schauspielerinnen Jessica Simpson, „Kuck mal, wer da spricht!“-Star Kirstie Alley, Sänger Kid Rock, Kampfsportler und Schauspieler Chuck Norris, Wrestler Hulk Hogan, Kim Kardashian oder die schwarzen Superstars Mike Tyson und Kanye West unterstützen ihn.

Doch die meisten deutschen Medien und viele amerikanische wollen uns seit seinem Amtsantritt weismachen, dass Präsident Trump in den USA eigentlich unpopulär sei und nur durch Hilfe aus Russland die Wahl gewonnen habe. Zur Untermauerung dieser unbewiesenen linken Verschwörungstheorie führen sie regelmäßig die Ergebnisse von Meinungsumfragen ins Feld. So veröffentlicht „t-online.de“, eine der meistbesuchten Internetseiten Deutschlands, am 20. März 2017 eine dpa-Meldung unter dem Titel „Gallup-Umfrage: Nur 37 Prozent der Amerikaner für Trumps Politik“. Die „Zeit“ und der Berliner „Tagesspiegel“ titeln am 11. Mai des gleichen Jahres: „Umfrage zu Donald Trump: US-Wähler bezeichnen Trump



Präsident Trump mit seiner First Lady Melania

am häufigsten als Idioten“. „Die Presse“ aus Österreich schreibt in Bezug auf eine Umfrage von „Washington Post“ und ABC: „Donald Trumps Beliebtheitswerte im Sturzflug“.

Doch hat schon einmal jemand diese „Umfragen“ genauer unter die Lupe genommen?

Im Rahmen all dieser Erhebungen wurden nie mehr als 1.500 Personen befragt. Bei einer Gesamtbevölkerung von 328 Mio. Menschen in den USA sind diese Zahlen in etwa so repräsentativ wie ein einzelner Wassertropfen für den gesamten Atlantik. Obwohl die Umfragen in keinsten Weise als repräsentativ gelten können, wird von den Medien suggeriert, man würde hier die Meinung der gesamten amerikanischen Bevölkerung oder Wählerschaft wiedergeben. Schaut man sich insbesondere diejenige Erhebung genauer an, nach der „die Amerikaner in Trump größtenteils einen Idioten sehen“, so stellt man fest: Nur 39 von 1.000 Befragten haben mit ihm den Begriff „Idiot“ assoziieren wollen. Dieser marginale Wert reicht Journalisten bereits für zahllose verallgemeinernde hetzerische Anti-Trump-Schlagzeilen übelster Sorte.

Es gab allerdings in den vergangenen Jahren mehrere echte Stimmungsbarometer, bei denen Trump bzw. seine Partei überraschend gut abschnitten:

Im Juni 2017 wurden in vier US-Bundesstaaten Nachwahlen für Sitze im Repräsentantenhaus durchgeführt, bei denen Republikaner und Demokraten miteinander konkurrierten. Dabei durften einige Millionen Wähler abstimmen. In den Bundesstaaten Kansas, Montana, Georgia und South Carolina setzten sich jeweils Bewerber von Trumps Regierungspartei deutlich gegen Kandidaten der Demokraten durch. Nachwahlen waren nötig geworden, nachdem einige Mitglieder des Parlaments ihre Mandate zurückgaben, um in die Regierung von Donald Trump aufzurücken.

Am 6. November 2018 waren alle US-

Amerikaner zu den Halbzeitwahlen („midterm elections“) aufgerufen. Sie liegen immer genau in der Mitte zwischen zwei Präsidentschaftswahlen. Dabei wurden Parlamentarier für das Repräsentantenhaus und der Senat sowie Gouverneure mehrerer Bundesstaaten gewählt. Trumps Republikaner hielten sich wacker. Fast immer verliert die Präsidentenpartei bei diesen Wahlen Sitze im Repräsentantenhaus. Wie seine demokratischen Vorgänger Barack Obama und Bill Clinton verlor also auch Trump die dortige Mehrheit. Doch die Demokraten mussten vor ihm deutlich mehr Mandate abgeben und Bill Clinton verlor sogar zusätzlich zwei Jahre nach seiner Wahl zum Präsidenten die Senatsmehrheit. Trump gelang genau das Gegenteil. Seine Republikaner büßten keine Sitze im Senat ein, sondern konnten ihren Vorsprung dort noch um zwei Senatoren ausbauen. Auch bei den wichtigen Gouverneurswahlen in Florida, Ohio, Georgia und Alaska gewannen die Kandidaten von Trumps Partei. Durch diese landesweiten Urnengänge der Bürger wurde also klar bestätigt, dass Trump auch in der Mitte seiner Amtszeit überdurchschnittlich großen Rückhalt genießt.

Die demokratischen Parteiführer versuchten mit ihrer neugewonnenen Mehrheit im Repräsentantenhaus ein aussichtsloses Amtsenthebungsverfahren gegen Trump zu starten, das – wie erwartet – im Februar 2020 kläglich scheiterte. Noch nicht einmal sämtliche Demokraten hatten bei den nötigen Abstimmungen dafür votiert. Das überflüssige Verfahren kostete den amerikanischen Steuerzahler allerdings mehrere Millionen Dollar.

8. Erfülltes Wahlversprechen: Verringerung der illegalen Einwanderung

Es ist eines seiner zentralen Wahlversprechen: Donald Trump möchte die illegale Einwanderung vermindern und

verhindern. Wie die meisten seiner Versprechen, hat er auch dieses in kürzester Zeit erfüllt. Die Schließung der letzten Lücken in den Grenzbefestigungen zwischen Mexiko und den USA (dort wurden schon von seinen Amtsvorgängern vor vielen Jahrzehnten Grenzzäune und -mauern errichtet) schreitet voran. Bis die letzten Schlupflöcher geschlossen sind, gibt es stärkere Grenzkontrollen. Der US-Präsident wies gleich nach seinem Amtsantritt die Einstellung von rund 10.000 neuen Einwanderungs- und Zollbeamten sowie von 5.000 Grenzpolizisten an. Dies machte sich schnell bemerkbar: Die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Süden der USA sank 2017 auf den tiefsten Stand seit 17 Jahren. Allein zwischen Januar und April 2017 haben sie um über 60 Prozent abgenommen. Außerdem hat Trump mehr Richter für Immigrationsangelegenheiten einstellen lassen, damit der Rückstand bei Abschiebungsverfahren aufgeholt werden kann.

Für den Mauerbau verwendet Trump Geld aus verschiedenen Quellen. Unter anderem zwackt er dafür 2,5 Milliarden Dollar aus dem Verteidigungshaushalt ab. Außerdem plant er, Solar-Paneele an der Mauer befestigen zu lassen. So kann das Bauwerk nicht nur mehr Sicherheit bieten, sondern umweltfreundlich Energie produzieren und sich damit teils selbst finanzieren.

2019 schloss Trump mit Mexiko, Honduras, Guatemala und El Salvador wichtige Vereinbarungen. Sie sehen vor, dass Migranten in den jeweiligen mittelamerikanischen Ländern Asyl beantragen sollen, wenn sie diese auf dem Weg in die USA betreten. Tun sie das nicht, können sie dorthin zurückgeschickt werden. Mexiko verpflichtete sich zudem, durch den Einsatz seiner Nationalgarde und die Verbesserung eigener Schutzzäune- und mauern die Migration aus dem Süden in die Vereinigten Staaten zu begrenzen. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte in den USA sank seitdem weiter deutlich –

und zwar um 84 Prozent zwischen Mai 2019 und Mai 2020.

Als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme an allen Kontrollpunkten der gesamten US-Grenze verhängte Trump Einreisebeschränkungen für Menschen aus dem Iran, Libyen, Somalia, Syrien, dem Jemen, Venezuela und Nordkorea. „Als Präsident darf ich nicht erlauben, dass Menschen in unser Land einreisen, die uns Schaden zufügen wollen. Ich will Menschen, welche die USA und all ihre Bürger lieben, die hart arbeiten und produktiv sind“, erklärte er. Trump will sein Land vor Terroristen-Tourismus aus unsicheren Staaten schützen, die ihre Grenzen selbst kaum noch kontrollieren können bzw. einen Austausch von polizeilichen Daten bei Visaüberprüfungen nicht zulassen. Mehrere oppositionelle Richter untergeordneter Bundesgerichte hatten die Beschränkungen des Präsidenten zunächst außer Kraft setzen wollen. Doch der oberste amerikanische Gerichtshof (Supreme Court) entschied, dass die Anweisungen rechtmäßig sind und grundsätzlich gelten sollen. Dies ist ein großer Erfolg für die Regierung und die Bürger.

Im Gegensatz zu Angela Merkel hat Donald Trump bewiesen, dass man Grenzen schützen und schließen kann. Durch ähnliche Maßnahmen wie in den USA hätte man in Deutschland, dem Herkunftsland von Trumps Großeltern, viel Leid verhindern können. Im Juli 2016 zündete beispielsweise ein unzureichend kontrollierter syrischer Asylbewerber im bayerischen Ansbach eine Bombe. Zwölf Menschen wurden verletzt, drei von ihnen schwer. Deutschland bezahlt seine seit Jahren offenen Grenzen mit zunehmender Schwerstkriminalität. So stieg die Zahl der Vergewaltigungen in der Bundesrepublik nach Angaben des Bundeskriminalamtes von 36.532 im Jahr 2015 auf 57.616 im Jahr 2019 – also um rund 60 Prozent. 2018 wurden allein durch Asylbewerber mindestens 16 Vergewaltigungen pro Tag begangen! Das sind nur die aufgeklärten Fälle und das ist noch längst nicht die Gesamtzahl aller täglichen Vergewaltigungen durch Bewohner mit Migrationshintergrund. Da deutsche Medien über diese Tatsachen kaum oder oft falsch berichten, machte Trump die Welt auf den Kriminalitätsanstieg hierzulande mit einem eigenen Tweet aufmerksam.

9. Corona

Viele Medien haben in der Corona-Krise komplett versagt. Statt zu informieren, haben sie Panikmache betrieben und Ängste geschürt. In Bezug auf Donald Trump war die Falschberichterstattung besonders arg:

Als wahrscheinlich einziger westlicher Staatenlenker beschäftigt sich der US-Präsident seit Jahrzehnten privat intensiv mit der Gefährlichkeit von Viren, Keimen oder Bakterien. Schon 2004 warnte er in seinem Buch „Ansichten und Einsichten eines Multimilliardärs“ vor dem Schütteln von Händen! Er zieht eine japanische Verbeugung vor, weil er die Übertragungswege von Krankheitserregern gut kennt. Sein Interesse für das Thema hat gute Gründe: Sein Großvater starb an der Spanischen Grippe. Doch während der Corona-Krise lassen viele deutsche Medien nichts unversucht, um US-Präsident Donald Trump als unwissenden Clown darzustellen. Das ist aber wie so oft eine Verdrehung der Realität. Ganz im Gegensatz zur deutschen Regierung hat er entschlossen gehandelt und Einreisen aus den Risikogebieten China, Iran und EU schnell unterbunden (ab 31. Januar aus China, ab 12. März aus der EU, für Iraner gelten schon länger Ein-

reisebeschränkungen). In Deutschland hingegen kamen noch Wochen danach Flugzeuge aus China, Iran und Italien an. Die Passagiere dieser eintreffenden Flüge wurden weder kontrolliert noch isoliert! Besonders kurios: Aus Deutschland in China eintreffende Flugpassagiere mussten im März in Quarantäne. Umgekehrt mussten nach Deutschland einreisende Chinesen dies aber nicht.

Nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung“ sollten Einreisende aus Hochrisikoländern an deutschen Flughäfen lediglich ihre Adressdaten angeben, was sowieso bei jedem Flug international gefordert wird. Rückkehrern aus Italien wurde von Jens Spahns Gesundheitsministerium empfohlen, sich selbst freiwillig(!) in Quarantäne zu begeben. Zu diesem Zeitpunkt gab es allerdings schon massive Beschränkungen für das öffentliche Leben in Deutschland. Das heißt: Wieder einmal wurden Zugereiste weniger streng behandelt als Schon-länger-Lebende. Wie viele Infizierte durch die unzureichenden Einreiseregulungen der Bundesregierung einsickern konnten, ist unklar. Erst durch einen EU-Beschluss wurde die lebensgefährliche Fahrlässigkeit der Merkel-Regierung gestoppt.

” Trump hat also mehr Schwarze in Lohn und Brot gebracht als sein schwarzer Amtsvorgänger. “

Am 15. März 2020 schrieb Jan Dams von der „Welt“, dass seine Zeitung aus Kreisen der deutschen Bundesregierung Folgendes gehört habe: US-Präsident Donald Trump versuche, Wissenschaftler der Tübinger Medizinfirma CureVac, die an einem Corona-Impfstoff arbeitet, mit hohen finanziellen Zuwendungen nach Amerika zu locken und dann das Medikament exklusiv für sein Land zu sichern. Der „Welt“-Artikel „Donald Trump greift nach deutscher Impfstoff-Firma“ wurde von fast allen deutschen Medien ungeprüft in großen Teilen übernommen und entwickelte sich zu einem der meistgelesenen des Monats. Die Aussage war: Der böse egoistische Trump denkt nur an sein Land und will den Rest der Welt verrecken lassen. Der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, bezeichnete den Bericht auf Twitter schnell als unwahr. Auch die Tübinger Firma selbst dementierte etwaige Lockversuche umgehend. „Wir wissen nicht, woher dieses Gerücht kommt“, sagte der Firmenchef dem „Tagesspiegel“. Die schnellen Richtigstellungen hinderten jedoch die deutsche Medienszene nicht am weiteren Aufbauschen der Falschmeldung. An der gefährlichen Panikmache beteiligten sich auch Außenminister Heiko Maas (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Horst Seehofer (CSU). Welcher Regierungsmitarbeiter die falsche Nachricht gestreut hat und warum er dies tat, ist bis heute unklar. Zumindest wurde so von der planlosen Corona-Politik der Berliner Regierung abgelent.

Ende April erweckten deutsche Medien den Eindruck, als habe Trump das Schlucken und Spritzen von Desinfektionsmitteln gegen Corona empfohlen. Das hat er nie getan. Er hat auf einer Pressekonferenz Forscher und Wissenschaftler angeregt, die Suche nach einem Impfstoff voranzutreiben und alle Möglichkeiten zu prüfen. Selbst hat er das bewährte Anti-Malaria-Mittel Hydroxychloroquin zur Corona-Behandlung empfohlen und schon persönlich eingenommen. In vielen Fällen zeigte es eine positive Wirkung. Von deutschen Politikern gab es hingegen keinerlei solche

Impulse in puncto Corona-Medizin. Ende Juni, als es in Deutschland so gut wie keine Corona-Toten mehr gab, startete die Bundesregierung stattdessen die vollkommen wirkungslose Corona-App, die den deutschen Steuerzahler rund 70 Mio. Euro kostet.

Aufgrund seines Fachwissens sagte Trump schon im Februar voraus, dass die Corona-Pandemie bald von allein abebben werde. Viele Journalisten machten sich darüber lustig. Aber genau das ist in fast allen Ländern bislang auch passiert – und zwar unabhängig davon, ob sie Gegenmaßnahmen getroffen haben oder nicht. Seit Mai sind beispielsweise in Schweden, Großbritannien, Deutschland und auch den USA die Todeszahlen gesunken (laut Angaben der staatlichen Statistik-Ämter). In Schweden, dem Land mit den geringsten Maßnahmen, bewegten sich die Todeszahlen seit Monaten in einem kaum messbaren Bereich – genau wie in Deutschland. Wo die Todeszahlen noch nicht zurückgegangen sind, hat die Epidemie meist auch später begonnen. Trump hat eine richtige Voraussage getroffen und sein Volk beruhigt, statt es wie Angela Merkel mit ständig neuen falschen Horrorzahlen zu verängstigen.

Was in den Medien kaum verraten wird, ist die Tatsache, dass die Infektionszahlen und auch die Zahl der Corona-Toten – mit denen so gerne Angst geschürt wird – kaum eine Rolle spielen. Nur bei einem minimalen Prozentsatz der Infizierten zeigen sich Krankheitssymptome und bei den Toten ist oft nicht klar, ob sie „an“ oder „mit“ Corona gestorben sind. In den USA war z.B. nach Untersuchungen des National Center for Health Statistics (NCHS) in nur sechs Prozent aller Todesfälle Covid-19 die einzige ermittelte Ursache. Bei allen anderen sogenannten amerikanischen „Corona-Toten“ wurden mehrere Ursachen bzw. Erkrankungen auf den Totenscheinen angegeben. Trump weiß also, dass seine Corona-Infektion vom 2. Oktober kein Grund zur Sorge ist. Auch Brasiliens Staatschef Bolsonaro und der britische Ministerpräsident Johnson haben ihre Infektionen gut überstanden.

Die einzigen aussagekräftigen Zahlen sind die Gesamtsterbezahlen im 1. Halbjahr 2020 (alle Todesfälle eines Landes – egal mit welcher Todesursache). Nur durch einen Vergleich dieser Gesamtzahlen mit den Vorjahreszeiträumen kann man erkennen, ob es in einem Land eine Übersterblichkeit durch Corona gibt und wie sich die Todesrate entwickelt hat (alle Sterbefälle in Relation zur Gesamtbevölkerung). Diese Untersuchungen haben mehrere staatliche Statistikämter angestellt – unter anderem das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Der Vergleich hat ergeben, dass es in Deutschland durch Corona keine Übersterblichkeit gab. 2018 hingegen war die Todesrate der letzten Jahre am höchsten, und zwar durch die damalige Grippewelle. Der Vergleich der Todesraten von Deutschland und den USA befördert allerdings eine für Deutschland erschreckende Wahrheit zu Tage, die auch aus einer Tabelle in der „Welt am Sonntag“ vom 6. September 2020 deutlich ins Auge springt: Obwohl die USA eine erhöhte absolute Zahl an Todesfällen im 1. Halbjahr 2020 zu verzeichnen haben, ist die amerikanische Todesrate von 0,48 in diesem Zeitraum immer

noch niedriger als die Deutschlands von 0,58. Das besonders Erschreckende: Die deutsche Todesrate ist nicht nur in diesem 1. Corona-Halbjahr höher als die der USA, sondern schon seit Jahren in einer beängstigenden Kontinuität.

Medien unterschlagen auch gerne die Information, dass die weitaus meisten Corona-Toten bislang aus dem Bundesstaat New York gemeldet wurden, wo ein Gouverneur der Demokratischen Partei regiert.

10. Reform der Krankenversicherung

Fragt man Obama-Fans danach, was ihr Liebling denn an Erfolgen nach seiner Amtszeit vorzuweisen hat, dann wird meist nach einer langen Denkpause nur dessen Krankenversicherungsprojekt genannt. Tatsache ist allerdings: Noch nicht einmal das gelang ihm!

Deutsche Journalisten möchten uns am liebsten einreden, dass „Obamacare“ das Beste sei, was den Amerikanern seit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 passiert ist. Natürlich sei „Obamacare“ perfekt und dürfe nicht verändert werden, weil es ein Projekt von Obama war. Glaubt man deutschen Medien, so wolle der böse Trump die gute Krankenversorgung wieder abschaffen. Aber ist das die Wahrheit?

Zunächst einmal hat nur ein kleinster Bruchteil der amerikanischen Bevölkerung ein Versicherungsangebot im Rahmen des sogenannten „Obamacare“-Programms abschließen wollen, viele zahlen lieber eine Strafgebühr für eine fehlende Versicherung, weil Obamas Projekt nur rudimentären Schutz bietet und man beim Arzt lange warten und Leistungen oft doch selbst bezahlen muss. In manchen Bundesstaaten haben sich Versicherungsmonopole gebildet, die Wahlmöglichkeiten ausschließen und den freien Wettbewerb zugunsten der Patienten behindern. Drei Viertel der zugelasenen „Obamacare“-Versicherungen arbeiten durch die geltenden Vorschriften defizitär und sind auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Hohe und wachsende Prämien kommen immer häufiger vor. Bestehende funktionierende Versicherungsverträge wurden plötzlich millionenfach ungültig – darunter z.B. die Auslandskrankenversorgung von deutschen Firmenentsandten. Arbeitgeber werden abgeschreckt, mehr Stellen zu schaffen, weil sie durch mehr Angestellte teure Versicherungspflichten befürchten. Kurz gesagt: Obamas Krankenversicherungsprojekt ist krank und reformbedürftig.

Das haben die US-Bürger und auch ihr Präsident erkannt. Die Republikaner möchten das bestehende Versicherungssystem nicht komplett abschaffen, sondern ändern: mehr Auswahl, mehr Wettbewerb, niedrigere Prämien. „Trumpcare“ sieht beispielsweise statt Strafzahlungen eher Anreize wie Steuerbegünstigungen für US-Bürger, die sich noch gegen eine Absicherung wehren, vor. Am 5. Mai 2017 stimmte das US-Repräsentantenhaus einer Neufassung des Gesundheitsgesetzes zu – ein erster erfolgreicher Schritt. Dass es noch keinen Ersatz für „Obamacare“ gibt, liegt nicht daran, dass die Abgeordneten keinen Reformbedarf sehen, sondern dass viele weitergehende Reformen wünschen bzw. sich noch nicht auf einen gemeinsamen Gesetzesentwurf einigen konnten. Bis es soweit ist, hat Trump den Patienten auf die Schnelle mit einer Präsidentenverfügung geholfen. Dadurch hat er ihnen ermöglicht, Versicherungsleistungen auch bei günstigeren Krankenversicherungen in anderen Bundesstaaten einkaufen zu können.

Die Friedensverträge beweisen: Jüdische Siedlungen in Judäa und Samaria waren nie und sind kein „Friedenshindernis“

Entgegen der vorsätzlichen Einschüchterungs-Prognosen westlicher Linker gelingt dank Trump und Netanjahu die Normalisierung zwischen Israel und arabischen Staaten auch ohne, dass Judäa und Samaria „judenrein“ werden müssen, wie es etwa die deutsche Unterstützung für die Pläne des Terrorfinanzierers Abbas insinuiert.

Von Gerd Buurmann

„Es wird keine separaten Friedensverträge zwischen Israel und der arabischen Welt geben. Ich möchte Ihnen das allen absolut klar machen. Ich habe einige berühmte Politiker in Israel gehört, die hin und wieder sagen: ‚Nun, die arabische Welt ist heute in einem anderen Zustand. Wir müssen nur auf sie zugehen. Wir können einige Dinge mit der arabischen Welt erarbeiten und dann werden wir mit den Palästinensern verhandeln.‘ Nein, nein, nein, und nein! Ich kann ihnen das versichern, sogar bestätigt in der letzten Woche, da ich mit Führern der arabischen Gemeinschaft gesprochen habe. Es wird keine separaten Friedensverträge mit der arabischen Welt geben, ohne eine palästinensische Entwicklung und einen palästinensischen Frieden.“

Das erklärte John Kerry im Jahr 2016 als damaliger Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika unter Barack Obama.

Nun, John Kerry lag falsch, falsch, falsch und falsch.

John Kerry glaubte nicht an einen separaten Frieden, aber andere taten es. Und sie erhielten Frieden.

Am 15. September 2020 wurde ein Friedensvertrag zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten vor dem Weißen Haus in Washington in Anwesenheit von Donald Trump, durch Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und dem Außenminister der Emirate, Abdullah bin Said al-Nahjan, unterzeichnet. Am selben Tag wurde ein Friedensvertrag mit Bahrain durch Abdullatif bin Raschid al-Sajani unterzeichnet.

Abdullah bin Said al-Nahjan sagte zur Unterzeichnung:

„Ich stehe heute hier, um eine Hand zum Frieden auszustrecken und eine Hand zum Frieden zu erhalten. In unserem Glauben sagen wir: Oh Gott, du bist Frieden und von dir kommt Frieden. Die Suche nach Frieden ist ein angeborenes Prinzip, doch Prinzipien werden effektiv verwirklicht, wenn sie in Maßnahmen umgesetzt werden (...) Wir erleben bereits heute einen Wandel im Herzen des Nahen Ostens, der weltweit Hoffnung schenken wird (...) Wir erleben heute einen neuen Trend, der einen besseren Weg für den Nahen Osten schaffen wird.“

Damit steht er in Solidarität mit der Unabhängigkeitserklärung Israels, in der steht:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe mit dem selbständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

Im selben Jahr, als John Kerry erklärte, es könne keine separaten Friedensverträge zwischen Israel und der arabischen Welt geben, erklärte der Ministerpräsident Israels, Benjamin Netanjahu, vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen:

„Aber jetzt werde ich Sie noch mehr überraschen. Sie werden feststellen, dass die größte Veränderung in der Haltung zu Israel anderswo stattfinden wird, nämlich in der



Sara und Elad Ziv und ihre Töchter sind jüdische Siedler aus Amona nordöstlich von Ramallah.

arabischen Welt. Unsere Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien sind Stabilitätsanker im sonst so unsicheren Nahen Osten. Und daher sage ich Ihnen noch etwas: Zum ersten Mal in meinem Leben, erkenne viele andere Staaten in der Region, dass Israel nicht ihr Feind ist, sie erkennen vielmehr, dass Israel ihr Verbündeter ist!“

Benjamin Netanjahu sagte im Jahr 2016, die arabische Welt könne eine natürliche Verbündete Israels werden, denn „unsere gemeinsamen Ziele sind Sicherheit, Wohlstand und Frieden. Ich glaube daher, dass wir in den kommenden Jahren zusammenarbeiten werden, um diese

el selbst, sondern in der gesamten Region.“

Kerry hatte Recht. Es gab eine Explosion. Eine Explosion des Friedens.

Immer wieder wurde Benjamin Netanjahu als Hardliner bezeichnet, weil er hart auf der Linie verharrte, dass Frieden möglich ist, wenn Israel nur fest zu seinen Werten steht:

„Ich habe stets Schimon Peres' grenzenlosen Optimismus bewundert. Mich erfüllt dieselbe Hoffnung. Ich bin voller Hoffnung, weil Israel in der Lage ist, sich selbst gegen jede Bedrohung zu verteidigen. Ich bin voller Hoffnung, weil die Tapferkeit unserer kämpfenden Männer

da ich trotz aller Neinsager glaube, dass wir in Israel einen dauerhaften Frieden mit allen unseren Nachbarn schmieden können.“

John Kerry sagte „Nein“ zu dem Traum von Benjamin Netanjahu. Donald Trump sagte „Ja“ zu diesem Frieden. Deshalb wurde ein Frieden Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und mit Bahrain Realität. Frieden ist möglich, man muss nur bereit sein, „Ja“ zu sagen.

John Kerry war US-amerikanischer Außenminister unter Barack Obama. Sebastian Hesse, Korrespondent aus Washington für die ARD, erklärte zu Donald Trump und dem Friedensvertrag:

„Emotional sträubt sich alles in mir, diesem Mann den Friedensnobelpreis zu gönnen. Rational muss ich aber kleinlaut eingestehen, dass er ihn jetzt schon mehr verdient hätte als sein außenpolitisch überschätzter Vorgänger Obama.“

Es ist schon traurig, dass eine übertriebene emotionale Abneigung Menschen dazu bringt, sich zu sträuben, statt sich über Frieden zu freuen.

Vielleicht sollte manch ein Fundamentalist mal in sich gehen und darüber nachdenken, wie er seinen fanatischen Hass auf Donald Trump und Benjamin Netanjahu überwinden kann. Wer nämlich viermal „Nein“ gesagt hat zu einem Frieden, der dann doch möglich wurde und wer sich dann noch nicht einmal freuen kann, wenn dieser Frieden geschlossen wird, der ist das wahre Friedenshindernis.

„Emotional sträubt sich alles in mir, diesem Mann den Friedensnobelpreis zu gönnen. Rational muss ich aber kleinlaut eingestehen, dass er ihn jetzt schon mehr verdient hätte als sein außenpolitisch überschätzter Vorgänger Obama.“

gemeinsamen Ziele in offener Zusammenarbeit zu verwirklichen.“

John Kerry sagte zu den Worten dieses „berühmten Politikers“ aus Israel: „Nein, nein, nein und nein!“

Als Donald Trump die Botschaft der Vereinigten Staaten nach Jerusalem verlegte und die Stadt als Hauptstadt Israels anerkannte, behauptete Kerry:

„Das wird eine Explosion geben – eine absolute Explosion in der Region, nicht nur im Westjordanland und vielleicht sogar in Isra-

und Frauen unübertroffen ist. Ich bin voller Hoffnung, weil ich die Kräfte der Zivilisation kenne, die letztlich immer über die Kräfte des Terrors triumphieren. Ich bin voller Hoffnung, denn im Zeitalter der Innovation, floriert Israel, die Nation der Innovation, wie nie zuvor. Ich bin voller Hoffnung, weil Israel unermüdlich daran arbeitet, die Situation all ihrer Bürger zu verbessern, für Juden, Muslime, Christen, Drusen, für alle gleich. Und ich bin voller Hoffnung,

Merkel und die EU spielen im Nahost-Friedensprozess keine Rolle – und das ist auch gut so!

Schon am Zustandekommen der Friedensverträge von Israel mit Ägypten und Jordanien hatten weder die Deutschen noch die EU einen konstruktiven Anteil. Auch der neue Friede Israels mit zwei weiteren arabischen Staaten ist den angeblich so friedensliebenden EU-Staatschefs ein Dorn im Auge, wohl weil er Judäa und Samaria nicht dem Wunsch der deutschen Politik entsprechend „judenrein“ macht.

Von Thomas M. Eppinger

Es ist wie mit der Henne und dem Ei. Man weiß nicht genau, ob die Bedeutungslosigkeit eine Folge der Ignoranz ist, oder umgekehrt. An den Friedensabkommen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain offenbarte sich, für jeden sichtbar, jedenfalls beides: Die Bedeutungslosigkeit der Europäischen Union für die Nahostpolitik und ihre Ignoranz gegenüber einem Normalisierungsprozess, dem sie seit Jahren verständnislos gegenübersteht. Bei der Unterzeichnung in Washington war Europa fast vollständig abwesend. Nur der ungarische Außenminister Péter Szijjártó nahm an der Zeremonie teil.

Nicht nur die Politiker selbst glänzten durch Abwesenheit, auch Glückwünsche blieben weitgehend aus. Schmallippig begrüßt Alexander Borrell „die angekündigte Aufnahme diplomatischer Beziehungen“ und hält kühl fest: „Die EU erkennt die Rolle der Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht an und ist der Auffassung, dass diese Entwicklungen einen positiven Beitrag zu Frieden und Stabilität im Nahen Osten darstellen.“

Was bleibt ihr denn auch anderes übrig. Weniger gratulieren kann man gar nicht, zumal dem dünnen Satz des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik sogleich die Ermahnung folgt, „dass eine umfassende Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts einen regionalen integrativen Ansatz und ein Engagement mit beiden Parteien“ erfordere.

Deutschlands angebliche Staatsräson

Und Deutschland? Immerhin hat Angela Merkel 2008 in der Knesset erklärt, Israels Sicherheit sei Teil der deutschen Staatsräson. Da müsste man das erste Friedensabkommen arabischer Länder mit Israel seit 26 Jahren doch wohl feiern? Irrtum, von Anerkennung, Glückwünschen oder gar Freude keine Spur. Eine einzige Pressemitteilung ist der Kanzlerin das Abkommen wert:

„Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, teilt mit: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat heute mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu telefoniert. Neben der Bewältigung der Covid-19 Pandemie haben sich beide über regionale Themen ausgetauscht.“

Die Bundeskanzlerin begrüßte die laufenden Gespräche über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten und unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen Israel und Palästinensern mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung.“

Anders gesagt: die Kanzlerin hat Netanjahu wegen Corona angerufen und ihn bei der Gelegenheit ermahnt, mit den „Palästinensern“ zu verhandeln.



Könnten sich kaum weniger für den Friedensprozess interessieren: Heiko Maas und Angela Merkel

Ins selbe Horn blies ihr Außenminister Heiko Maas. Er empfing dieser Tage seine Amtskollegen aus Bahrain und Israel, und beide Male beharrte er in ähnlichen Worten darauf, „die neue Dynamik auch für den Nahostfriedensprozess zu nutzen, etwa mit Blick auf erneute direkte Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern“.

Den Vogel schießt freilich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ab. Keine einzige seiner Pressemitteilungen behandelt die Friedensabkommen. Auch in seiner Grußbotschaft an die jüdische Gemeinde zum jüdischen Neujahrsfest Rosch ha-Schana erwähnt er sie mit keinem Wort. Diese beendet er mit dem Satz: „Dafür, für unser Miteinander in Vielfalt, für den Schutz und die Stärke unserer Gemeinschaft will ich werben und uns ermutigen, aufeinander zuzugehen im neuen Jahr.“

Wen genau der deutsche Bundespräsident meint, zum Aufeinander-Zugehen ermutigen zu müssen, wäre zwar eine interessante Frage, ist aber hier nicht das Thema. Vielleicht ist ihm die Formulierung ja einfach nur so rausgerutscht, wie die Glückwünsche zum Jahrestag der Islamischen Revolution im Iran. Israel, die Emirate und Bahrain waren ihm jedenfalls keine Glückwünsche wert. Gratuliert hat er Didi Hallervorden, Mario Adorf, Wim Wenders und Iris Berben, die hatten aber auch Geburtstag, und dem FC Bayern München zum Gewinn der Champions League. Man muss eben Prioritäten setzen.

Frieden bedeutet Sicherheit. Es braucht schon eine hohe Dosis guten Willen und eine kräftige Prise Blauäu-

gigkeit, um die Reaktion der deutschen Politik nicht als Gleichgültigkeit gegenüber Israels Sicherheit zu interpretieren – die anscheinend nur dann interessiert, wenn sie „palästinensische“ Interessen berührt. Offenbar hält sich ausgerechnet Deutschland für besonders legitimiert, sich zu deren Verteidiger aufzuschwingen. Schließlich hat man aus der Geschichte gelernt. Fragt sich nur, was.

„No, no, no, and no!“

Seit Jahren arbeiten Israel und die arabische Welt immer enger zusammen, nicht zuletzt aufgrund der gemeinsamen Bedrohung durch den Iran. Dass der Friedens- und Normalisierungsprozess jetzt in geradezu atemberaubendem Tempo an Dynamik gewonnen hat, wurde allerdings erst durch einen Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik möglich.

Benjamin Netanjahu hatte bereits 2016 in seiner programmatischen Rede vor den Vereinten Nationen erklärt, dass sich die Haltung zu Israel in Afrika, China, Indien, Russland und Japan gerade ändere. Die größte Veränderung werde jedoch in der arabischen Welt stattfinden:

„Zum ersten Mal in meinem Leben erkennen viele andere Staaten in der Region, dass Israel nicht ihr Feind ist, sie erkennen, dass Israel ihr Verbündeter ist. Unsere gemeinsamen Feinde sind der Iran und der IS. Unsere gemeinsamen Ziele sind Sicherheit, Wohlstand und Frieden. Ich glaube daher, dass wir in den kommenden Jahren offen zusammenarbeiten werden, um diese gemeinsamen Ziele zu erreichen.“

Unter Trump geben die Vereinigten Staaten Israel und der arabischen Welt Rückendeckung, sich aus der Geiselhaltung der „palästinensischen“ Verweigerungshaltung zu befreien. Von den Auftritten ihrer ständigen Vertreterin Nikki Haley und deren Nachfolgerin Kelly Dawn Knight Craft in der UNO über die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem bis zum Trump-Kushner-Friedensplan: Schritt für Schritt machen die USA den „Palästinensern“ klar, dass diese den Normalisierungsprozess nicht länger boykottieren können.

Arafat und Abbas hatten jedes Friedensangebot mit einer Welle von Gewalt beantwortet oder von vornherein abgelehnt. Nun muss die „palästinensische“ Führung zur Kenntnis nehmen, dass sie nicht länger die Spieregeln bestimmt. Der Friedensprozess zwischen Israel und den arabischen Ländern hängt nicht mehr von den „Palästinensern“ ab.

Unter Obama wäre dieser Prozess nicht möglich gewesen. Noch 2016 tonte dessen Außenminister John Kerry im Brustton der Überzeugung:

„Es wird keinen separaten Frieden zwischen Israel und der arabischen Welt geben ... Nein, nein, nein und nein! ... Es wird keine separaten Friedensverträge mit der arabischen Welt geben ohne eine palästinensische Entwicklung und einen palästinensischen Frieden. Jeder muss das verstehen. Das ist die harte Realität.“

Heute wissen wir: Ebenso wie John Kerry spielen die EU und Deutschland im Nahost-Friedensprozess keine Rolle. Und das ist gut für den Nahen Osten – das ist die wirklich harte Realität.

Die Rede von Trumps neuer Bundesrichterin Amy Coney Barrett

Auch nach dem Abschluss von US-Präsident Trumps zweiter Amtszeit wird die von ihm eingesetzte Oberste Bundesrichterin Amy Coney Barrett weiterhin die Geschicke der Vereinigten Staaten mitbestimmen. Wir präsentieren ihre Antrittsrede in deutscher Sprache.

„Vielen Dank, Herr Präsident.“

Ich fühle mich zutiefst geehrt durch das Vertrauen, das Sie mir entgegenbringen, und ich bin Ihnen und der First Lady, dem Vizepräsidenten und der Second Lady, sowie so vielen anderen hier für Ihre Freundlichkeit bei diesem überwältigenden Anlass sehr dankbar.

Ich verstehe voll und ganz, dass dies Entscheidung eine wichtige für einen Präsidenten ist und sollte mir der Senat die Ehre geben mich zu bestätigen, werde ich mich verpflichten, der Verantwortung für diese Arbeit nach besten Kräften nachzukommen.

Ich liebe die Vereinigten Staaten und ich liebe die Verfassung der Vereinigten Staaten. Ich bin zutiefst demütig über die Aussicht, am Obersten Gerichtshof zu dienen.

„Bewusst, wer vor mir kam“

Sollte ich bestätigt werden, werde ich mir bewusst sein, wer vor mir kam. Die Flagge der Vereinigten Staaten weht noch immer auf Halbmast in Erinnerung an Richterin Ruth Bader Ginsburg, um das Ende eines großen amerikanischen Lebens zu markieren. Richterin Ginsburg begann ihre Karriere zu einer Zeit, da Frauen in der Anwaltschaft nicht willkommen waren. Sie aber brach nicht nur gläserne Dächer, sie zerschmetterte sie!

Dafür hat sie die Bewunderung von Frauen im ganzen Land und auf der ganzen Welt gewonnen. Sie war eine Frau von enormem Talent und Durchsetzungsvermögen. Ihr Leben im öffentlichen Dienst ist für uns alle ein Vorbild.

Besonders ergreifend für mich ist ihre lange und tiefe Freundschaft mit Richter Antonin Scalia, meinem eigenen Mentor. Richter Scalia und Richterin Ginsburg waren in Drucksachen oft erbitterte Gegner, dies aber stets ohne persönlichen Groll. Ihre Fähigkeiten, eine warme und reiche Freundschaft aufrechtzuerhalten, trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten inspirierte sogar eine Oper. Diese beiden großen Amerikaner haben gezeigt, dass Auseinandersetzungen über Themen von großer Bedeutung die persönliche Zuneigung nicht zerstören müssen.

Sowohl in meinen persönlichen als auch in meinen beruflichen Beziehungen bemühe ich mich, diesen Standard zu erfüllen.

Ich hatte das Glück, für Richter Scalia zu arbeiten, er hatte einen unbezahlbaren Einfluss auf mein Leben. Es bewegt mich sehr, hier heute Mitglieder der Scalia-Familie zu sehen, einschließlich seiner lieben Frau Maureen. Ich habe vor mehr als zwanzig Jahren für Richter Scalia gearbeitet, aber die Lektionen, die ich gelernt habe, wirken in mir immer noch nach.

Seine juristische Philosophie ist auch meine. Ein Richter muss das Gesetz, wie es geschrieben ist, anwenden. Richter sind keine politischen Entscheidungsträger. Sie müssen entschlossen sein und etwaige politische Ansichten außer Acht lassen.



Amy Coney Barrett wird das Amt voraussichtlich auf Lebenszeit innehaben.

Neunköpfige Familie

Der Präsident hat mich gebeten, die neunte Person am Obersten Gericht zu werden und wie es der Zufall will, bin ich es gewohnt, in einer Neunergruppe zu sein: meiner Familie.

Zu unserer Familie gehören ich, mein Ehemann Jesse, Emma, Vivian, Tess, John Peter, Liam, Julia und Benjamin. Vivian und John Peter wurden, wie der Präsident bereits erwähnte, in Haiti geboren und kamen im Abstand von fünf Jahren zu uns, als sie noch sehr jung waren. Die aufschlussreichste Tatsache bei Benjamin, unserem jüngsten, ist, dass

Jesse schaffen. Zu Beginn unserer Ehe stellte ich mir vor, wir würden unseren Haushalt als Partner führen und so pasierte es auch.

Jesse macht weit mehr als seinen Teil der Arbeit. Zu meinem Leidwesen habe ich kürzlich beim Abendessen erfahren, dass meine Kinder ihn als den besseren Koch betrachten. Seit 21 Jahren fragt mich Jesse jeden Morgen, was er an diesem Tag für mich tun kann und obwohl ich fast immer „Nichts“ sage, findet er immer noch Möglichkeiten, Dinge von meinen Schultern zu nehmen und das nicht, weil er viel

sind mir eine Inspiration. In einem solchen Moment ist es wichtig, Familie und Freunde zu wertschätzen.

Heute Abend möchte ich auch Sie wertschätzen, meine amerikanischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Der Präsident hat mich zum Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten vorgeschlagen und diese Institution gehört uns allen. Wenn ich bestätigt werde, werde ich diese Position nicht für diejenigen in meinem eigenen Kreis einnehmen und schon gar nicht für mich, ich werde diese Position übernehmen, um Ihnen zu dienen. Ich werde den Amtseid erfüllen, der mich dazu verpflichtet, Gerechtigkeit ohne Rücksicht auf Stand und Ansehen zu üben, den Armen und Reichen das gleiche Recht zu tun und meine Pflichten gemäß der Verfassung der Vereinigten Staaten treu und unparteiisch zu erfüllen.

Ich mache mir keine Illusionen. Der Weg vor mir wird weder kurzfristig, noch auf lange Sicht einfach sein. Ich hätte nie gedacht, dass ich mich einmal in dieser Position befinden würde, aber jetzt, wo ich es bin, versichere ich Ihnen, dass ich die Herausforderung sowohl mit Demut als auch mit Zuversicht annehmen werde.

Mitglieder des Senats der Vereinigten Staaten, ich freue mich darauf, während des Bestätigungsprozesses mit Ihnen zusammenzuarbeiten, und ich werde mein Bestes geben, um zu zeigen, dass ich Ihrer Unterstützung würdig bin.

Vielen Dank.

Übersetzung aus dem Englischen von Gerd Buurmann

„ Ein Richter muss das Gesetz, wie es geschrieben ist, anwenden. Richter sind keine politischen Entscheidungsträger. “

seine Brüder und Schwestern ihn vorbehaltlos als Lieblingsgeschwister identifizieren. Unsere Kinder erfüllen unser Leben offensichtlich sehr.

Während ich auch Richterin bin, bin ich zu Hause besser als Schulhelferin, Fahrgemeinschaftsfahrerin und Planerin von Geburtstagsfeiern bekannt. Als die Schulklassen im letzten Frühjahr nicht öffnen durften, probierte ich etwas Neues: Jesse und ich wurden Co-Schulleiter der Barrett E-Learning Academy.

Und ja, die Liste der eingeschriebenen Studentinnen und Studenten war sehr lang. Unsere Kinder sind meine größte Freude, obwohl sie mir eine nicht zu unterschätzende Menge an Schlaf entzogen haben. Ich könnte dieses sehr erfüllte Leben nicht ohne die unerschütterliche Unterstützung meines Mannes

Freizeit hat, im Gegenteil, er hat eine vielbeschäftigte Anwaltskanzlei. Er macht es, weil er ein großartiger und großzügiger Ehemann ist und ich bin sehr gesegnet. Jesse und ich haben ein Leben voller Beziehungen, nicht nur zu unseren Kindern, sondern auch zu unseren Geschwistern, Freunden und furchtlosen Babysittern, von denen eine heute bei uns ist.

Ich bin meinen Eltern Mike und Linda Coney besonders dankbar. Ich habe den größten Teil meines Erwachsenenalters im Mittleren Westen verbracht, aber ich bin in ihrem Haus in New Orleans aufgewachsen. Wie mein Bruder und meine Schwestern bezeugen können, erstreckt sich die Großzügigkeit von Mama und Papa nicht nur auf uns, sondern auf mehr Menschen, als jeder von uns zählen könnte. Sie



2040 DAS ISRAEL VON MORGEN

JNF-KKL schafft das Land von morgen

Folgen Sie uns auf: jnf-kkl.de/israel2040

  Jüdischer Nationalfonds



Aufforstung • Nachhaltige Entwicklung • Bewässerungstechnologien
Bildungsexzellenz in der israelischen Peripherie

Die Redaktion der JÜDISCHEN RUNDSCHAU findet, dass die folgenden Punkte in der Debatte um Israels neue Friedensschlüsse mit arabischen Staaten nur unzureichend Beachtung gefunden haben:

5 PUNKTE ZUM NEUEN FRIEDENSSCHLUSS des arabischen Staates Bahrain mit Israel:

- Die Regierung Trump hat keine neuen Kriege begonnen und schon gar nicht den Dritten Weltkrieg ausgelöst, sondern steht für die vielleicht friedlichste Amtsperiode eines US-Präsidenten überhaupt.
- Donald Trump ist gelungen, was weder Obama noch die EU geschafft haben: Konkrete Ergebnisse im Nahost-Friedensprozess zu erzielen.
- Jahrzehntlang glaubten Beobachter, dass sich erst Israel mit den „palästinensischen“ Arabern aussöhnen müsse, und dann würden die anderen Araber diesem Beispiel folgen. Nun ist die zeitliche Abfolge genau umgekehrt. Die Araber haben den jüdisch-arabischen Konflikt sogar noch früher satt als die Israelis. Gleich einem Domino-Effekt folgen den Vereinigten Arabischen Emiraten nun andere moslemische Staaten.
- Deutsche Akteure sind mehr als zurückhaltend mit Glückwünschen zu diesem historischen Schritt, den sie gerade Trump und Netanjahu nicht gönnen.
- Weder haben Deutschland und die EU zu dieser positiven Entwicklung in der Region beigetragen, noch ist die Meinung der obsessiv an dem „Zwei-Staaten-Irrweg“ festhaltenden Bundesregierung dort von besonderer Relevanz.



Trump und die Schreckensherrschaft der Medien

Die heimlichen Herrscher in den meisten westlichen Ländern sind die Journalisten der Leitmedien. Sie entscheiden entsprechend ihrem weit nach links verorteten politischen Credo über Karrieren. Sie formen Meinungen und schüchtern Politiker ein. Präsident Trump rüttelt erstmals an diesem Kartell und bringt diese Art des Journalismus zu Recht in die Defensive.

Lev Stesin (BESA Center)

Die amerikanische Linke ist zutiefst frustriert über die Fähigkeit von Präsident Donald Trump, ihr Monopol auf den Nachrichtenkreislauf zu durchbrechen. Wenn die Linke frustriert ist, verhält sie sich so, dass sie über den Punkt der Gewalt hinaus agiert. Eine mächtige Waffe, die ihr zur Verfügung steht, ist ihre Fähigkeit ihre vermeintlichen Feinde zum Schweigen zu bringen. Ein Großteil der US-Leitmedien, von der Linken eingeschüchtert, kapituliert reflexartig vor ihren Forderungen, Personen «auszuschalten», die Meinungen äußern, die gegen die linke Orthodoxie verstoßen.

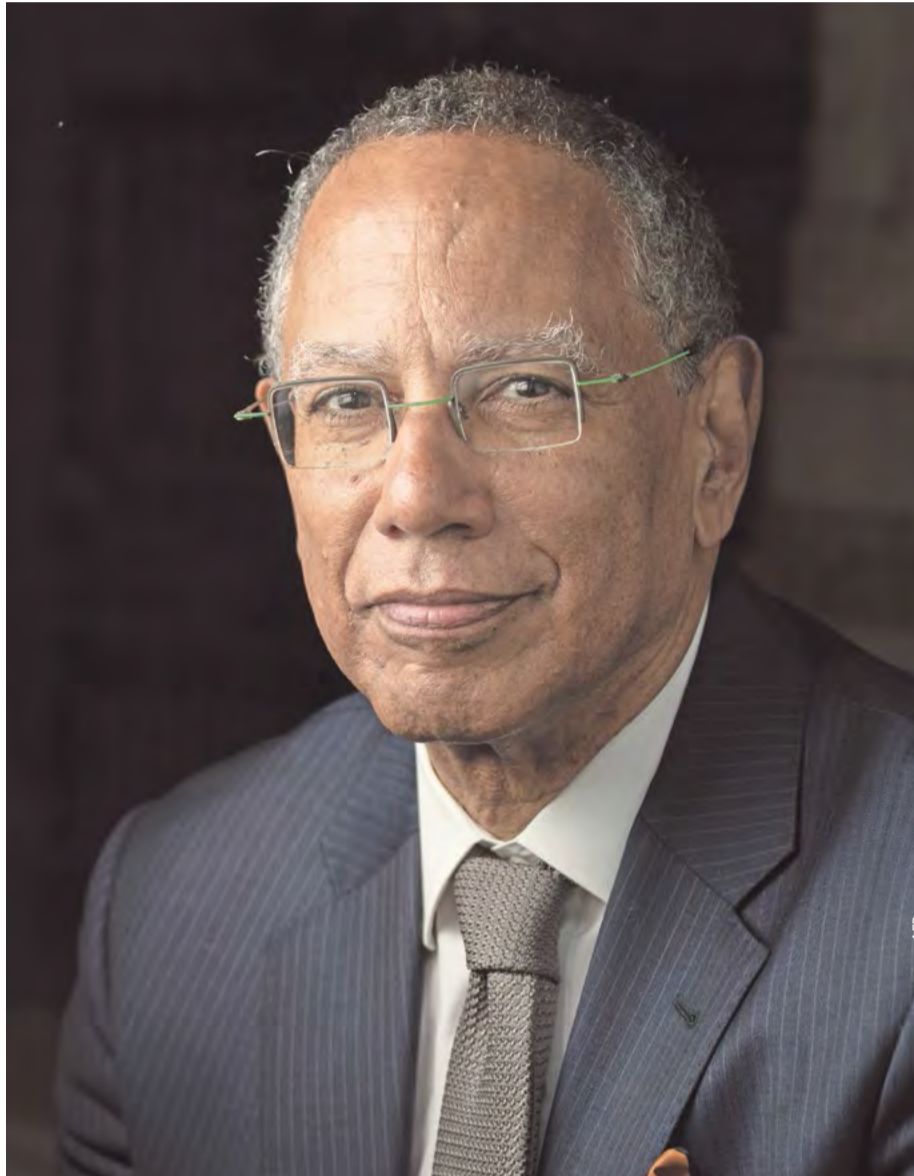
Nach den Unruhen und Zerstörungen, die nach der Tötung von George Floyd in den USA wüteten, blieb James Bennet, Redakteur der Leitartikelseite der «New York Times», keine andere Wahl, als zurückzutreten, nachdem er der Zeitung erlaubt hatte, eine Stellungnahme von US-Senator Tom Cotton (Republikaner aus Arkansas) zu veröffentlichen. Cotton argumentierte in seinem Beitrag, dass das Militär mobilisiert werden sollte, um die Ordnung wiederherzustellen, und die Verbreitung einer solchen Ansicht ist heute auf den Seiten der «Times» verboten. In ähnlicher Weise wurde Stan Wischnowski, langjähriger Herausgeber des «Philadelphia Inquirer», seines Postens enthoben, weil er es gewagt hatte, einen Artikel mit der Überschrift «Buildings Matter, Too» zu drucken.

Beide waren nicht etwa Opfer sorgfältiger Überprüfungen durch ihre Zeitungen, sondern der Forderungen des Mobs, der nun die amerikanische Nachrichtenredaktionen kontrolliert. Im Einklang mit dieser Entwicklung traf Twitter die Exekutiventscheidung, die Tweets von Präsident Trump zu «kuratieren».

Bis zu einem gewissen Grad sind diese Ereignisse einfach Eruptionen, die von einer großen Gruppe von Personen ausgehen, die nicht in den Normen der liberalen Demokratie erzogen worden sind, doch es steckt mehr dahinter. Die Forderung, als politische Gegner Wahrgenommene zu beschämen und letztlich zum Schweigen zu bringen, spiegelt die tiefe Frustration der Linken wider, dass sie ihr Monopol auf die Nachrichten verloren hat und nicht in der Lage ist, Trump in ihrem eigenen Spiel zu schlagen.

Wochenlang mit Zurückrudern und Entschuldigen beschäftigt

Die amerikanische Linke kontrolliert seit mindestens einem halben Jahrhundert das Nachrichtengeschehen. Mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen, wie «Fox News» und «Wall Street Journal», haben die Leitmedien republikanische Präsidenten



Auch unter dem einflussreichen Herausgeber Dean Baquet fährt die "New York Times" einen strikten Links-Kurs.

ständig unter Beschuss gehalten und der Demokratischen Partei als Sprachrohr gedient. Dieses Muster war ebenso konsequent wie effektiv: Die «Times» veröffentlichte einen Artikel, der amtierende republikanische Präsident und seine Verwaltung waren gezwungen, Tage oder Wochen

Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden würde. In Trumps Händen war Twitter eine ebenso wirksame Waffe gegen seinen zahlenmäßig überlegenen Feind wie die von Napoleon Bonaparte eingesetzte Artillerie.

Nachdem Trump gewählt worden war, dezimierte sein rohes, aber prä-

„ In Trumps Händen war Twitter eine ebenso wirksame Waffe gegen seinen zahlenmäßig überlegenen Feind wie die von Napoleon Bonaparte eingesetzte Artillerie. “

damit zu verbringen, darauf zu reagieren, und wenn die Öffentlichkeit schließlich genug davon hatte, feuerte die Zeitung eine neue Salve ab. Das Sperrfeuer war unerbittlich, und es gab kein Gegenfeuer.

Präsident Trump hat das komplett geändert. In den Monaten vor der Wahl 2016 deutete seine Nutzung von Twitter an, dass die nächste Präsidentschaft, sollte er sie gewinnen, auf eine völlig neue Art und Weise für die

zises Feuer eine Kolonne gut ausgebildeter Berufsschreiber nach der anderen. Er stellte das Spiel im Wesentlichen auf den Kopf. Sein Modus operandi besteht darin, morgens aufzuwachen, einen improvisierten, ungefilterten, manchmal völlig lächerlichen Tweet in Großbuchstaben an seine Millionen von Anhängern zu senden und dann zuzusehen, wie die «New York Times» und alle anderen Medien all ihre Mittel einsetzen, um

darauf zu reagieren. Plötzlich war es der republikanische Präsident, der die Agenda bestimmte, nicht die Medien.

Zu den Anfängen des Internets und noch Jahrzehnte danach fanden sich die meisten Politiker mit der Vorstellung ab, dass das Internet eine unaufhaltsame und unkontrollierbare Kraft sei. Sie verstanden es nicht und betrachteten es als eine unbezähmbare Naturgewalt, der man sich anpassen müsse. Ein amerikanischer Führer kann sich schließlich nicht wie Kim Jong-un, Xi Jinping oder Wladimir Putin verhalten, die alle die Internetnutzung streng kontrollieren (und in Kims Fall ganz blockieren). Doch Präsident Trump, dessen Position als politischer Außenseiter es ihm erlaubt hat, Schritte zu unternehmen, die frühere Präsidenten nie in Erwägung gezogen hätten, hat es geschafft, das Internet für seine eigenen Zwecke zu nutzen.

Die Fähigkeit von Trump, die Medien zu nutzen, hat die Linke zutiefst erschüttert. Fast unmittelbar nach seinem Sieg begannen sich Stimmen zu erheben, die forderten, den Präsidenten und seine Anhänger zum Schweigen zu bringen. Der Wert der Redefreiheit, ein Grundpfeiler der liberalen Demokratie, wurde langsam, aber hartnäckig durch einen zunehmend lautstarken progressiven Mob untergraben, der nicht nur einen guten Teil der Leserschaft der nationalen Medien umfasst, sondern auch die Nachrichtenredaktionen bevölkert.

Der Damm wurde in der Woche der George-Floyd-Unruhen gebrochen. Für Jake Dorsey von Twitter scheint seine Entscheidung, den Präsidenten zu «kuratieren», nicht mit demokratischen Prinzipien zu kollidieren. Das ist nicht ganz überraschend, denn Silicon Valley hat fast kein Verständnis für die Welt um sich herum. Viele seiner Führer haben Marcus Aurelius und die Stoiker gerade erst entdeckt. Es wird noch mindestens einige Jahrzehnte des Wandels der kulturellen Mode dauern, bevor sie zu Ideen wie der liberalen Demokratie finden.

So selbstzerstörerisch und gefährlich es auch sein mag, der Eifer der Linken, den Präsidenten und seine Anhänger zu «canceln», indem sie sie aus dem Internet und der Druckerpresse auslöschen, wächst nur noch. Ihr Endziel einer landesweiten Zensur, die nach ihrem eigenen Diktat verhängt wird, kann in einer funktionierenden Demokratie nicht erreicht werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Versuche der Linken, dieses Ziel zu erreichen, erfolgreich sein werden oder ob sie die Anhänger des Präsidenten anstacheln und seine Basis sogar noch vergrößern werden.

Lev Stesin ist Informatiker.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

75 Jahre und kein bisschen weise: UNO rügt Israel wegen „Verletzung der Frauenrechte“

Die Vereinten Nationen bieten noch immer Diktaturen wie dem Iran, Saudi-Arabien, Pakistan u.v.a. eine Plattform, um den freiheitlichen und demokratischen Staat Israel wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen.

Von Redaktion Audiatur

Die Islamische Republik Iran, Saudi-Arabien, Pakistan und Weißrussland gehörten zu den Mitgliedern des 54 Nationen umfassenden Wirtschafts- und Sozialrats der UNO (ECOSOC), die am 14. September dafür stimmten, Israel als einziges Land der Welt in diesem Jahr wegen angeblicher Verletzung der Frauenrechte zu tadeln.

In der ECOSOC-Resolution, die mit 43 zu 3 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen wurde (siehe Aufschlüsselung unten), wurde der jüdische Staat beschuldigt, ein „Haupthindernis“ für „palästinensische“ Frauen zu sein, „im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Rechte und ihren Aufstieg, ihre Selbstständigkeit und ihre Integration in die Entwicklung ihrer Gesellschaft.“

Der Rat erklärte, dass „Frauen und Mädchen von der anhaltenden systematischen Verletzung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes durch Israel, die Besatzungsmacht, betroffen sind.“

Die Resolution bezog sich in ihrer Präambel weltweit auf „Gewalt gegen Frauen und Mädchen in all ihren verschiedenen Gestalten und Erscheinungsformen“ und auf die Notwendigkeit, „alle Formen der Gewalt gegen Frauen“ in „allen Regionen der Welt“ zu beseitigen, wobei jedoch Israel das einzige Land war, das sich der Kritik ausgesetzt sah.

Kuba, Syrien, Nordkorea

Kuba, Syrien, Nordkorea und Venezuela gehörten zu den Ländern, welche die Resolution über die Gruppe der 77 unterstützten, einem Block, der heute aus 134 Staaten besteht und in diesem Jahr durch Guyana vertreten wurde.

Von den 20 Punkten auf der Agenda 2020 des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats zielte nur einer – Punkt 16 gegen Israel – auf ein bestimmtes Land. Alle anderen Schwerpunktbereiche betreffen globale



Munir Akram ist Bevollmächtigter Pakistans bei den Vereinten Nationen. Dass ausgerechnet sein Land den Staat Israel verurteilt, beweist einmal mehr, dass Urteile der UNO geringen Wert haben.

Themen wie die Katastrophenhilfe und den Einsatz von Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung.

Die Resolution verschließt die Augen davor, wie die Rechte der „palästinensischen“ Frauen von ihren eigenen Regierungsbehörden – der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ im Westjordanland und der Hamas im Gazastreifen – beeinflusst werden. Sie enthält auch keinerlei Kritik oder Hinweise darauf, wie Frauen und Mädchen innerhalb der patriarchalischen „palästinensischen“ Gesellschaft diskriminiert werden. Im Gegenteil, die

Resolution lobt das, was sie als „palästinensische Initiativen auf legislativer, administrativer und Sicherheitsebene zur Förderung der Frauenrechte“ bezeichnet.

„Die ECOSOC-Sitzung 2020 ignorierte die schlimmsten Frauenrechtsverletzer der Welt vollständig und weigerte sich, eine Resolution zur Lage der Frauen im Jemen, Irak, Pakistan, Syrien, der DR Kongo, Iran, Tschad oder Saudi-Arabien zu verabschieden, die alle in dem vom Weltwirtschaftsforum erstellten Bericht zur globalen Geschlechter-

kluft 2020 zu den zehn am schlimmsten betroffenen Ländern gehörten“, so Hillel Neuer, Exekutivdirektor von UN Watch, einer Nichtregierungsorganisation, die die Aktivitäten und Beschlüsse der UNO kritisch untersucht.

Saudi-Arabien rügt Israel

Hillel Neuer verurteilte die „Vereinnahmung“ des UNO-Gremiums durch die Delegierten als Forum, um Israel ins Visier zu nehmen. „Zu einer Zeit, in der der Iran Frauenrechtlerinnen wie Nasrin Sotudeh und Narges Mohammadi inhaftiert, Saudi-Arabien zahlreiche Frauenrechtlerinnen festnimmt und foltert, Pakistan die höchste Zahl dokumentierter und geschätzter Ehrenmorde pro Kopf aller Länder der Welt aufweist und Weißrussland Demonstrantinnen auf der Straße schlägt, ist es ein absurder Vorgang, dass diese frauenfeindlichen Regimes Israel – als einziges Land der Welt – als mutmaßlichen Verletzer der Frauenrechte anprangern“, so Neuer in einer Medienmitteilung.

„Wir sind auch von anderen Ländern enttäuscht, die sich den Schakalen angeschlossen und den jüdischen Staat zum Sündenbock gemacht haben, darunter Frankreich, Spanien, Irland, Japan, Lettland, Luxemburg, Mexiko, Norwegen und Uruguay.“

Kurz nach der Annahme des Textes verurteilte ECOSOC dann in einer zweiten Resolution Israel wegen angeblicher Verletzung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der „Palästinenser“.

Die Erörterung der Resolutionen folgte der Vorlage eines voreingenommenen Berichts im Juli durch Tarik Alami, Vertreter der in Beirut ansässigen Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien, dem UN-Regionalorgan für den Nahen Osten, dem 18 arabische Staaten, aber nicht Israel angehören.

Bisher hochsubventionierte „Palästinenser“ erhalten 2020 aus arabischen Ländern erstmalig 85 % weniger Geld als im Vorjahr

In einer Zeit, in der zwischen mehreren Golfstaaten und Israel Normalisierungsabkommen geschlossen werden, verschlechtert sich die finanzielle Situation der Abbas-Clique, die aus den Terrororganisationen PLO und Fatah hervorgegangen ist. Damit wächst die Chance, dass sich die Zeiten des arabischen Unrechtsregimes in Judäa und Samaria ihrem Ende nähern.

Von Sarah Chemla (Jerusalem Post)

«Palästinensische» Funktionäre haben den Eindruck, dass die jüngsten Normalisierungsabkommen zwischen den Golfstaaten und Israel zu einem plötzlichen Rückgang der Finanzmittel der arabischen Staaten an die «Palästinensische Autonomiebehörde» geführt haben.

Laut «The New Arab» und Daten des «palästinensischen» Finanzministeriums hat Ramallah seit März keine Hilfe mehr von arabischen Ländern erhalten, außerdem ging die ausländische Hilfe insgesamt um 50 % zurück.

Die Gesamteinkünfte von Ramallah sind in diesem Jahr um etwa 70 % zurückgegangen.

Die Mittel der «palästinensischen» Regierung gingen in den ersten sieben Monaten des Jahres in Bezug auf die ausländische Hilfe um die Hälfte zurück, von 500 Millionen Dollar im Jahr 2019 auf 255 Millionen Dollar im Jahr 2020, wobei

die arabische Hilfe im gleichen Zeitraum um 85 % zurückging – von 267 Millionen Dollar im Jahr 2019 auf 38 Millionen Dollar im Jahr 2020.

Der «palästinensische» Außenminister Riyad Al-Maliki untersuchte in einer Pressekonferenz die Gründe für den plötzlichen Rückgang der Mittel und behauptete, dass «die meisten arabischen Länder sich nicht an die Beschlüsse der arabischen Gipfeltreffen gehalten haben, angesichts der Sanktionen der USA und Israels ein finanzielles Sicherheitsnetz von 100 Millionen Dollar für Palästina bereitzustellen».

Diese finanzielle Situation ergab sich inmitten der Coronavirus-Pandemie, aber auch in einer Zeit, als zwischen mehreren Golfstaaten und Israel – mit starker Unterstützung der USA – Normalisierungsabkommen ausgehandelt wurden, die von Ramallah entschieden abgelehnt wurden.

Hat Präsident Trump darauf bestanden?

US-Präsident Donald Trump sagte zu Premierminister Benjamin Netanjahu, er habe «die reichen arabischen Länder gebeten, die Palästinenser nicht zu bezahlen», so «Al-Araby Al-Jadeed». «Wir wissen nicht, ob dies auf die finanziellen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zurückzuführen ist oder auf den Wunsch der Vereinigten Staaten hin, wie Präsident Trump sagte», fügte Al-Maliki hinzu. «Aber das Ergebnis ist dasselbe. Leider sind diese Entscheidungen [Sicherheitsnetz des arabischen Gipfels] weder getroffen noch umgesetzt worden.»

Die Finanzkrise und der Rückgang der arabischen und ausländischen Hilfe haben die «Palästinensische Autonomiebehörde» gezwungen, ihre inländische Kreditaufnahme zu erhöhen und nach neuen Einnahmequellen zu suchen.

Im vergangenen Juni forderten Europaparlamentarier eine gründliche Untersuchung darüber, wie das Geld der europäischen Steuerzahler in die Hände «palästinensischer» Terroristen gelangt,

und bestanden darauf, dass alle Gesetzeslücken, durch die das Geld abfließt, geschlossen werden müssen.

Hunderte von Millionen Euro spendet die EU jährlich an die «Palästinensische Autonomiebehörde». Etwa 50 Millionen Euro pro Quartal leitet die PA an die «Palästinensische Befreiungsorganisation» weiter, die ihrerseits Organisationen wie die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigade finanziert, die in Israel Selbstmordanschläge verübt hat.

«Es gibt keine Terrorfinanzierung aus EU-Mitteln; solange es EU-Mittel gibt, wird das nicht geschehen. Das wird nicht toleriert, und wenn es passiert, wird es korrigiert», sagte EU-Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi. «Und ich werde persönlich dafür sorgen, dass das getan und umgesetzt wird.»

Donna Rachel Edmunds trug zu diesem Bericht bei.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Trump macht's möglich: Serbien und Kosovo voraussichtlich erste europäische Staaten mit Botschaft in Jerusalem

Auf das von den USA vermittelte Normalisierungsabkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten folgte rasch ein ähnliches Abkommen zwischen Serbien und dem Kosovo. Die Trump-Administration hat die Initiative des Präsidenten und die erzeugte Dynamik genutzt, um verfeindete Beziehungen zu verbessern.

Von Dr. Edy Cohen und
Dr. Frank Musmar

Am 4. September 2020 empfing Präsident Donald Trump den serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic und den kosovarischen Premierminister Avdullah Hoti im Weißen Haus, um ein Abkommen zur wirtschaftlichen Normalisierung zu unterzeichnen, das zur Einrichtung von Luft-, Eisenbahn- und Autobahnverbindungen zwischen der serbischen Hauptstadt Belgrad und der Hauptstadt des Kosovo, Pristina, führen wird. Vor einundzwanzig Jahren führten Serbien und der Kosovo einen blutigen Krieg, nachdem Serbien gegen ethnische Albaner im Kosovo hart vorgegangen war. Der Konflikt endete mit dem Vorgehen der NATO gegen Serbien und mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Jahr 2008.

Die Trump-Administration macht an der außenpolitischen und diplomatischen Front bemerkenswerte Fortschritte. Washington kündigte das Normalisierungsabkommen zwischen Serbien und dem Kosovo nur 22 Tage nach dem bahnbrechenden Normalisierungsabkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten an, und ein Normalisierungsabkommen zwischen Israel und Bahrain wurde kurz nach den Nachrichten zu Serbien und dem Kosovo bekannt gegeben.

Belgrad und Pristina haben beide gelobt, Beziehungen zu Israel herzustellen. Sie planen, im Jahr 2021 Botschaften in Jerusalem zu eröffnen, womit sie die ersten europäischen Länder sein werden, die dies tun werden (statt in Tel Aviv). Dieser Schritt könnte letztlich zur internationalen Anerkennung



Präsident Donald J. Trump nimmt an der Unterzeichnungszeremonie mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić und dem kosovarischen Premierminister Avdullah Hoti am 4. September 2020 im Oval Office des Weißen Hauses teil.

Jerusalems als israelische Hauptstadt führen.

Es ist bezeichnend, dass die Botschaft von Pristina die erste Botschaft eines mehrheitlich muslimischen Staates in Israel sein wird. Die EU überdenkt nun erneut die Möglichkeit, dass Kosovo der Union beitreten könnte, und Serbien und seine russischen und chinesischen Verbündeten werden wahrscheinlich

die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen.

Nach den Friedensabkommen mit Ägypten 1977, Jordanien 1994, dem Libanon 1983 und den Vereinigten Arabischen Emiraten 2020 ist der Kosovo das fünfte muslimische Land, das eine Normalisierung vollzieht oder ein Friedensabkommen mit Israel unterzeichnet – und seit der Ankündigung hat sich ihnen ein sechster, der Golfstaat Bah-

rain, angeschlossen. Es wird erwartet, dass Oman, Sudan und Marokko diesem Beispiel folgen werden.

*Dr. Edy Cohen ist Wissenschaftler am BESA Center und Autor des Buches *The Holocaust in the Eyes of Mahmoud Abbas* (auf Hebräisch). Dr. Frank Musmar ist ein Spezialist für Finanz- und Leistungsmanagement. Übersetzung Audiatur-Online.*

Russischer Oberrabbiner dankt Emiraten für die Rettung der letzten Juden aus dem Jemen

Jüdischen Familien aus dem jemenitischen Kriegsgebiet wurde erstmalig in Abu Dhabi Asyl gewährt, wo sie auch ihre wartenden Verwandten wiedersehen durften.

Von Yossi Aloni (Israel Heute)

Der russische Oberrabbiner Berel Lazar hat enthüllt, dass der Kronprinz von Abu Dhabi, Mohammed bin Zayed Al Nahyan (der de facto Herrscher der VAE ist), seiner Bitte nachgekommen ist, emiratische Streitkräfte, die im jemenitischen Bürgerkrieg im Einsatz sind, zur Rettung von zwei dort gefangenen jüdischen Familien (insgesamt 11 Personen) einzusetzen.

Rabbi Lazar enthüllte die Rettung in einem öffentlichen Dankeschreiben an den Kronprinzen, das vorgelesen wurde: „Die edle Tat, Leben zu retten, wird den Vereinigten Arabischen Emiraten mit Gottes Hilfe noch mehr Heil bringen. Gesegnet sei das Land, gesegnet seien diejenigen, die an der Spitze des Landes stehen, gesegnet seien seine Bewohner, und sie werden den Segen in all ihren Taten und bei jedem Schritt sehen. In diesen Tagen sieht die gan-

ze Welt, dass die Hand der Vereinigten Arabischen Emirate zum Frieden ausgestreckt wird, um die Einheit zwischen den Völkern herbeizuführen.“

Emiratische Nachrichtenagenturen berichteten bereits vor zwei Wochen über die Rettung einer der betroffenen jüdischen Familien, die nach Abu Dhabi gebracht wurden, um mit Verwandten, denen es viele Jahre zuvor gelungen war, aus dem Jemen zu fliehen, wieder vereint zu werden. Sie hatten sich 15 Jahre lang nicht mehr gesehen, bevor sie von ihren neuen arabischen Freunden am Golf wiedervereint wurden. Die Familie sagte damals in den Lokalnachrichten:

„Dies ist ein Traum, der sich erfüllt hat. Wir danken den Vereinigten Arabischen Emiraten dafür, dass sie dieses Familientreffen möglich gemacht haben. Dies ist ein Beispiel für die edlen Werte der VAE wie Toleranz und Koexistenz.“



Der russische Oberrabbiner Berel Lazar

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Islamische Gewalt in Deutschland wird vielfach kleingeredet

Die entseelte und Vernunft-ferne und Themen-verfehlte Politik der weit nach links gedrifteten deutschen Merkel-GroKo und ihrer noch linken und grünen politischen Entourage dagegen entthematziert und negiert trotz erheblicher zumeist Islam-korrelierter Zunahme der Gewalt auf unseren Straßen das bestehende Problem weiterhin.

Weitestgehend frei von jeder Empathie für die kaum noch genannten, geschweige denn betrauert oder mit Hilfe versehenen Opfer des islamischen Terrors und der von hauptsächlich muslimischen Einwanderern verübten Gewalt, sowie befeuert von unserer unsäglichen und unbelehrbaren Islam-affinen Politik und ihren Zwangsgebühr-finanzierten Regierungsmedien, bleiben volksverhetzende islamische „Juden-ins-Gas“-Rufe auf unseren Straßen und in unseren Schulen sowie antisemitische Beleidigungen, ja sogar Aufforderungen zum Mord an Juden in sozialen Medien weitestgehend unbeanstaltet. Gleichzeitig werden Islam-Kritiker undifferenziert als „Nazis“ diffamiert, gemobbt, gesellschaftlich und beruflich benachteiligt, ausgegrenzt oder in sozialen Netzwerken gesperrt.

Trotz des vorsätzlich, von unserer etablierten Politik zur Bemäntelung der ungelösten mit der islamischen Immigrationsflut ausufernden Gewalt- und Juden-hass-Problematik in den Vordergrund geschobenen Klima-Hypes, ist die Angst vor Terror und islamischer Gewalt längst das bedrohlichste Thema in unserem Land. Fahrten mit Eisenbahn, U-Bahn und S-Bahn und der Gang in den Supermarkt oder in die Fußgängerzone sind heute mit wachsender Tendenz und ohne adäquate Gegenreaktion aus Politik und Strafverfolgung zum Angst-machenden Survival-Trip geworden.

In Berlin gibt es neben nahezu täglichen Angriffen auf jüdische Menschen etwa 3.000 Messerattacken im Jahr, das heißt durchschnittlich ca. 8 Messerattacken täglich. Hinzu sind gerade in der letzten Zeit neben inzwischen geradezu üblichen Pistolen-Salven bei islamischen Hochzeits-Auto-Corsi nunmehr auch – wie in Berlin-Charlottenburg und Berlin-Mitte, aber auch an anderen Orten geschehen – Schießereien zwischen rivalisierenden arabischen Clans auf unseren Straßen keine Seltenheit.

Während die nahezu wahllos eingelassenen muslimischen Straftäter, erstaunt über die mangelnde Wehrbereitschaft unseres angegriffenen Staates, keinerlei Sanktionen fürchten und häufig nach eigenen Aussagen nur noch kopfschüttelnde und tiefgehende Verachtung für unsere Demokratie, unsere Politik und unsere Justiz empfinden, wird unsere Polizei von unter anderem bis ins Kanzleramt reichenden Pseudo-Gutmensch-Politikern für übermäßigen Einsatz gegen islamische Gewalt auch noch gerügt sowie durch Rassismus-Generalverdacht demotiviert und zahnlos gemacht.

Das kann nicht verwundern. Singt doch selbst der CSU-Innenminister mittlerweile das Lied der Islam-Anbiederer, während jeder, der das pro-islamische Appeasement unserer Politik nicht mitträgt, nicht nur in der zwischenzeitlich vom Wähler pulverisierten SPD, sondern auch in der ehemals bürgerlichen CDU keinen Fuß auf die Erde bekommt.

Zum „Tag der offenen Moschee“ zweckentfremdeter Nationalfeiertag

Ein trauriges Beispiel bietet die islamische Vereinnahmung des höchsten deutschen Nationalfeiertages, der eigentlich vorbehaltlos dem 30. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands gewidmet sein und für die langersehnte und friedlich vollzogene Überwindung der Teilung dieses Landes stehen sollte.

Dieser Tag wurde überall in Deutschland als der „Tag der offenen Moschee“ begangen, weil der Islam mit seinen ach so großen kulturellen Verdiensten um dieses Land und um Westeuropa ja bekanntlich zu Deutschland gehört. Das wusste schon Christian Wulff, der Amtszeit-unterbrochene ehemalige Kurzzeit-Bundespräsident. Dessen diesbezügliche damalige Feststellung wird ohnehin schon jeden Tag ein bisschen

richtiger und bald wird er noch viel mehr zu Deutschland gehören – der Islam.

Dafür haben unsere politische Führung und ihre Medien seither schon bestens gesorgt und dafür sorgen sie jeden Tag unverzagt weiter. Dafür stehen sie mit all ihrer Kraft und aller, zugegeben an anderer Stelle, beispielsweise bei Fragen unserer täglichen Sicherheit, mehr als nur etwas vermissten Entschlossenheit.

In puncto Islam-Anbiederung können wir uns eben auf unsere Politik, unsere Steinmeiers, unsere Laschets und fast alle unsere anderen politischen Luschen, die Schwarzen, die Grünen, die Roten und selbst die Gelben absolut verlassen.

Das mit dem Feiern der deutschen Einheit hielt sich dann eben doch sehr in Grenzen.

Deutschland erfährt durch Bundeskanzlerin Merkel eine neue gesellschaftliche Spaltung

Erstens haben wir wieder zunehmend Corona, zweitens war Samstag und drittens hat unsere Politik zumindest seit der Mitte dieses Jahrzehnts mit großem, ihr sonst eher weniger beschiedenen Erfolg dafür gesorgt, dass in der heutigen Sicherheitsbrüche, die früher unsere schöne, lebensfrohe, freiheitliche, wirtschafts-liberale und prosperierende Republik war, die damalige staatliche Teilung der beiden Deutschlande zwischenzeitlich durch eine tiefe und noch dazu von der weit nach links gedrifteten Politik der Ära Merkel hausgemachte innere Spaltung und Zerrissenheit unserer Gesellschaft ersetzt worden ist.

Ausgerechnet einen solchen, in seiner Bedeutung beispielsweise dem 4. Juli in den USA oder dem 14. Juli in Frankreich entsprechenden Tag aus bauchkriecherischer und wahltaktischer Devotion an große Teile des unser Land und seine bisherige demokratische Rechtsstaatlichkeit ablehnenden Islam zweckentfremden und zu einem „Tag der Moschee“ vereinnahmen zu lassen, ist das Gegenteil einer gegläckten Integration. Es ist eine Carte blanche für die aus großen Teilen der hiesigen Islamisten bestehende muslimische Parallelgesellschaft, die auch damit ihre tiefe Verachtung für das ihr Schutz und Sicherheit gewährenden Gastland ausdrückt.

Um selbst auch für den vollständigsten dem Islam-Auge Erblindeten keinen Zweifel an der despektierlichen Demütigungsabsicht des Islam gegenüber diesem Land aufkommen zu lassen, wurde dieser wundervolle, vom Koordinationsrat der Muslime in Deutschland mit Vorsatz alljährlich am 3. Oktober initiierte „Tag der offenen Moschee“ zu allem Überfluss bisher auch noch besonders gern von der DitiB-Vereinigung des Panislamisten, Kriegsherrn und Jerusalem-Beanspruchers Erdogan eröffnet.

Honi soït, qui mal y pense (Ein Schelm, der Böses dabei denkt). Jedenfalls empfindet selbst die reformierte Imamin Seyran Ates die Tatsache, dass der Tag der offenen Moschee am Tag der Deutschen Einheit stattfindet, als „respektlos und arrogant“.

Obwohl kaum ein Land zu finden sein dürfte, das eine derartige Verunglimpfung seines Nationalfeiertages dulden würde, und ganz sicher kein islamisches Land existiert, dass jemals überhaupt einen Tag der offenen Kirche oder Synagoge – geschweige denn an seinem nationalen Feiertag – zuließe, regt sich Widerstand weder von unserer Politik, noch von deren Medien und natürlich auch nicht seitens der gelegentlich schon mal ihre christlichen Insignien als Kotau an den Islam ablegenden Kirchenführer Marx oder Bedford-Strom.

Steinmeier verschweigt den Kanzler der Einheit, Helmut Kohl

Unsere politischen Spitzen, die sämtlich dem großen Anspruch des Erbes der Wiedervereinigung nicht einmal annähernd gerecht geworden sind, hielten halbherzige Reden und sprachen von ihren Verdiensten um das das vereinte Deutschland, dessen Vereinigung vor allem die SPD und ironischerweise besonders auch die jetzige Besetzung im Bundespräsidentenamt, der ehemals wegen DKP-Nähe vom Verfassungsschutz beobachtete Bundespräsident F.W. Steinmeier seinerzeit vehement zu verhindern versuchte, und der bei seiner Rede zwar Gorbatschow, aber unfassbarer- und böstigerweise mit keinem einzigen



Bundespräsident Steinmeier verschweigt den Kanzler der Einheit, gratuliert dem Iran und hält israelische Friedensverträge für nicht der Rede wert.

Wort die Verdienste des Kanzlers der Einheit, Helmut Kohl, erwähnte, ja dessen Namen nicht einmal nannte.

Sie sprachen von einem Deutschland, in dem wir gerade dank ihrer – wie sie uns ja täglich vor Augen führen – verfehlten Politik alle und ganz besonders die jüdische Minderheit (Zusatz des Verfassers) gut und gerne leben können.

Das klingt wunderbar und wird wohl noch viel besser werden, wenn nicht nur der Islam zu Deutschland, sondern Deutschland – ganz wie es Frankreich gerade droht – erst einmal zum Islam gehört. Wir schaffen das! „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf!“, drohte uns schon vor einer Weile Katrin Göring-Eckardt von den Grünen.

Wahrscheinlich können wir uns auch alle mit schon in nicht allzu ferner Zukunft darauf freuen. Die von keiner Vernunft nachvollziehbaren Stimmengewinne der Grünen sprechen jedenfalls dafür.

Wenn unsere Politik bei all ihrem entseelten Treiben der Deindustrialisierung, der Enthistorisierung, der irrsinnigen Straßenumbenennungen und wie zum Hohn des Beethoven-Jahres der Gesamt-Entkultarisierung unseres Landes und der judäo-abendländischen Welt zwischen durch doch noch etwas Zeit findet, pöbelt sie und die ihr nachgeschalteten Medien gegen Benjamin Netanjahu und natürlich ganz vorn gegen den US-Präsidenten Donald Trump.

Der Hass deutscher Medien gegen Präsident Trump kennt keine Grenzen

Dabei überschreitet der Hass gegen den US-Präsidenten in unseren Medien und in unserer Politik gerade jetzt vor den US-Wahlen jede Schamgrenze und einen Kranken-Bonus kennt er schon gar nicht.

Ganz und gar abscheulich und von jedem Funken menschlichen Anstands verlassen ist die Häme und Schadenfreude, mit denen nicht wenige Teile der weit nach links gedrifteten deutschen Mainstream-Journaille die Corona-Erkrankung des US-Präsidenten Donald Trump kommentieren.

Kein anständiger Mensch kann sich daran beteiligen. Die JÜDISCHE RUNDSCHAU und der Verfasser wünschen Donald Trump und seiner Frau eine schnelle, vollständige Genesung von dem Virus und einen klaren verdienten Wahlsieg und weitere erfolgreiche Jahre im Oval Office voller Schaffenskraft und Gesundheit. Erfreulicherweise und sehr zum Leid der Trump-Basher gibt es bereits die ersten Anzeichen auf eine Besserung.

Auch sonst von neutraler und ausgewogener Berichterstattung keine Spur (von Wohlwollen mag ich gar nicht reden). Immerhin stehen Trump und Netanjahu bei unserer linksdurchseelten Politik der Maase, Steinmeiers u.a. mehr im Ranking offensichtlich noch weit hinter dem Mord-Mullah-Chef Rouhani, dem Olympia-Terror-Drahtzieher Abbas und vermutlich sogar dem blutigen Nord-Korea-Diktator Kim Jong-Un.

Steinmeier gratuliert Israel nicht zum Frieden – wohl aber zur iranischen Revolution

So hat Frank-Walter Steinmeier, der Donald Trump als „Hassprediger“ beschimpfte, zwar zum Jahrestag der iranischen Revolution von 1979 gratuliert, aber nicht zum Friedensabkommen Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain.

In Nahost schreiben Trump, Netanjahu, die Emirate und Bahrain gerade Weltgeschichte in Richtung Frieden. Aus dem ach so friedensbessenen Berlin kommt dazu keine Freude und kein Wort des Lobes für die erfolgreichen Akteure.

Schon am Zustandekommen der Friedensverträge von Israel mit Ägypten und Jordanien hatten weder die Deutschen noch die EU einen konstruktiven Anteil. Auch der neue Friede Israels mit zwei weiteren arabischen Staaten ist den angeblich so friedensliebenden EU-Staatschefs ganz offensichtlich nur ein Dorn im Auge. Es erscheint so als wäre dieser Friede nicht gewünscht, weil der Friede auch ohne das besonders von deutschen Politikern wie Maas – das ist der, der nach eigener Aussage wegen Auschwitz in die Politik ging – gemeinsam mit dem Terrorfinanzierer Abbas gewünschte Ziel, dass die historischen jüdischen Gebiete Judäa, Samaria und Galiläa judenrein werden müssen, dazu weder erforderlich ist noch erreicht wird.

Leider gibt es zu dem historischen Frieden und dem Verdienst Donald Trumps und Benjamin Netanjahus auch nichts wirklich überzeugend Positives vom Zentralrat der Juden in Deutschland.

Der feierte gerade mit den politischen Spitzen unseres Landes, deren Islam-Einlass-Politik unzweifelhaft für die rapide gewachsene Verunmöglichung jüdischen Lebens in Deutschland verantwortlich zeichnet, sein 70-jähriges Bestehen, in dessen Verlauf er von einer wirklichen Vertretung der jüdischen Menschen in diesem Lande eher zu einer Vertretung der Regierungspolitik gegenüber den Juden degeneriert ist.

Den hoffnungsvollen historischen Friedensanfängen im Nahen Osten, denen dank Trump und Netanjahu weitere folgen werden, wird das keinen Abbruch tun.

Dem Staat Israel, dem jüdischen Volk wünschen wir im wahren Interesse der Kontinuität der Erfolgsgeschichte des jüdischen Staates ein friedvolles und erfolgreiches, gesundes und bald Corona-freies Jahr 5781.

Dem US-Präsidenten aus ganzem Herzen schnelle Genesung und den verdienten Wahlsieg!

Unsere Lesern, unseren Freunden und uns allen ein gesundes, süßes neues Jahr und alles erdenklich Beste.

Stay all healthy and safe!

Ihr Dr. Rafael Korenzacher
i.V. Simon Akstinat (Chefredakteur)

„Ami go home!": Vom Wunsch zur Strafe

Der lang gehegte Wunsch der Linken und 68er wird nun angesichts seiner baldigen Umsetzung als Strafe empfunden. Der großangelegte Truppenabzug aus Deutschland ist Präsident Trumps Antwort auf die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung, ihrer Verpflichtung zur Erhöhung der eigenen Verteidigungsausgaben nachzukommen.

Von Marat Gorsky

Es war die erklärte Absicht der Trump-Regierung, einen Teil der in Deutschland stationierten amerikanischen Truppen zurückzuziehen; eine Erklärung, die auf Merkels Weigerung, zu einem Treffen der G7-Führer nach Washington zu kommen folgte (oder damit zusammenfiel). Dies sollte trotz Corona-Pandemie ein reales Treffen werden, Trump wollte es nicht im virtuellen Format durchführen.

Zuvor wurde der geplante Abzug wiederholt sowohl von Trump selbst als auch von seinem ehemaligen Botschafter in Berlin, Richard Grenell, angesprochen, wurde aber nicht konkretisiert und blieb lediglich ein Grund für eine von Trumps vielen Anforderungen an Deutschland.

Zu den am häufigsten wiederholten Beschwerden zählt das chronische Versäumnis Berlins, seinen Verpflichtungen zur NATO-Finanzierung nachzukommen, sowie über die Milliarden, die Deutschland für den Kauf von russischem Gas ausgibt und somit das Verteidigungsbudget des Gegenspielers der eigenen Verteidigungsallianz finanziert.

Die EU will Nähe zu China

Diese Probleme wurden im vergangenen Jahr durch China noch verstärkt. Im März verschärfte das Weiße Haus die bereits offensichtliche antichinesische Ausrichtung seiner Politik, indem es die Volksrepublik China für die Coronavirus-Pandemie verantwortlich machte und China der „Kontrolle“ über die WHO beschuldigte. Auch wenn Trump kaum erwartet hatte, in Europa unterstützt zu werden, konnte ihm dennoch die scharfe Kritik an seiner Politik aus Deutschland nicht gleichgültig sein. Darüber hinaus unterstützt Berlin nicht die Sanktionspolitik Washingtons gegen Hongkong, dem Peking keine Unabhängigkeit zubilligt, sowie weder die harte Position der US-Regierung gegenüber dem Iran noch ihre Pläne den Nahen Osten betreffend. Selbstverständlich missbilligen die USA den Wunsch der EU, ein großes Investitionsabkommen mit China abzuschließen, bei dem Deutschland die führende Rolle hat.

So wurde am 29. Juli 2020 im Weißen Haus angekündigt, das amerikanische Truppenkontingent in Deutschland um etwa ein Drittel zu reduzieren: 11.900 Soldaten verlassen das Land, von denen 6.400 in die USA zurückkehren und etwa 5.600 in andere europäische Länder – Belgien, Italien, möglicherweise Polen – versetzt werden. Zahlreiche US-Hauptquartiere, die sich bis jetzt in Deutschland befinden, werden ebenfalls in anderen europäischen Ländern stationiert, in denen es bereits NATO-Strukturen gibt. Es wird auch in Betracht gezogen, die US-Spezialeinheiten aus Deutschland nach Afrika zu verlegen.

„In Deutschland gibt es keine Streitkräfte mehr“

Richard Grenell, der als einer der Autoren des amerikanischen Rückzugs aus Deutschland oder zumindest als



Der designierte Botschafter der USA in Deutschland, Douglas Macgregor. Er folgt auf Richard Grenell.

dessen überzeugter Befürworter gilt, trat kürzlich zurück, um an Trumps Wahlkampf teilzunehmen. Am 27. Juli nominierte der US-Präsident Douglas Macgregor, einen pensionierten Oberst, für den freigewordenen Posten des Botschafters in Berlin, der häufig als Experte für den Trump-freundlichen „Fox News“-Fernsehsender auftritt.

Grenells unnachgiebiger, direkter Stil trug weitgehend zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Berlin und Washington bei, so dass einige in Deutschland nicht ganz unglücklich über seinen Rücktritt gewesen sein dürften. Wenn allerdings Macgregor kommt, könnte sich bald herausstellen, dass die Freude in Berlin etwas verfrüht war.

Nun sollte dieser Kenner der deutschen Panzerstrategie, der als Austausch-Schüler in der ersten Klasse in Deutschland war, dann als Offizier diente und fließend Deutsch sprach, Botschafter werden in einem Land, dessen Elite von der Möglichkeit überzeugt ist, die Welt durch multilaterale Verträge zu verbessern. Es ist unwahrscheinlich, dass der neue Botschafter diese Richtung unterstützen wird. Macgregor ist nicht nur ein pensionierter Offizier. Schon während seines aktiven Militärdienstes zeichnete er sich durch Eigensinn und freies Denken aus. Sein erstes Buch, „Die neue Strategie für die Bodentruppen des 21. Jahrhunderts“, das 1997 veröffentlicht wurde, sorgte in sicherheitspolitischen Kreisen für Wirbel, so dass, wie Macgregor selbst einräumte, seine Karriere durch die Kritik an der damaligen militärischen Führung ruiniert wurde. Schließlich quittierte er 2004 seinen Militärdienst und gründete einige Jahre später mit einem Partner eine erfolgreiche Beratungsfirma für Militärstra-

tegien. Im Jahr 2019 wurde ein weiteres Buch von Macgregor, „Transformation unter Beschuss“, veröffentlicht, das für alle hochrangigen Offiziere der israelischen Streitkräfte zu einem Muss wurde.

Lob für Truppenabzug

Es ist nicht auszuschließen, dass Donald Trump nichts von Macgregors Existenz wusste, bis er Anfang 2019 in Fox News einen Militärspezialisten sah, der Trumps Entscheidung als Oberbefehlshabers für seine Pläne, Truppen aus dem Nahen Osten abzuziehen, lobte. Was er sagt und schreibt, entspricht der Denkweise des politischen Realismus, der die Welt als Arena für rivalisierende Großmächte betrachtet. So würde Russland laut Macgregor wahrscheinlich nie ein Freund der Vereinigten Staaten sein, aber eine Partnerschaft „mit beschränkter Haftung“ wäre möglich und wünschenswert. Auf eine ähnliche Weise sprach er über China und den Iran und war der Meinung, dass, wenn man internationale Konflikte lösen will, man nach Lösungen suchen muss, die für beide Seiten akzeptabel sind. Ein solches Denken ist weit entfernt von den Ansichten der Neokonservativen, die noch vor wenigen Jahren in Washington den Ton angaben.

Macgregor nannte die NATO einmal „einen Zombie“, der „nur mit Hilfe von Voodoo-Zauber immer wieder reanimiert wird“. Und in Deutschland gibt es, seiner Meinung nach, keine Streitkräfte mehr, da die Bundeswehr „hoffnungslos demoralisiert“ sei.

Keine Einigung

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar, ob der Senat die Nominierung des neuen US-Botschafters in Deutschland

bestätigen wird und ob der US-Kongress Trumps vorgeschlagenem Plan zum Abzug amerikanischer Truppen zustimmen wird. In Berlin führt man jedoch bereits Debatten darüber, wie man darauf reagieren soll.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Rolf Mützenich, meinte, dass jetzt die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Rüstung auch „in einem neuen Licht bewertet“ werden sollte. Laut Mützenich verfolgt Trump eine Politik der „Willkür und des Drucks“, und dies kann nicht „die Grundlage für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit“ sein. Zuvor äußerte sich der SPD-Politiker auch skeptisch über Pläne, amerikanische Kampffljets für die Bundeswehr zu kaufen.

Konservative Politiker warnen jedoch vor vorschnellen Reaktionen. „Die Vereinigten Staaten bleiben unser wichtigster Partner außerhalb Europas“, sagte Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. „Nun zu sagen: ‚Lasst uns diesen wichtigen Pfeiler der transatlantischen Rüstungskonkoperation abreißen, halte ich für einen wirklich dummen Fehler, den wir nicht machen sollten‘, sagt Peter Bayer (CDU), Koordinator der transatlantischen Zusammenarbeit der Bundesregierung.“

Aber genau dies fordern linke Politiker. Darüber hinaus forderte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, wie auch die SPD und die Politiker der Linkspartei, den vollständigen Rückzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, was – ihrer Meinung nach – vernünftiger wäre als der Abzug von Truppen.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Die neuen westlichen Kultur-Taliban, ihre vorübergehenden Erfolge – und woran sie scheitern werden

In angelsächsischen und in deutschsprachigen Ländern finden sich lagerübergreifend immer mehr Intellektuelle gegen die „Cancel Culture“-Bewegung zusammen. Sie haben verstanden: Wer die freie Debatte wieder groß machen will, muss die Enthistorisierungs- und Entkulturisierungs-Versuche der „Moralprediger ohne Moral“ entschieden zurückweisen.

Von Alexander Wendt

Es gibt zwei Aufrufe, die einander ähneln. Einer erschien vor einigen Wochen in dem Magazin „Harper’s“, einer vor wenigen Tagen auf der Seite des gerade gegründeten „Intellectual Deep Web Europe“. In beiden Appellen finden sich Autoren und Wissenschaftler von der linken bis zur rechten Mitte zusammen, die unter normalen Bedingungen wahrscheinlich kein Manifest unterschrieben hätten.

Wenn die Front breiter wird als gewöhnlich, geht es meist um essentielle Dinge. An dem deutschsprachigen Appell, so viel gleich zu Beginn, ist der Autor dieses Textes beteiligt.

Beide Aufrufe verteidigen den freien Austausch von Meinungen, also eine Praxis, die im Westen entstand und dort bis vor ein paar Jahren nicht ernsthaft gefährdet schien.

Werfen wir erst einen kurzen Blick auf den gegenwärtigen Zustand, bevor es um die Aufrufe selbst geht.

Der amerikanische Datenanalyst David Shor, bis Mai 2020 einer der führenden Köpfe des Umfrageinstituts Civis, gehört zu den Hochtalentierten in seiner Branche. Schon als Zwanzigjähriger arbeitete er 2012 zu dem Team von Nate Silver, einem Statistiker, der damals mit seinem Modell den Ausgang der Wahl in 50 Bundesstaaten korrekt vorhersagte.

Nach dem Beginn der „Black Lives Matter“-Demonstrationen in den USA und den ersten Ausschreitungen retweetete Shor eine Untersuchung der Wahl- und Umfrageergebnisse seit 1968, in der der (farbige) Princeton-Wissenschaftler Omar Wasow nachwies, dass friedliche Straßenproteste die öffentliche Meinung zugunsten der Demokraten verschoben hatten, im Gegensatz zu gewalttätigen Übergriffen, die eher das Gegenteil bewirkten. Seine Absicht kommentierte sich von selbst; Shor gehört zum linksliberalen Lager, er wünscht sich erklärtermaßen den Sieg Bidens im November.

Als er seine Studie per Twitter veröffentlichte, fielen sofort Aktivisten über ihn her, die ihm vorwarfen, er als Weißer dürfe über die BLM-Bewegung nicht urteilen, auch nicht indirekt durch eine Analyse historischer Wahldaten, seine Veröffentlichung sei beleidigend. Die Daten selbst stellte niemand in Frage.

Shor entschuldigte sich öffentlich. Das nutzte ihm vor dem Twitter-Gericht nichts, die linken Aktivisten forderten seine Entlassung. Dazu kam es innerhalb weniger Tage. Civis feuerte seinen führenden Datenanalysten.

Ihm ging es ähnlich wie Gordon Klein, einem Dozenten an der Anderson School Of Management, die zur UCLA gehört: mehrere schwarze Studenten hatten ihn aufgefordert, ihnen bei der Abschlussprüfung Sonderkonditionen („Accommodations“) einzuräumen, die mittlerweile an etlichen Hochschulen tatsächlich gewährt werden, um den emotionalen Stress und die Traumatisierungen auszugleichen, die farbige Studenten nach ihrem eigenen Bekunden durch den Tod von Georg Floyd und



Eine Frau fotografiert im Bostoner Christoph-Kolumbus-Park eine Statue von Christoph Kolumbus, der man den Kopf abgeschlagen hat.

die folgenden Proteste erlitten hätten.

Klein fragte per Mail sarkastisch zurück, wie er denn mit Studenten mit einem farbigen und einem weißen Elternteil verfahren sollte. Eine halbe Sonderkondition? Vor allem fragte er, wie sich die Aufforderung nach besonderer Behandlung mit dem Gleichheitsideal von Martin Luther King vertragen würde:

„Eine letzte Sache noch, die mich beschäftigt: Erinnerst du dich daran, dass Martin Luther King bekanntlich sagte, niemand sollte nach seiner Hautfarbe bewertet werden? Glaubst du nicht, dass deine Bitte (um Sonderkonditionen) seiner Mahnung zuwiderläuft?“

Die Hochschule feuerte Klein sofort, nachdem Studenten sich über seine „rassistischen Bemerkungen“ erregt hatten.

Weder bekam er Gelegenheit, sich zu rechtfertigen, noch mussten seine Ankläger darlegen, was in ihren Augen an seiner rhetorischen Frage eigentlich falsch war. Anklage, Urteil und Vollstreckungsbescheid waren praktisch identisch.

Cancel Culture wird geleugnet

Den Fall von Shor hatte der Publizist und Politikwissenschaftler Yascha Mounk, derzeit an der Johns Hopkins University in Washington, kürzlich in einem Beitrag für die „Zeit“ erwähnt, um zu illustrieren, dass so etwas wie Cancel Culture tatsächlich existiert. Denn zu der Debatte um den Hinauswurf von Falschmeimern, die Verhinderung von Veranstaltungen und den Druck auf Verlage gehört auch die regelmäßig von Wahrmeimern vorgetragene Behauptung, eine Cancel Culture gebe es in Wirklichkeit nicht, es handle sich um eine Erfindung beziehungsweise einen Kampfbegriff von nicht näher definierten Rechten.

Im deutschsprachigen Raum existiert dazu eine Art Liturgie mit drei bequem nacherzählbaren Fällen, die verschiedene Medien als Beweisführung gegen Cancel Culture fast wortgleich abspulen:

Gegen die zunächst vom „Nochtspeicher“ in Hamburg ausgeladene Kabarettistin Lisa Eckhart habe es ja keine ernsthaften Gewaltdrohungen gegeben, sondern nur das Gerücht, es könnte bei ihrem Auftritt zu spontanen linken Zornbekundungen kommen, die Ausladung sei auch wieder zurückgenommen worden, außerdem habe Eckhart dutzende Interviews zu der Angelegenheit geben können.

Zweitens sei die auf Druck von Twitter-Aktivisten von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zuerst gelöschte Videobotschaft des Kabarettisten Dieter Nuhr – ein kurzes Plädoyer für die Vorläufigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen, versehen mit einem kleinen Seitenhieb gegen Greta Thunberg – später wieder online gestellt worden. Also wieder keine Cancel Culture.

In dubio pro reo: Stokowski und Lobo knickten ein

Und drittens die Autobiografie von Woody Allen „Ganz nebenbei“, gegen deren Publikation bei Rowohlt eine Reihe von Autoren des Verlags – Margarete Stokowski, Sascha Lobo und andere – mobil gemacht hatten mit der Begründung, wegen der (in Wirklichkeit juristisch nie belegten) Missbrauchsvorwürfe gegen Allen dürfe das Buch dort nicht erscheinen: Rowohlt ließ sich nicht erpressen, sondern veröffentlichte. (Übrigens kündigte dann doch keiner der erfolglosen Abkanzlerautoren seinen Vertrag mit Rowohlt, sie waren also bereit, weit zu gehen, aber nicht an ihre materielle Schmerzgrenze).

Die drei Geschichten dienen also als standardisierter Beweis dafür, dass Cancel Culture nirgends ernsthaft droht.

Es handelt sich wie gesagt um bequem nacherzählbare Fälle. Weniger passende lassen Verbreiter dieses Abwehrrnarrativs lieber weg.

Etwas den des Leipziger Malers Axel Krause, der schon 2018 seinen Galerievertrag verlor, weil er auf Facebook die

Migrationspolitik der Bundesregierung kritisierte, und im August 2020 von der Teilnahme an einer Ausstellung wieder ausgeladen wurde – weil dem Versicherer das Risiko von Anschlägen auf die Bilderschau zu hoch erschien.

Oder den Rauswurf des Chefs der hessischen Filmförderung Hans Joachim Mendig, dessen Vergehen darin bestand, dass er sich mit dem AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen aus Neugierde zu einem Mittagessen getroffen hatte.

Einen Punkt – keinen wirklichen Punkt, eher Fußnote – haben die Es-gibt-keine-Cancel-Culture-Erzähler hierzulande für sich: Im angelsächsischen Raum geht die Praxis des argumentationsfreien Ausschließens, Feuerns und Beschweigens viel weiter als in Deutschland. Das zeigt sich übrigens auch an Woody Allens Autobiografie: Während Rowohlt bei der Veröffentlichung blieb, strich sein amerikanischer Verlag Hachette das Buch nach dem Druck des Twitter-Mobs kurzfristig aus seinem Programm. Es sprang zwar mit Arcade Publishing ein anderer Verlag in die Lücke. Allerdings verändern und verengen sich Verhältnisse, wenn ein großes Haus wie Hachette – so wie Universitäten und Unternehmen – dem Druck der Twittertaliban nachgibt.

Ein weniger berühmter und wirtschaftlich weniger interessanter Autor als Allen muss jetzt damit rechnen, nach einer ähnlichen Anklage überhaupt keinen Verleger mehr zu finden. Und genau darin besteht das Ziel der Übung: Ein kleiner gutorganisierter Wächterrat bestimmt mehr und mehr die Regeln, und deren Regeln laufen grundsätzlich auf beweislose Anklagen, Begrenzung und Ausschluss hinaus. Auf bestimmten Themenfeldern liegen mittlerweile so dichte Minengürtel, dass Leute aus drucksensiblen Milieus sie vorsichtshalber nicht mehr betreten. Jedem Hochschulangestellten, jedem Mitarbeiter von Unternehmen, die sich dem Wächterrat unterworfen haben, kann es etwa bei der geringsten selbst in-

direkten Kritik an „Black Lives Matter“ so gehen wie David Shor oder Gordon Klein.

Britische Polizei hat Angst vor Rassismus-Vorwürfen

In Großbritannien entwickelte sich der Komplex der so genannten „Sex Grooming Gangs“ zu einer ähnlich gefährlichen Sperrzone. Von den Gangs muslimischer Männer – meist mit pakistanischen Wurzeln – waren in Rotherham und anderswo tausende überwiegend minderjährige Mädchen abhängig gemacht und missbraucht worden.

Polizei und Behörden verschlossen davor lange die Augen aus Angst, als „rassistisch“ gebrandmarkt zu werden. Als die Labour-Abgeordnete Sarah Champion aus Rotherham 2017 in einem Zeitungsbeitrag forderte, über die Verachtung der muslimischen Täter für ihre weißen Opfer zu diskutieren, verlor sie ihre Position im Labour-Schattenkabinet. Bis heute wird sie von identitären Linken als „Rassistin“ angefeindet.

Vor kurzem gab es eine heftige Debatte, ob das (Tory-geführte) Innenministerium seine Untersuchung über die Sex Grooming Gangs überhaupt veröffentlichen sollte.

In dem Unterwerfungsfeldzug der Meinungswächter – das ist vielleicht der wichtigste und immer noch ungenügend verstandene Punkt – geht es darum, nach und nach ganze Themen für die Debatte zu sperren. Und erst in zweiter Linie um den Angriff auf einzelne Personen. Die individuellen Attacken sind Mittel, nicht das eigentliche Ziel. Der Streit um Debattenfreiheit ist keine Fehde unter Intellektuellen. Zu den Opfern des systematischen und korrekten Beschweigens gehören in erster Linie Leute wie die Missbrauchsoffer von Rotherham, die ganz andere Verluste zu ertragen hatten als ein gefeuerter Universitätsdozent.

Verglichen mit der Lage in den USA und Großbritannien ist die Cancel Culture in Deutschland tatsächlich noch ein Entwicklungsprojekt. Sie wirkt sich noch nicht so toxisch aus wie in ihrem Ursprungsland, auch wegen des deutschen Arbeitsrechts, das es nach derzeitigem Stand nicht erlaubt, einen Universitätsmitarbeiter zu feuern, weil sich Studenten verletzt fühlen.

Der Punkt ist: Sollte der Kampf gegen die Cancel Culture in Deutschland, der Schweiz und Österreich deshalb erst einmal nur mit halber Kraft geführt werden? Das wäre so, als würden Hausbewohner das Übergreifen eines Brandes von nebenan nur beobachten und sich darauf verständigen, dass erst gelöscht wird, wenn das eigene Dach komplett in Flammen steht. Der linksliberale Yascha Mounk sieht die Situation für die USA mittlerweile genauso wie sein liberal-konservativer Kollege Niall Ferguson:

Die Gefahr wurde lange unterschätzt

Erst galt die Forderung nach „safe spaces“ und Diskussionseinschränkungen als eher skurriles Anliegen einer Minderheit in Universitäten. Inzwischen beherrscht sie viele Universitäten komplett. Jetzt greift die Cancel-Ideologie weit darüber hinaus in immer größere Gebiete der Gesellschaft wie ein Feuersturm, der das alte Ökosystem vernichtet, in dem hunderte Meinungen nebeneinander blühen konnten. Mounk warnte deshalb seine deutschen Leser in dem „Zeit“-Artikel, den gleichen Fehler zu begehen wie viele in Amerika, die den Vernichtungsfuror der Wächterterre lange unterschätzten. Das linksliberale Lager unterschätze ihn so lange, bis es Leute aus dem eigenen Milieu wie Shor traf. Das Magazin „Atlantic“ schrieb über Shor und andere: „Hört auf,

die Unschuldigen zu feuern“. Was die Autoren übersehen: In einem talibanesken System gibt es keine Unschuldigen.

Mounks Name steht unter dem Aufruf von 153 Intellektuellen des englischsprachigen Raums in „Harper’s“, die sich für Grundregeln der freien Debatte einsetzen. Unter dem Appell von „Harper’s“ sammeln sich Intellektuelle mit linksliberalen bis konservativen Ansichten, etwa die Schriftstellerin Joanne K. Rowling, der Politikwissenschaftler Noam Chomsky, der Autor Malcolm Gladwell und der liberal-konservative Philosoph Francis Fukuyama.

Der Aufruf gegen Gesinnungsdruck und für ein Ökosystem von Meinungen von Autoren und Wissenschaftlern aus Deutschland, der Schweiz und Österreich ähnelt dem Text von „Harper’s“ darin, dass sich dort nicht nur die üblichen Verdächtigen finden, sondern öffentliche Personen, die ansonsten in vielen Dingen

„Friedliche Straßenproteste hatten die öffentliche Meinung zugunsten der Demokraten verschoben, im Gegensatz zu gewalttätigen Übergriffen, die eher das Gegenteil bewirkten.“

miteinander streiten. Darum geht es ja gerade. Den deutschsprachigen Aufruf publizierte die Plattform „Intellectual Deep Web Europe“, die sich an den (ironischen) Begriff „Intellectual Dark Web“ lehnt, eine Plattform für den von politischer Korrektheit freien Meinungs austausch, die von den Autoren Jordan B. Peterson, Sam Harris und anderen als Reaktion auf den wachsenden Gesinnungsdruck in Universitäten und etablierten Medien gegründet worden war.

Initiatoren des deutschsprachigen und weiter unten dokumentierten Aufrufs sind der Autor und Redakteur Milosz Matuschek (Der Schweizer Monat, Neue Züricher Zeitung) und der Publizist Gunnar Kaiser.

Zu den Erstunterzeichnern gehören Autoren wie Alexander Kluge, Monika Maron, Asfa-Wossen Asserate, Ralf Bönt, Cora Stephan, Dieter Nuhr und Günter Wallraff, der Philosoph Robert Pfaller, Wissenschaftler wie der Jurist Reinhard Merkel, der Historiker Jörg Baberowski, der Medientheoretiker Norbert Bolz, die Migrationsforscherin Sandra Kostner und die Ethnologin Susanne Schröter, Journalisten, Redakteure und Autoren mehrerer Medien, unter anderem Götz Aly (Berliner Zeitung), Michèle Binswanger (Tagesanzeiger), Frank Lübberding und Philip Plickert (FAZ), Harald Martenstein (Zeit, Tagesspiegel), Alexander Kissler (NZZ), Alexander Grau (Cicero) und Ferdinand Knauß (Tichys Einblick), der Autor dieses Textes wie gesagt auch.

Ein zentraler Satz des Aufrufs stammt von Jean Paul:

„Freiheit ist ein Gut, dessen Dasein weniger Vergnügen bringt als seine Abwesenheit Schmerzen.“

Keine Erpressung, keine Sprechverbote, keine Kontaktschuld

Die Unterzeichner des Appells bekennen sich zu Standards für die öffentliche Debatte, die den Raum offenhalten sollen.

Erstens wenden sie sich gegen jede Form der Cancel Culture, also Druck auf Veranstalter, Multiplikatoren oder Plattformbetreiber. Wohlgermerkt: schon gegen erpresserischen Druck, nicht erst gegen vollendete Ausladungen, Absagen und Löschungen.

Zweitens solidarisieren sie sich mit de-

nen, die unter einen Gesinnungsdruck gesetzt werden.

Drittens setzen sie eine Regel: Der öffentliche Raum und die Themen darin gehören allen. Niemand besitzt das Recht, Zugangsbeschränkungen auszurufen, etwa die, dass nur Farbige über Rassismus sprechen dürfen, oder dass deren Meinungen von vorn herein schwerer wiegen.

Und viertens lehnen die Unterzeichner das Prinzip der Kontaktschuld ab. Meinungen übertragen sich nicht durch Nähe auf einem Podium oder in einem Verlagsprogramm.

Was die 153 von „Harper’s“ und die Erstunterzeichner des deutschsprachigen Appells zusammenbringt, sind drei Phänomene, die im blinden Fleck der Wächterterre liegen, nämlich Spiel, Spaß und Spannung. Überall dort, wo Aufpasser ganze Themenfelder abriegeln und Debattenteilnehmer bei Strafe der Verfehlung dazu zwingen, jeden Satz auf heikle

Formulierungen abzuklopfen, stirbt als erstes der Witz (früher einmal ein Synonym für Geist) und zweitens jede Übersetzung.

Die Debattensimulation unter der Fuchtel der Korrektheit erinnert an die Deklamationsabende im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, die dort unter der Bezeichnung Talkshow laufen, an so genannte Diskurse an der Berliner Volksbühne oder die Kolumnen in der Meinungsabteilung von „Spiegel Online“. Buchstäblich jede Wendung dort lässt sich voraussehen, jedenfalls für den, der überhaupt noch zuschaut. Auftritte von Kasper, Krokodil und Schutzmann wirken dagegen vergleichsweise anarchisch.

Erstaunlich viele Autoren und Wissenschaftler in der öffentlichen Arena mit ansonsten unterschiedlichsten Ansichten merken, dass sie ein Quantum Witz und Spiel brauchen, weil sie sich sonst zu Tode langweilen. Und ihr Publikum auch. Mehr Gemeinsamkeit braucht es gar nicht.

Apropos zu Tode langweilen: Der Rundfunk Berlin-Brandenburg sendete etwas zu dem deutschsprachigen Appell, allerdings achtete die Redaktion darauf, außer der Überschrift des Aufrufs nichts zu zitieren. Sie fasste noch nicht einmal seinen Inhalt zusammen, sondern suggerierte, es stünde darin, „dass man seine Meinung nicht äußern dürfe“. Das klingt dann so:

„Gerade am Wochenende war es zu sehen: Menschen dürfen in Deutschland sehr lautstark öffentlich ihre Meinung sagen. Dennoch ist die Ansicht offenbar weit verbreitet, dass man in Deutschland oder auch in anderen Ländern seine Meinung nicht äußern dürfe. Politische Korrektheit wird als Gängelung empfunden. Heute ist ein Appell im Internet veröffentlicht worden, Appell für freie Debattenräume“, so der Titel.“

Übereinander statt miteinander sprechen

Warum auch nicht? Wer den „Sturm auf den Reichstag“ erfindet, kann notfalls auch einen ganzen Aufruf für das RBB-Publikum neu dichten und die uralte Strohpuppe des Abgedrifteten, der, höhö, sagt, dass er nichts sagen darf, auf die Gebührenfunkrampe zotteln. Dort sitzt

sie dann zusammen mit Anatol Stefanowitsch, „Sprachwissenschaftler an der FU Berlin und Autor des Buches ‚Eine Frage der Moral – Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen‘“. Er spricht mit einem RBB-Redakteur statt mit einem Unterzeichner des Aufrufs. Stefanowitsch weiß auch so, was Alexander Kluge, Asfa-Wossen Asserate, Monika Maron, Jörg Baberowski und andere „überwiegend männliche“ Unterzeichner des Aufrufs treibt, nämlich „die Angst vor dem Bedeutungsverlust“.

Ernsthaft: Wer hört bei diesen selbsttherapeutischen Gesprächen noch zu?

Das Besondere der beiden Aufrufe liegt darin, dass im Feld der Unterzeichner wirkliche Vielfalt herrscht. Sowohl aus den „Harper’s“ als auch den Namen aus Deutschland, Schweiz und Österreich ließe sich sofort eine anregende und möglicherweise auch unkalkulierbare Diskussionsrunde zusammenstellen. Auch eine Tafelrunde. Oder die Autorenriege eines Mediums, für das ein Publikum freiwillig Geld ausgeben würde.

Alles war schon mal da: Savonarola, Calvin und Robespierre

In der Geschichte gab es mehrere Moral- und Tugendregime, die den Kreis des Erlaubten immer enger und den der Sünder immer weiterzogen. Girolamo Savonarolas Herrschaft der Eiferer in Florenz (inklusive Kindersturmtruppe, die Fanciulli), Johannes Calvins Diktatur in Genf, Robespierres Jakobinerzeit. Alle dauerten erstaunlich kurz, denn alle übten ihre Macht durch ständige Verschärfung von Anklage und Urteilen aus, wodurch sie unablässig die Zahl ihrer Gegner vergrößerten. An einem bestimmten Punkt setzten sich Leute zusammen, die wahrscheinlich unter normalen Bedingungen nicht zusammengefunden hätten, um durchzukalkulieren, was sie riskieren, wenn sie sich verweigern, und was sie verlieren, wenn sie sich unterwerfen. Immer kamen sie zu dem gleichen Ergebnis. Insbesondere für Savonarola und Robespierre ging die Geschichte auch persönlich nicht gut aus.

In den USA, dem Mutterland der neuen Savonarolas, gibt es einige Anzeichen, dass ihre Ära diesen Punkt erreicht hat. Der „Harper’s“-Appell gehört dazu. Mit der Supermarktkette „Trader Joe’s“ entschied sich gerade ein großes Unternehmen (nach kurzem Schwanken), seine angeblich „rassistischen“ Logos auf den Packungen von asiatischem, lateinamerikanischem und französischem Essen nicht wie von Aktivisten gefordert zu entfernen, sondern beizubehalten. Auch deshalb, weil die Hauptaktivistin, eine blonde weiße Kalifornierin, keine verletzten und beleidigten Kunden mit asiatischen und Latino-Wurzeln aufreiben konnte. Die Jobvermittlungs-Seite „Unwoke“ umwirbt Firmen, die Fachkräfte suchen, während sie von narzisstischen Aktivisten verschont bleiben möchten.

In Großbritannien gewann die Labour-Abgeordnete Sarah Champion ihren Wahlkreis Rotherham wieder, obwohl es Labour im Dezember 2019 nicht leicht hatte. Sie blieb, der frühere Parteichef Jeremy Corbyn, der sie als „Rassistin“ abkanzelte, endete ziemlich ruhmlos.

Die Hölle lässt sich ziemlich einfach ausmalen: Eine Talkshow im deutschen Gebührenfernsehen mit Savonarola, Calvin, Robespierre, Corbyn und irgendeinem ausgelosten Aktivisten m/w/d, dessen Namen sich keiner merken muss.

Es wäre sogar die Hölle für die Teilnehmer selbst.

Savonarola sieht übrigens auf sämtlichen Porträts (es gibt etliche) so aus, als würde er sein Ende schon kennen.

Angela Merkel – wirklich eine Israelfreundin?

Die Bundeskanzlerin hat nahezu jeden Preis erhalten, den Israel und jüdische Institutionen in Deutschland zu vergeben haben. Doch ihr „pro-israelisches“ Engagement sollte wirklich und dringend einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Von Rainer Grell

Angela Merkel hat als Bundeskanzlerin so ziemlich alle Ehrungen erfahren, die jüdische Organisationen und der Staat Israel zu vergeben haben:

- Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland, am 6. November 2007
- Europe Award of Merit-Medal der B'nai B'rith, am 11. März 2008
- Leo-Baeck-Medaille, am 21. September 2010 in New York
- Preis für Verständigung und Toleranz des Jüdischen Museums Berlin, am 24. Oktober 2011 in Berlin
- Heinz-Galinski-Preis, am 28. November 2012
- „Itur Nesi Medinat Jisrael“, President's Medal, Ehrenmedaille des Präsidenten, höchste Auszeichnung des israelischen Staates, am 25. Februar 2014
- Abraham-Geiger-Preis, am 2. Dezember 2015
- Elie Wiesel Award für das Jahr 2017, am 24. April 2017, ausgestellt vom United States Holocaust Memorial Museum
- Theodor-Herzl-Preis 2019 des Jüdischen Weltkongresses (WJC), am 28. Oktober 2019
- Buber-Rosenzweig-Medaille 2020 des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, am 8. März 2020 in Dresden.

Außerdem hat Merkel noch Ehrendoktorwürden folgender israelischer Universitäten erhalten:

- Ehrendoktorwürde in Philosophie der Hebräischen Universität Jerusalem, verliehen am 1. April 2007
- Ehrendoktorwürde der Universität Tel Aviv, verliehen am 1. Februar 2011
- Ehrendoktorwürde der Universität Haifa, verliehen am 4. Oktober 2018

Darauf kann nicht nur Angela Merkel selbst, sondern ganz Deutschland stolz sein. Gleichwohl wollen die nagenden Zweifel in mir keine Ruhe geben: Ist die deutsche Bundeskanzlerin wirklich eine so gute Freundin Israels, wie alle Welt und Israel selbst glauben? Um nicht den eigenen Vorurteilen aufzusitzen oder gar – horribile dictu – irgendeiner Verschwörungstheorie, schauen wir uns einfach mal die Tatsachen an, die einen überhaupt dazu bringen könnten, an der israelfreundlichen Haltung Merkels zu zweifeln. Ich beschränke mich dabei auf reine Fakten aus allgemein zugänglichen Quellen, aus denen dann jeder die ihm vertretbar erscheinenden Schlüsse ziehen mag.

Die Knesset-Rede vom 18. März 2008

Mir sind folgende Passagen aus dieser zweifellos eindrucksvollen Rede unvergesslich geblieben.

„Deutschland und Israel sind und bleiben und zwar für immer auf besondere Weise durch die Erinnerung an die Schoah verbunden.“

„Nur wenn sich Deutschland zu seiner immerwährenden Verantwortung für die moralische Katastrophe



Bundeskanzlerin Merkel spricht in der Knesset.

in der deutschen Geschichte bekennt, können wir die Zukunft menschlich gestalten.“

„Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“

„Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen in Deutschland und in Europa nie wieder Fuß fassen, und zwar weil alles andere uns insgesamt, die deutsche Gesellschaft, das europäische Gemeinwesen, die demokratische Grundordnung unserer Länder gefährden würde.“

Äußerungen der Kanzlerin ziemlich vage

Israel wird permanent durch die meisten arabischen Staaten sowie durch die islamische Republik Iran bedroht. Was bedeutet in diesem Zusammenhang Merkels „Stunde der Bewährung“? Aus israelischer Sicht ist diese an sich permanent gegeben, insbesondere angesichts der Weigerung der islamischen Republik Iran, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Selbst der als gemäßigt geltende Präsident Rohani hat Israel als „Krebsgeschwür“ bezeichnet. Was mit einem solchen zu geschehen hat, ist allgemein bekannt und zudem kürzlich von dem langjährigen Europapolitiker Elmar Brok bezüglich

der Werte-Union innerhalb der CDU deutlich gemacht worden: „So etwas muss man von vornherein mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpfen.“

Was passiert, wenn Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gleichwohl in Deutschland und in Europa wieder Fuß gefasst haben? Wie begegnet die Bundesregierung dem Vorwurf des Rassismus, wenn der islamische Antisemitismus kritisiert wird?

Vor dem Hintergrund dieser Fragen nehmen sich die Äußerungen der Kanzlerin in der Knesset-Rede ziemlich vage aus.

Karl Lagerfeld hasste die Bundeskanzlerin

„Wir können nicht, selbst wenn Jahrzehnte zwischen den beiden Ereignissen liegen, Millionen Juden töten und Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen“, sagte Lagerfeld am 11. November 2017 in der französischen TV-Show „Salut les Terres“ des Senders Canal 8.

Henryk M. Broder hat dieses Phänomen in seiner Laudatio für Marcel Reich-Ranicki zur Verleihung der Ludwig-Börne-Medaille in der ihm eigenen Mischung von Klarsicht, Präzision und Sarkasmus so erklärt: „Sie und ich, wir alle leben in einem Deutschland, in dem tote Juden über alles geliebt, während die Überlebenden und ihre Nachkommen als Störer empfunden werden. Dabei stimmt es nicht, dass die Deutschen vergessen und nicht erinnert werden wollen.“

Das Gegenteil ist der Fall. Sie können von der Vergangenheit nicht genug bekommen.“

Jeden Monat veröffentlichte Lagerfeld im Magazin der „FAZ“ eine politische Karikatur. Hier arbeitete er sich allzu gern an der deutschen Regierungschefin ab, die er nach eigener Aussage hasste. Übersetzt in eine Karikatur sah das so aus: Hinter einer Angela Merkel mit angsterfülltem Blick und beiden Händen vor dem Mund steht Adolf Hitler. Darüber die Worte: „Vielen Dank, dass Sie ungewollt meinen Nachfahren erlaubt haben, wieder im Parlament vertreten zu sein.“

In einem Achgut.com-Beitrag mit dem Titel „Ehre den toten Juden, Verachtung den lebenden“ hat Chaim Noll unmissverständlich erklärt: „Wenn der Islam zu Deutschland gehört, wie ein deutscher Bundespräsident formulierte, gehört auch der islamische Judentum zu Deutschland. Ganz unvermeidlich – so, wie er seit anderthalb Jahrtausenden zum Islam gehört.“ Und: „Es ist beglückender, moralisch erhebender, in Feierstunden der toten Juden zu gedenken, als sich für die Zukunft der lebenden einzusetzen.“

Die Kanzlerin hat sich ohne Wenn und Aber zu der Äußerung von Christian Wulff bekannt und zwar nicht etwa ad hoc, sondern in einer wohl vorbereiteten Regierungserklärung vom 15. Januar 2015. Eine Äußerung Merkels zur Widersprüchlichkeit dieser Aussage, wie sie Lagerfeld und Noll aufgezeigt haben, sucht man vergeblich.

Israel und der Atomdeal mit dem Iran

Angesichts des Verhältnisses des Irans zu Israel hätte es nahegelegen, bei den Verhandlungen über den Atomdeal die Anerkennung des Existenzrechts Israels zur *conditio sine qua non* zu machen. Auf meine Anfrage an das Auswärtige Amt (AA), warum dies nicht geschehen sei, erhielt ich am 23. Mai 2018 folgende „diplomatische“ Antwort:

„Unabhängig davon wurde und wird unser Eintreten für das Existenzrecht Israels und die Forderung an Iran, von einer Politik der Aggression gegenüber dem Staat Israel Abstand zu nehmen, der iranischen Seite immer wieder auf allen Ebenen sehr deutlich gemacht. Ebenso protestiert die Bundesregierung konsequent gegen anti-israelische oder antisemitische Rhetorik der iranischen Führung.“

Angesichts der schönen Worte, die Merkel für unser Verhältnis zu Israel gefunden hat, hätte ich erwartet, dass sie im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz (Artikel 65 Satz 1 GG) den damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier anweist, bei den Verhandlungen mit dem Iran das Existenzrecht Israels in dem Atomdeal zu verankern. Bekannt geworden ist nichts dergleichen.

Dagegen hatte Merkel kurz nach Beginn ihrer Kanzlerschaft (22. November 2005) bei ihrem Antrittsbesuch in Israel (vom 29. bis 30. Januar 2006) als eine von drei Bedingungen für Gespräche der EU mit der Hamas genannt: Die Hamas müsse das Existenzrecht Israels ohne Wenn und Aber anerkennen.

Ein merkwürdiger Kreis, der sich da schließt

„Wenngleich Merkel Israel grundsätzlich unterstützt, hat sie wiederholt den israelischen Siedlungsbau kritisiert. So zum Beispiel während eines Besuchs des israelischen Premierministers Netanjahu in Berlin im August 2009“. Auch im März 2010 und während der zweiten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen (aus Anlass des 60. Jahrestags der Staatsgründung Israels von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Ehud Olmert ins Leben gerufen) in Jerusalem im Januar 2011 kritisierte Merkel den israelischen Siedlungsbau im Westjordanland und Ostjerusalem mit ungewohnter Schärfe und bezeichnete ihn als Hindernis für den Frieden. Schließlich ist bemerkenswert, dass Deutschland im Februar 2011 im UN-Sicherheitsrat für einen Resolutionsentwurf stimmte, der den israelischen Siedlungsbau verurteilte. Der Entwurf scheiterte aufgrund eines Vetos der USA.

Natürlich möchte man der Beteuerung des AA trotzdem glauben, aber das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen spricht eine andere Sprache. 2018 stimmte Deutschland dort 16 von insgesamt 21 Resolutionen zu, die sich gegen Israel richteten. Im gleichen Zeitraum wurden Länder mit miserabler Menschenrechtssituation wie Syrien oder Nordkorea jeweils nur einmal verurteilt. Bei den restlichen fünf Resolutionen enthielt sich der deutsche Vertreter viermal, nur einmal stimmte er dagegen, also für Israel. 2019 sah es nicht viel besser aus: Hier stimmte der deutsche UN-Botschafter für neun anti-israelische Resolutionen, darunter eine, die die heiligsten Stätten Jerusalems als „besetztes palästinensisches Gebiet“ („Palestinian Occupied Territory“) bezeichnete, während er sich dreimal der Stimme enthielt und, wie im Vorjahr, nur eine einzige anti-israelische Resolution ablehnte.

Die antiisraelische Haltung innerhalb der Weltorganisation ist bekannt. Wie ist es zu erklären, dass sich unser UN-Botschafter nicht demonstrativ an die Seite Israels stellt, wie man dies angesichts der Knesset-Rede der Kanzlerin und der „historischen Verantwortung“ Deutschlands erwarten würde?

Seit Juli 2017 ist übrigens Christoph Heusgen „Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen“ – derselbe Heusgen, der zuvor ab November 2005 die für Außenpolitik im Bundeskanzleramt zuständige Abteilung 2 geleitet hat, damit der außen- und sicherheitspolitische Berater der Bundeskanzlerin war und deshalb die Knesset-Rede Merkels zu verantworten hat. Ein merkwürdiger Kreis, der sich da schließt – jedenfalls aus der Perspektive eines unvoreingenommenen Beobachters.

„Boykotte können nicht die Antwort sein“

Und nicht nur das. Merkel scheint es nicht zu stören, dass das Simon Wiesenthal Center ihren Vertrauten Heusgen 2019 auf Platz 7 der jährlichen SWC-Liste der „Top Ten worst global anti-semitic and anti-Israel incidents“ gesetzt hat (Platz 1 nimmt Jeremy Corbyn ein) – einmal wegen seines geschilderten Abstimmungsverhaltens. Aber auch, „weil er 130 Raketen, die von der Terrororganisation Hamas in einer Märzwoche auf israelische Zivilisten abgefeuert wurden, mit der Zerstörung der Häuser von Terroristen durch den

jüdischen Staat gleichsetzte“. Das SWC erinnert in diesem Zusammenhang an Merkels Knesset-Rede und meint dann sarkastisch „es sieht so aus, als ob Heusgen davon keine Kenntnis hatte“.

Wir erinnern uns: BDS „ist eine transnationale politische Kampagne, die den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will, um ihre im Jahr 2005 beschlossenen Ziele durchzusetzen: Israel müsse die ‚Okkupation und Kolonisierung aller arabischen Landes‘ beenden, das ‚Grundrecht seiner arabisch-palästinensischen Bürger auf volle Gleichheit‘ anerkennen und ‚das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf eine Rückkehr in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum gemäß UN-Resolution 194 schützen und fördern“ (Wikipedia).

Nach einer Meldung der „Süddeutschen“ vom 25. Februar 2014 lehnt „Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ... einen Boykott Israels als Reaktion auf den umstrittenen Siedlungsbau im Palästinensergebiet ab. ‚Boykotte können nicht die Antwort sein, um den Friedensprozess voranzubringen‘, sagte Merkel in Jerusalem bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Dies gehe nur auf dem Verhandlungswege.“

Am 4. Juni 2019 berichtete die „Zeit“: „Der Bundestag hat die BDS-Bewegung, die Israel per Boykott unter Druck setzen will, [am 17. Mai] als antisemitisch verurteilt. Führende Experten für die Region [die am Ende des Artikels namentlich genannt sind, dar-

2018 stimmte Deutschland dort 16 von insgesamt 21 Resolutionen zu, die sich gegen Israel richteten.

unter die Islamwissenschaftler Gudrun Krämer und Achim Rohde] halten das für falsch.“

Merkel will deutsche Botschaft nicht nach Jerusalem verlegen

Die folgenden Ausführungen entnehme ich einem Hintergrund-Artikel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vom 13. Januar 2020. Am 23. Januar 1950 stimmte das israelische Parlament, die Knesset, mit großer Mehrheit dafür, West-Jerusalem zur Hauptstadt Israels zu erklären. Das Parlament selbst war bereits am 26. Dezember 1949 von Tel Aviv nach Jerusalem umgezogen. Im Jahr 1980 beschloss die Knesset das sogenannte „Jerusalemgesetz“, das faktisch Verfassungsrang hat. Darin wird das vollständige und vereinte Jerusalem als Hauptstadt Israels bezeichnet. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte das Gesetz in seiner Resolution 478 und rief jene Staaten, die bereits eine Botschaft eröffnet hatten, zum Rückzug ihrer diplomatischen Vertreterinnen und Vertreter aus der Heiligen Stadt auf.

Auch die „Palästinensische Autonomiebehörde“ beansprucht Jerusalem als Hauptstadt für sich. Im Dezember 2017 rief der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die islamische Welt dazu auf, Jerusalem als Hauptstadt Palästinas anzuerkennen. Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump in einer Rede vor dem Weißen Haus Jerusalem entgegen der Bestimmungen der Vereinten Nationen als Hauptstadt Jerusalems anerkannt und die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem angeordnet. Bereits 1995 hatte der US-Kongress ein Gesetz verabschie-

det, um die Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Eine Klausel hatte es den Präsidenten aber erlaubt, dieses Gesetz außer Kraft zu setzen, wovon Trumps Vorgänger Gebrauch gemacht hatten.

Während die israelische Regierung die Entscheidung begrüßte, wurde sie international heftig kritisiert. Am 14. Mai 2018, dem 70. Jahrestag der israelischen Unabhängigkeitserklärung, wurde die US-Botschaft in Jerusalem eingeweiht.

Soweit die Darstellung der bpb.

Nach der Knesset-Rede Merkels hatte ich erwartet, dass sich die Bundesregierung dem Schritt der USA anschließt. Doch stattdessen meldete beispielsweise die „Welt“ vom 6. Dezember 2017: „Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich von der Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt durch die USA distanziert. ‚Die Bundesregierung unterstützt diese Haltung nicht, weil der Status von Jerusalem im Rahmen einer 2-Staaten-Lösung auszuhandeln ist‘, schrieb Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwochabend im Namen der Kanzlerin bei Twitter.“ Da half es auch nichts, dass Ministerpräsident Netanjahu andere Staaten aufgerufen hat, dem Vorbild der USA zu folgen.

Neben den USA unterhält derzeit nur Guatemala eine Botschaft in Jerusalem.

„Pastorale Einschläferung als Krisenbewältigung“

Um das Verhalten Merkels bei islamistischen, rechtsextremistischen und antise-

mitischen Anschlägen richtig würdigen und bewerten zu können, muss man diese im Zusammenhang betrachten und vergleichen.

Nach dem islamistischen Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz mit zwölf Toten und mehr als 50 Verletzten am 19. Dezember 2016 schrieb „Cicero“ am 21. Dezember 2016 über die Reaktion der Kanzlerin:

„Angela Merkel wirkt nach dem Anschlag in Berlin wie eine Pastorin, nicht aber wie eine Regierungschefin. Obwohl jeder Bürger nach Orientierung, Selbstvergewisserung und Zuversicht sucht, bietet die Kanzlerin statt Antworten nur Floskeln.“

Und:

„Tonlos, blass, ratlos, pastoral, ohne mitreißende Impulse, ohne Pathos, ohne spürbare Betroffenheit, ohne jegliche Andeutung von Konsequenzen für das Regierungshandeln oder einer Neuordnung von Prioritäten – wie anders hat da die gleiche Kanzlerin 2011 nach Fukushima gehandelt: Eine Katastrophe am anderen Ende der Welt hat sie bewegt, über Nacht alles über den Haufen zu werfen, was sie wenige Monate zuvor mit großem Elan durchgedrückt hatte. Aber ein Überdenken der überhasteten Flüchtlingspolitik und deren schwer absehbarer Folgen wurde nicht einmal angedeutet. Stattdessen pastorale Einschläferung als Krisenbewältigung.“

NSU und Breitscheidplatz

Familienangehörigen der zwölf Todesopfer kritisierten in einem offenen Brief das Verhalten der Bundeskanzlerin: „In Bezug auf den Umgang mit uns Hinterbliebenen müssen wir zur

Kenntnis nehmen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie uns auch fast ein Jahr nach dem Anschlag weder persönlich noch schriftlich kondoliert haben. Wir sind der Auffassung, dass Sie damit Ihrem Amt nicht gerecht werden.“

Ganz anders die Reaktion Merkels bei den NSU-Morden. Allerdings war hier nicht etwa das Schicksal der zehn Opfer (in acht Fällen Türken oder türkischstämmige Deutsche, ein Grieche und eine deutsche Polizistin) und deren Angehörigen, das die Kanzlerin zu Mitleidbekundungen veranlasste, sondern zehn Jahre nach den Taten das Ermitteln der („mutmaßlichen“) Täter aus der „rechten Szene“. Dafür kam es dann aber knüppeldick: Im Konzerthaus am Gendarmenmarkt in Berlin fand eine zentrale Gedenkfeier mit rund 1.200 Gästen statt, darunter neben den Angehörigen der Opfer auch der (damals designierte) Bundespräsident Joachim Gauck, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundestagspräsident Volker Lammert, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und mehrere Ministerpräsidenten.

Die Schauspieler Iris Berben und Erol Sander (deutscher Schauspieler türkischer Herkunft, eigentlich Urcun Salihoğlu) trugen Gedichte vor. Außerdem hat die Bundeskanzlerin es sich nicht nehmen lassen, „Familienangehörige der Mordopfer der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU im Kanzleramt [zu] empfangen“ (Pressemeldung). Am 1. Juli 2013 widmete sie ihnen mehr als drei Stunden (so der stellvertretende Regierungssprecher).

In der Amtszeit von Angela Merkel als Bundeskanzlerin seit dem 22. November 2005 kam es zu zahlreichen antisemitischen Anschlägen in Deutschland. Bei einem Angriff auf die Synagoge in Halle an der Saale am jüdischen Feiertag Jom Kippur am Mittwoch, den 9. Oktober 2019, erschoss der Täter eine Passantin in der Nähe des jüdischen Friedhofs sowie einen Gast in einem Döner-Bistro in der Nähe der Synagoge. Außerdem verletzte er mehrere Menschen.

Die massive Tür der Synagoge verhinderte, dass er in das Gotteshaus eindringen konnte, wo sich rund 70 Personen aus Anlass des Feiertags versammelt hatten. „Zeit Online“ vom 9. Oktober 2019 meldete: „Der rechtsextreme Anschlag auf eine Synagoge in Halle, bei dem zwei Menschen starben, hat Bestürzung ausgelöst. Die Bundeskanzlerin kondolierte den Angehörigen.“ Außerdem nahm Merkel „am Mittwochabend an einer Solidaritätsveranstaltung an der Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin teil.“

Und dann dieser Hammer: Ende der jüdischen Einwanderung nach Deutschland? Ein Beitrag des hochgeschätzten Chaim Noll vom 31. August 2020. Ich konnte es einfach nicht glauben und habe die Angaben im Terminvergabesystem des Auswärtigen Amtes für die Vertretung in Moskau überprüft: Sie stimmen. Dort heißt es auch: „Bitte sehen Sie von Anfragen zu weiteren Ausnahmeregelungen per E-Mail ab. Die zuvor genannten Ausnahmefälle von der weiterhin geltenden Einreisebeschränkung wurden in Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern vom Auswärtigen Amt in Berlin festgelegt.“ Kann man sich vorstellen, dass dies ohne Wissen und Einverständnis der Israelfreundin Angela Merkel angeordnet wurde?

Zuerst erschienen bei der „Achse des Guten“.

70 Jahre Zentralrat: Vertretung der Juden oder Vertretung der Bundesregierung bei den Juden?

Der Festakt anlässlich des Jubiläums war von Regierungssprech geprägt und klammerte wie üblich die wichtigsten Probleme der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands und die quantitativ wesentlichsten Ursachen des Antisemitismus aus.



Von Chaim Noll

Zentralratspräsident Schuster mit Bundeskanzlerin Merkel

Mit einem Festakt von kaum zu überbietendem Trübsinn beging der Zentralrat der Juden in Deutschland sein siebenzigjähriges Bestehen. Ich habe mir in Israel den von Rundfunk Berlin-Brandenburg ausgestrahlten Live-Stream angesehen und musste ihn mehrmals verlassen, um im Garten Luft zu schnappen, ein paar Granatäpfel zu ernten oder meinen Augen die Wohltat des blauen Himmels über der Wüste zu gönnen. Mich zu erholen von all dem Schwarz, all den bitteren, biestigen Mienen, dem überalterten, hoffnungslosen Publikum, das vor der Kulisse einer Synagogenruine in Berlin zusammenkam.

Dieses Publikum war homogen, politisch-korrekt, im Mindestabstand auf weiße Plastikstühle platziert und von geradezu hypnotisierender Langeweile. Verehrer des Israel-hassenden Mullah-Regimes in Teheran wie Claudia Roth setzten gewisse Akzente, auch der von Auschwitz inspirierte deutsche Außenminister, zahlreiche ehemalige oder noch amtierende Bundesminister und natürlich die Kanzlerin, der devote Schmeicheleien vonseiten der Zentralrats-Funktionäre galten. Sie wird, trotz ihrer Blindheit gegenüber muslimischem Judenhass und ihrer dubiosen Haltung gegenüber Israel, in diesen Kreisen tatsächlich noch hofiert.

Die Misere des Zentralrats der Juden ist schon in seinem Namen enthalten: Er ist das zentrale, konkurrenzlose, überwiegend von Gnaden der Bundesregierung, von ihren Subventionen abhängige, offizielle Gremium einer niedergehenden, zunehmend marginalisierten Gemeinschaft. In anderen westlichen Ländern werden die offiziellen jüdischen Gremien von den Juden selbst finanziert, sie sind

stark und autonom, es gibt ihrer viele, sie spiegeln eine Diversität und Kreativität des Judentums wider, von der in Deutschland fast nichts zu spüren ist. Denn in Deutschland ist der Staat der Geldgeber, und das macht das einzige offizielle jüdische Gremium, den Zentralrat, zu einem Appendix der Bundesregierung, deren Politik er in jedem Fall vertreten muss, selbst wenn sie den deutschen Juden schadet.

Rapider Mitgliederschwund der jüdischen Gemeinden in Deutschland

Dadurch wird er zu einem peinlichen Verein aufs Gestern fixierter, serviler Funktionäre, von dem sich viele deutsche Juden nicht vertreten fühlen. Vor allem die jüngeren nicht. Hier liegt einer der Gründe für die tragische Überalterung und den rapiden

kontrollierten Synagogen meiden und Schabbat und Feiertage unter sich, in eigenen „Kulturvereinen“ begehen. Warum sollten sich junge Juden für den Zentralrat engagieren, ihn womöglich unterstützen, da er sich – wie auch bei diesem öden Festakt deutlich wurde – vornehmlich der Vergangenheit verschrieben hat, einem Judentum der Katastrophe und der Gräber?

Daher trug die Veranstaltung, eigentlich als grandiose Selbstbestätigung gedacht, den Charakter einer Trauerfeier. Die Redner betonten mit sorgenvoller Miene die Zunahme des Antisemitismus in Deutschland, der das jüdische Leben erneut prekär und riskant werden lässt. Der Versuch einer Revitalisierung des einst glanzvollen jüdischen Lebens in Deutschland ist gescheitert. Zumindest in dem Sinne, dass man dieses heutige Dasein beim besten Willen nicht vital

Für Merkel ist der Import muslimischen Judenhasses nach Deutschland kein Thema

Ich wünsche den deutschen Juden eine Zukunft und eine ihren Fähigkeiten angemessene Rolle in der deutschen Gesellschaft. Stattdessen verbarrikadieren sie sich gegen einen Ansturm judenfeindlicher Attacken. Der zunehmende Antisemitismus erklärt sich zum größten Teil daraus, dass man unentwegt muslimischen Judenhass nach Deutschland importiert, und dieser importierte Judenhass den bereits im Land vorhandenen, sei er von rechts oder von links, ermutigt und stärkt. Die Realität der deutschen Schullhöfe, auf denen das Wort „Jude“ erneut zum Epitome des Verächtlichen und Verfolgungswürdigen geworden ist, hat ein selbstbewusstes Dasein der nächsten jüdischen Generation schon jetzt zunichte gemacht.

Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats, wagte immerhin, ein muslimisches Attentat der letzten Jahre überhaupt zu erwähnen, Festrednerin Merkel tat jedoch, als hätte sie davon noch nie gehört und beharrte auf dem Narrativ einer überwiegenden, wenn nicht ausschließlichen Bedrohung durch „Rechtsradikale“. Ihre Botschaft war eindeutig: Ihre Regierung ist nicht willens, den muslimischen Judenhass, die von den deutschen Juden nach allen Umfragen als am größten gefühlte Gefahr, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Zu spät schwenkte die Kamera ab, um nicht noch das eiskalt-unbeteiligte Gesicht der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken zu zeigen, die während der sinnlosen und sentimental Reden der Kanzlerin ihr Smartphone checkte und Kurztex te tippte. Wenigstens sie hat die vertane Zeit dieser Feierstunde einigermaßen sinnvoll genutzt.

„ Zu spät schwenkte die Kamera ab, um nicht noch das eiskalt-unbeteiligte Gesicht der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken zu zeigen, die während der sinnlosen und sentimental Reden der Kanzlerin ihr Smartphone checkte und Kurztex te tippte.“

Mitgliederschwund der jüdischen Gemeinden in Deutschland. Die Kinder der eingewanderten russischen Juden treten in großer Zahl aus den Gemeinden aus. Von den in Deutschland lebenden meist jüngeren Israelis ist bekannt, dass sie die staatlich

nennen kann. Sätze wie „Wir dürfen uns über ein blühendes jüdisches Leben freuen“ in der Rede der Kanzlerin entsprechen einfach nicht den Tatsachen. Es schmerzt mich, das schreiben zu müssen.

Überlässt die bayerische Landesregierung eine jüdische Seniorin ihrem Schicksal?

Eine ältere jüdische Mieterin erfährt in München durch ihren neueinquartierten somalischen Nachbarn unglaubliche Schikanen, und so gut wie keine Hilfe von Polizei und Justiz.

Von Yehudit de Toledo Gruber

Ich weiß jetzt nicht genau, wer schon alles vor mir für seine jeweiligen Vorhaben den kernigen Mut-Spruch beanspruchte „Ohne Kampf kein Sieg“. Meines Erachtens reicht er weit ins frühe Mittelalter zurück, in die Zeiten des großen Heinrich V.. Aber auch für den berühmten Cuba-Granden Fidel Casto war das ein jahrelanger Kampftruf, seit er am 1. Januar 1959 mit seiner Rebellenarmee die Batista-Regierung von seiner Insel fegte.

Das ist lange her, und hat mich damals, als ich zu Castros Zeiten mitkämpferisch sein durfte an der Analphabeten-Bildungs-Front für die Sierra-Maestra-Bevölkerung, bis heute geprägt.

„Ohne Kampf kein Sieg“ ist für mich hier, als eine in München in einem vollkommen zugewanderten Wohnviertel lebende Seniorin, nun zu einer Art Überlebensmotto geworden.

Denn ganz verstärkt werden jetzt in jede freiwerdende, städtische GEWO-FAG-Wohnung, afrikanische Familien oder junge Männer einquartiert, die sehr selbstbewusst erwarten, dass wir wenigen, noch übrig gebliebenen, betagten deutschen Seniorinnen, uns klaglos anpassen und umstellen auf ihren lauten, rechthaberischen, unangepassten Lebensstil. Die dazu gehörigen verschleierte Frauen grüßen nicht, gehen an uns vorbei und würdigen uns, falls überhaupt, nur eines misstrauischen Blickes.

Der hier über mir wohnende junge Somali, den ich aus Mitleid und Mitzwa-Gründen ehrenamtlich betreute, hatte meine Unterstützungen sicherlich nicht nur wegen mangelnder Deutschkenntnisse gründlich missverstanden und hier für reichliche Polizeieinsätze und Angst-Attacken meinerseits gesorgt. Und die in seiner primitiven Dachkammer-Wohnung einfach und umstandslos mit-untergebrachte somalische Schnellbekanntschaft, welche später Ex-Frau und noch später zum Hassobjekt wurde, heizte mit den zwei zusätzlichen Kleinkindern die Wohn- und Lebenssituation über mir entsprechend an.

Fast drei Jahre lang und nahezu machtlos musste ich den unbeschreiblichen Kinder- und Beziehungslärm sowie die Schrei-Krämpfe dieser in der Folge hysterisch gewordenen und mit unseren Lebensregeln vollkommen überforderten Somali ertragen und zudem darauf achten, ihrem bis aufs Blut erhitzten Somali-Partner besser nicht im engen Treppenhaus zu begegnen.

Das hat keinen Menschen, kein Amt oder Behörde interessiert!

Nur mittels Geduld und entsprechendem Zeitaufwand gelang es mir damals, wenigstens für das ältere und geistig zurückgebliebene Mädchen eine staatliche Förder-Betreuung zu erwirken und für den jüngeren Sohn ab dem 3. Lebensjahr einen versprochenen Krippenplatz.

Unsere Polizei gab mir später den Tipp, mich an die Kinder- und Jugendschutzbehörden zu wenden, denn sie selber könnten leider nichts mehr für

mich tun. Die zur Verfügung stehenden Gesetze gäben es nicht her. Aus diesem Grund verwendete ich in diesem Frühjahr 2020 nochmals sehr viel Zeit und Nerven für zahllose Schreiben an sämtliche bayerischen Kinderaufsichts- und Schutzbehörden. Ich schilderte die haltlosen Zustände der vor allem dazwischen eingepfercht lebenden Kinder – denn wenn schon mein Leben als ältere Seniorin für unsere bayerische Regierung keine Rolle mehr spielt, dann vielleicht die Gesundheit und Sicherheit der muslimischen Kinder – und machte darauf aufmerksam, dass ich sie, falls jetzt nichts passiere, anzeigen werde wegen unterlassener Hilfe an Schutzbeholdenen.

Das endlich wirkte.

Abschiedsgruß mit geballter Faust

Mitte Mai dieses Jahres schleppte und polterte sich die Somali-Expatrierin mit ihren Habseligkeiten durch das Treppenhaus. Ihre mittlerweile 3 und 8 Jahre alten Kinder im Schlepptau. Als sie mich am Fenster stehen sah, richtete sie mir – sozusagen als Abschiedsgruß – ihre geballten Fäuste entgegen, und stieg sodann in ein bereit gestelltes Taxi.

Der schwer alkohol- und drogenabhängige Somali-Flüchtling wurde erneut in eine bayerische Sucht-Station eingewiesen, von wo er allerdings sang- und klanglos verschwand und in seiner Dachkammer-Wohnung über mir untertauchte. Von da an kamen und gingen die seltsamsten und mir vollkommen unbekannt schwarzen „Bürger“ in unserem Haus ein und aus. Meistens laut und torkelnd. Würde über mir nicht geöffnet, klingelten diese Typen bei mir. Es war mehr als offensichtlich, dass es sich um Dealerei handeln musste, denn der Somali brauchte Geld. Sehr besorgt informierte ich die Polizei.

Doch siehe, auch dafür kennt unser neues bayrische PAG (Polizeiaufgabengesetz) keinerlei Handhabe, denn merke: Drogenbesitz ist in Deutschland nicht strafbar, nur das nachweisbare (!) Dealen damit. Nicht mal Razzien oder prophylaktische Wohnungskontrollen, keinerlei Überwachungen fanden die Behörden angebracht, trotz der dicken Strafakte und Drogenkarriere des Zuwanderers über mir und meiner zeitnahen Informationen.

Haftbefehl

Mitte Juni klingelte mich der Somali an meine Wohnungstür mit der dringlichen Bitte, ihm seine gesamten neuerlich angehäuften hohen Buß- und Mahnbescheide zu sortieren und zu versuchen, den nun ausgestellten und ihm zugesandten Haftbefehl noch irgendwie zu verhindern. Er wisse nicht mehr ein und aus: eine große, prall gefüllte Tasche voller zusammengeknüllter, dringlichster Mahn- und Inkasso-Scheiben, schlimmster Klinik-Diagnosen – und mittendrin das Gerichtsurteil mitsamt der aufgeführten Strafen.

Ich begriff nun in voller Gänze, wie sorglos kriminell und drogensüchtig sich dieser Zuwanderer all die letzten



Die Somalier führen seit Jahrzehnten einen blutigen Bürgerkrieg gegeneinander.

10 Jahre hier durchwursteln konnte – unter den Augen und mit Wissen sämtlicher Behörden.

Und auch, wie gefährlich sein plötzliches Ausrasten – die Suchtexperten nannten es in ihren

Gutachten „schwere wiederholte Impulskontroll-Verluste“ – für mich werden könnte. Aus Angst und nach Rücksprache mit der Polizei, ging ich auf die Bitten dieses Somali ein und legte ihm in tagelanger Kleinarbeit den nunmehr 3. Ordner an, und setzte mich telefonisch mit den Inkasso-Büros sowie der Münchener Staatsanwaltschaft in Verbindung. Mit dem Ziel, diesem Zuwanderer, der mittlerweile bei sämtlichen Behörden als quasi „verloren“ und „hoffnungslos unbelehrbar“ gilt, ruhig zuhalten. Denn der feststehende Haftbefehl – schon der zweite hier in Deutschland – beeindruckte offensichtlich doch.

Noch mehr aber belastete mich, als ganz offensichtlich einzige Ansprechpartnerin, die schwere, ständige Geldnot dieses Flüchtlings. Denn wöchentlich stand er nun vor meiner Tür und bettelte um Geld, Streifenkarten oder Lebensmittel. Das wollte ich nicht mehr länger akzeptieren und versuchte, mit den zuständigen Sozialarbeitern Kontakt aufzunehmen, die mich jedoch abblockten.

Schreiben an die Ministerin

Als diesem Somali dann zu Beginn des Monats September von seiner Stadtparkasse wieder kein Geld ausgezahlt und ich daher erneut angebettelt wurde, war meine Geduld zu Ende.

Ich sandte der bayerischen Staatsministerin, Frau Claudia Trautner, einen sehr deutlichen Brief und fragte an, weshalb ein derart integrationsunfähiger, vorbestrafter, alkohol- und drogenabhängiger Zuwanderer noch in einem normalen Wohnhaus einquartiert werden und sich ohne staatliche Kontrollen frei bewegen darf – zum Schaden der in der Regel unwissend

gehaltenen Mitbewohner. Ich forderte sie auf, endlich die einzig richtigen Entscheidungen zu treffen, um Schlimmeres zu verhüten und mich zu schützen. Mit hinzu fügte ich eine Briefkopie meines sehr detaillierten Beschwerde-Schreibens an das zuständige Sozialbürgerhaus.

So schnell konnte ich gar nicht reagieren, wie dann mein Telefon schrillte, plötzlich kontaktierten mich das Ministerbüro persönlich und die Bearbeiterin des Sozialbürgerhauses, und man versprach sofortige Klärung und Abhilfe – denn meine hier durch diesen Zuwanderer erzwungenen Lebensbelastungen seien in der Tat nicht weiter hinnehmbar ...

Und was ist nun das Fazit meiner Bemühungen?

Kurz vor dem Schabbat-Beginn letzter Woche klingelte mein Telefon.

Man zuckt ja zusammen und starrt ungläubig auf den Hörer. Wer, bitte schön, ruft jetzt noch an? Als ich auf dem Display die Nummer des Bayerischen Innenministeriums erkannte (ich habe ja nun Erfahrung), nahm ich das Gespräch entgegen. Die Sekretärin der Ministerin persönlich begann mit der erwarteten, langen Mitleidsbekundung, danach folgten Lobeshymnen wegen meines unerschütterlichen Engagements und zum Schluss leider das Bedauern, nichts weiter machen zu können, denn alle Behörden hätten stets gesetzeskonform und also richtig entschieden, mehr gäben unsere Gesetze nicht her. Wenn Gefahr drohe, solle ich bitte nicht zögern, die Polizei um Hilfe zu bitten, ansonsten gesund bleiben und natürlich freundlichst begrüßt ...

Und seitens der Behörden erfuhr ich lange davor, dass die angesetzte Haftstrafe, die man im Frühjahr aus Gründen mangelnder freier Zellen verschieben musste, erlassen wurde. Die angehäuften Unsummen des Zuwanderers über mir?

Neblich, wenn es weiter nichts ist, auch die bezahlen wir Steuerzahler.

Der badische Anti-Israel-Sumpf

Ausgerechnet das Wort „israelisch“ im Namen des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises südlicher Oberrhein erregt Missfallen bei zwei lokalen CDU-Mitgliedern. Die örtliche Presse beschuldigt Gegner einer unsinnigen Umbenennung der „Netanjahu-Verherrlichung“.

Von Simone Schermann

Am 18. Mai 2018 wurde ich die erste jüdische Vorsitzende in der Geschichte des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises Südlicher Oberrhein (DIA Ettenheim). Bei dieser Versammlung verfolgten die Mitglieder Achim Schwab und Margret Ölhoff die klare Agenda, „Israel“ aus dem Namen des DIA zu eliminieren.

Sie seien mit der Politik Israels nicht einverstanden. „Israel ist stark und Israel ist ein Staat“, er bedrohe die „Palästinenser“. Die Bezeichnung „deutsch-israelisch“ sei falsch. Ihnen gehe es nicht um Israel, sondern um „Juden und jüdische Kultur“. Herr Schwab meinte außerdem auf die alleinige „aggressive Sprache Israels“ hinweisen zu müssen. Beide freuten sich aber sehr auf die bevorstehende Außenrenovierung der Synagoge Altdorf, wo unsere Versammlung stattfand. Zudem sei, so Schwab, die „bisherige Erinnerungsarbeit ein großartiges Werk“.

Die Herrschaften kannten nur einen Schuldigen: Israel. Mit seiner Dämonisierung ließ man dem israelbezogenen Antisemitismus freien Lauf, in etwa so wie die UNO einzig Israel öfter als alle anderen Länder der Welt zusammengekommen verurteilt und sein Existenzrecht in Frage stellt. So forderten Ölhoff und Schwab in der Synagoge von Altdorf, deren Juden deportiert wurden, Israel aus dem Namen des Vereins zu tilgen.

Bis zum heutigen Tag vermisse ich von Ölhoff und Schwab eine Verurteilung des Raketenterrors von Hisbollah und Hamas oder eine Kritik an der Forderung des Irans nach der Zerstörung Israels.

Was tun sie für lebende Juden und jüdische Kultur?

Juden verstecken sich und ihre Identität hinter den Gettomauern ihrer Gemeinden. Wo war der Aufschrei von Ölhoff und Schwab, als das Außenministerium die Zusammenarbeit mit Nurhan Soykan ankündigte – einer Antisemitin, Israelhasserin und Islamistin, Funktionärin des Zentralrats der Muslime, die den „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“-al-Quds-Tag mit den Worten verharmlost, „der Ärger müsse halt auch mal heraus“. Parallel dazu wurde Rabbinder Brodmann in München von muslimischen Männern mit den üblichen „Fuck Israel“-Schmähungen und antisemitischen Beleidigungen attackiert. Alltag für Juden, bestehend aus Hass und Hetze.

Wo war ihr Aufschrei für jüdisches Leben?

Von welcher jüdischen Kultur reden sie, wenn Synagogen von Polizei bewacht werden, Juden keine Kippa mehr tragen können, Juden Schweden, Frankreich, die Schweiz und Deutschland verlassen, um nach Israel zu gehen, wo sie sich sicherer fühlen? Wenn jüdische Schüler in Berlin „Flüchtlinge im eigenen Land“ sind, weil sie nicht selten von muslimischen Schülern gequält und gedemütigt die Schule verlassen, oder wenn das Wort „Jude“ in Schulen nur noch Schimpfwort ist.

Es ist nicht wahr, dass sie am Erhalt jüdischer Kultur interessiert sind.



Die Jüdin Simone Schermann ist kämpferisch für Israel und jüdische Kultur in Deutschland.

Wenn sie mit der Politik Israels nicht sympathisieren, so ist das ihre Meinung, die sie haben dürfen. Wenn sie aber ein ganzes Land dafür in Sippenhaft nehmen und Israel aus dem Namen des DIA tilgen wollen, sind sie mit der Hamas, der Hisbollah und dem Iran im Schulterschluss vereint.

2018 trat Herr Schwab mit dieser Begründung aus: „Insofern erscheint mir der neue Schwerpunkt des Vereins unter der neuen Vorsitzenden, also das Beleuchten der Nahostpolitik aus israelischer Sicht, problematisch.“ Die Nahostpolitik aus israelischer Perspektive soll also keine öffentliche Plattform bekommen!

Restitutionsforderung

Woher kommt dieser Hass gegen Israel, woher der obsessive Versuch, Andersdenkende zu diffamieren und mundtot machen zu wollen, die eine andere Sicht auf Israel haben? Wieso glaubt Herr Schwab, den Diskurs über Israel bestimmen zu dürfen? Vielleicht findet sich die Erklärung in bestimmten Altlasten.

In dem Buch „Reise in die Vergangenheit“ beschreibt Hanna Mayer-Moses, deren Familie aus Altdorf stammt, den Verkauf des Hauses ihrer Großeltern Bertha und David Dreifuss an die Familie Achim Schwabs in Altdorf sowie ihre spätere Restitutionsforderung. Anfang der 1950er Jahre hatten Frau Moses und ihre Schwester überlegt, Ansprüche beim „Wiedergutmachungsamt“ in Karlsruhe einzureichen. Dabei wurden sie aufgefordert, ihre und ihrer Eltern Verfolgungs- und Lagerzeit in Gurs zu beweisen.

„Ich habe alle diese Akten noch aufbewahrt, es ist keine erbauliche Lektüre“, so Frau Moses. „Im Herbst 1950 erhielten wir plötzlich einen Brief aus Alt-

dorf von der Familie Schwab, die 1940 das großelterliche Haus gekauft hatte. Achim Schwab war von den Behörden in Freiburg/Br. aufgefordert worden, an uns eine Nachzahlung für das zu billig erstandene Anwesen zu leisten. Meine Schwester und ich hatten von den damaligen Vorgängen keine Ahnung und so fragte ich einen Bekannten, der meinte, es sei besser, Unrecht zu erleiden, als Unrecht zu tun, und so verzichteten wir auf eine Nachzahlung. Wir waren zu der Zeit ohne jeglichen finanziellen Rückhalt, ohne Nachricht über den Verbleib unserer Eltern, von der Ausweisung bedroht, mit wenig Berufsaussichten – aber wir haben verzichtet.“

Achim Schwab nennt „Erinnerungsarbeit ein großartiges Werk“. Die Judenverfolgung hat Schwabs Großvater ein billiges Haus von Juden eingebracht und seinem Enkel Achim ermöglicht, auf dem erduldeten Leid der Hanna Mayer-Moses ein „großartiges Werk“ zu vollbringen: die Erinnerungsarbeit. Eike Geisel nannte es die „Wiedergutwerdung“ der Deutschen.

Die Ermordung der Juden hat sich in „jüdischer (Gedenk-)Kultur“ ausgezahlt. Schwab renovierte mit staatlichem Geld und seinem anderen Gedenkverein die Fassade der Synagoge Altdorf. Das geht nur ohne Juden. So wurde aus der Untat der Vorfahren das Beste herausgeholt. Eine geschmacklose Version „jüdischer Kultur“ ohne Juden, bei der man gleichzeitig Israel hassen kann. Diese totale Wiedergutwerdung in Form von „Gedenken“ ist nichts als ein Feigenblatt aus toten Juden. Es ist ein Tarnschild, um Israel einfacher kritisieren zu können, da man sich gleichzeitig mit „toten Wohlfühljuden“ oder leeren Synagogen schmücken kann. Die Lebenden lässt man wieder im Stich.

„Man ehrt die toten Juden, um die Lebenden besser vergessen zu können.“

In der Datenbank von Yad Vashem finden sich meine ermordeten Verwandten. Sie begleiten mich von Kindesbeinen an. Manchmal schauen sie mir über die Schulter, als wollten sie sagen: „Du kannst dich wehren!“ Ich könnte mich im Spiegel nicht mehr anschauen, würde ich nicht für Israel einstehen und für meine Familie, aus der acht Kinder zur israelischen Armee müssen. Sie verteidigen das Land, das im Notfall meine Zuflucht ist.

Die Israel-Gegner wurden von Bernhard Pilz in der Mitgliederversammlung am 25. September 2020 vertreten, als Pilz sich selbst zum Kandidaten für den Vorsitz des DIA vorschlug. Sein Plan, mich aus dem DIA „bereinigen“ zu wollen, wurde von den Anwesenden mit hörbarem Missfallen goutiert. Dass Juden in Deutschland wieder Angst haben, ihre Identität öffentlich nicht leben können und sich hinter den Gettomauern ihrer Gemeinden verstecken, interessiert Pilz nicht.

Wenn ich es als Jüdin wage, jeden Antisemitismus tabulos beim Namen zu nennen, werde ich angegriffen und verleumdet. Wenn ich mich als Jüdin nicht konform verhalte und eine eigene Meinung zu Israel oder über den Judenhass der Hamas äußere, dann diffamiert man mich öffentlich dafür, die Wahrheit gesagt zu haben. Denn eben die will niemand hören, und die soll auch niemand hören. In Deutschland wird der islamische Antisemitismus noch immer unter den Teppich gekehrt.

Ölhoff und Schwab werfen mir nun in Kooperation mit der „Lahrer Zeitung“ (LZ) und der „Badischen Zeitung“ (BZ) „uneingeschränkte Loyalität mit Israel“ vor. Nun, ich bin uneingeschränkt solidarisch mit dem Land Israel. Ich bin Zi-

onistin, Jüdin, Israelin und Deutsche in Personalunion. Ich bin sozusagen reichlich beschenkt, da der Schwarzwald mir zur Heimat geworden ist. Meine andere Heimat, Israel, wo das Wenige an Familie lebt, dass mir Nazideutschland gelassen hat, und wo ich geboren bin, nenne ich mein Mutterland. Deutschland ist mein Vaterland. Wie mein Vater, der ein Czernowitzer Jude war, spreche ich keine andere Sprache so gut wie Deutsch. Ich bin eine deutsch-israelische Patriotin.

Seit meiner Wahl zur Vorsitzenden läuft eine Hetzkampagne gegen mich, die bis heute anhält. Juden, die sich wie ich mit ihrem zugewiesenen Platz nicht abfinden, nur der Pausenc clown für den Erinnerungszirkus von Synagogenrenovierern und Israelhassern zu spielen, sollen mundtot gemacht werden. Der moderne Antisemitismus ist der Hass auf Israel und auf jene, die den Hass offen benennen.

Am 5. Oktober 2019 schrieb der Mitstreiter von Herrn Schwab und Frau Ölhoff, Jürgen Milde: „Dem wieder aufkeimenden Antisemitismus in Europa muss der Nährboden entzogen werden durch eine Veränderung der Haltung des politischen Israels und nicht durch Verbreitung von Ängsten.“

Manche Dinge verändern sich nie. Am Antisemitismus sind die Juden selbst schuld, damals wie heute. Wenn die Journalisten Felix Bender (LZ) und Michael Masson (BZ) einer Jüdin ihre Loyalität zu Israel vorwerfen, entlarven sie sich damit nur selbst. Wäre ich israelkritisch, würden mir diese Anwürfe nicht passieren. Die Berichterstattung von BZ und LZ über mich ist einseitig und tendenziös. So forderte Bender im Oktober 2019 von mir die Beantwortung von vier Suggestivfragen innerhalb von drei Stunden, andernfalls würde ein Artikel über mich erscheinen. Ein persönliches Interview lehnte er ab, woraufhin Herr Bender titelte, der „DIA hülle sich in Schweigen“. Beide Zeitungen fordern mit Schwab und Ölhoff, die gar nicht mehr im Verein sind, meinen Rücktritt, den aber außer Bernhard Pilz, dem „Bereiniger“, im DIA sonst niemand fordert.

Unveröffentlichtes Interview

Beide Zeitungen arbeiten mit Vertuschung, Leugnung von Tatsachen und Verleumdung. Die BZ machte mit mir und Robert Kraus, dem Gründer des DIA, im Dezember 2019 ein dreistündiges Interview. Es wurde bis heute nicht gedruckt.

Die Zeitungen tadeln auch meine „Verunglimpfung“ Steinmeiers, ohne jemals zu berichten, was genau ich über Steinmeier eigentlich gesagt habe. Also werde ich das hier nachholen: Herr Steinmeier gratuliert wiederholt dem klerikal-faschistischen Mullah-Regime des Iran zum Jubiläum. Einem frauenfeindlichen, homophoben, rassistischen Terrorregime, das Frauen steinigt, homosexuelle Jugendliche an Baukränen aufhängt, Oppositionelle hinrichtet und seine Vernichtungsfantasien gegenüber Israel offen zum

meinem neunseitigen Skript vorgelesen hatte, zu diktieren. Masson nannte in LZ und BZ die Zusammensetzung des neuen Vorstands eklatant falsch. Offenbar hatte der vermutlich nicht mehr nüchterne Journalist dessen Wahl mit der Entlastung des bisherigen Vorstands verwechselt.

Juden müssen sich selbst helfen

Am 25. September 2020 wurde ich fast einstimmig wiedergewählt. Ich habe wunderbare Menschen im DIA, die hinter mir stehen, inklusive altem und neuem Vorstand.

Antisemitisches Gedankengut nicht zu bekämpfen, weil es nicht braun, sondern in der grünen Farbe des Islam daherkommt, zeugt von doppelten Standards. Egal, ob Hass von Rechten, Linken, Christen oder Muslimen kommt: Solange es dieses Gedenktheater gibt, werden

renden Statistiken etwas anderes sagen.“ Wie ich wurde auch Herr Wolffsohn schon antisemitisch bedrängt und er bezeugt, dass er in seinem jüdischen Bekanntenkreis von allen das Gleiche höre: „Gewalt gegen Juden geht ausschließlich von Muslimen aus.“

Wir befinden uns auf dem Weg zu einem judenfreien Deutschland. Ich überlege oft, meinen Davidstern-Anhänger lieber nicht zu tragen. Dann hätte ich kapituliert und mein Judentum freiwillig ins innere Exil verlagert. Eine judenhassende Meute zwingt Juden dazu, sich selbst zu ghettoisieren und ihr Judentum zu verleugnen.

BZ und LZ machen sich zu Sprachrohren der lokalen Israelfeinde, schreiben seit zwei Jahren mit den nahezu immergleichen Textbausteinen über mich, ohne jemals mit mir zu reden oder ohne mein Interview zu drucken. Sie sind an einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung über mich ebenso wenig interessiert wie an einer fairen Information über die Nahostpolitik aus israelischer Sicht.

Eine Jüdin, die die Charta der Hamas öffentlich zitiert, stört nur. Daher für Frau Ölhoff und Herrn Schwab hier aus der Charta der Hamas: „Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!“

Wenn Sie wissen wollen, wie das damals vor über 70 Jahren passieren konnte? Es liegt daran, dass Sie so sind, wie Ihre Vorfahren damals waren (nach Henryk Broder).

2017 kam ich durch den Film des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises über den Freiburger Juden Günter Stein zum DIA. Stein erzählt darin über Judenverfolgung, seine Flucht nach Palästina und die Staatswerdung Israels im Krieg gegen die arabischen Staaten. Herr Steins Aussagen begleiten mich bis heute. Er sagt: „So ein Jude wollte ich nicht sein.“ Herr Stein war ein Kämpfer. Auch ich bin eine Jüdin, die sich wehrt.

„Juden, die sich wie ich mit ihrem zugewiesenen Platz nicht abfinden, nur der Pausenc clown für den Erinnerungszirkus von Synagogenrenovierern und Israelhassern zu spielen, sollen mundtot gemacht werden.“

Ausdruck bringt, ohne dafür von der Bundesregierung konsequent geächtet zu werden. Wenn Steinmeier gleichzeitig in Gedenkveranstaltungen den Holocaust betrauert und den Kampf gegen Hass und Hetze propagiert, halte ich das für Doppelzüngigkeit und Heuchelei.

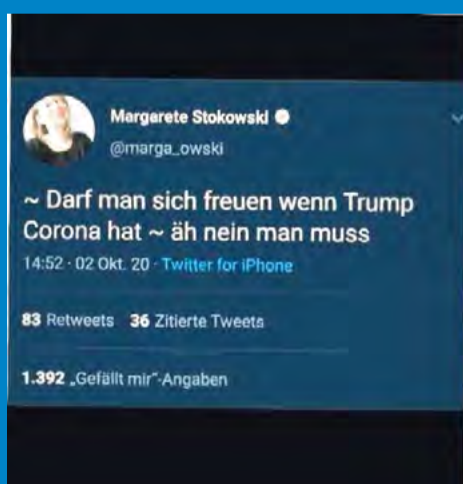
Bizarrr wurde die Arbeit der Zeitungen, als sie den Schreiber Michael Masson am 25. September 2020 in unsere Versammlung schickten, aus der er tendenziös und falsch Bericht erstattete. Sein Auftritt schockierte mich und viele Teilnehmer. Offenbar alkoholisiert inklusive entsprechender Fahne, verlangte er von mir, ihm die Namen der Vorstandsmitglieder mit seinem Stift aufzuschreiben und ihm alle Veranstaltungen, die ich zuvor aus

wir lebenden Juden uns in Deutschland selbst wehren und die Heucheleien lautstark anprangern müssen.

Jedem muss endgültig klar geworden sein, dass das staatlich geförderte Gedenken eine willfähige Ausrede für die völlige Gleichgültigkeit von Leuten wie Schwab, Ölhoff und Pilz ist, die den islamischen Judenhass ignorieren, dem in Deutschland lebende Juden ausgesetzt sind und gegen den auch Israel sich immer wieder zur Wehr setzen muss: Die arabische Welt ist nahezu „judenrein“, Gaza sogar komplett. Juden verlassen zu Tausenden Europa. Ihre Gemeinden in Deutschland verzeichnen mehr Sterbefälle als Geburten.

Michael Wolffsohn sagt klar: „Der gewalttätige Antisemitismus kommt heute nicht von rechts, auch wenn die irrefüh-

Links jeder Moral – Trump-Hass ohne Schamgrenze und Kranken-Bonus



Ganz und gar abscheulich und von jedem Funken menschlichen Anstands verlassen ist die Häme und Schadenfreude, mit denen nicht wenige Teile der weit nach links gedrifteten Kommentatoren und Social Media auf die Corona-Erkrankung des US-Präsidenten Donald Trump reagieren.

Ein besonders geschmackloses und widerwärtiges Pöbel-Beispiel ist der hier mitgepostete abstoßende Hass-Tweet der in Deutschland mehrfach prämierten linken „Spiegel“-Kolumnistin und Buchautorin Margareta Stokowski, den sie offensichtlich zwischenzeitlich ohne

ein Wort des Bedauerns oder der Entschuldigung gelöscht hat.

Donald Trump und seiner Frau wünschen wir eine schnelle, vollständige Genesung, einen klaren verdienten Wahlsieg und weitere erfolgreiche Jahre im Oval Office voller Schaffenskraft und Gesundheit.

Erfreulicherweise gibt es bereits die ersten Hinweise auf einen milden Krankheitsverlauf.

Dr. Rafael Korenzecher
(Herausgeber JÜDISCHE RUNDSCHAU und EVREJSKAJA PANORAMA)

#GermanMut und die Selbstaufgabe der FDP

2017 erteilte die FDP der Jamaika-Koalition eine Absage – drei rückgratlose Lindner'sche Appeasement-Jahre gegenüber der Merkel-Politik später fragt man sich: Warum eigentlich?

Von Anabel Schunke

Ich erinnere mich noch gut, als Christian Lindner nach Tagen zäher Verhandlungen im November 2017 vor die Presse trat und verkündete, dass es besser sei, „nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“ und damit der ersten Jamaika-Koalition auf Bundesebene eine Absage erteilte.

Nicht Wenige warfen ihm damals vor, unmutig agiert zu haben. Die damalige Verhandlungsführerin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, sagte, die FDP hätte sich nicht für die gemeinsame Verantwortung entschieden. Am Ende gab es, unter heftigem Zähneknirschen vieler SPD-Mitglieder, eine Neuauflage der Großen Koalition.

Entgegen vieler anderer Stimmen äußerte ich mich damals positiv zur Entscheidung der FDP. Das mag nicht zuletzt auch daran liegen, dass eine Koalition zwischen Grünen, FDP und CDU – anders, als es bei vielen Journalisten-Kollegen der Fall ist – nicht zu meinen feuchten Polit-Träumen gehört.

Für mich war die Absage an eine Koalition mit den Grünen alles andere als unmutig. Sie war notwendig. Wirft man Politikern und Parteien oft genug vor, es würde ihnen nur um Macht gehen, belegte die FDP mit ihrer Entscheidung, nicht zu regieren, doch ausnahmsweise das Gegenteil. Man hatte aus dem Rauswurf aus dem Bundestag 2013 gelernt. Damals hatte man sich von der unter Merkel zur sozialdemokratisch entwickelten CDU marginalisieren lassen. Eine Koalition mit eben dieser sozialdemokratischen CDU und den Öko-Sozialisten hätte auch noch das letzte bisschen Liberalismus aus der FDP geprügel.

Vom bunten Polit-Buffer hier und da die Rosinen herauspicken

Abgesehen davon träumen von solchen Koalitionen ohnehin nur diejenigen, die grundsätzlich keine Ahnung von den großen politischen Ideenschulen haben und deshalb nicht verstehen, weshalb Liberalismus und grüner Öko-Sozialismus nie auf einen Nenner kommen werden. Es sind jene, die deshalb glauben, man könne sich vom bunten Polit-Buffer hier und da die Rosinen herauspicken. Ein bisschen Umwelt ist schön. Grüne wählt man für's Gewissen. Und die FDP und CDU sollen mit ihrer Realpolitik dafür sorgen, dass wir zumindest am Ende nicht alle auf Eseln reiten. Aber so funktioniert das nicht. Man kann nicht einerseits fordern, dass Parteien ihr Profil wieder schärfen und sich andererseits für Koalitionen aussprechen, die nur dann funktionieren, wenn keine Partei noch irgendwelche Prinzipien verteidigt. Dass die FDP zumindest damals noch so etwas wie Überzeugungen hatte, lässt sich ja eben genau daran erkennen, dass man sich nicht auf diese Koalition eingelassen hat.

Es war das letzte Mal, dass ich Hoffnung in die FDP gesetzt habe. Eigentlich hatte ich sie schon 2016 verloren. Als man zwar gute Ideen bezüglich einer Trennung von Einwanderung



Der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner

und Asyl vorlegte, aber irgendwie der Biss fehlte, sich auch wirklich damit Gehör zu verschaffen. Als man immer wieder zu Themen wie Asyl und Islam schwieg, als man hätte für meinen Geschmack laut sein müssen. In der Opposition ist das freilich nicht immer einfach. Angesichts einer linksgrün dominierten Medienlandschaft, die lieber ein drittes Mal Robert Habeck in eine Talkshow einlädt als einmal Christian Lindner, sowieso.

Das Problem besteht für die AfD allerdings in noch größerem Ausmaß. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass den Wählern der AfD auffällt, wenn sie zu gewissen Themen nicht gehört wird und die AfD es versteht, ihre Positionen dann anderweitig an die eigene Klientel zu bringen. Die FDP ist hingegen an einem Punkt der Selbstmarginalisierung angelangt, an dem es dem Wähler nicht einmal mehr auffällt, wenn man zu gewissen Themen nichts von ihr hört. Seit Jahren versäumt man es, sein Angebot lautstark zu formulieren. Im Endergebnis sinkt die Nachfrage nach einer liberalen Kraft in der deutschen Politiklandschaft. Das belegen nicht zuletzt die aktuellen Zahlen aus NRW.

Probleme, nicht einzuschlafen

Ja, wenn man einmal eine Weile die Stories auf Christian Lindners Instagram verfolgt, hat man schon arge Probleme, nicht einzuschlafen. Das ist gerade angesichts der Tatsache, dass wir in Deutschland akut einen Haufen Baustellen haben, bei denen eine klare liberale Position dringend erforderlich wäre, schon ein Armutszeugnis. Schlimmer noch: Es ist Arbeitsverweigerung und völlige Selbstaufgabe.

Ja, alles an dieser Partei wirkt mittlerweile lieb- und kraftlos. Mit #GermanMut wollte man einst punkten. Spätestens nach der Landtagswahl in Thüringen muss auch dem Letzten klar geworden sein, dass von dieser Partei alles, aber kein Mut zu erwarten ist. Aus „besser nicht regieren, als falsch regieren“ hätte in Thüringen „lieber regieren, als die Falschen regieren zu lassen“ werden sollen. Man hätte es durchziehen müssen. Gegen den Druck von Links und deren Wählerklientel, die einen sowieso nicht wählt. Man stand schon auf dem 10-Meter-Brett, bereit zu springen, und machte dann doch in letzter Sekunde einen feigen Rückzieher. Was folgte, war ein unwürdiges Entschuldigungsspektakel von Christian Lindner und die verpasste Chance, erstmalig einen liberalen Ministerpräsidenten zu stellen.

Bis heute begreift die FDP nicht, dass der Kampf gegen die AfD nicht mit substanzloser, hysterischer Abgrenzung funktioniert, sondern mit guter Politik. Dass das eigene verlorene Wählerpotenzial nicht bei den Grünen oder den Linken liegt, sondern vor allem bei der AfD, und dass man diese Menschen nicht zurückgewinnt, indem man sie verteufelt, sondern indem man ihnen ein gutes Alternativenangebot liefert und dieses vor allem auch mit Leidenschaft und Biss formuliert. Indem man zeigt, dass es auch weniger populistisch, aber durchaus kritisch geht.

Stattdessen ist die FDP zum Inbegriff dessen geworden, was sich am ehesten mit „Liberal, scheiß egal“ umschreiben lässt. Wer glaubt, er könne angesichts brennender Flüchtlings-

camp in Griechenland und eines bevorstehenden Wirtschaftseinbruches durch die Corona-Maßnahmen Wähler mit der Abschaffung des Soli und freiem W-Lan in Schwimmbädern gewinnen, der braucht sich am Ende nicht wundern, wenn sich immer mehr von ihnen fragen, wofür es eigentlich noch die FDP braucht, wenn die Probleme, die einem selbst als dringlich erscheinen, aus purer Angsthasenmentalität seit Jahren gar nicht oder allenfalls nur halbherzig besetzt werden.

Wirklich noch die Zeit für Floskeln?

Knappe vier Minuten widmete Christian Lindner dem Thema Moria, als er zuletzt vor die Presse trat. Deutschland hätte eine humanitäre Verantwortung, sagt er. Es ginge vor allem um die Aufnahme von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen. Einen nationalen Alleingang dürfe es von Deutschland, anders als 2015, jedoch nicht geben. Vielmehr bräuchte es eine europäische Lösung, so Lindner, und man möchte ihn augenblicklich schütteln und fragen, wer mit diesen Plattitüden aus 2015/16 im Jahre 2020 noch etwas anfangen soll? Die ehemaligen FDP-Wähler, die als Unternehmer angesichts der Zuwanderung aus mehrheitlich islamischen Ländern und einer Rekordsteuerbelastung das Land in Scharen verlassen? Haben wir angesichts einer derart raschen Abwanderung von Nettosteuerzahlern und einer unkontrollierten Zuwanderung von mehrheitlich Transferleistungsempfängern wirklich noch die Zeit für Floskeln, die schon vor fünf Jahren die politische Debatte um Asyl

und Zuwanderung bestimmten?

Hat der FDP-Vorsitzende zudem verpasst, dass es bereits eine europäische Lösung gibt? Die überwiegende Mehrheit der EU-Länder möchte keine weiteren Migranten aufnehmen. Auch nicht jene Länder wie Österreich und Dänemark, die sich vor Kurzem noch an der Aufnahme beteiligten. Athen fürchtet bei einer Umverteilung gar, dass es zu einer Kettenreaktion kommt und reihenweise Camps angezündet werden, um sich so seine Eintrittskarte nach Deutschland zu verschaffen. Die Bundesrepublik steht isoliert da, und noch immer erzählt man von einer europäischen Lösung, weil man zu borniert ist, zu erkennen, dass die Lösung darin besteht, den deutschen Weg abzulehnen.

Das Ganze hat etwas von den üblichen Gesprächen über Asyl mit dem Durchschnittsbürger, der stets mit hundertprozentiger Sicherheit nach einiger Zeit Weisheiten wie „Wer Straftaten begeht, muss ausgewiesen werden“ von sich gibt, woraufhin alle in der Runde nicken. Das Gleiche gilt für Talkshow-Debatten, in denen zum 5367. Mal irgendein Politiker sagt, dass, wer bleiben will, sich an unsere Werte anzupassen und zu integrieren hat.

Dass weder Straftäter seit Anbeginn der Zuwanderung über das Asylrecht nach Deutschland automatisch ausgewiesen werden noch Menschen, die sich „nicht an unsere Werte anpassen“, spielt dabei keine Rolle. Was zählt, ist allein die hohle Geste der Aussage. Als würde man jemandem auf die Schulter klopfen, weil er sagt „Wer im Supermarkt ein paar Tomaten mitnimmt, sollte diese bezahlen“, während man den, der sich traut, die Frage in den Raum zu werfen, warum dennoch immer mehr Kunden ohne

Konsequenzen Tomaten mitnehmen, ohne zu bezahlen und wann man denkt, endlich etwas dagegen zu tun, als Hetzer verunglimpft.

Es müssten eigentlich goldene Zeiten für den Liberalismus sein. Selten gab es so viele Themen und damit ein-

senzeiten, wenn man ohnehin schon die höchste Steuer- und Abgabenlast weltweit hat.

Liberal bedeutet eben nicht scheißegal

Statt sich dem Islam in Deutschland

„**Wer glaubt, er könne angesichts brennender Flüchtlingscamps in Griechenland und eines bevorstehenden Wirtschaftseinbruchs durch die Corona-Maßnahmen Wähler mit der Abschaffung des Soli und freiem W-Lan in Schwimmbädern gewinnen, der braucht sich am Ende nicht wundern, wenn sich immer mehr fragen, wofür es eigentlich noch die FDP braucht.**“

hergehende politische Entscheidungen, die dem so zuwiderlaufen, wie es aktuell der Fall ist. Sie aufzuzeigen und liberale Alternativen zu formulieren, würde einen, wenn nicht sogar den essenziellen Beitrag liefern, um den Menschen wieder in Erinnerung zu rufen, was die großen Vorteile des Liberalismus sind. Warum der Liberalismus sich als Erfolgsmodell für Frieden und Wohlstand einst gegen andere Gesellschaftsmodelle durchsetzte. Warum wir den Meinungspluralismus der durch die political correctness verursachten Meinungskonformität vorziehen – auch und gerade, wenn es um Meinungen geht, die uns selbst zuwider sind. Warum ein Mietendeckel wie in Berlin eine Scheißidee ist. Genauso wie Steuererhöhungen in Kri-

anzubiedern, wäre es unbedingt wichtig, zu erkennen, dass der strenge Islam der direkte Antagonist der eigenen Ideenschule ist. Dass, wer für Meinungspluralismus, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung und Toleranz gegenüber Minderheiten und marktwirtschaftlichen Leistungsgedanken ist, für das selbstverantwortliche Individuum, für Fortschritt und Wohlstand, unmöglich eine Religion hofieren kann, die in all diesen Punkten das exakte Gegenteil darstellt.

Und dass man in diesem Sinne auch keine völlig unkontrollierte Zuwanderung aus eben diesen Ländern befürworten oder dem Ganzen zumindest gleichgültig gegenüberstehen kann. Liberal bedeutet im eigentlichen Sinne eben nicht scheißegal. Der Liberalismus

muss wehrhaft sein. Vor allem gegenüber jenen, die seine Freiheiten ausnutzen, um ihn abzuschaffen.

Wer Kant verstanden hat, weiß um die Intelligenz und Schönheit des liberalen Freiheitsbegriffes. Wer einmal Milton Friedman gelauscht hat, wenn er anhand eines Bleistiftes die Vorteile des freien Marktes erklärt, realisiert, auf welche geniale Art und Weise die „unsichtbare Hand“ Adam Smiths funktioniert. Und wer einmal Hayeks Dekonstruktion des Begriffes der „sozialen Gerechtigkeit“ gelesen hat, ist sich bewusst, dass nicht alles, was sich gut anhört, auch automatisch zu positiven Effekten führt.

Die staatsgläubige Bevölkerung der Bundesrepublik hatte nie sonderlich viel für den Liberalismus, der ihr all den Wohlstand und Frieden erst ermöglicht hat, übrig. In Zeiten, in denen sich der Totalitarismus in Form von political correctness, Open-Border-Ideologie und Öko-Diktatur jedoch wieder Bahn bricht und eine wachsende Klientel nur noch „Ansprüche“ ohne die Bereitschaft zur Gegenleistung an den Staat formuliert, ist das Bedürfnis nach einer starken liberalen Kraft bei der noch an die Leistungsgesellschaft glaubenden Mittelschicht umso größer. Nie haben sich so viele Menschen in Deutschland ihrer politischen Heimat beraubt gefühlt. Nie war es so einfach, mit den richtigen Themen, Wähler zu gewinnen. 78 Prozent der Deutschen sind mittlerweile der Meinung, man könne seine Meinung zu bestimmten Themen nicht oder nur noch mit Vorsicht äußern. Ist das kein Thema für eine liberale Partei?

Die FDP wird sich bald entscheiden müssen, ob sie den Weg ins politische Nirwana geht oder doch ihren Mut wiederentdeckt. Mit sozialliberalem Wischiwaschi funktioniert es nicht. Ob man für etwas anderes allerdings das richtige Personal hat, bleibt fraglich.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Der Begriff „Antimuslimischer Rassismus“: Ein islamo-trojanisches Pferd

„Antimuslimischer Rassismus“ wurde zwischenzeitlich mit großem Erfolg von Islamisten annektiert und instrumentalisiert: Scheinbar gesetzeskonform agierende Muslime gewinnen unter dem Deckmantel des Antirassismus an Einfluss, und delegitimieren Kritik am Islam und islamistischen Strukturen.

Von Zara Riffler (Audiatur)

Der Begriff „Antimuslimischer Rassismus“ erhält immer mehr Zugang in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, obwohl in Islam-Expertenkreisen für den Begriff Islamfeindlichkeit plädiert wird. Es ist zu beobachten, dass der Begriff größtenteils gezielt aus dem islamistischen Spektrum kommt. Der Begriff erscheint von vornherein verwirrend, da Muslime keine „Rasse“ sind. Im wissenschaftlichen Diskurs – der diesbezüglich sowohl von islamistischen als auch linksorientierten Akademikern dominiert wird – erklärt sich der Begriff durch postkoloniale Theorien. Vor allem linksorientierte Politiker und Wissenschaftler nehmen diesen Begriff auf und spielen damit Islamisten in die Hände oder arbeiten sogar mit diesen zusammen. Um das ernsthafte Problem der „Muslimfeindlichkeit“ geht es islamistischen Akteuren nicht.

Propagandainstrument von Islamisten

„Antimuslimischer Rassismus“ (im Folgenden: AR) haben sich legalistische Islamisten in Deutschland begrifflich erobert, instrumentalisiert und zu ihrem Propagandainstrument modifiziert. Legalistische Islamisten nutzen keine Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sondern sie versuchen mit politischen und mittlerweile verstärkt medialen Mitteln innerhalb der Rechtsordnung ihre extremistischen Ziele zu verfolgen. Der Verfassungsschutz warnte kürzlich vor dem legalistischen Islamismus in Deutschland, dieser sei langfristig gefährlicher als Salafismus sowie gewaltbereiter Extremismus, und stelle für die gesamte Gesellschaft eine Gefahr dar. Diese Islamisten haben AR zum Kampfbegriff etabliert, der Kritik am Islam und an islamistischen Strukturen abschmettern soll. Islamkritiker werden so als Rassisten gebrandmarkt, Diskurse werden gezielt umgelenkt.

Auch nutzen legalistische Islamisten den Begriff, um sich nach außen als offen, tolerant und engagiert zu geben. Ihre Verbände täuschen vor, gegen jede Form von Rassismus zu sein und heben den AR am stärksten hervor. Dabei geht es um eine Doppelstrategie: Einerseits, dass das Thema AR immer stärker in den Fokus gerückt wird, gleichzeitig können somit islamistische Vereine, durch das nun populär gewordene Thema des ARs, an Aufmerksamkeit und Einfluss in Politik und Gesellschaft gewinnen.

Der Zentralrat der Muslime (ZMD) unter dem Deckmantel des Antirassismus

Als Beispiel fungiert der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der sich nach außen hin stets versucht demokratisch und dialogbereit zu zeigen. Der ZMD gilt als der islamistischen, antisemitischen Muslimbruderschaft (MB) und derweil dem Ankara-Regime nahestehend. Sein Gründungs- und Mitgliedsverband „ATIB – Union der



„Marsch gegen Islamophobie“ in Paris im November 2019, organisiert von der Muslimbruderschaft nahestehenden Personen.

Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa“ wurde vom Bundesverfassungsschutz der türkisch-rechtsextremen Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe) zugeordnet. Auch ATIB gilt ebenfalls als dem Regime von Präsident Erdogan nahestehend, der ein Vertreter des politischen Islams, Anhänger der Muslimbruderschaft ist sowie mit den Terrororganisationen Hamas und Islamischer Staat (IS) zusammenarbeitet.

Seit Jahren versucht der ZMD, den AR als Phänomen in den Mittelpunkt zu stellen. So sprach auch deren Vorsitzender Aiman Mazyek gegenüber „Phoenix“

schen Rassismus“ aufgeht, ist daran zu messen, dass der umstrittene „Unabhängige Expertenkreis gegen Muslimfeindlichkeit“ (UEM) unter einem Symbolbild von dem lachenden Aiman Mazyek und dem ihm händeschüttelnden Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) via Pressemitteilung offiziell wurde – unter dem Titel: „Wir gehören zusammen“. Auch die skandalöse Berufung der ZMD-Generalsekretärin, Nurhan Soykan, zur Beraterin des Auswärtigen Amt kann als ein Teilerfolg dessen betrachtet werden. Denn oft sind unterschiedliche Strategien legalistischer Islamisten mit

Muslimfeindlichkeit“. Auch CLAIM versucht wie der ZMD medial Anschläge wie den in Hanau gezielt einem AR zuzuordnen. CLAIM weist eindeutige islamistische Verbindungen auf. In deren Delegiertenkreis sitzen Vertreter, die der „Muslimischen Jugend Deutschland“ (MJD) angehören. Die MJD gilt als die Jugendorganisation der muslimbrudernahen „Deutschen Muslimischen Gemeinschaft“ (DMG). Auch die CLAIM-Projektleiterin Nina Mühe trat für den MB-nahen Verein INSSAN in Erscheinung. Zudem sitzt im Expertengremium ein ehemaliger Funktionär der islamistischen, Ankara-nahen „Islamischen Gemeinschaft Milli-Görüs“ (IGMG).

Die DMG, ehemals „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD), wurde von Said Ramadan gegründet, der Schwiegersohn Hassan al-Bannas, der die islamistische Bewegung der Muslimbruderschaft (MB) in Ägypten ins Leben rief. Die Ideologie der MB ist zutiefst antisemitisch. Nach der Staatsgründung Israels forderten MB-Anhänger die Vernichtung der Juden. Der MB-Ideologe und Hassprediger Sayyid Qutb hat die Grundlage der antisemitischen Ideologie der Muslimbruderschaft erschaffen. 1950 schrieb Qutb:

„Allah hat Hitler gebracht, damit er über sie [die Juden] herrscht, und Allah möge wieder Leute schicken, um den Juden die schlimmste Art der Strafe zu verpassen; damit wird er sein eindeutiges Versprechen erfüllen.“

(Jeffrey Herf: Nazi Propaganda for the Arab World. Yale University Press, New Haven/London 2009, S. 255 ff)

Wie enorm dieser Satz im islamistischen Gedächtnis weltweit bis heute verankert ist, zeigte sich während der Coro-

„ Das Ziel: „Antimoslemischen Rassismus“ und Antisemitismus auf eine gleichbedeutende Ebene zu stellen. “

bezüglich des Anschlags in Hanau wiederholt von einem AR und forderte einen Beauftragten für Muslimfeindlichkeit. Mit dieser gezielten Opferkonstruktion stellt sich der ZMD in den Mittelpunkt – obwohl der ZMD mit dem ihm vorgeworfenen Verbindungen rassistische Weltbilder, darunter Antisemitismus, innehaben müsste. Viele politisch-islamische Verbände versuchten den schrecklichen Anschlag in Hanau durch das Argument des Rassismus an Muslime in den Mittelpunkt zu stellen, darunter auch die „Türkische-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (DITIB), die vom türkischen Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet) gegründet wurde, das unmittelbar dem türkischen Präsidenten untersteht.

Dass die Strategie des „Antimuslimi-

einander verbunden und führen in Kombinationen zu einem entscheidenden Erfolg. Es ist unbestreitbar, dass der ZMD Einfluss in die Politik erhalten hat.

Zudem gehört auch zur AR-Strategie durch die propagierte Haltung gegen Muslimfeindlichkeit für die in Deutschland lebenden Muslime als Verbände attraktiv zu erscheinen.

Erweiterung der Strategie des „Antimuslimischen Rassismus“

Doch Islamisten haben längst die AR-Strategie modifiziert. So lässt sich beobachten, dass in den letzten Jahren vermehrt Initiativen gegen Rassismus entstanden sind, von denen jedoch viele islamistische Verbindungen aufweisen – zu diesen zählt die Organisation „CLAIM – Allianz gegen Islam- und

na-Pandemie, als das Virus von radikalen Predigern sowohl im Gaza-Streifen als auch in Europa als „Soldat von Allah“ bezeichnet wurde, indem „Allah“, den Feinden ein tödlichen Virus als „Soldat“ schicken würde, um Vergeltung auszuüben und sie auszulöschen. Dieser „Soldat von Allah“ richtete sich gegen Israel, die Juden aber auch gegen die USA, China, andersgläubige Muslime und Ungläubige. Dies ist zweifellos eine ideologische Parallele zu dem radikalen Prediger Qutb.

Strategie der Islamisten erweist sich als Erfolg

CLAIM ist folglich eine Organisation, der antisemitische Absichten unterstellt werden müssen. Dass es solchen Organisationen wahrhaftig um Muslimfeindlichkeit geht, muss vollkommen infrage gestellt werden. Primär wird das Anliegen sein, Kritik an islamistischen Organisationen und Strukturen durch den manipulierten AR-Begriff zu erschweren, damit islamistische Ziele einfacher verfolgt werden können. Diskurse über Islam wollen Islamisten unter ihrer Kontrolle bekommen. So forderte CLAIM sogar eine Einrichtung einer „Expertenkommission für Antimuslimischen Rassismus“, wo sich deutsche Politiker naiv beteiligten und einen offenen Brief an die Bundesregierung verfassten. Anfang September gründete Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) einen Expertenkreis für Muslimfeindlichkeit (ÜEM) und setzte als Mitglied Nina Mühe von CLAIM ein – auch dies beweist wieder, dass die islamistische Strategie des AR aufgeht: CLAIM und andere islamistische Organisationen erreichten ausreichend Zustimmung, um Einfluss auf die Politik auszuüben, sodass ein Expertenkreis errichtet wird, indem ein mutmaßlich islamistisches Mitglied

sitzt, das antisemitische Gedankengut in sich tragen könnte.

Der Begriff AR und die Forderung einer Expertenkommission sowie eines AR-Beauftragten haben noch eine weitere Strategie. Es wird versucht, sprachlich eine Analogie zwischen „Antimuslimischer Rassismus“ und Antisemitismus herzustellen. Das Ziel: AR und Antisemitismus auf eine gleichbedeutende Ebene zu stellen – aber nur, um das AR-Phänomen als Thema expandieren zu lassen, sodass sie sich als Organisationen im Deckmantel von AR legitimieren können. Umso besser eine Organisation in der Öffentlichkeit legitimiert dasteht, desto einfacher ist es, die islamistischen Ziele zu wahren. Man könnte die These auch insoweit zuspitzen, dass islamistische Organisationen mit einer versuchten Gleichstellung von Antisemitismus und „Antimuslimischem Rassismus“ vorhaben könnten, AR eine so große Bedeutung zu verleihen, sodass der Fokus auf Antisemitismus zugunsten von AR schwinden soll. Dies ist noch nicht beurteilbar, aber aufgrund der vermeintlich antisemitischen Gedankengüter dieser Organisationen vorstellbar.

Erdogan-treue Islamisten spielen entscheidende Rolle

Dass ein ehemaliger Milli-Görüs-Funktionär bei der MB-nahen Organisation CLAIM ist und dass der ebenfalls als MB-nahe geltende ZMD dem Erdogan-Regime auffallend treu ist, ist kein Zufall. Dass MB-Organisationen mit AKP- und Erdogan-Organisationen zusammenarbeiten ist aufgrund von Erdogans ideellen, ideologischen Sympathien zur MB eine längst gewordene Normalität. Erdogan-treue Islamisten spielen somit in dem Spiel um AR eine entscheidende Rolle. Auch arbeitet Erdogan längst mit MB-Organisationen zusammen,

beispielsweise um IS-Dschihadisten aus Gefängnissen in Nordost-Syrien zu befreien. Immer mehr bewegt er die Türkei auf ein terroristisches Niveau, doch gleichzeitig im Zuge dessen auch auf ein anti-israelisches. So arbeitet Erdogan mit der Terrororganisation Hamas – eine Abzweigung der Muslimbruderschaft, die den Staat Israel auslöschen will – zusammen, unterstützt sie finanziell und ideell.

Erdogan-Regime versucht Kritiker zu diskreditieren

Aufgrund Erdogans fundamentalistischer Religiosität, die auch aus Antisemitismus und Antizionismus besteht, muss die Frage gestellt werden, inwieweit das Erdogan-Regime an der Propagierung der AR-Strategien beteiligt ist – vor allem wenn seine als AKP-Basis modifizierte IGMG in Deutschland die AR-Strategien ausführt. Die „Stiftung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Forschung“ (SETA) gilt als wissenschaftliches Sprachrohr und politisches Instrument Erdogans. Der engste Regierungskreis finanziert SETA. SETA und der Politologe Farid Hafez gaben zusammen die höchst umstrittenen „European Islamophobie Reports“ heraus. Historiker Heiko Heinisch und Politiker Efgani Dönmez sehen bei Hafez Verbindungen zur MB und Erdogan. In den Reports wurden gezielt europäische Journalisten, Wissenschaftler und Politiker als „islamophob“ denunziert, um dessen Kritik am Islam und an politisch-islamischen Strukturen zu delegitimieren, und sie alle mit „antimuslimischen Rassismus“ zu verunglimpfen. Die EU finanzierte diese demokratiefeindlichen Berichte mit. Die von SETA finanzierten Reports lassen die These zu, manipulierte, strategische Begriffe wie „Islamophobie“ und „Antimuslimischer Rassismus“ auch als einen von Ankara gesteuerten

Versuch zu deuten, gezielt demokratische Kritiker zu diskreditieren. In der Folge bedeutet das, dass AR nicht nur eine Strategie von legalistischen und Erdogan-treuen Islamisten ist, sondern von dem Erdogan-Regime persönlich.

Nach sich ziehende Folgen
Derweil ist „Antimuslimischer Rassismus“ ein Begriff, der es in öffentlich-rechtlichen Medien als ein scheinbar legitimer Begriff geschafft hat. Daran sind nicht nur Islamisten, sondern besonders Politiker, Wissenschaftler und Journalisten schuld, welche die islamistische Annexion des Begriffes nicht erkennen. Dies ist deshalb eine Tragödie, weil in der Gesellschaft durch den immer stärker etablierten Begriff ebenso die islamistischen und antisemitischen Ziele unterstützt werden. Umso mehr der Begriff AR an Zuspruch gewinnt, desto mehr Zuspruch erlangen die umstrittenen Organisationen, die jenen benutzen. Wenn Begriffe wie AR und „Islamophobie“ zunehmend salonfähig werden, wird Kritik an der Religion Islam, an dem Politischen Islam und an islamistischen Strukturen erschwert. Infolgedessen wird es legalistischen Islamisten erleichtert, Einfluss in Politik sowie Gesellschaft zu gewinnen. Solche Begriffsinstrumente können entscheidend werden, um von islamistischer Seite aus Diskurse zu steuern. Durch delegitimierte Kritik können die islamistischen und antisemitischen Ideologien aufrechterhalten werden, ihre Organisationen können wachsen und extremistische Ziele können weiterverfolgt werden. Das Endziel: Die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach den Regeln der Scharia. Der Begriff „Antimuslimischer Rassismus“ ist nichts weiter als ein trojanisches, ja ein islamistisches Pferd.

Mit Trump haben sich die „palästinensischen“ Führer gründlich verzockt

Die einstmals „eisern“ erscheinende arabische Front gegen Israel ist aufgrund der Friedens-Initiative des US-Präsidenten und seines Beraters Jared Kushner quasi über Nacht zerbröckelt. Die Zeit, in der die Delegitimierung Israels und das grundsätzliche Dagegen-Sein von der Weltgemeinschaft belohnt wird, ist aufgrund der erfolgreichen Politik Donald Trumps vorerst vorbei.

Von Ilona Rothin

Seit der Staatsgründung Israels 1948, konfrontieren „palästinensische“ Führer die Welt seine Geschäfte mit Israel machen dürfen. „Denn die Palästinenserfrage ist die wichtigste Frage aller Araber.“ Solange es keine Lösung für die „Palästinenser“ gab, war es keinem arabischen Land erlaubt, mit dem zionistischen Feind Geschäfte zu machen. Alles Schnee von gestern.

Die Sächsischen Israelfreunde (www.zum-leben.de) engagieren sich seit 20 Jahren für und in Israel. Deutschlandweit bekannt ist der Handwerkerdienst der Christen aus Sachsen, aber auch ihr Engagement für soziale Einrichtungen in der Grenzstadt Sderot. Dadurch haben Freunde aus Sachsen Vertrauen in Israel erworben, wo das Misstrauen gegenüber Deutschland und seinen Medien zunehmend wächst. „Wir freuen uns über jeden Schritt in Richtung Frieden“, sagt Wilfried Gotter, Geschäftsführer der Sächsischen Israelfreunde. „Solange wir uns als Christen für Israel engagieren, wird das Heilige Land bedroht. Und jetzt sind eben andere Zeichen gesetzt worden. Noch nicht der große Durchbruch. Aber es ist ein Anfang, nach Jahren des Stillstandes. Der Schalom des Allmächtigen ist dann noch mal eine andere Kategorie“, so Wilfried Gotter.

Godel Rosenberg weiß um das Engagement der Israelfreunde aus Sachsen

um sein Land und gab ihnen deshalb das Exklusiv-Interview in Jerusalem kurz vor dem Lockdown. Er ist einer der bekanntesten Publizisten Israels, früher Pressesprecher der CSU und Leiter der Repräsentanz Bayerns in Israel.

In Deutschland wurde das „Abraham-Abkommen“ klein geschrieben. Klar doch, weil es ein Erfolg von Donald Trump und Benjamin Netanjahu ist. Außerdem mäkeln Kritiker herum, dass die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain ja keinen Krieg gegen Israel geführt hätten. Also kann das nun unterzeichnete Friedensabkommen „nicht wirklich ein Erfolg sein“. Ist es aber.

Der Nahe Osten ist in Bewegung geraten. In Richtung Frieden, wozu keine amerikanische Präsidentschaft bislang in der Lage war. Von Deutschland wollen wir gar nicht erst reden. Die würden in 1000 Jahren noch immer von einer „Zweistaaten-Lösung“ faseln, ein Konstrukt, das im Nahen Osten kaum noch jemand kennt. Außer der „Lichtgestalt“ der Nahost-Politik, „Palästinenser“-Chef, Machmud Abbas, einst Finanzier des Attentates auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München.

In den jetzt in Washington unterzeichneten Dokumenten trennen arabische Länder ihre Interessen von denen der „palästinensischen“ Führung. Das ist ein Novum. Begriffe wie „Zwei-Staaten-Lösung“, „Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat“, „Jerusalem,



US-Präsident Donald J. Trump, der Außenminister von Bahrain, Dr. Abdullah bin Rashid Al-Zayani, der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Abdullah bin Zayed Al Nahyan, bei der Unterzeichnung der Abraham-Abkommen am Dienstag, 15. September 2020, im Weißen Haus.

die Hauptstadt der Palästinenser“ – sind Ladenhüter und werden nur noch von deutschen Politikern vertrieben.

Das Terrorgeschäft der „Palästinenser“ ist ein Auslaufmodell. Hamas und Hisbollah haben in der arabischen Welt keinen Rückhalt mehr. Nur noch im Iran, der weiterhin von Berlin und Brüssel unterstützt wird.

Arabische Staaten planen friedlich, vereint mit Israel, neue Sicherheits-Strategien für den Nahen Osten, umfangreiche Wirtschaftsgeschäfte, Tourismus. Das größte Hotel in Abu Dhabi (VAE) hat

in Israel schon koschere Küchen bestellt.

Und der Domino-Effekt: Oman, Marokko, Saudi-Arabien, Katar, Dschibuti, der Sudan und andere, haben Interesse bekundet, den Friedensabkommen mit Israel zu folgen. Jeder hat seine eigenen Gründe, aber mehr oder weniger haben alle das gleiche Problem – den Iran.

Die arabischen Staaten wollen Normalisierung. Und was will Deutschland?

Zuerst erschienen bei Audiatur Online.

Arafats Erfindung des Wortes „Palästinenser“ in den 1960er Jahren

Der aus Ägypten stammende arabische Terrorist Arafat hat den Begriff „Palästinenser“ zur Legitimierung des arabischen Terrors gegen Israel als vermeintliche Befreiungsbewegung erfunden. Es brauchte nur wenige Jahre, bis sich der Begriff dank der globalen israelfeindlichen Medien auch im Westen durchsetzte. In deutschen Regierungsdokumenten taucht der Begriff „Palästinenser“ erst 1974 auf.

Von Ulrich W. Sahn
und Elisabeth Lahusen

Eine Menschengruppe, die in einem umgrenzten geografischen Raum lebt, sowie über eine gemeinsame Sprache und Kultur verfügt, worin sie sich von anderen Völkern unterscheidet, wird gemeinhin „Volk“ genannt. Manche Völker existieren über Jahrtausende am selben Ort, wie die Chinesen. Dann gibt es Völker, die einst einen großen Namen hatten, aber wegen den Wirren der Geschichte spurlos untergegangen sind, darunter die Kanaanäer, Philister, Jebusiter. Aber auch Maya, Tolteken und Rapanui sind nur noch für Archäologen und Historiker interessant. Die Juden fielen fast 2.000 Jahre lang völlig aus dem Rahmen. Vertrieben aus ihrer alten Heimat, mit nichts als einer langen schriftlich belegten Geschichte, waren sie jahrhundertlang über die ganze Welt verteilt, mit Ländern, in denen sie Aufnahme fanden im ständigen Austausch, und haben doch ihre eigenen Traditionen nie ganz abgelegt.

Ihr „Heiliges Buch“ verbreitete sich über die ganze Erde, was aber seltsamerweise nie zu Sympathie führte. Juden hatten die Bibel zwar geschrieben, aber man sprach ihnen jegliche Fähigkeit ab, deren Sinn zu verstehen. Sie hatten nur ihre Sprache und ihre Volkserzählung, sie hatten eine Kultur, die sich teilweise mit den Kulturen der Völker, mit denen sie zusammenlebten, vermischte, aber sie galten im Bewusstsein der Welt als heimatlos, als Volk ohne Grenzen. Genau so grenzenlos war der Hass auf dieses Volk, der im Holocaust seinen Höhepunkt fand, ohne damit aber beendet zu sein. Die Gründung Israels, die dem jüdischen Volk zum ersten Mal wieder eine physische Heimat bot, rief denn auch folgerichtig sofort den geballten Vernichtungswillen der Nachbarn auf den Plan – bis nach dem Sechstagekrieg klar war, dass man mit rein militärischen Mitteln diesem Volk nicht mehr seine Heimat würde nehmen können. Der Furor gegen die Juden war in eine Sackgasse geraten. Antisemit wollte man nicht mehr sein, das sagte der Verstand. Aber die Juden in Ruhe zu lassen, kam offenbar auch nicht in Frage.

Ideologie ersetzt Tradition

Es musste eine Gegenlegende geschaffen werden und so entstand das Volk der „Palästinenser“. Ein Volk ohne eigene Tradition, ohne eigene Kultur oder Sprache, einzig geschaffen, genau den geografischen Raum einzunehmen, der von Israel besetzt ist. In Ramallah haben die „Palästinenser“ ein riesiges Museum ihrer Geschichte errichtet. Noch steht es leer und niemand weiß, womit es gefüllt werden sollte. Denn ausgerechnet im geschichtsträchtigen Heiligen Land, wo fast jeder Spatenstich uralte Funde hervorbringt, haben die Archäologen noch nie eine Scherbe oder Münze ausgegraben, die den „Palästinensern“ hätte zugeordnet werden können. Farbenfroh und fantasievoll bedient sich die Heldenlegende dieses neuen Volkes stattdessen aller alten Geschichten des Judentums. Die Ur-Vorfahrin einer bekannten „palästinensischen“ Aktivistin, so erzählt man, habe im Garten Eden zugeschaut,



Der Terrorist Jassir Arafat

wie Eva dem Adam den Apfel reicht. Selbst Salomo sei ein Moslem gewesen und habe in Jerusalem zu Allah gebetet. Selbstverständlich wird auch die Geschichte der Apartheid bemüht und der Begriff des Rassismus und im Überschlag der Fantasie wurden der Heiligenlegende der „Palästinenser“ nicht nur Jesus und Maria einverleibt, sondern man kreierte auch einen ganz besonders originellen Opferstatus in Abgrenzung zu Israel. Während das jüdische Volk durch die eigene Sprache und Kultur über die Jahrhunderte und die Generationen in vielen Ländern fortlebte, vererbt sich der „palästinensische“ Opferstatus in Ermangelung jeglicher eigenen Kultur rein über die physische Kindschaft und nur in Ausgrenzung zu Israel. Davon lebt heutzutage eine ganze NGO-Industrie. Aber seit wann eigentlich?

Wer zählt die Völker, nennt die Namen

So dichtete schon Schiller. Dabei weiß man, dass nicht nur Einzelmenschen einen Namen brauchen, sondern auch Völker. Neben den oben genannten Kriterien zur Definition eines Volkes bedarf es also am Ende noch einer Kleinigkeit: eines eigenen Namens! Jassir Arafat aus Kairo wäre genau so uninteressant gewesen wie die vielen in Jordanien lebenden Araber aus dem ehemaligen Mandatsgebiet Palästina, oder gar die „Sabre“, die in Palästina geborenen Juden. Die heutigen sogenannten „Palästinenser“ haben erst 1968 durch PLO Chef Jassir Arafat in der zweiten revidierten Version der PLO-Charta diesen Namen verpasst bekommen. Vorher war die Rede von „Arabern und Juden aus Palästina“, wobei mit Palästina das gleichnamige britische Mandatsgebiet gemeint war. Das ist auch der Grund, weshalb die

UNO-Flüchtlingsorganisation UNWRA zunächst nicht von „palästinensischen Flüchtlingen“ redete, sondern von „arabischen Flüchtlingen aus Palästina“. Denn jüdische Flüchtlinge aus Palästina waren stets genau so irrelevant für die „Legenda Palästina“, wie es die jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Staaten sind. In der UNO und in deutschen Regierungsdokumenten kommt der Begriff „Palästinenser“ erstmals 1974 vor, aus Anlass der Rede Arafats vor der UNO-Generalversammlung.

Es ist schon verwunderlich, wie leichtfertig manche Redaktionen in Deutschland mit diesen Begriffen geschickter umgehen und damit auch die geschichtlichen Abläufe auf den Kopf stellen. Bei deutschen Bezeichnungen wissen die Kollegen offenbar besser Bescheid und würden nicht leichtfertig die Reichwehr mit der Bundeswehr verwechseln oder gar Preußen mit BRD oder DDR.

Obgleich sie noch nicht einmal einen ausgerufenen und von der UNO anerkannten Staat besitzen, sind die „Palästinenser“ heute ein privilegiertes Volk, mit weltweit einzigartigen Rechten. Weil sie sich ausschließlich über diesen ihren Flüchtlingsstatus definieren, dürfen sie auch als einziges Volk der Geschichte diesen Status vererben. Und zwar ausdrücklich auch an Adoptivkinder.

Allein die „arabischen Flüchtlinge aus Palästina“ haben ein von der UNO verbrieftes „Recht auf Rückkehr“ und können ihren lukrativen Status als Flüchtlinge an ihre Kindeskinde vererben. Diese Rechte werden dutzenden Millionen anderen Flüchtlingen in der Welt, die von der UNHCR betreut werden, verwehrt. Niemand hinterfragt dies. Fünf arabische Staaten haben im

Juni 1967 einen entscheidenden Krieg gegen den jungen Staat Israel verloren und damit auch die Herrschaft über bestimmte Territorien. Israel sollte vernichtet werden und war im Anschluss stärker als zuvor. In Erwartung der Zerstörung des Judenstaates hatten wieder viele Araber ihre Häuser verlassen und als sie zurückwollten, war der Krieg verloren. Überall auf der Welt geschieht dies nach verlorenen Kriegen. Flüchtlinge müssen sich eine neue Heimat suchen und sind meistens spätestens nach zwei Generationen woanders integriert. Dabei erwarten die neuerfundenen „Palästinenser“, dass die Juden sogar ihre „illegale“ Siedlung Tel Aviv verlassen sollten, zugunsten des früheren Dorfes, das anstelle der heutigen modernen Stadt stand.

Die „Palästinenser“ – das völkische Erbe der 1968er

1968 entstand ein eigentümliches, vermutlich nicht vollständig erforschtes Phänomen, das bis heute zu einem ganz eigenen Umgang mit dem Terror führte. Einige der schlimmsten Feinde der rechtsstaatlichen Ordnung wurden vor allem in westlichen Ländern wie Deutschland und der Schweiz in den Heiligenstand erhoben. Ho Tchi Min, Mao Tse Tung, Che Guevara und andere Massenmörder wurden zu ideologischen Helden hochstilisiert, deren Taten nicht hinterfragt wurden. Es gehörte zum guten Stil, die kleine rote Bibel Maos zu besitzen, wie die Väter „Mein Kampf“ gehütet hatten. Genau in diese moralische Bresche schlugen auch die militanten „Palästinenser“ und Arafats PLO.

Wie teilweise erst jetzt aufgedeckt wird, „belohnte“ die Schweiz die schweren Anschläge der PLO mit ei-

nem Pakt, um sich vor künftigen Anschlägen zu schützen. Flugzeugentführungen und gar die Sprengung von Flugzeugen über der Schweiz waren keine „Verbrechen“, sondern Akte eines „Freiheitskampfes“.

Die Täter wurden nicht festgenommen und ins Gefängnis gesteckt, sondern umgehend nach Algerien ausgeflogen. Auch die überlebenden Attentäter auf die israelische Mannschaft im olympischen Dorf in München 1972 und die Drahtzieher konnten sich mit deutscher Hilfe ungeschoren ins Ausland retten.

Was ist da los und warum erhalten ausgerechnet „palästinensische“ Terroristen Immunität und die Genehmigung, die von ihnen angegriffenen Staaten dann auch noch zu erpressen?

Bei der Darstellung des Konflikts mit Israel räumen sogar die „Experten“ den „Palästinensern“ Rechte und Umstände ein, die einfach faktisch falsch sind. Das Westjordanland wird oft als „Palästinensergebiet“ bezeichnet. Nur bis 1967 war das jordanisch und seitdem steht es unter israelischer Besatzung. Lediglich in genau begrenzten Gebieten, vor allem rund um die großen Städte, hat Israel ihnen eine Selbstverwaltung zugestanden, „Autonomie“ genannt. Darüber hinaus dürfen sie mit ihrer Polizei in Gebieten jenseits der Autonomie nicht aktiv werden, auch nicht in Jerusalem, das sie zwar „beanspruchen“, aber das 1967 von Israel annektiert wurde.

Die von Deutschland so intensiv geforderte „Zweistaatenlösung in den Grenzen des 4. Juni 1967“ könnte zudem an rechtlichen Lappalien scheitern. Sie setzt zwei existierende Staaten voraus. Doch die Ausrufung eines „palästinensischen“ Staates wäre ein klarer Bruch der Osloer Abkommen. Israel hätte dann die Möglichkeit und das Recht, die Autonomiebehörde aufzulösen. Die „Palästinenser“ hätten keine Regierung und keine Vertretung

mehr. Was dann? Natürlich könnte man über Änderungen der Osloer Abkommen verhandeln. Nur boykottieren die „Palästinenser“ seit vielen Jahren jegliche Verhandlungen mit Israel. Ohne Sinneswandel in Ramallah ist das kein gangbarer Weg.

Legitimierter Status der mörderischen Korruption

Neben den „Palästinensern“ gibt es noch eine Reihe anderer Völker mit dem Bestreben, unabhängig und frei

„ Die neuerfundenen „Palästinenser“ verlangen, dass die Juden sogar ihre „illegale“ Siedlung Tel Aviv verlassen. “

von fremder Vormundschaft zu leben. Mitten in der EU gäbe es da die Basken und Sarden, die Katalanen und dann im Mittleren Osten die Kurden und Jesiden. Einige dieser Völker werden unterdrückt und verfolgt, dürfen weder ihre Kultur noch ihre Sprache bewahren, geschweige denn ihre Kinder in der Muttersprache aufziehen. Nichts von dem trifft einen Araber im Westjordanland oder in Israel. Es gibt keine institutionalisierte Unterdrückung von Arabern durch Israel. Doch wo sonst, außer bei den „Palästinensern“, wäre die EU bereit, Milliardensummen ohne weitere Kontrolle an korrupte Politiker zu spenden? Die Gelder sieht man dann in Ramallah und anderswo als kitschige Prachtpaläste mit Säulen, Swimmingpool und fetten Limousinen vor der Haustür sprießen. Der Geltungssucht der herrschenden Schicht sind keine geschmacklichen Grenzen gesetzt. Jeder Besucher sieht diesen zur Schau gestellten Reichtum neben der Armut des einfachen Volkes. Nur die Diplomaten der EU weigern sich strikt, das zu sehen und

zu thematisieren. Sie geben nur das Jamern der Autonomiebehörde wieder. Die leide unter schweren finanziellen Engpässen mangels Steuereinnahmen und drohe ohne weitere Hilfe zusammenzubrechen.

Die Spendengelder gehen dabei auch an Organisationen, die in Terror verwickelt sind. Zudem werden so Ministergehälter an verurteilte Massenterroristen in israelischen Gefängnissen und Angehörige von Terroristen als „Sozialhilfe“ gezahlt.

Hinzu kommen noch kirchliche Einrichtungen und Nicht-Regierungsorganisationen, die mit Steuergeldern jede Vereinigung unterstützen, die sich „Menschenrechte“ auf die Flagge geschrieben hat. Die sehen keine Fehler bei den „palästinensischen“ Regierungen, sondern nur „Kriegsverbrechen“ bei den Israelis.

Einig gegen Israel

Es ist undenkbar, dass die EU die Basken oder Katalanen in Spanien mit derartigen Programmen unterstützen könnte. Die Türkei verbittet sich ausländische Einmischung bei ihrem „Kampf“ gegen Kurden, Jesiden, andere „Separatisten“ oder Regimekritiker. Nur wenn es gegen Israel geht, sind alle mit dabei. Denn wie die letzte Abstimmung in der UNO zeigt, gilt Israel als das einzige Land der Welt, das gegen Frauenrechte verstößt, während in vielen arabischen Ländern eine Frau ihren Mann sogar um Erlaubnis bitten muss, das Haus zu verlassen.

Nein, die Welt macht sich Sorgen um

die „Palästinenser“. Die sind offenbar ein Volk mit Sonderrechten, wie sie keinem anderen Volk zustehen. Als erstes anti-jüdisches Volk der Weltgeschichte speist sich dabei der Furor aus einem Antisemitismus, der nicht mehr so genannt werden will, aus einer unhinterfragten Tradition des Judenhasses in Europa. Welches Schicksal Kinder haben, die gezwungen werden, in einer solchen Lüge aufzuwachsen, was es bedeutet, schon im Kindergarten für den „Heiligen Krieg“ gegen Israel trainiert zu werden, das fragt sich dabei keiner, der in Europa das „Palästinenser“-Tuch neben der Mao-Bibel und dem Plakat von Che Guevara drapiert. Auch keiner, der fromm und andächtig am 9. November der toten Juden Europas gedenkt, bevor er wieder zur Demo gegen die „Besatzung“ aufruft. Und die pensionierten Pfarrer und Lehrerinnen und sonstigen ergrauten Bürger, die seit Jahren vor dem Dom zu Bremen in der traditionsreichen SPD-Stadt jeden Sabbat entweihen, in dem sie samstags gegen Israel protestieren, denen auch zu Gaza nie die Hamas einfällt, legen nur Wert auf eine Feststellung: „Wir sind keine Antisemiten“.

Was diese Blindheit gegenüber dem Terror am Ende auch für Europa bedeutet und ob vielleicht die Unfähigkeit, sich vor islamistischen Attentaten zu schützen, ähnliche Ursachen hat, wie der anti-israelische Affekt, das fragt man sich als Korrespondent in Jerusalem nicht erst seit den Attentaten in Nizza, Paris und auf dem Breitscheidplatz. Wir können Täter und Mittäter nicht einfach immer ausliegen, wie die Täter der olympischen Spiele 1972 oder den Mordkollegen des Anis Amri vom Berliner Breitscheidplatz. Der Frieden in Europa wird auch an Israels Grenzen verteidigt. Es wird Zeit, dass Europa das zur Kenntnis nimmt.

Es ist mehr als überfällig den Zugang auf den Tempelberg auch für Juden zu legalisieren.

Seit 1967 ist das jüdische Gebet auf dem Tempelberg verboten, obwohl dieser ein Teil der alten jüdischen Tempelanlage und des israelischen Staatsgebietes ist. Soviel Bewegung wie jetzt war im arabisch-israelischen Verhältnis dank Präsident Trump schon lange nicht mehr – auch der unhaltbare Status quo auf dem Tempelberg sollte sich jetzt endlich ändern.

Von Nave Dromi

Sowohl Juden als auch Muslime glauben, dass Abraham angewiesen wurde, seinen Sohn zu opfern, während die Kommentatoren hinsichtlich der Identität des Sohnes unterschiedlicher Meinung sind. Juden glauben natürlich, dass die Fesselung Isaaks eine Szene auf dem Tempelberg war, die früher der Punkt der Schöpfung war und später der Ort für die beiden größten Gotteshäuser der jüdischen Nation wurde.

Jesaja prophezeite, dass der Tempelberg in Zukunft „ein Haus des Gebets für alle Nationen genannt werden wird“.

Vielleicht wäre es klug, diese Prophezeiung endlich zu verwirklichen, indem man Juden und Muslimen erlaubt, auf dem Tempelberg in Harmonie und Eintracht zu beten, ohne dass der eine die Rechte und Freiheiten des anderen mit Füßen tritt.

Unglücklicherweise hat Israel seit der Rückeroberung des Tempelbergs im Jahr 1967 die jüdische Verehrung an seinem heiligsten Ort nicht mehr erlaubt. Obwohl es die volle nationale Souveränität auf dem Tempelberg und in seiner Umgebung behielt, wurde die religiöse Souveränität der extremistischen islamischen Wakf-Stiftung übergeben, die versucht hat, Juden wegen des bloßen Lippenbe-

wegens, des Besitzes hebräischer Literatur oder der bloßen Erwähnung eines Tempels auf dem Berg hinauszuerwerfen.

Dieser „Status quo“ wurde beibehalten, weil die israelische Führung nicht die weltweit verbreitete islamische Wut und die Unruhen schüren wollte. Die israelischen Behörden haben offen erklärt, dass es sich hierbei um eine Sicherheitsfrage handelt, und eine Störung der gegenwärtigen Regelung auf dem Tempelberg könnte Gewalt hervorrufen.

Heute leben wir jedoch in noch nie dagewesenen Zeiten.

Erste Botschaft einer mehrheitlich muslimischen Nation

Israel hat ein Abkommen mit einer arabischen Golfnation unterzeichnet, hat von Saudi-Arabien und Bahrain Überflugrechte erhalten und wird die erste Botschaft einer mehrheitlich muslimischen Nation, des Kosovo, in Jerusalem eröffnen.

Die Mauer der islamischen Ablehnung des jüdischen Staates und der jüdischen Souveränität in seiner ursprünglichen und angestammten Heimat wird Stein für Stein niedergerissen. Während die Konflikte der Vergangenheit enden, werden zweifellos Tabus zerschlagen.

Zweifellos muss auch das größte Tabu, das jüdische Gebet auf dem Tempelberg,

in Übereinstimmung und Einigkeit angegangen werden.

Nach Tausenden von Jahren werden Juden und Muslime einander nicht mehr als Gegner, Rivalen oder Feinde sehen, sondern als lange verlorene Vettern, die in brüderlicher Umarmung an dem Ort zusammenkommen, der durch ihren gemeinsamen Vorfahren berühmt wurde.

Es wäre der Schluss eines Kreislaufs und die stärkste Botschaft an die internationale Gemeinschaft, dass Juden und Muslime nicht dazu bestimmt sind, in Konflikten, sondern in Harmonie und Gleichheit zusammenzuleben.

Dr. Ali Rashid al Nuaimi, Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung, Inneres und Auswärtige Angelegenheiten im Nationalrat der Vereinigten Arabischen Emirate, sagte kürzlich, dass Kronprinz Mohammed bin Zayed auf der Suche nach einem „umfassenden Frieden“ Jerusalem persönlich besuchen wolle.

Juden in der Region tief verwurzelt

Ein umfassender Frieden ist ein Frieden, der alle Aspekte der Einigung und Versöhnung umfasst. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben offen und öffentlich erklärt, dass die Juden in der Region tief verwurzelt sind und wir hierhergehören.

Dies ist ein zutiefst bedeutungsvolles Bekenntnis, das auf dem Berg, der beiden Völkern heilig ist, bekräftigt werden kann.

Die bloßen Bekundungen der Hoffnung und des Glaubens in der Gesellschaft können die Schwelle des jüdischen Gebets auf dem Tempelberg zurückerobern. Es ist zu lange her, dass die Gebete aller Kinder Abrahams auf dem Tempelberg erhört wurden.

Diese Region reicht in der Geschichte bis in eine Zeit zurück, in der Juden und Muslime familiär verbunden waren.

Normalisierung ist das Schlagwort des Augenblicks. Wir normalisieren jetzt Dinge, die viel zu lange anormal waren.

Eines der abnormalsten und anormalsten Dinge im Nahostkonflikt ist die Ablehnung des Rechts eines Juden, auf dem Tempelberg zu beten. Das muss sich ändern, wenn ein Abkommen zwischen den Kindern Abrahams wirklich sinnvoll sein soll.

Es ist an der Zeit, das jüdische Gebet auf den Tempelberg zurückzubringen.

Es ist an der Zeit, den Tempelberg zu normalisieren.

Nave Dromi ist Direktor des Middle East Forum in Israel und Leiter des Israel Victory Project. Übersetzung Audiatur-Online.

Das israelische Startup Stuff That Works: „Zeug, das hilft“

Ein neues Unternehmen leitet Patienten durch den unübersichtlichen Therapie-Dschungel zum für sie passenden Arzt.

Von Elisabeth Lahusen

Vor 15 Jahren stand Yael Eilish vor einem Problem, das viele Eltern kennen: Ihre damals siebenjährige Tochter hatte eine seltene Krankheit, zu der den Medizinern vor Ort nichts Vernünftiges einfiel. „Wir haben sie mehreren Ärzten und alternativen Therapeuten vorgestellt, aber nichts hat funktioniert. Es war nicht lebensbedrohlich, aber jede chronische Erkrankung ist ein Albtraum für die kranke Person und die Familie.“ Nächtelang durchforstete sie das Internet: „Nach ungefähr zwei Jahren Suche stieß ich auf einen Blog, der genau das Problem beschrieb, das wir hatten, und erklärte, wie es behandelt wurde. Danach fand ich leicht einen Ort in Israel, der die gleiche Behandlung anbot. Wir haben es versucht und nach drei Wochen war das Problem behoben. Da es sich um eine chronische Krankheit handelt, kann ich nicht sagen, dass sie geheilt ist - der Fachbegriff ist Remission. Es ist wie ein ruhender Vulkan.“

Einige Jahre später kam Elish einer Freundin zu Hilfe, deren 5-jähriger Sohn an einer chronischen Krankheit litt. Elish fand über das Internet einen Arzt im Ausland, der sich damit auskannte und bereit war, mit dem israelischen Kollegen zusammenzuarbeiten. „Das war kurz bevor sie eine aggressive Behandlung beginnen würden... und nur, weil der Arzt hier kaum jemals einen ähnlichen Fall gesehen hatte. Ich habe festgestellt, dass es gute Behandlungen gibt, aber aus allen möglichen Gründen erreichen sie den Patienten nicht: Entweder weiß der Arzt nichts über die Behandlung, oder Sie haben den falschen Arzt oder die Krankenkasse bietet die Therapie nicht an. Manchmal versteht der Arzt die Medizin, aber nicht die Behandlungsmöglichkeiten, oder er versteht die alternative Medizin nicht.“

Navigation durch die Therapien für chronische Krankheiten

Als ehemalige Produktleiterin von Waze, der von Google erworbenen Navigationssoftware-App, war Elish Teil einer der größten israelischen High-Tech-Erfolgsgeschichten. Nun nahm sie sich etwas Neues vor: Sie wollte nichts weniger als eine funktionierende Navigation durch den Therapie-Dschungel. Dabei sollten ihr nun die Menschen helfen, die am meisten Interesse an der Heilung haben: Die Patienten selbst. Elish fing klein an. Ihr Geheimnis ist einfach: Sie nahm die Menschen ernst und hörte zu.

„Ich ging in eine Facebook-Gruppe für chronische Krankheiten und erstellte einen 20-Punkte-Fragebogen, der im Google-Format sehr einfach ist: Wer bist du? Welche Behandlungen hast du bisher versucht? War die Behandlung wirksam? Wie ging es nachher weiter? Ich begann, die Informationen zu analysieren und grundlegende Schlussfolgerungen zu ziehen. Selbst als ich den Fra-



gebogen verlängerte und neue Fragen hinzufügte, hörten die Leute nicht auf. Sie antworteten und konnten auch besser antworten, als die medizinische Welt denkt. Es gibt eine gewisse Verachtung der Patienten und ihrer Geschichten. Sie gelten als Anekdoten. Aber es sind Menschen, die wissen, wie sie ihre Krankheit am besten beschreiben können.“

Daraus hat Elish vor zwei Jahren

auf den Markt gebracht wird. Sobald es herauskommt und sie sogenannte reale Beweise erhalten können, wird wenig Forschung betrieben. Der Grund sind die Kosten. Ein Patient in einer solchen Studie kostet das Pharmaunternehmen 10.000 US-Dollar und stellt einen Einzelfall dar. Daher sind große Zahlen erforderlich, um die Wirksamkeit zu messen. Bei

ganz konkret beantwortet werden. Elish macht deutlich, dass den Menschen absichtlich überlassen bleibt, ihre eigenen Worte zu wählen, damit sie die Möglichkeit haben, sich wirklich auszudrücken und so genau wie möglich zu sein. „Das war wichtig, damit das Crowdsourcing erfolgreich war“, sagte sie.

„Algorithmen in natürlicher Sprache ‚lesen‘ die Antworten und helfen dabei, die Daten zu ordnen und mögliche (zufällige oder sonstige) Ungenauigkeiten auszusortieren – genau wie wir es bei Waze gesehen haben. Die Voraussetzung ist, dass sich Personen bei der Bereitstellung ihrer Daten anmelden. Sie können anonym posten, aber auf jeden Fall bleibt es auf der Plattform des Unternehmens anonymisiert und Sie können es jederzeit selbst entfernen.“

Die Daten durchlaufen dann eine Reihe von „Streckungszielen“. „Zuerst wird die Bedingung mit einem Profil in StuffThatWorks erstellt. Nach 100 Mitwirkenden können Sie erste Einblicke in den Zustand erhalten, einschließlich des Erkrankungsalters, der Symptome, der erschwerenden Faktoren und der Behandlung. Nach mehreren hundert beginnt das maschinelle Lernen, verschiedene Behandlungen nach ihrer Wirksamkeit zu ordnen. Nach Tausenden von Mitwirkenden können die Algorithmen dem Besucher vorhersagen, welche Behandlungen am effektivsten sind.“

Eine niedliche, lustige App – wird das ernst genommen?

Die 52-jährige Elish ist hochangesehen. Sie kam 2008 zu Waze, nachdem ihr vorheriges Startup eSnips verkauft worden war. Waze war damals winzig und Elish war sowohl verantwortlich

„ 8 % aller Internetanfragen weltweit drehen sich um Krankheiten. “

das Startup StuffThatWorks begründet. Ziel ist es, die „Anekdoten der Patienten“ in ein kohärentes Bild einer Krankheit und der dafür vorhandenen Behandlungen umzuwandeln – präzise und mit aktuellen Informationen basierend auf einer breiten Stichprobe.

Die Arbeit fängt erst an, wenn das Medikament auf dem Markt ist

Laut Elish gibt es etwa 10.000 anerkannte chronische Krankheiten und etwa 500 Behandlungen für jede von ihnen, von Medikamenten über Änderungen des Lebensstils bis hin zu Nahrungsergänzungsmitteln. Der größte Teil der Forschung befasst sich nur mit den 20-40 häufigsten Krankheiten. Um im Bild zu bleiben: Die jetzige Forschung gleicht einem Navi, der nur die großen Autobahnen kennt. Aber wer von uns wohnt schon direkt an einer Schnellstraße?

„Es wird viel Geld in Pharma investiert, aber die Pharmaunternehmen führen die meisten ihrer klinischen Studien durch, bevor die Behandlung

den Untergruppen einer Krankheit und der Anzahl der möglichen Behandlungen stellen Sie fest, dass aufgrund der wahnsinnigen Kosten die einzige Möglichkeit zur Kartierung darin besteht, Menschen zu mobilisieren, um dies gemeinsam zu tun.“ Und da 8 % aller Internetanfragen weltweit sich um Krankheiten drehen, ist klar, dass der Bedarf riesig ist.

Die Schwarmintelligenz bahnt sich den Weg

Elish stützte sich auf ihre Waze-Erfahrung: Waze kartiert die Welt von Grund auf neu; indem weltweit die Erfahrungen vieler Reisender in das System integriert werden. Sie konzipierte StuffThatWorks zusammen mit Yossi Synett und Ron Held. Synett, ausgebildeter Physiker, ist der Leiter der Datenwissenschaft des Unternehmens. Held, der Chief Technology Officer, ist ein Mathematiker mit 10 Jahren Erfahrung in einer geheimen israelischen Armeeeinheit. Die Schnittstelle zum Aufbau des StuffThatWorks-Datensatzes besteht aus 60 Fragen, die von konkreten Personen

für die Marke, als auch für den Umgang mit den Nutzern. Sie sagt: „Wir haben damals revolutionäre Entscheidungen getroffen, wie zum Beispiel die Suche nach Freitexten, im Gegensatz zu dem damals in der Welt der Kartierung üblichen Format, wo man auf Stadt, Straße, Straßenummer klickt.“ Das Ganze sollte niedlich und spielerisch sein und Spaß machen. Das Waze-Team diskutierte, ob ein „süßes“ Produkt als glaubwürdig angesehen werden würde. Es stellte sich heraus, dass dies möglich war, und nun macht Elish genau so etwas Nettes für die Therapie: „Wir haben eine wundervolle Designerin und Illustratorin, Maya Shleifer, die mehrere Kinderbücher illustriert hat und sie gestaltete eine Oberfläche, die dem Auge gefällt. Unser Name, StuffThatWorks, ist in keiner Weise ‚richtig‘, sondern repräsentiert Menschen, Informationen, die von Menschen stammen. Manche fürchteten, dass es nicht ernst genommen würde, „wenn sie nicht als Med etwas oder Health-etwas bezeichnet werden und Ihr Firmenlogo keine Schlange hat. Aber wir sagen, das Produkt wird süß und es wird gleichzeitig ernst sein.“

It works!

Bis vor ein paar Wochen war STW unter dem Radar tätig, aber das Flüstern in der Technologiebranche wurde immer lauter: Es sprach sich herum, dass da eine richtig große Sache entsteht. Im Juli 2018 beschaffte sich das Unternehmen Startkapital in Höhe von 3,5 Millionen US-Dollar von den führenden VC-Fonds 83North und Bessemer Venture Partners. Ein Jahr später investierte Ofek Ventures weitere 5 Millionen US-Dollar. Am 23. Juli wurde die Website weltweit gestartet, vorerst nur in englischer Sprache.

Die Plattform hat mehr als 180.000 aktive Benutzer, was bedeutet, dass sie nicht nur registriert sind, sondern auch Informationen austauschen. Täglich kommen weitere tausend hinzu. Derzeit sind 105 chronische Krankheiten auf der Plattform abgebildet. „Wir nennen sie Forschungsgemeinschaften“, sagt Elish. „Jeder kann eine neue Community eröffnen und Leute einladen, einen Fragebogen auszufüllen und zu teilen.“ STW ist leicht zu bedienen und dabei sehr effektiv: Patienten, die mit chronischen Erkrankungen zu tun haben, teilen ihre Erfahrungen in einer organisierten Umfrage. Diese Daten werden dann normalisiert, anonymisiert und mithilfe fortschrittlicher Algorithmen für maschinelles Lernen analysiert, die so programmiert sind, dass sie nach wertvollen Erkenntnissen suchen – für die gesamte Zustandsgemeinschaft, für Untergruppen und für Einzelpersonen. Die Erkenntnisse werden mit der Community geteilt, in der Mitglieder neue Forschungsfragen kommentieren, diskutieren und stellen können. Es sind nur ein paar Dutzend Personen erforderlich, die an der Umfrage teilnehmen, um nützliche Erkenntnisse zu gewinnen. Je mehr Menschen sich anschließen und ihre Informationen einbringen, desto intelligenter und persönlicher werden die Erkenntnisse.

Die Teilnehmer schreiben Beiträge über ihre Erfahrungen und fügen Fragen hinzu. Das System informiert Benutzer über andere Personen mit ähnlichen Bedingungen, sodass sie privat kommunizieren können. STW verwendet die Verarbeitung in natürlicher Sprache, um ein tiefgrei-

fendes Verständnis dessen zu erhalten, was die Leute sagen.

„Es gibt einen Unterschied zwischen ‚Mein Kopf tut weh‘ und ‚Mein Kopf fühlt sich an, als würde er explodieren‘“, erklärt Held. „Ein solcher Satz kann mit der Art und Weise verglichen werden, wie sich eine Person allgemein ausdrückt oder andere Symptome beschreibt. Sie können Vorurteile in der Sprache finden, zum Beispiel für oder gegen alternative Behandlungen, und sogar Täuschungen entdecken, wie jemanden, der da ist, um etwas zu verkaufen.“

Notfalls geht man einfach in die Wüste

STW verwendet auch eine umfassendere Definition von Gesundheit, als Ärzte es herkömmlicherweise tun: In der Medizin werden hauptsächlich klinische Indizes berücksichtigt, sodass Sie manchmal als gesund eingestuft werden, obwohl Sie depressiv sind und sich nicht aufrufen können, das Haus

zu verlassen. Den Arzt interessiert nur, ob der Krebs wieder auftritt, doch das wichtigste Merkmal ist neben den klinischen Maßnahmen die Lebensqualität. „Wenn Sie sich Depressionen ansehen“, erklärt Synett, „werden Sie feststellen, dass die Behandlung, die auf Platz 25 der Anwendung steht, im Effektivitätsranking an zweiter Stelle steht.“ Und diese Behandlung wurde übrigens für eine andere psychiatrische Erkrankung entwickelt. Anscheinend hat ein Psychiater es einem Patienten verschrieben, der an beidem leidet, hat gesehen, dass es hilft, und hat begonnen, es an anderen Patienten auszuprobieren.“

Held beschreibt Fälle, in denen STW eine bestimmte Behandlung kurz nach dem Inverkehrbringen als wirksam identifizierte, ein Jahr bevor medizinische Studien begannen, wie die Beweise bestätigen. „Crowd-Weisheit kann der Forschung voraus sein, neue Behandlungen als relativ früh wirksam bezeichnen und sogar dazu beitragen, eine Richtung für die

zukünftige Forschung festzulegen“, sagt er. Die meisten Informationen auf der Website können sogar ohne Registrierung über Google abgerufen werden. Für Patienten, akademische Einrichtungen und Wissenschaftler bleibt die Nutzung der Website weiter kostenlos. Das Unternehmen beabsichtigt jedoch, die Informationen zu kommerzialisieren (insgesamt und nur statistisch, um den Datenschutz zu gewährleisten) und sie an Kliniken, Krankenhäuser, Versicherer und Pharmaunternehmen zu verkaufen.

Als das Coronavirus ausbrach, gab es zu viel zu tun, als dass man sich einen Lockdown hätte leisten können. Also gingen sechs STW-Mitarbeiter und ihre Familien sowie einige Singles auf eine Farm tief in der Wüste Negev. Sie isolierten sich und waren glücklich. „Wir waren auf Wolke neun. Am Morgen gingen die Kinder zu den Ziegen und wir gingen an zu arbeiten“, berichtet Elish.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregory Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
 contact@gregorysjoaillier.com
 www.gregorysjoaillier.com

Der „New Israel Fund“ und andere Feinde des Staates Israel

Als sogenannte „Menschenrechts-Organisationen“ falsch etikettierte Gruppen wollen mit sehr viel Geld (u.a. auch von George Soros) den Charakter Israels als Staat der Juden von innen zerstören.



Von Alexander Nepomjaschi

Bereits 2017 unternahm die linksradikale Bewegung "Black Lives Matter" Versuche, Israel zu destabilisieren.

In den letzten zehn Jahren war zu beobachten, wie sogenannte „Menschenrechtsorganisationen“ einen aufkommenden gesellschaftlichen Diskurs nutzen, um Propagandakampagnen zu starten und zu fördern, die darauf abzielen, den internationalen Status Israels auszuhebeln und die israelische Gesellschaft von innen heraus zu zersetzen. Dies zeigte sich vielleicht am deutlichsten im Zusammenhang mit dem Problem der illegalen Arbeitsmigranten aus Afrika. Eines der erklärten Ziele der besagten Organisationen war es, die Einwanderungspolitik Israels maßgeblich zu verändern, einschließlich der Gewährung der israelischen Staatsbürgerschaft für die illegalen Einwanderer.

New Israel Fund

Die Lobbyarbeit für die gestellten Aufgaben wird aus ausländischen Quellen finanziert. Das sind vor allem Gelder fremder Staaten und des sogenannten „New Israel Fund“ (NIF), der von linksradikalen politischen Strukturen in den USA gegründet wurde.

Laut seiner Unabhängigkeitserklärung ist Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes, dementsprechend zielt seine Einwanderungspolitik darauf ab, das jüdische Volk in seine historische Heimat zurückzuführen und Juden, ihren Familien und Nachkommen die Staatsbürgerschaft zu gewähren. Mit anderen Worten:

Aus dem Ausland finanzierte Projekte jener Organisationen, die die Einwanderungspolitik Israels zu ändern versuchen, widersprechen der Unabhängigkeitserklärung und beeinträchtigen den darin ausformulierten Gesellschaftsvertrag, auf dessen Grundlage der Staat Israel gegründet wurde.

Der Oberste Gerichtshof als Hebel

Zu den wichtigsten Mitteln, mit denen diese Organisationen ihre Ziele zu erreichen versuchen, wurden – neben aggressiven Medienkampagnen zur Diskreditierung des Staates Israel – die regelmäßig beim Obersten Gerichtshof Israels BAGAZ (Bet Din Gewoha leZedek, Hebr. „Hohes Haus der Gerechtigkeit“, - Anm. d. Übers.) eingereichten Klagen. Diese aus dem Ausland üppig finanzierten und unverblümt politischen Aktivitäten haben den BAGAZ zu einem effektiven Hebel gemacht, der die Befugnisse der israelischen Regierung und der Knesset lähmt, was letztendlich die Souveränität des Staates untergräbt. Am Kampf gegen die Abschiebung illegaler Einwanderer beteiligten sich Dutzende offiziell registrierter wie auch nicht registrierter Organisationen. Der Kern der Bewegung besteht aus einer Reihe von Strukturen, die seit 2012 mehr als 65 Mio. Schekel von ausländischen Regierungen und seit 2008 weitere 15 Mio. Dollar vom NIF

erhalten haben. Es sind hauptsächlich sechs Organisationen, die an der Einreichung der meisten Klagen beim BAGAZ für illegale Einwanderer beteiligt waren. Nachfolgend sind ihre wichtigsten Aktivitäten dokumentiert, die sie unternommen haben, um der israelischen Schutzpolitik gegen die Einreise illegaler Einwanderer aus Afrika entgegenzuwirken.

2007: Aufhebung des Verfahrens der „sofortigen Rückkehr“

Bis 2007 schickten die IDF-Truppen, die die südliche Grenze des Landes bewachten, alle, die versuchten, illegal nach Israel einzudringen, sofort nach Ägypten zurück. Das Verfahren ähnelte dem einer Reihe westlicher Länder. „Zentrum für Flüchtlinge und Einwanderer“, „Vereinigung für Bürgerrechte in Israel“, „Organisation für Flüchtlingshilfe“, „Zentrum für jüdischen Pluralismus – Bewegung für fortgeschrittenes Judentum in Israel“, „Ärzte für Menschenrechte“ und „Praxis für Rechte der Flüchtlinge“ an der Universität Tel Aviv reichten eine Klage gegen diese Vorgehensweise ein. Infolgedessen gab der Staat das Verfahren der „sofortigen Rückkehr“ auf, und eine unkontrollierte Welle illegaler Einwanderer strömte ins Land. Innerhalb eines Jahres hat sich deren Anzahl verdreifacht und erreichte 2011 ein Rekordhoch von 17.000 Menschen.

2008: Kampf gegen das Gesetz zur Verhinderung der illegalen Einreise.

Es wurde eine erneute – die dritte – Gesetzesänderung vorgenommen; sie erschwerte für illegale Einwanderer eine Einstellung als Arbeitskraft, was deren Interesse an einem Grenzübertritt nach Israel stark verringerte. Gleichzeitig wurde ein Grenzzaun entlang der Sinai-Halbinsel errichtet; diese beiden Maßnahmen führten zu einer fast vollständigen Verhinderung neuer illegaler Einwanderung: 2013 waren es lediglich 117 Personen. Darüber hinaus erhöhte es die Bereitschaft jener Illegalen, die sich schon im Land aufhielten, freiwillig zurückzugehen. Etwa 9.000 illegale Einwanderer, die 2013–2014 nach Israel gekommen waren, erklärten sich bereit, Israel zu verlassen, was für westliche Länder eine beispiellose Anzahl war. Diese Situation hat zu einer starken Aktivität von Organisationen geführt, die gezielte Änderungen in der Regierungspolitik anstreben.

2008: Gründung des „Forums für die Rechte der Flüchtlinge“.

Es wurde mit großzügigen Mitteln des NIF eingerichtet. Seine Gründungsmitglieder waren „Praxis für Rechte der Flüchtlinge“, „Vereinigung für Bürgerrechte in Israel“, „Zentrum für Flüchtlinge und Einwanderer“, „Ärzte für Menschenrechte“, „Vereinigung für Bürgerrechte“, „Zentrum für die

Förderung afrikanischer Flüchtlinge“, „Kav Le-Oved“ und Amnesty International. Das Forum veröffentlichte ein Dokument mit dem Titel „Zum Schutz von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Staat Israel“, in dem unter anderem festgehalten wurde, dass „der Staat Israel verpflichtet ist, das Recht von Asylbewerbern und Flüchtlingen auf ein anständiges und würdiges Leben sowie das Recht auf Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Bildung zu gewährleisten.“

Um diese Strategiepläne zu bekräftigen, veröffentlichte das Forum eine Reihe von Dokumenten, die die Grundlage für eine entsprechende Änderung der staatlichen Politik bildeten, darunter: „Zur Notwendigkeit des Verbots der Abschiebung“, „Zur Notwendigkeit des Schutzes von Flüchtlingen und Asylbewerbern“, „Zur Unzulässigkeit der Festnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen“ usw. Darüber hinaus kündigte das Forum an, dass der Staat Israel verpflichtet sei, das Recht der Flüchtlinge und ihrer Familien auf Familienleben zu schützen „und die Integration zu fördern, mit dem Ziel, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Israel zu erlangen“. Mit anderen Worten: Das klar definierte Endziel der Bemühungen des Forums bestand darin, illegale afrikanische Einwanderer einzusetzen, um den nationalen Charakter des Staates Israel zu untergraben.

2009: Klage gegen die Einschränkung der freien Wohnortswahl illegaler Einwanderer.

Die Regierung versuchte die Zerstörung des normalen Lebens in den südlichen Vierteln von Tel Aviv, die zum Epizentrum illegaler Einwanderung geworden sind, zu widerstehen und auch illegalen Arbeitsmigranten, die sich als Asylsuchende ausgeben, die Arbeitssuche zu erschweren, und Schritte zu unternehmen, um illegale Einwanderer in verschiedene Städte außerhalb des Großraums Tel Aviv umzusiedeln. Daraufhin reichten die Partner des Forums

eine weitere Klage beim BAGAZ ein, um die Umsiedlung illegaler Einwanderer zu verhindern.

2013: Klage gegen die 4. Änderung des Gesetzes zur Verhinderung der illegalen Einwanderung.

Als Reaktion auf eine weitere Gesetzesänderung reichten die oben genannten Organisationen erneut eine Klage beim

„ Mit anderen Worten: Das klar definierte Endziel der Bemühungen des Forums bestand darin, illegale afrikanische Einwanderer einzusetzen, um den nationalen Charakter des Staates Israel zu untergraben. „

BAGAZ ein. Der Klage wurde stattgegeben; der Änderungsantrag wurde für rechtswidrig erklärt.

2014 5. Änderungsklage.

Die Regierung bereitete erneut eine Änderung des Gesetzes zur Verhinderung der illegalen Einwanderung vor, und diese Organisationen reichten erneut eine Klage beim BAGAZ ein; der Klageanspruch wurde auch diesmal anerkannt. Das Gericht hat den größten Teil der Änderung aufgehoben, sodass das Gesetz erneut an Bedeutung verlor.

2015 Klagen gegen die Abschiebung illegaler Einwanderer in einen Drittstaat.

Um die von der israelischen Regierung mit einer Reihe von Ländern unterzeichneten Vereinbarungen, die Bereitschaft dieser Länder, illegale afrikanische Einwanderer aus Israel im Rahmen der Einhaltung des Völkerrechts aufzunehmen, außer Kraft zu setzen, haben Organisationen, die wir bereits kennen, Klagen vor israelischen Gerichten eingereicht. Zwei Klagen wurden beim Bezirksgericht Beer Scheva eingereicht. Nachdem das Gericht sie abgelehnt und

die Rechtmäßigkeit der Vereinbarungen über die Ausweisung illegaler Einwanderer bestätigt hatte, wandten sich die Organisationen routinemäßig an den BAGAZ. Aber auch dort wurde diesmal entschieden, dass illegale Einwanderer in sichere afrikanische Staaten, die sich bereit erklärt hatten, sie zu akzeptieren, durchgeführt werden kann. Trotzdem gelang es den Organisationen, die eine

massive Propagandakampagne in den Medien eröffneten und internationalen Druck auf die israelische Regierung und die afrikanischen Länder ausübten, die die Abkommen unterzeichnet hatten, der Deportation zuzukommen.

2017: Klagen gegen das Kautionsgesetz.

Der letzte Schlag gegen die Fähigkeit des Staates Israel, sich vor illegalen Einwanderern zu schützen, war die jüngste Entscheidung vom BAGAZ, dem Anspruch einer Reihe der oben genannten Organisationen stattzugeben und die wichtigsten Paragraphen des Kautionsgesetzes aufzuheben. Laut Gesetz waren illegale Einwanderer und ihre Arbeitgeber verpflichtet, einen Teil des von einem illegalen Einwanderer verdienten Betrags auf ein Sonderkonto zu überweisen, von dem die Gelder nur beim Verlassen Israels ausgezahlt werden konnten. Das Gesetz wurde zu einem bedeutenden Anreiz, der viele illegale Einwanderer dazu bewegte, das Land zu verlassen; die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Israels aber hat dies zunichte gemacht.

So konnten ausländische Regierungen

und die amerikanische linke Organisation NIF mithilfe der gezähmten israelischen Strukturen bislang wesentliche Erfolge bei der Einschränkung der israelischen Einwanderungspolitik erzielen. Die Gesetze, die von der Regierung und der Knesset ausgearbeitet wurden, sind vom BAGAZ, der offensichtlich im selben Team mit pseudo-menschenrechtlichen Formationen spielt, wiederholt aufgehoben oder ausgehöhlt.

Man muss anmerken: Gleichzeitig hat diese Koalition ihr Hauptziel – den Verbleib illegaler Einwanderer in Israel – noch nicht erreicht. Damit diese Phase ihres Plans, die den nationalen Charakter des Staates Israel irreversibel untergräbt, scheitert, muss die israelische Regierung eine harte Haltung gegenüber den feindsinnigen Aktionen ausländischer Staaten beweisen, die sich grob in die israelische Innenpolitik einmischen. Um die kolossalen Beträge aus diesen Staaten, die an linke Organisationen gehen, die Klagen gegen die Regierung einreichen, einzuschränken, kann diese angemessene Steuern für die aus dem Ausland finanzierten Institutionen gesetzlich entsprechend festlegen.

Darüber hinaus sollte die aktuelle Situation in Israel dahingehend überprüft werden, dass eine Organisation, die ausländische Mittel erhält, nicht uneingeschränkt Ansprüche beim BAGAZ einreichen kann. Und schließlich sollten die Regierung und die Knesset vor dem Hintergrund der offensichtlichen Unfähigkeit des Gerichts, den jüdischen und demokratischen Charakter des Landes zu bewahren, das Gleichgewicht in der Gewaltenteilung wiederherstellen und die Befugnisse wiedererlangen, die das Justizsystem in den letzten Jahren an sich gerissen hat. Inwieweit die derzeitige Regierung in der Lage ist, diese Reformen umzusetzen, ist schwer zu sagen. Aber je früher dies geschieht, desto weniger wird die Souveränität des jüdischen Staates zu leiden haben.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Juden in Hebron trauern um Miriam Levinger

Im Alter von 83 Jahren stirbt die Siedlerpionierin Miriam Levinger in der Erzväterstadt am Tag nach Jom Kippur. Staatspräsident Rivlin würdigt die Verstorbene ganz im Sinne der jüdischen Stammesmütter als „Mutter der Rückkehrer nach Hebron“.

(Israelnetz) Sie gehörte zu den Pionieren der jüdischen Wiederbesiedelung in der Erzväterstadt Hebron: Miriam Levinger, die mit 83 Jahren in Jerusalem gestorben ist. Sie war vor dem Großen Versöhnungstag Jom Kippur ins Hadassa-Krankenhaus im Stadtteil Ein Kerem gebracht worden, weil sie sich nicht gut fühlte.

Ihr Sohn Mal'achi Levinger würdigte die Verstorbene laut der Zeitung „Yediot Aharonot“ mit warmen Worten: „Mutter war ein Leuchtturm des Glaubens, die eine ganze Generation lehrte, was Selbstverneinung und Liebe zu Israel ist. Sie war ein Symbol und ein Vorbild für Aufopferung und Pioniergeist, und sie trug mit eigenen Händen zur Erlösung der Erzväterstadt bei. Zweifellos werden ihre Pioniertaten für immer im Buch der Geschichte Israels und des jüdischen Volkes aufgeschrieben sein.“ Ähnlich äußerte sich auch die jüdische Gemeinschaft in Hebron.

Miriam Levinger war die Witwe von Rabbi Mosche Levinger, der als Gründervater der jüdischen Besiedelung in Hebron nach dem Sechs-Tage-Krieg gilt. Neun Monate nach den Kampfhandlungen, im März 1968, zogen sie vor

dem Pessach-Fest mit anderen Juden ins „Park-Hotel“ der Stadt und feierten dort den Sederabend. Die Israelis blieben drei Jahre unter Militärschutz in Hebron, dann lebten sie in der nahe gelegenen Siedlung Kiri'at Arba.

Elf Jahre nach diesem Vorstoß ließ sich eine Gruppe von Frauen und Kindern im „Beit Hadassa“ in Hebron nieder. Dieses Haus hatte ursprünglich die jüdische Gemeinde als Krankenhaus für Juden und Araber in der Stadt erbaut. Doch nach den Pogromen von 1929 und 1936 mussten die jüdischen Bewohner auf Anweisung der Briten die Stadt verlassen. Nach der Eroberung der Stadt im Juni 1967 nutzte die israelische Armee das Gebäude als Hauptquartier. Mittlerweile stand es leer.

Inspiration durch Wochenabschnitt der Tora

Im Juli 2020 erinnerte Miriam Levinger in einem Kommentar zum Wochenabschnitt „Pinchas“ (4. Mose 25,10–30,1) an die Aktion der Frauen: Um 3 Uhr morgens holte ein Lastwagen sie in Kiri'at Arba ab und brachte sie zu dem Gebäude

gebracht. Sie kletterten über eine Leiter in den Innenhof und legten die Kinder wieder schlafen. „Das war der Anfang. Unsere Bedingungen waren furchtbar. Kein fließendes Wasser oder Elektrizität. Wir hatten nur chemische Toiletten und viel Schmutz, Staub und Schimmel.“ Heute gehören zu dem Wohnkomplex ein Kindergarten, eine Synagoge und ein Besucherzentrum.

In dem Wochenabschnitt geht es auch um die fünf Töchter des Zelofhad, der keinen Sohn hatte. Nach dem Tod ihres Vaters erwirkten sie, dass auch sie als Frauen Anrecht auf ein Erbe erhalten. Doch dies sei sehr theoretisch gewesen, da sich das Volk Israel noch auf der Wüstenwanderung befand und es im Land Israel kein Erbe zu verteilen gab. Dennoch habe sie sich ihnen verbunden gefühlt: „Es war eine besondere Ehre, dass G-tt erklärte, dass die Frauen recht hatten. Es gab Elemente in der Armee, Polizei und Knesset, die Kampagnen gegen uns führten. Ich fühlte mich sicher im Wissen, dass die Juden vor 4.000 Jahren im Gehorsam gegenüber G-ttes Befehl Israel besiedelt hatten.“

Miriam Levinger wurde 1937 in den USA geboren und wanderte 1956 nach Israel ein. Sie besuchte eine Krankenpflegeschule und heiratete 1959 Mosche Levinger. Er stammte aus Jerusalem, seine deutschen Eltern waren 1933 vor den Nationalsozialisten ins Mandatsgebiet Palästina geflohen. Sie bekamen elf Kinder. Er galt als kompromisslos in seinem Kampf um das Recht auf jüdische Besiedelung in Hebron und anderswo. Deshalb wurde er der „Sheriff von Hebron“ genannt. Er starb 2015 und wurde – ebenso wie jetzt seine Ehefrau – in der Erzväterstadt beigesetzt.

Staatspräsident Reuven Rivlin kondolierte der Familie Levinger: „Ich betraure das Hinscheiden der ersten Mutter der Rückkehrer nach Hebron, der Rabbinerin Miriam Levinger seligen Andenkens“, schrieb er am Dienstag auf Twitter. Sie habe ein Leben mit einer Mission geführt. „Gemeinsam mit dem Rabbi widmete sie sich der Herausforderung, das jüdische Volk nach Hebron zurückzubringen, nicht als vorübergehende Gäste und als Besucher, sondern als Söhne, die nach Hause zurückkehren.“

Keine Provokation: Scharons Besuch vor 20 Jahren auf dem Tempelberg und der von langer Hand geplante Ausbruch der zweiten Intifada

Bis heute wird vorsätzlich die Behauptung lanciert, der damalige israelische Oppositionsführer Scharon habe mit seinem Besuch auf dem Tempelberg die „Al-Aksa-Intifada“ ausgelöst. Doch der Plan für die brutalen „palästinensischen“ Mordangriffe auf Israelis lag in Wirklichkeit schon lange in der Schublade.

Von Ulrich W. Sahn

Es gibt wohl kein zweites allseits bekanntes Ereignis in der Geschichte Israels, das so viele falsche Mythen erzeugt hat, wie der „provokative“ Besuch des damaligen Oppositionschefs Ariel Scharon auf dem Tempelberg in Jerusalem am 28. September vor genau 20 Jahren. Er wird meist fälschlich als Grund des Ausbruchs der „2. Intifada“ bezeichnet, die PLO-Chef Jassir Arafat später propagandagerecht „Al-Aqsa-Intifada“ nannte, nach der bekannten Moschee, die dort zu Beginn des 8. Jahrhunderts nach Christus auf den Ruinen einer christlichen Basilika erbaut worden war.

Wer keinen Grund hat, sucht einen Anlass

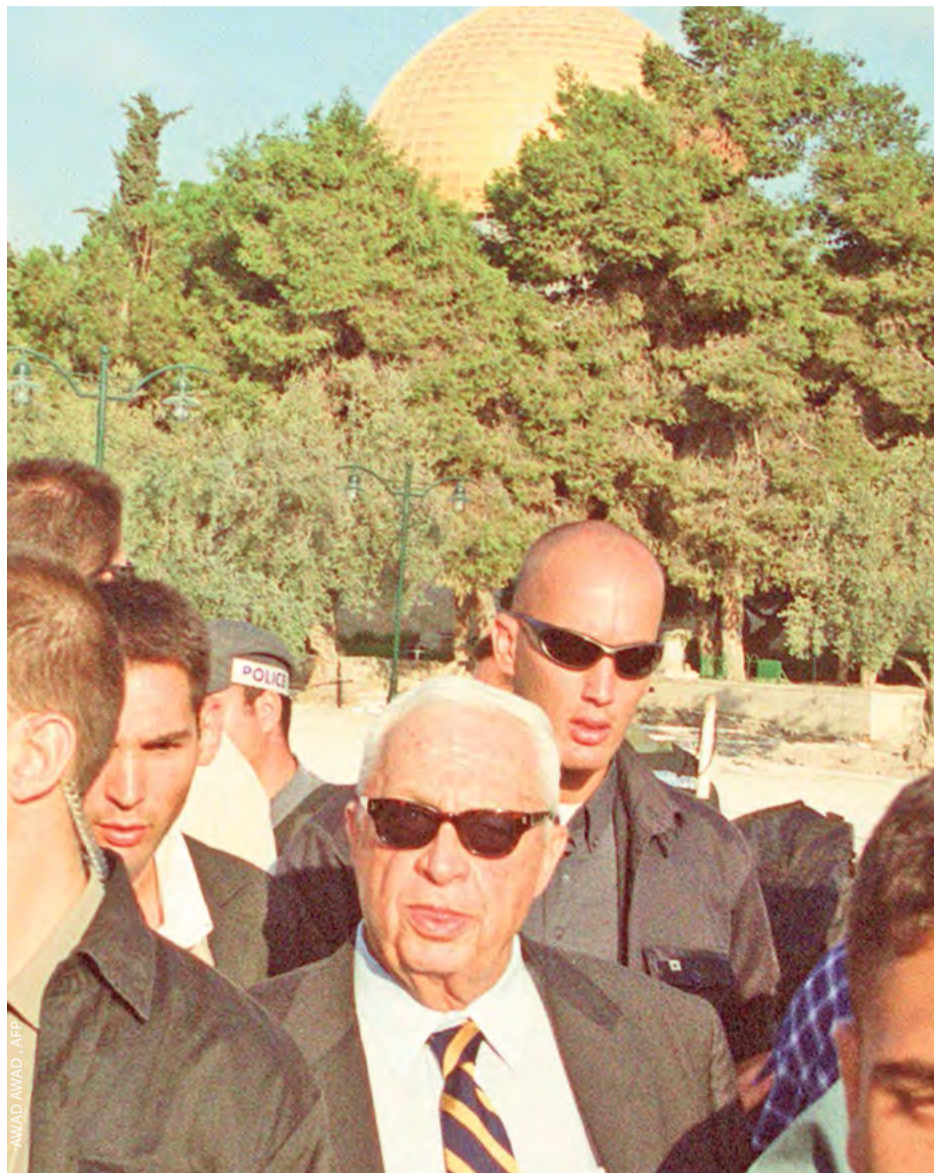
Zwei historische Dokumente bezeugen einwandfrei, dass Scharons Besuch zwar als willkommenes Zeichen für den Ausbruch des erneuten blutigen Aufstandes der „Palästinenser“ benutzt wurde, tatsächlich aber der Beschluss zur „Intifada“ lange zuvor gefasst wurde: Zum einen gibt es den von den USA angeordneten Untersuchungsbericht des demokratischen Senators George Mitchell, der den Mythen widerspricht. Zum anderen gibt es einen ausführlichen Zeitungsartikel von Marwan Barghuti, der damals die rechte Hand Arafats war und mit der Organisation des Aufstandes betraut worden war. Dieser Artikel ist also ein Zeugenbericht aus erster Hand.

Warum Arafat nur noch einen Anlass für die „Intifada“ brauchte, ist schnell erzählt: Am 25. Mai 2000 war der letzte israelische Soldat aus dem Südlibanon abgezogen worden, nach einer Besatzungszeit von 18 Jahren. Den Befehl dazu hatte der damalige Premierminister Ehud Barak gegeben. Schon im Mai 1999 hatte er versprochen, dass innerhalb eines Jahres kein israelischer Soldat mehr im Libanon stationiert sein würde. Möglicherweise ließ sich Barak von einer Bewegung namens „6 Frauen“ leiten, die den Abzug wegen der vielen Toten unter den Soldaten infolge von Attacken der Hisbollah-Miliz gefordert hatte. Im Schnitt ging es um 23 gefallene Soldaten pro Jahr. Der Beschluss Baraks stieß auf ein sehr positives Echo in der Bevölkerung Israels, wo jeder tote Soldat betrachtet wird, als sei es der eigene Sohn.

Der Vorsitzende der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) hingegen interpretierte den Rückzug auf seine eigene Weise. Laut Barghuti war Arafat erfreut, dass die Israelis sich allein wegen 23 toten Soldaten pro Jahr aus strategisch wichtigen Stellungen zurückziehen. Für ihn war klar: Wenn sie wegen zwei Dutzend Toten freiwillig den Libanon räumen, dann bräuchte man ihnen nur noch mehr Tote zu verursachen, damit sie sich auch aus den übrigen besetzten Gebieten zurückziehen, speziell dem Westjordanland. Das war der Grund für Arafats Beschluss, eine zweite, möglichst blutige „Intifada“ losbrechen zu lassen.

Aufstand lag in der Luft

Noch vor den Friedensverhandlungen im Juli 2000 hat Arafat bei einer Veranstaltung in Nablus den geplanten zweiten Aufstand angekündigt, falls die Israelis



Ariel Scharon mit Begleitern auf dem Tempelberg

Konzessionen und speziell einen Rückzug aus dem Westjordanland bei den bevorstehenden Verhandlungen in Camp David verweigern sollten. Im Laufe jenes Sommers liefen auch schon die Vorbereitungen auf Hochtouren. Immer wieder filmten die BBC und andere Medien, wie junge „Palästinenser“ für Angriffe auf israelische Stellungen übten, etwa indem

überhaupt nicht. Er kündigte Proteste und Demonstrationen gegen die Politik des Regierungschefs an.

Besuch war mit den „Palästinensern“ abgesprochen

Als Scharon erklärte, in dem Rahmen der Demonstrationen auch den Tempelberg, eine heilige Stätte des Islam, besuchen zu

andere offizielle „Palästinenser“ sich mit Abstand auf dem Berg aufhielten. Nach einem kurzen Rundgang verließ Scharon wieder das Gelände, ohne dass es zum geringsten Vorfall gekommen wäre, also weder Steinwürfe noch Schüsse.

Barghuti schrieb später, dass diese „Provokation“ von Scharons Besuch wie ein Gottesgeschenk gekommen sei. Und tatsächlich starteten die Unruhen einen Tag später, am Freitag, dem 29. September, nachdem der Mufti von Jerusalem in der Al-Aksa-Moschee eine aufhetzende Predigt gehalten hatte. Diese war das Zeichen für die Jugendlichen, mit Steinwürfen gegen die Polizisten auf dem Tempelberg loszugehen. Die reagierten mit Tränengas und scharfen Schüssen. Es war der Auftakt der „Intifada“, die schnell eskalierte.

Israelische Militärkreise zählten in den nächsten fünf Jahren 4.862 Kassam-Raketen und Mörsergranaten, 939 Panzerfäuste und 15.485 Angriffe mit Gewehren. Hinzu kamen 126 Selbstmordattentate, 2.453 Explosionen von Sprengsätzen und 2.101 Granaten. 250 Attentate mit Messern und Versuche, Israelis mit Autos zu überfahren, wurden gezählt. Bei so genannten „gezielten Tötungen“ (Liquidierungen) wurden 74 „palästinensische“ Terroristen getötet.

Urteile gegen Attentäter in USA und Israel

Es gibt bis heute keine einheitliche Statistik über die Opfer auf beiden Seiten, aber noch Jahre später beschäftigen sich die Gerichte mit den Folgen des Terrors: Ein US-Bundesgericht in New York verurteilte im Februar 2015 die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) und die PLO wegen Attentaten in Israel zur Zahlung von umgerechnet rund 192 Millionen Euro an Opfer aus den USA. Die Geschworenen befanden die Angeklagten am Montag wegen sechs Anschlägen zwischen 2002 und 2004 für schuldig. Bei den Anschlägen hatte es insgesamt 33 Tote und mehr als 390 Verletzte gegeben. Elf Opferfamilien hatten vor dem Bundesgericht auf Schadensersatz geklagt.

Das Bezirksgericht in Jerusalem sprach am 8. Juli 2019 die PA und die PLO für 17 Terrorattacken während der „Zweiten Intifada“ schuldig. Sie seien mitverantwortlich für die Taten von Terrororganisationen wie der Hamas und dem Islamischen Dschihad.

Das Urteil belege, dass die Intifada kein Volksaufstand gewesen sei, sondern ein absichtlicher und geplanter Krieg gegen die israelische Zivilbevölkerung, sagte die Vertreterin der geschädigten Familien, Nitzana Darschan-Leitner. Begründet wurde das Urteil damit, dass die PA und die PLO keine staatlichen Organe und somit bei Schadensersatzforderungen nicht durch Immunität geschützt seien. Sie hätten Stipendien an gefangene Terroristen bezahlt und getötete Attentäter verherrlicht, indem sie etwa Straßen, Schulen und öffentliche Plätze nach ihnen benannt haben. Die Autonomiebehörde habe außerdem die Waffen für die Erschießung der Zivilisten finanziert. Die PA soll für 40 Prozent der Kompensationen aufkommen, die Täter für den Rest. Bei den verhandelten 17 Terrorattacken wurden 34 Israelis getötet und sieben verletzt.

„Nach einem kurzen Rundgang verließ Scharon wieder das Gelände, ohne dass es zum geringsten Vorfall gekommen wäre, also weder Steinwürfe noch Schüsse.“

sie zu Trainingszwecken einen Hügel eroberten, auf dem ein Stuhl mit israelischem Fähnchen stand.

Das bevorstehende Ereignis eines weiteren Aufstandes lag also in der Luft. Die israelische Regierung hätte die Möglichkeit gehabt, diese konkreten Vorbereitungen zu stoppen oder wenigstens öffentlich zu machen. Doch Barak und seine Berater weigerten sich, diese Vorgänge zur Kenntnis zu nehmen.

Einen Anlass für den Ausbruch der „Intifada“ lieferte dann die israelische Innenpolitik. Im Juli hat Barak in Camp David den „Palästinensern“ angeblich große Versprechen gemacht, sowohl territorial wie auch in Jerusalem auf dem Tempelberg. Das schmeckte dem rechtsgerichteten Oppositionschef Scharon

wollen, gab es Bemühungen, das wegen befürchteter Unruhen zu verhindern. Ein Jerusalemer Gericht konfrontierte Vertreter der „Palästinenser“, darunter den „Jerusalem-Minister“ Faisal Hussein, mit den Besuchsplänen Scharons.

Die „Palästinenser“ versprachen, persönlich auf dem Tempelberg zu erscheinen und dafür zu sorgen, dass nichts passiert. Den Richtern blieb also keine Wahl, als dem Demonstrationsrecht Scharons nachzugeben. Sie genehmigten die Kundgebung des Oppositionschefs, da nicht mit einer „öffentlichen Ruhestörung“ zu rechnen sei. Und so erschien Scharon am 28. September auf dem Tempelberg, angeblich in Begleitung von 1.000 Polizisten „zu seinem Schutz“. Augenzeugen berichten, dass Hussein und

Leonard Bernstein: Die Jewish Story

Zum 30. Todestag des herausragenden jüdisch-amerikanischen Komponisten, Dirigenten und Pianisten.

Von Josef Turowski

Der große amerikanische Komponist und Dirigent Leonard Bernstein ist vielen Einwanderern aus der UdSSR vor allem als Autor des Musicals „Westside Story“ bekannt. In wenigen Zahlen und Fakten, die für sich sprechen, lässt sich jedoch das reale Ausmaß von Bernsteins kreativer Persönlichkeit darstellen.

Die kulturellen Veranstaltungen zum 100. Geburtstag von Bernstein im Jahr 2018 dauerten fast zwei Jahre an und umfassten 2.000 verschiedene Events – Konzerte, Ausstellungen, Performances – auf sechs Kontinenten. Leonard Bernstein wurde im November 2010 vom britischen BBC Music Magazine unter den 100 besten Dirigenten der Welt auf Platz zwei der Top 20 Dirigenten aller Zeiten gewählt. Er gewann 17 Grammy Awards und zwei Tony Awards. Bernstein war der erste amerikanische Dirigent, der 1953 in die berühmte Mailänder Scala (Teatro alla Scala) eingeladen wurde. Er war eingeladen, das vereinigte Orchester zu dirigieren, das zu Ehren des Mauerfalls am 25. Dezember 1989 in Berlin Beethovens Neunte Symphonie aufführte (dabei änderte Bernstein den finalen Satz von „Ode an die Freude“ in „Ode an die Freiheit“, was dem Moment noch mehr Symbolkraft verlieh (mit der Bemerkung: „Ich bin sicher, Beethoven würde uns zustimmen.“ – Anm. d. Übers.). Diese Veranstaltung wurde von 100 Millionen Menschen im Fernsehen verfolgt. Also gibt es einen unbestreitbaren und offensichtlichen Grund, heute über den Sohn jüdischer Einwanderer aus der Ukraine zu sprechen.

Lenny aus Boston: Den amerikanischen Traum wahr werden lassen

Wenn man den Namen „Leonard“ in Google eingibt, verweisen die ersten drei Links auf folgende Personen: Leonard Cohen, Leonard Nimoy, Leonard Bernstein. Bemerkenswerterweise sind alle drei Leonards jüdisch – der berühmte Sänger-Songwriter, der beliebte Schauspieler (der Star der Serie „Star Trek“) und der große Komponist und Dirigent. Übrigens kamen Leonard Nimoy's Eltern aus Izyaslav und Bernsteins Eltern aus Rowno in die USA. Allerdings hieß Leonard Bernstein nicht von Geburt an Leonard. Sein jüdischer Name ist Arie-Leib. Für das zivile Leben wurde er auf Drängen seiner Großmutter zunächst Louis genannt. Aber die Eltern nannten den Jungen dann Leonard – sie mochten es so. Nach dem Tod seiner Großmutter, als Louis 15 Jahre alt war, erhielt er den Namen Leonard nun auch amtlich. Seine Freunde nannten ihn jedoch immer Lenny.

Der Vater der Familie, Samuel Joseph Bernstein, kam 1908 im Alter von 16 Jahren nach Amerika: Er floh vor Armut und Pogromen. In den USA wurde er Sam Bernstein, ein Großhandelslieferant von Friseurzubehör. Die Familie lebte in Lawrence, Massachusetts, in der Nähe von Boston.

Lenny zeigte reges Interesse an Musik und seine eigenen musikalischen Fähigkeiten entwickelten sich recht früh. Nach seinen Erinnerungen war er sehr beeindruckt von dem Ballett, das auf Beethovens Siebter Symphonie basierte. Schon damals wollte der Junge ernsthaft Musiker werden – Pianist und Dirigent.

Zunächst ermutigte Sam seinen Sohn in dessen Absichten nicht. Nachdem er sich aber im Laufe der Zeit von seinen außergewöhnlichen Fähigkeiten überzeugt hatte, gab er ihm dennoch seine Unterstützung. Nach dem Abschluss an der renommierten Lateinschule in Boston studierte Lenny in Harvard Komposition und die Kunst des



Leonard Bernstein mit Mstislav Rostropovich und Galina Vishnevskaja, 1976

Dirigierens am Curtis Institute of Music in Philadelphia unter der Leitung von Fritz Reiner, einem ungarischen Juden, der zu einem großen amerikanischen Dirigenten wurde.

Rainer war sehr streng – er forderte seine Schüler auf, sich jede Note in der Partitur zu merken, bevor sie den Stab des Dirigenten anrühren. Während des Unterrichts schaltete Rainer den Plattenspieler ein, hob irgendwann plötzlich die Nadel und fragte: „Welche Note spielt jetzt die zweite Flöte?“ Lenny Bernstein war der Schüler, der immer die richtigen Antworten gab. Lenny konnte leicht alle Disziplinen lernen – Komposition, Orchestrierung, Musiktheorie, er konnte jede Melodie vom Blatt spielen und in allen Genres komponieren – von Liedern bis zu Symphonien.

Bernsteins Schicksal passt perfekt zum „Model of American Dream“. Er war Assistent des Dirigenten des New York Philharmonic Orchestra. Eines Tages im Dezember 1943 erkrankte der Dirigent des Orchesters, Bruno Walter, am Tag vor dem Konzert an der Grippe, und der junge Bernstein wurde mit der Leitung eines anspruchsvollen, komplexen Programms von Schumann und Wagner beauftragt. Nachdem er die Nacht mit den Partituren verbracht hatte, spielte Lenny ohne Proben brillant das Konzert, erhielt begeisterte Kritiken von der Presse und erwachte am nächsten Tag, wie man so sagt, berühmt – wahrhaftig ein Märchen.

Das war der Startschuss für seine überaus erfolgreiche Karriere: Es kamen Einladungen und Verträge mit den besten Orchestern der Welt, triumphale Konzerte und Aufnahmen. Und das New York Philharmonic Orchestra leitete Bernstein zehn Jahre lang – von 1958 bis 1969.

Zwei Handlungen in der Musik

Als Dirigent erreichte Bernstein alles. Aber er war gelangweilt, sich nur mit dem Dirigieren zu beschäftigen; seine leidenschaftliche Natur und sein enormes Talent erforderten andere Betätigungsfelder. „Ich möchte mein Leben nicht wie Toscanini verbringen und immer wieder dieselben 50 Werke studieren“, schrieb Bernstein. „Ich würde vor Langeweile sterben. Ich möchte dirigieren, ich möchte Klavier spielen. Ich möchte für Hollywood schreiben. Ich möchte symphonische Musik komponieren. Ich möchte versuchen, Musiker im wahrsten Sinne des Wortes zu sein. Ich möchte auch unterrichten. Ich möchte Bücher und Gedichte schreiben. Und ich glaube, dass ich das alles bestmöglich machen kann.“

Und er hat fast alles erreicht, wovon er geträumt hat. Nur mit Hollywood hat es nicht geklappt – zu Beginn seiner Popularität, in

den frühen 50er Jahren, wurde er aufgrund seiner linken politischen Gesinnung in die berüchtigte „schwarze Liste“ aufgenommen. Obwohl Bernstein keine wirkliche Verfolgung erlebte, entschied sich Hollywood, sich nicht auf den „illoyalen“ Komponisten einzulassen.

Aber auch ohne Hollywood wurde Bernstein ein großer Komponist. Er schuf Musik für drei Ballette, drei Opern, sieben Musicals, Symphonie-, Chor-, Kammer-, Gesangs- und Instrumentalwerke. Am beliebtesten war natürlich das Musical „Westside Story“ (1957), auf dessen Grundlage 1961 ein Film gedreht wurde. Zusammen mit Bernstein wurden zwei weitere Juden die Schöpfer des Erfolgs des Musicals – der Autor des Textes Stephen Sondheim und der Choreograf Jerome Robbins (Rabinovich).

Als Komponist ist Bernstein für seine gewagte Kombination aus klassischer Musik mit Jazz und Rock berühmt. Mann kannte sein unglaubliches Temperament und seinen Charme, die das Publikum dazu veranlassten, den charismatischen Dirigenten im Auge zu behalten. Eine überschwängliche Popularität genießt das Video auf Youtube, wo Bernstein das Finale von Haydns 88. Symphonie dirigiert, seinen Stab senkt und das Orchester mit äußerst ausdrucksstarken Gesichtsausdrücken leitet.

Zwei Handlungen im Leben

Nicht nur in Bernsteins Werk können zwei Hauptkomponenten unterschieden werden – der Dirigent und der Komponist. Im Leben des Musikers gab es auch zwei Haupthandlungen – und während eine von ihnen offen verborgen blieb, war er in der anderen offen und demonstrativ.

Das Schicksal wollte es so, dass Bernstein zur homosexuellen Gemeinschaft gehörte. Es wurde von ihm gesagt, dass er Frauen geistig und Männer körperlich liebt. Zu seiner Zeit war die Gesellschaft weit entfernt von politischer Korrektheit und Toleranz, so dass er nicht offen homosexuell sein konnte und unternahm in seiner Jugend sogar den Versuch, mit Hilfe der Psychoanalyse behandelt zu werden.

1951 heiratete Bernstein die chilenische Schauspielerinnen Felicia Montealegre, die nicht nur seine Bedingungen akzeptierte, sondern auch zum Judentum konvertierte (ihr Großvater war jedoch ein Jude namens Cohn). Das Paar hatte drei Kinder – die Söhne Jamie und Alexander und die Tochter Nina. Aber seine Leidenschaften hat Bernstein nicht geändert, auch wenn er sie nie zur Schau trug.

Er hatte eine völlig andere Einstellung zu einem anderen Aspekt seiner Identität – dem Jüdischen – und lehnte in seiner Ju-

gend den Rat eines seiner Lehrer – Sergei Koussevitsky, der selbst Jude war – ab, seinen Nachnamen in einen „amerikanischeren“ zu ändern.

Bernstein komponierte eine Reihe von Werken zur jüdischen Thematik – seine erste Symphonie „Jeremiah“ (1942), basierend auf biblischen Texten, und ein Werk für den Kantor und Chor „Haschkiwein“ (1945) mit einem Text aus dem Schabbat-Gottesdienst Schacharit und dem Oratorium „Kaddisch“ (1963), das auf das jüdische Trauergebet zurückgeht. Als der Dekan der Kathedrale von Chichester 1965 Bernstein beauftragte, Chorpsalmen zu komponieren, erklärte sich Bernstein bereit, die Musik zu schreiben, unter der Bedingung, dass der Text auf Hebräisch und nicht auf Englisch sein würde. 1974 schrieb er das Ballett „Dybbuk“ nach dem Theaterstück von Salomon An-sky und 1981 – ein Nocturne für Flöte und Orchester „Halil“ in Erinnerung an einen israelischen Piloten, der während des Jom-Kippur-Krieges fiel (die Chalil – Hebr. von „ausholen“ – ein populäres Blasinstrument, erwähnt bereits im Alten Testament; Bernsteins Werk wurde dem Flötisten Yadin Tanenbaum gewidmet, der 1973 19-jährig fiel. – Anm. d. Übers.).

Ständiger Unterstützer Israels

Leonard Bernstein war ein ständiger und aktiver Unterstützer Israels. Er besuchte Israel zum ersten Mal während des Unabhängigkeitskrieges. „Die Errungenschaften des Zionismus haben mich tief berührt“, schrieb Bernstein. „Ich habe die Front besucht. Ich spielte Klavier in Krankenhäusern für die Verwundeten im Negev und in den Lagern der Soldaten und Kibbuzniks. Ich wurde mit der Medaille ‚Für die Verteidigung Jerusalems‘ und dem Ehrenabzeichen ‚Palmach‘ ausgezeichnet. Beinahe wurde ich ein Teil all dieser wunderbaren Menschen und der schicksalhaften Geschichte dieser Tage.“

Eine besondere Beziehung hatte Bernstein zu israelischen Musikern. 1947 begann er mit dem Israel Philharmonic Orchestra zu arbeiten, und diese Verbindung dauerte bis zu seinem Lebensende – bis zum 14. Oktober 1990.

Während seiner zweiten Israelreise 1948 gab Bernstein Konzerte in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa, wollte aber ins Landesinnere reisen. Zusammen mit Freiwilligen des Orchestra erreichte er Beer Scheva, wo zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt auf Vorschlag Bernsteins symphonische Musik erklang und das Publikum hauptsächlich aus Soldaten bestand.

1957 dirigierte Bernstein das Eröffnungskonzert des Mann Auditorium (heute Charles Bronfman Auditorium, - Anm. d. Übers.) in Tel Aviv. Und zehn Jahre später trat er anlässlich der Wiedervereinigung Jerusalems mit einem Orchester auf dem Berg Scopus in Jerusalem auf. In den 70er Jahren arbeitete Bernstein mit dem Israel Philharmonic Orchestra zusammen, um viele Stücke für die Deutsche Grammophon aufzunehmen. Auf seine Initiative hin wurde eine Sammlung von Musikinstrumenten von Sergei Koussevitsky an die Jüdische National- und Universitätsbibliothek gespendet.

Nach dem Tod des Musikers fanden in den 90er Jahren in Jerusalem drei internationale Bernstein-Wettbewerbe für Dirigenten, Sänger und Komponisten statt. Leonard Bernstein trug zeitlebens aktiv zur internationalen Anerkennung der israelischen Musikkultur bei.

Daher gilt Leonard Bernstein in Israel bis heute als Held.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Rahel Hirsch: Deutschlands erste Medizinprofessorin war eine Jüdin

Zum 150. Geburtstag der in Frankfurt geborenen Medizinerin.

Von Dr. Nikoline Hansen

Wenn man auf dem weitläufigen Gelände der Charité Mitte in der Nähe des Hauptbahnhofs spazieren geht, stößt man irgendwann unweigerlich auf eine Bronzeskulptur, die aus dem Rahmen fällt. Es handelt sich um ein Denkmal zu Ehren der ersten Medizinprofessorin in Deutschland, Fräulein Professor Rahel Hirsch.

Wer war diese Rahel Hirsch? Rahel Hirsch wurde am 15. September 1870 in Frankfurt am Main als sechstes von elf Kindern des Mendel Hirsch und seiner Frau Doris, geborene Ballin, geboren. Ihr Vater, der in Oldenburg geboren wurde, hatte in Bonn und Berlin Geschichte, Philosophie und Literatur studiert und lehrte schließlich an der von seinem Vater gegründeten Realschule und Höheren Töchterschule der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Frankfurt, da er sich selbst nicht zum Rabbiner berufen fühlte, obwohl er 1859 die Smicha, das Rabbinerdiplom, erworben hatte. Rahels Großvater, Samson Raphael Hirsch, war Begründer der Neo-Orthodoxie und ein berühmter Rabbiner der Frankfurter Austrittsgemeinde. Er schuf den Begriff „Torah im Derech Erez“, was bedeutete, einerseits ein strenges orthodoxes Leben zu führen, gleichzeitig aber die Gepflogenheiten der nichtjüdischen Umwelt zu leben.

Diese Umstände zeigen, dass Rahel Hirsch in ein liberales, aber dennoch den jüdischen Traditionen verpflichtetes Elternhaus hineingeboren wurde. Sie besuchte die Höhere Töchterschule, deren Direktor ihr Vater zu diesem Zeitpunkt war, ging nach Wiesbaden auf das Lehrerinnenseminar – einer der wenigen Berufe, die Frauen damals erlernen konnten – und wurde schließlich in Frankfurt an der von ihrem Vater geführten Schule Lehrerin. Der Lehrerberuf reichte ihr jedoch nicht aus, ihr dringender Wunsch war es, Medizin zu studieren, was für Frauen in Deutschland zu dieser Zeit noch nicht möglich war; dennoch unterstützte ihr Vater diesen Wunsch. Ihre beiden Brüder waren bereits Zahnmediziner. Um sich auf das Medizinstudium vorbereiten zu können, musste Rahel Hirsch sich im Privatunterricht auf das Maturitätsexamen vorbereiten, 1898 wurde sie für das Medizinstudium in Zürich immatrikuliert. Sie studierte weiter in Straßburg und Leipzig und legte am 4. Juli 1903 ihr Staatsexamen ab. Kurz darauf erfolgte die Promotion mit dem Titel „Ein Beitrag zur Lehre von Glykose“.

Ein Förderer aus Böhmen

Nach ihrem Abschluss strebte Rahel Hirsch ihr nächstes Ziel an: Eine Stelle als Assistenzärztin an der Berliner Charité, denn ihr Interesse galt neben der praktischen Tätigkeit als Ärztin gerade der medizinischen Forschung. Die Charité, auf königliche Kabinettsorder 1726 als Pesthaus und Lehrstätte für Medizinstudenten errichtet, war die erste Einrichtung in Preußen, die der medizinischen Wissenschaft diente und war neben

den entsprechenden Einrichtungen in Paris und Wien bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu einer führenden Institution geworden, in der berühmte Mediziner wie Robert Koch, Emil von Behring, Paul Ehrlich und Rudolf Virchow tätig waren. Sie hatte Glück: An der II. Medizinischen Klinik war am 21. Juni 1902 der aus Böhmen stammende Professor Friedrich Kraus zum Direktor berufen worden; er stellte 1903 Theodor Brugsch und Rahel Hirsch als seine Assistenzärzte ein. So konnte sie im Anschluss an das Studium ihre wissenschaftliche Tätigkeit weiter fortsetzen.

Einer der wichtigsten Beiträge, die sie in der Medizin leistete, erfuhr allerdings zum Zeitpunkt der Entdeckung eine so vehemente Ablehnung, dass ihr nahegelegt wurde, sich nicht weiter mit diesem Phänomen zu befassen, falls sie weiter in der Forschung bleiben wollte. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen wurden zu ihren Lebzeiten ignoriert und bei einem Vortrag am 7. November 1907 von ihren Kollegen sogar lächerlich gemacht. Nun kann man aus der Biografie Rahel Hirschs, so lückenhaft sie sein mag, doch schließen, dass sie eine Frau war, die wusste was sie wollte und die entsprechende Durchsetzungsfähigkeit mitbrachte. In diesem Punkt blieb ihr aber wohl nichts anderes übrig als einzuknicken: Sie setzte ihre Arbeit zu den Stoffwechselprozessen und -erkrankungen nicht weiter fort und konzentrierte sich auf andere Schwerpunkte.

Leiterin einer Poliklinik

1908 wurde ihr die Leitung der Poliklinik übertragen. Am 5. November 1913 erhielt sie „in Rücksicht auf ihre anerkannt wertvollen wissenschaftlichen Leistungen“ als erste Ärztin in Preußen und dritte Frau in Deutschland die Auszeichnung Professor – allerdings ein reiner Ehrentitel, der weder mit Lehrverpflichtungen, noch dem entsprechenden Gehalt einherging. Auch für die Leitung der Poliklinik erhielt sie kein entsprechendes Gehalt – ein weiterer Hinweis darauf, dass Frauen zwar gleichwertige Arbeit verrichten durften, es aber nicht als notwendig erachtet wurde, diese auch angemessen zu bezahlen. In dieser Zeit entstanden auch zwei Publikationen, in denen sie sich mit der „Körperkultur der Frau“ sowie „Unfall und innere Medizin“ befasste. Ihre Arbeit an der Charité umfasste auch Gutachterstätigkeit für die Rentenversicherung, wenn es etwa um Ansprüche wegen Erwerbsminderung ging. Gleichzeitig setzte sie sich, die unverheiratet blieb, für die Förderung der Gesundheit der Frauen ein, die durch das Weiblichkeitsideal im 19. Jahrhundert gefährdet war.

Noch einmal musste sie dann als Frau eine extreme Diskriminierungserfahrung machen: 1919, nach Ende des Ersten Weltkriegs, bekam ihr Kollege, ein verdienter Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs, die Leitung der Poliklinik übertragen. Rahel Hirsch zog die Konsequenz: sie eröffnete eine Privatpraxis, die sie von 1919 bis 1938 führte und die



Rahel Hirsch um 1914

sich von 1926-1931 auf dem Kurfürstendamm 220 befand. Wieder entschied sie sich für ein neues Fachgebiet: 1920 erschien ihr „Therapeutisches Taschenbuch der Elektro- und Strahlentherapie. Dabei stand nicht die Diagnose, sondern die Heilung mit Hilfe der neuen Strahlen – also Lichttherapie und Kurzwellenbestrahlung – im Vordergrund ihres Interesses. Zu ihrem Patientenkreis zählte nach wie vor auch die sozial schwache Klientel, die sie aus ihrer Zeit bei der Charité kannte.

Ein guter Freund machte ihr den Ernst der Lage klar

Im April 1933 war den „nichtarischen“ Ärzten bereits die Kassenzulassung entzogen worden. Diesen Einschnitt dürfte Rahel Hirsch, da sie eine Privatpraxis führte, nicht so stark empfunden haben wie manche ihrer Kollegen. Sie blieb auch angesichts der wachsenden Diskriminierung gegenüber den deutschen Juden zuversichtlich – die folgenden Ereignisse konnte sie sich, die einer lange in Deutschland ansässigen Rabbinerfamilie entstammte, sicher nicht vorstellen. Am 30. September 1938 wurde ihr die Approbation entzogen – sie hielt das noch immer für eine vorübergehende Schikane und weigerte sich, das Türschild mit Doktor- und

Professorentitel zu entfernen. Schlagartig war sie äußerst bedroht, und nur einem guten Freund mit Gestapo-Kontakten hatte sie es zu verdanken, dass ihr im letzten Augenblick mit entsprechender Hilfe die Flucht aus Deutschland gelang. Am 7. Oktober 1938 traf sie in London ein und kam fürs erste bei ihrer Schwester Karoline unter. Zu diesem Zeitpunkt war sie 68 Jahre alt. Ein Neuanfang gelang ihr nicht mehr.

Rahel Hirsch starb am 6. Oktober 1953 in London, nachdem sie die letzten Jahre ihres Lebens in einer Anstalt für Geisteskranke verbracht hatte. In Berlin erinnern die 1995 geschaffene Bronzeplastik aus Privatspenden, eine Straße, eine Schule und seit 2016 eine Gedenktafel an ihrem ehemaligen Wohnort Kurfürstendamm 220 an sie. Bereits vier Jahre nach ihrem Tod benannte der Assistent ihres früheren Kollegen das von ihr entdeckte medizinische Phänomen „Hirsch-Effekt“. 2013 gab die Deutsche Post eine Gedenk-Briefmarke aus dem Anlass „100 Jahre Professorentitel Rahel Hirsch“ heraus. Auch wenn ihr Name so wieder in die Öffentlichkeit gekommen ist, bleibt ihre Geschichte für viele unbekannt, zumal außer ihren medizinischen Veröffentlichungen nur wenige private Dokumente von ihr erhalten sind.

Die Freude kehrt zurück

Während eines sehr erfolgreichen Ferienlagers in Chemnitz für jüdische Kinder aus Sachsen und Sachsen-Anhalt fanden diese zur Religion ihrer Vorfahren zurück.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Die Organisation eines wöchentlichen Machanes für Kinder mit Übernachtungen, drei Mahlzeiten am Tag, Ausflügen und spannenden Programmen ist auch in regulären Zeiten eine große Aufgabe. In unseren Corona-Krisenzeiten hingegen ist es eine riesige Herausforderung. Diese Herausforderung hat die Jüdische Gemeinde Chemnitz angenommen und das Unmögliche möglich gemacht.

Als die langjährige Vorsitzende der JG Chemnitz, Frau Ruth Röcher, den „Bund der traditionellen Juden in Deutschland“ (Btj) im Mai bezüglich eines Machane kontaktierte, schien diese Idee verrückt zu sein: der Corona-bedingte Lockdown wurde gerade erst langsam wieder aufgehoben und die Kinder kehrten schrittweise zum Präsenzunterricht zurück. Doch man entschied sich die Möglichkeit eines Camps offen zu lassen. Man wusste, dass auch in Sachsen-Anhalt die traditionellen Camps für Kinder außerhalb von Deutschland Corona-bedingt ausgefallen sind. Und die Gemeinden würden sich sicher freuen, wenn es dennoch eine Möglichkeit für die Kinderbetreuung gäbe.

Deshalb begann man sofort die Logistik vorzubereiten, ein potenzielles Team anzusprechen und zusammenzustellen und natürlich aufmerksam die ständig neuen Nachrichten aus Sachsen bzgl. Der Corona-Regeln für Kinder und Jugendliche zu verfolgen.

Viele Hürden mussten genommen werden: Zum einem musste die Jugendherberge ohne die Garantie, dass die Erlaubnis zum Camp tatsächlich erteilt wird, reserviert werden. Auch ein Engagement von Madrichim (Jugendleitern) wurde komplizierter: wegen des Lockdowns wurden die Prüfungen in den



Führung in der Chemnitzer Synagoge durch Frau Dr. Ruth Röcher

mer-Camps für Kinder erlaubt hat – sogar ohne die üblichen Corona-Auflagen wie Abstandhalten und Masken-Tragen (innerhalb der entsprechenden Gruppen). Mit diesen Maßnahmen wäre jedes Camp unmöglich gewesen.

Dann begann die eigentliche Planung. Es musste ein überzeugendes Konzept für die Behörden vorgelegt werden. Auch wenn die Sache dadurch erschwert war, dass die Teil-

Jahren aus den jüdischen Gemeinden Chemnitz, Halle und Dessau angemeldet.

Dann ging die Arbeit richtig los: Es musste das Essen, das Programm, die Ausflüge und die Sicherheit organisiert werden. Hier hat sich die langjährige Erfahrung der Geschäftsführerin des Btj, Katia Novominski, ausgezahlt. Innerhalb kürzester Zeit wurden Madrichim aus ganz Deutschland zusammengerufen, ein erstklassiges Sicherheits-Team aus Dresden engagiert und die ganze Logistik rund um Wohnen und Essen in enger Abstimmung mit den Gemeinden organisiert.

Auch ein Motto für das Camp kam uns entsprechend unseren unseligen Corona-Zeiten schnell in den Sinn: „Kings und Queens“ hieß der Machane jetzt. Deshalb trugen die drei Gruppen, in die alle Kinder entsprechend ihres Alters aufgeteilt wurden, die Namen jüdischer Könige: Esther, Michal und Bat Schewa.

Volles jüdisches Programm

Während der Woche im Camp gab es neben gutem koscherem Essen, viel Bewegung und Spaß auch Peulot (Unterrichte) zu jüdischer Tradition. Jeder Teilnehmer hat einen eigenen kleinen Siddur mit Mode Ani, Schma, Birkat haMazon und traditionellen jüdischen Liedern bekommen. An drei Tagen haben Kinder die drei ersten jüdischen Könige (Schaul, David und Schlomo) kennengelernt.

Das erste Highlight der Woche war der Ausflug in den Vergnügungspark „Sonnenland“ in der Nähe von Chemnitz. Hier konnten sich die Kinder bei gutem Wetter einmal richtig austoben.

Am Schabbat wurde ein Quiz zu dem Wochenabschnitt, der aus Chumasch vorgelesen wurde, veranstaltet

und für die richtigen Antworten bekamen einige Teilnehmer Bonbons. Außerdem wurde den Kindern die Thora-Rolle gezeigt und viele Erklärungen dazu u.a. von Frau Röcher gegeben. Viele Teilnehmer haben zum ersten Mal die echte Sefer Tora von innen gesehen. Nach der Schabbat-Mahlzeit hatte die ältere Gruppe die Möglichkeit dem Rabbiner Fragen zu stellen. Die Frage „woher weiß ich, dass es G'tt gibt“ hat die Jungs so interessiert, dass manche von ihnen noch nach dem offiziellen Ende des Gesprächs geblieben sind und weiter diskutierten. Besonders beeindruckend waren die Geschichten zum Thema „Reinkarnation im Judentum“.

Auch wenn sich die drei Gemeinden finanziell am Camp beteiligt haben, könnten sie sich alleine eine solche Veranstaltung nicht leisten. Nur mit kräftiger Unterstützung vom „Bund traditioneller Juden“ und seinem Vorsitzenden Michael Grünberg konnte dieses Machane realisiert werden.

Und natürlich gilt ein ganz großer Dank Katia Novominski, die nicht nur als Organisatorin, sondern auch als Lehrerin und Betreuerin immer wieder herausragend ist. Danke an die jüdische Gemeinde Halle und die Leiterin der Jugendarbeit Stela Korenblum – ohne sie alle wäre das Machane und die Betreuung der Kinder nicht möglich gewesen. Große Anerkennung gilt auch Frau Röcher: ohne ihren Mut dieses Camp zu riskieren und das Gebäude der JG Chemnitz zur Verfügung zu stellen, wäre dieses Camp nicht umsetzbar gewesen. Dass dieser Mut sich gelohnt hat, wurde durch die Rückmeldung der Kinder klar: Viele waren schon ganz gespannt auf das nächste Camp, und die während des Lockdowns teilweise eingeschränkte Lebensfreude kam wieder voll zurück.



Präsentation der Malarbeit zu Thema König David

Unis verschoben und viele Sportvereine nahmen jetzt erst ihren Betrieb wieder auf. Deshalb waren mehrere erfahrene Jugendleiter nicht frei, um zum Beispiel an Prüfungen ihrer Unis teilnehmen zu können.

Das Lager stand auf der Kippe

Nach langem Bangen wurde Ende Juni klar, dass das Land Sachsen die Som-

nehmer nicht nur aus Sachsen kamen, konnte der Btj und die Gemeinde Chemnitz die zuständigen Behörden überzeugen, und die Erlaubnis für das Camp wurde schließlich erteilt.

Nun mussten auch die Eltern noch überzeugt werden, dass die Veranstaltung für die Kinder ungefährlich sein wird, und in kurzer Zeit waren bereits dreißig Kinder im Alter von 6 bis 14

Mervyn LeRoy: Der jüdische Filmzauberer von Hollywood

Der in Kalifornien geborene Produzent und Regisseur, der u.a. das berühmte Musical „Der Zauberer von Oz“ in die Kinos gebracht hat, wäre in diesem Monat 120 Jahre alt geworden.

Von Dr. Stefan Winckler

Auffallend oft waren herausragende Filme von Produzenten oder Regisseuren hergestellt und häufig auch von Drehbuchautoren verfasst, die mindestens einen jüdischen Eltern teil hatten. An dieser Stelle sei beispielhaft Mervyn LeRoy vorgestellt. Zwar steht er nicht wie z.B. Alfred Hitchcock in der ersten Reihe seiner Kollegen. Doch ist die Biografie dieses Mannes, der am 15. Oktober 120 Jahre alt geworden wäre, beachtlich. Und bedeutender als die meisten Produzenten und Regisseure seiner Zeit war er allemal.

Jugend

Beide Elternteile waren jüdisch. LeRoys Mutter verließ die Familie 1905 für einen anderen Mann. Das schwere Erdbeben von San Francisco 1906 zerstörte die Im- und Exportfirma sowie das Wohnhaus des Vaters, die zuständige Versicherungsgesellschaft war zahlungsunfähig und konnte nichts ersetzen. Der Vater verstarb 1910. So musste der Zehnjährige als Zeitungsverkäufer arbeiten und verließ frühzeitig die Schule ohne Abschluss. Dabei entdeckte ihn ein Schauspieler, der immer bei ihm vor dem Theater die Zeitung kaufte. So trat zuerst LeRoy als „The Singing Newsboy“ und dann u.a. als „The Boy Tenor“ auf. Aus einer Bewerbergruppe von 600 Personen gewann Mervyn LeRoy 1915 einen Charlie-Chaplin-Imitationswettbewerb. Damit festigte er seine Stellung im Vaudeville-Theater, wo er sang und Witze erzählte. Ein Cousin verhalf ihm zu kleinen Jobs in der Filmbranche: in der Kostümabteilung, im Entwicklungslabor, als Kameraassistent. Sein Einsatz als Schauspieler in „Die zehn Gebote“ (Stummfilmversion) von Cecil B. DeMille bewog ihn 1923, eine Karriere als Regisseur anzugehen, was ihm ab 1927 in den Studios der Warner Brothers gelang.

Erfolg als Regisseur

Schon Ende 1928 verdiente Mervyn LeRoy, seines jugendhaften Aussehens und seines Talents wegen „the boy wonder“ genannt, die hohe Summe von eintausend Dollar in der Woche. Damals waren Komödien seine Spezialität. 1930 inszenierte er einen der ersten Gangsterfilme, an den sich kein anderer Regisseur heranwagte: „Little Caesar“ mit Edward G. Robinson und Douglas Fairbanks jr.. Dieser packende Streifen handelt vom Aufstieg eines italo-amerikanischen Tankstellenräubers, der allmählich zu einem mächtigen Wirtschaftskriminellen in Chicago aufsteigt, dann aber schlagartig alles verliert und im Kugelhagel der Polizei stirbt. Der Film machte Kasse und wirkte stilbildend.

Das folgende Drama „5 Stars Final“ („Spätausgabe“) im Journalistenmilieu zeigt verachtenswerte Praktiken der Presse und kann ebenso wie LeRoys Film „Ich war ein entfloherer Kettensträfling“ mit Paul Muni dem



Mervyn LeRoy, Filmlegende aus San Francisco

Genre des sozialkritischen Films zugeordnet werden. LeRoy sah dies nicht unbedingt so: für ihn zählte – typisch Hollywood – nur ein vielversprechendes Drehbuch, das sich publikumswirksam umsetzen lässt und Gewinn macht. Beide Drehbücher beruhten übrigens auf wahren Begebenheiten.

In den Jahren danach versuchte sich LeRoy mit Erfolg in den unterschiedlichsten Genres: Krimis, Musikfilmen, Komödien, Dramen, Melodramen. Er wollte sich nicht wiederholen. Dabei entdeckte er auch spätere Stars wie Clark Gable, Loretta Young, Robert Mitchum und Lana Turner. Das Jahr 1938 markiert den Wechsel LeRoys zum Konkurrenzstudio MGM, wo er als Nachfolger des legendären Irving Thalberg einer der höchstbezahlten Produzenten und Regisseure war. Als Produzent des Märchenfilms „The Wizard of Oz“ („Der Zauberer von Oz“) mit der jugendlichen Judy Garland schrieb er Filmgeschichte: dieser Film zählt zum Weltdokumentenerbe der UNESCO und steht auf der Filmliste des Vatikans, Sparte „Kunst“. Auch hier blieb LeRoy sei-

nem Motto treu, sich nicht zu wiederholen: so entstand 1944 sein erster Kriegsfilm „30 Seconds over Tokyo“, über den der „Filmdienst“ schrieb: „packender Militärfilm, der ohne großen künstlerischen Ehrgeiz mit dokumentarischer Akribie, guter Darstellung und zeitbedingt patriotischem Pathos eine starke Wirkung erzielt.“

1950 drehte er seinen wohl bekanntesten Film „Quo Vadis“ mit Robert Taylor, Deborah Kerr und (besonders einprägsam) Peter Ustinov. Wenn er auch den Monumentalfilm mit christlichen Themen nicht erfand (der oben erwähnte Cecil B. DeMille war hier ein Pionier), war dieser Film LeRoys einflussreich: andere Regisseure von unterschiedlicher Qualität inszenierten als Konkurrenz zum immer mehr verbreiteten Fernsehen eine ganze Reihe von Breitwandspektakeln mit Massenszenen, vielen Stars und teurer Ausstattung. 1951 hatte „Quo Vadis“ Premiere, und für viele Fernsehzuschauer gehörte er zum Programm zwischen Karfreitag und Ostermontag.

Unbedingt zu erwähnen ist auch einer der außergewöhnlichsten US-Filme der 1950er Jahre: „Bad Seed“,

(„Böse Saat“), ein Kriminaldrama um ein mordendes, etwa zehnjähriges Mädchen, basierend auf einem Theaterstück. Man könnte ihn auch dem Horrorgenre zuordnen. Auch in jener Dekade war LeRoy Jahr für Jahr für einen Film verantwortlich.

Mitte der 1960er Jahre zog er sich aus dem Filmgeschäft zurück, nachdem ein erneuter Wechsel zu seinem früheren Arbeitgeber Warner Brothers scheiterte. Seine Assistenz für John Wayne bei dessen Vietnamkriegsfilm „The Green Berets“ 1968 war eher ein Freundschaftsdienst als ein politisches oder künstlerisches Statement.

Mervyn LeRoy verstarb 1987 an den Folgen der Alzheimer-Krankheit in Beverly Hills. Er war stolz, niemals einen Flop gelandet zu haben. Im Gegenteil, seine Filme waren profitabel und fanden auch das Lob der Kritiker über den Tag hinaus.

Etwas überraschend mag angesichts seiner langen Karriere und seiner Leistungen sein, dass er nie einen Regie- oder Produzenten-Oscar gewann. Immerhin erhielt er zwei Ehren-Oscars (1943 für den Frank-Sinatra-Film „The House I live in“ und 1976 für sein Lebenswerk). Eine weitere wichtige Auszeichnung war der Irving G. Thalberg Memorial Award der Academy of Motion Picture Arts and Sciences im Jahre 1974.

LeRoy über das alte und das neue Hollywood

In einem Fernsehinterview aus den frühen 1970ern erklärte LeRoy, er liebe das Filmgeschäft an sich, er möge manche modernen Filme, und andere nicht. Sein Kritikpunkt war ein „schlechter Geschmack“, der immer wieder im New Hollywood auf die Leinwand dränge. Es werde zu viel und zu unnötig Sex gezeigt und geflucht. Nicht dass er beides an der passenden Stelle ablehne, aber es werde das richtige Maß überschritten. Einschränkungen und Richtlinien bezüglich Sex und Gewalt in seiner aktiven Zeit hätten ihn nie gestört. Was ist ein großer Film? „A picture which everybody comes to see“. Noch immer suche er, eigentlich ein (Un-)Ruhständler, nach einer „guten Story“, jede Nacht lese er Bücher. Aber nur ein kleiner Teil der Unterhaltungsliteratur weise echte Qualität auf.

Jüdische Identität

Ausgesprochen jüdische Themen blieben in seinen Filmen selten. Über Themen jenseits der Filmproduktion und abseits des von ihm geliebten Pferderennsports sprach LeRoy offensichtlich kaum mit Medienvertretern, so dass wir über seine jüdische Identität, Glaubensfragen, sein Verhältnis zur zionistischen Bewegung und zum Staat Israel nichts wissen. Dies schließt freilich vertrauliche Unterstützung nicht aus. Immerhin waren seine zweite und seine dritte Frau Jüdinnen (Doris Warner, die Tochter des Filmmoguls Harry Warner, und Katherine „Kitty“ Spiegel).

„Und dennoch lächelt man..“

Jakob Hessings Studie über die Melancholie und Hintergründigkeit des jiddischen Witzes

Von Chaim Noll

Ein Buch über den Witz in jiddischer Sprache – was kann das anderes sein als ein Abgesang? Ein Stück Nostalgie? Nicht so Jakob Hessings amüsante sprachwissenschaftliche Studie „Der jiddische Witz“.

„Wajl man farschtejt jedes wort!“ Die Pointe eines Witzes des jiddischen Schriftstellers Schalom Asch – bezeichnenderweise bereits im Romanischen Café in Berlin angesiedelt – basiert noch auf einer geschlossenen Welt der mameloschn, jiddisch für „Muttersprache“. Wenige Jahrzehnte später, für den letzten großen Literaten dieser Sprache, Isaak Bashevis Singer, war Jiddisch, wie er in seiner Nobelpreisrede sagte, längst eine „sterbende Sprache“.

In Hessings Buch geht es nicht vordergründig um jüdische Witze. Der jüdische Witz gilt als Symbol der geistigen Selbstbehauptung des jüdischen Volkes sogar in Zeiten schwerster Bedrückung und Verfolgung. Ich erinnere mich, wie meine Großmutter, die das KZ Theresienstadt überlebte, irgendwann die Bemerkung fallen ließ: „Sogar im KZ haben manche Leute noch Witze gemacht“, es klang sowohl bewundernd wie kritisch – sie war Lehrerin von Beruf. Doch hier geht es nicht um die unausrottbare Neigung von Juden zum Witzeerzählen, sondern um den jüdischen Witz in einer besonderen Sprache: Jiddisch.

In dieser Sprache mögen die meisten jüdischen Witze entstanden sein, aber nicht alle. Der Witz Heines oder Tucholskys war betont, geradezu kunstvoll auf die deutsche Sprache zugeschnitten. Es gibt jüdische Scherze, die aus dem Leben der Juden in Nordamerika hervorgingen und deren Sprache Englisch ist. Und es gibt jede Menge jüdischen Witz in Israel, der sprachlich im Hebräischen verwurzelt ist. Denn Witze basieren oft, wie Hessing zeigt, auf Sprachspielen, daher ist die Sprache entscheidend, in der sie entstanden. Und die Mittel, ihnen hermeneutisch zu Leibe zu rücken, finden sich im methodologischen Arsenal der Sprachwissenschaft.

Der „Geist“ der aschkenasischen Juden

Dieses Buch konnte nur jemand schreiben, der in der deutschen wie hebräischen Sprache zu Hause ist, denn aus diesen beiden Sprachen entstand das Jiddische. Jakob Hessing war Professor für Germanistik an der Universität Jerusalem. Insofern ist seine Studie, obwohl sie sich mit Witzen beschäftigt, ein analytisches, ein sprach-analytisches, wenn man will: psychoanalytisches Werk. „Ich nenne mein Buch ‚Der jiddische Witz‘, denn so, im Singular, ist das Wort vielschichtiger“, schreibt Hessing. „Es schließt die lustigen Geschichten ein, die den Gattungsnamen ‚Witz‘ tragen, es deutet jedoch auch darüber hinaus, steht synonym für das, was man im Deutschen ‚Geist‘, im Französischen ‚esprit‘ nennt.“ Es ist also ein Buch über den „Geist“ der aschkenasischen Juden (später oft – nicht ganz zutreffend – „Ostjuden“ genannt), denn nur bei ihnen gibt es diesen spezifischen „Witz“.

Die Aschkenasim kommen ursprünglich aus Deutschland. Dort waren, vor allem in Süddeutschland und im Rheinland, Juden seit den Zeiten des

Imperium Romanum ansässig. Hessing leitet her, wie „das Jiddische ursprünglich an den Ufern des Rheins aus dem Mittelhochdeutschen entstanden ist und die Juden auf ihrer Flucht in den Osten begleitete“. Daher der weitgehend deutsche Vokabelbestand dieser Sprache, gemischt mit Hebraismen, später Slawismen. Und daher die enorme historische Erfahrung, die in diesen Witzen steckt: sie entstanden in einer der ältesten jüdischen Gemeinschaften aller Zeiten.

Die langen Wege aus der Antike bis heute, die tiefen – oft traurigen – Erfahrungen der aschkenasischen Juden zeitigten einen Unterton von Schwermut. „Diese Schwermut“, schreibt Hessing, „gibt kein Gelächter frei, sondern nur ein Lächeln der Reflexion, und man lächelt mehrmals dabei: Zuerst, wenn man die Pointe hört, und später noch öfter, wenn ihre Kehrseite ins Licht rückt – die Traurigkeit dieser Geschichten von drohender Entfremdung und verleugneter Herkunft, von zerbrechenden Welten und verordneter Sprachlosigkeit. Und dennoch lächelt man.“

Das Verdienst von Hessings Studie liegt darin, dass er sich nicht damit begnügt, jiddische Witze nachzuerzählen, sondern sie im Kontext des Lebens eines Außenseitervolkes untersucht, das sich seiner – religiös und kulturgeschichtlich bedingten – Besonderheit wohl bewusst war und zugleich mit den umgebenden Mehrheiten in Beziehung treten, sich ihnen äußerlich anpassen musste. Wodurch diese Art „Witz“ einerseits zu einem Mittel interner Verständigung wurde, andererseits zu einem Mittel der Außendarstellung. Es spricht für ihre Unwiderstehlichkeit, dass diese Witze nach außen drangen. Und in einer vergrößerten, ins Deutsche transformierten Form populär wurden: als sogenannte „Judenwitze“.

Anhand zweier berühmter Bücher, Sigmund Freuds Untersuchung „Der Witz und seine Beziehung zum Unbewussten“ von 1905 und Salcia Landmanns Bestseller „Der Jüdische Witz“ von 1962, verfolgt er die Popularisierung, Verflachung und Entstellung jiddischer Scherze zum billigen Auslöser dröhnender Lachsalven, auf Kosten ihrer sprachlichen Substanz, ihrer in der jiddischen Urfassung bewahrten Authentizität, oft auch ihrer Tendenz, so dass sie nicht selten Stoff für antisemitische Stereotype lieferten.

Dabei waren sie das Gegenteil: Ein Mittel des Schutzes. Hessing erkennt im jiddischen Witz ein Überlebens-Elixier von Unterdrückten und Verfolgten, ein permanentes gedankliches Trotzen, eine unter ständigem Druck entstandene geistige Brillanz, etwas Einzigartiges, Einmaliges, dessen Zeit offensichtlich abgelaufen ist. Und da er heute in Israel lebt und den fast unglaublichen Wandel in der Mentalität des jüdischen Volkes miterlebt, möchte er verhindern, dass dieses Einmalige in einer neuen Normalität untergeht, in der Dynamik des Neuen, der mitreißenden Bewegung des Erfolgs. Er möchte diese besondere Form von Vergeistigung bewahren, die der jiddische Witz ausstrahlt, und weiß doch, dass sie nur noch von Wenigen und immer weniger werdenden überhaupt verstanden wird.

Isaac Bashevis Singer, einer der letzten großen jiddisch schreibenden Autoren, sagte 1978 in seiner Nobelpreis-Re-

Jakob Hessing

Der jiddische Witz



Eine vergnügliche Geschichte

C.H.Beck

de 1978: „Ich werde oft gefragt: Warum schreiben Sie in einer sterbenden Sprache? Ich will es in ein paar Worten erklären. Erstens: Ich liebe es, Gespenstergeschichten zu schreiben, und nichts passt besser zu Gespenstern, als eine sterbende Sprache. Zweitens: Ich glaube an die Wiederauferstehung.“

Das wäre eigentlich schon die Pointe, doch Singer meinte, sie seinem Publikum in Schweden erklären zu müssen: Am Tag der Wiederauferstehung würden Millionen jiddisch sprechende Seelen von neuem auf der Erde erscheinen,

und ihre erste Frage wäre: Gibt es etwas interessantes Neues in jiddischer Sprache zu lesen?

Jakob Hessing hätte er die Pointe seines Scherzes nicht erklären müssen, denn Hessing glaubt ohnehin an die Wiederauferstehung, an die Auferstehung des jiddischen Witzes.

Jakob Hessing, *Der jiddische Witz. Eine vergnügliche Geschichte*, München (C.H.Beck), 2020, 137 S., 12,95 Euro (E-Book 9,49 Euro)

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Aussichtslosigkeit und tieferer Sinn – der jüdische Widerstand im KZ Auschwitz-Birkenau

Der Jahrestag des Aufstandes der Mitglieder des Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau am 7. Oktober 1944 ist ein Anlass, um an jüdischen Widerstand und jüdisches Heldentum in Auschwitz zu erinnern.

Von Pavel Polyan

Der Aufstand der Mitglieder des Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau am 7. Oktober 1944 ist zweifellos der Höhepunkt des jüdischen Widerstands und des jüdischen Heldentums während des Holocausts. Als direkte Träger des Hauptgeheimnisses des Dritten Reiches waren die Mitglieder des Sonderkommandos a priori sogar noch mehr dem Tod geweiht als die Menschen, die sie verbrannten. Aber es gab keine klaren Anweisungen, das Sonderkommando auszuwechseln – sagen wir alle vier oder sechs Monate –, sonst hätten die Deutschen sie strikt ausgeführt, und bei den Aktionen selbst hätte es eine strengere wiederkehrende Abfolge gegeben, als es tatsächlich gab.

Im Übrigen gab es nach Angaben des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höss jedoch eine bestimmte Anweisung von Adolf Eichmann, nach der in Folge einer jeden großen Aktion die ordentlichen Mitglieder des „Sonderkommandos“ aufgelöst werden mussten. Das Wort „groß“ war ihre Rettung, denn das Kaliber der jeweiligen Aktion wurde an Ort und Stelle bestimmt. Die Aktionen wurden jedoch zur täglichen Routine, und es machte keinen Sinn, erfahrene Fachleute auf diese Weise gegen ungeschulte Leute einzuwechseln. Im Gegenteil, die Intensivierung der „Aktionen“ erforderte sogar zusätzliche Arbeitskräfte. Die Deutschen wussten ihre Erfahrung natürlich zu schätzen – die Lebenden waren für sie immer noch nützlicher als die harmlosen Toten; und für die Ausbildung der Neuankömmlinge inmitten der Überforderung durch die Eliminierung ungarischer Juden gab es keine Zeit und sie war zudem auch zu aufwendig.

Und wenn doch Rotationen, d.h. Massenwechsel von „Sonderkommandobeständen“, stattfanden, dann aus völlig anderen Gründen und zeitlich absolut unvorhersehbar. Das Wichtigste war, dass diese Bedrohung jeden Tag, jede Stunde und jede Minute über ihnen hing.

In Sobibor hatte die Flucht geklappt

Daher auch die Taktik und Strategie des „Sonderkommandos“ selbst – einen Moment auszuwählen, zu rebellieren, den Ofen und das Gas zu deaktivieren, den Draht durchzuschneiden und den Grenzen des Lagers zu entfliehen, und dort ... dort ging es in die Freiheit! Zum Beispiel in die Tatra, zu den Beskiden. Zu den Partisanen! Mit anderen Worten, es war die massenhafte und erfolgreiche Flucht, die ein würdiges Ziel des Aufstands zu sein schien. Selbiges geschah auch in anderen Todeslagern – in Treblinka und Sobibor.

Erfolgreiche Fluchtversuche wurden zu einer Rettung für Einzelne, aber mit der Zeit entstand und verstärkte sich eine Rebellion, die möglichst vielen Gefangenen die Flucht ermöglichen sollte. Diese passierte dann tatsächlich – nämlich am 7. Ok-



Rudolf Vrba ist einer der wenigen, denen die Flucht aus Auschwitz-Birkenau gelang.

tober 1944 – am Tag des Aufstandes des jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau.

Deshalb ist es höchst skrupellos, sowohl Fluchten als auch Rebellionen herunterzuspielen mit Aussagen wie: Ja, sie wollten „ihre eigene Haut retten!“ Ja, sie wollten „nur“ weglaufen – als ob andere Rebellionen darauf abzielten, Berlin einzunehmen.

Selbst außerhalb des KZ war die slawische Bevölkerung oft gegen die Juden

Übrigens, wo wir gerade von Flucht sprechen. Den Daten des Historikers T. Ivashko zufolge wurden 667 von ihnen gefasst, 76 waren davon jüdisch, d.h. etwas mehr als 10 %. Jüdische Fluchten hatten praktisch keine Aussicht auf Erfolg, weil es eine relative Seltenheit war. Ohne große Hoffnungen auf Sympathie und Hilfe seitens der benachbarten Polen hatten die Juden (auch die polnischen) keine ernsthaften Überlebenschancen. Die örtliche polnische Bevölkerung war bereit, polnischen Flüchtlingen zu helfen; widerwillig, aber dennoch, halfen sie den Russen. Juden wurden in der Regel ausgeliefert oder, wenn dahinter ein Profit stand, ausgeraubt und umgebracht.

Die Haltung der Polen gegenüber den Juden wurde am besten durch die charakteristische Geste beschrieben, mit der sie den Juden begegneten und die Todeszüge der Juden überall hin begleiteten – die Handfläche wurde wie ein Messer an die Kehle gehalten – bzhik-bzhik. „Es ist das Ende von euch Juden, das Ende!“ – Das ist es, was diese Geste bedeutete, nicht „Warnung der Juden vor der Gefahr“, was dieselben Polen Claude Lanzmann mit hoffnungsloser Überzeugungslosigkeit zu „erklären“ versuchten, allerdings 30 Jahre später.

Und darüber, wie diese Geste von denen, an die sie gerichtet war, tatsächlich wahrgenommen wurde, schrieb Zalman Hradowski: „Und wie schrecklich! Hier stehen zwei junge Christinnen, die durch die Fenster des Zuges blicken und sich die Hand an die Kehle halten. Die Ehrfurcht umfasst diejenigen, die diese Szene gesehen haben, die dieses Zeichen bemerkt haben. Sie sind schweigend weggetreten, wie vor einem Gespenst. Sie schweigen und können nicht sagen, was sie gesehen haben. Sie wollen

die Trauer, die von Minute zu Minute stärker wird, nicht noch verschlimmern, es scheint, als ob sogleich ...“.

Herausragende Fluchten

...Und immerhin gehen die ersten jüdischen Fluchtversuche aus Auschwitz-Birkenau auf das Jahr 1942 zurück! Die Menschen versteckten sich in Lastwagen, welche aus dem Lager Zement, Ziegelsteine oder Müll abtransportierten. Die Notwendigkeit, mit den

Wachen im Voraus zu „verhandeln“, machte solche Fluchtversuche zu einem äußerst riskanten Unterfangen.

Viel erfolgreicher waren die Fluchten durch die so genannten „Hintertürchen“ (ähnlich wie die Geheimverstecke im Ghetto) – kleine Lücken als Verstecke, in Kanalisationsschächten, in Bretterstapeln oder (am sichersten) unterirdisch, in den Meliorationsbecken. Sie befanden sich hinter dem rund um die Uhr bewachten Territorium des Lagers (wohin sie oft tagsüber zur Arbeit geführt wurden), aber innerhalb der so genannten großen „Postenkette“, die nur tagsüber bewacht und nachts abgezogen wurde. Die Menschen „verschwanden“ von ihrem Arbeitsplatz und saßen zwei oder drei Tage lang in einer solchen „Hintertürchen“, bis sie nicht mehr gesucht wurden. Dann krochen sie im Schutze der Nacht aus der „Hintertür“, ließen sie in bestem Zustand für den nächsten „Nutzer“ zurück (falls es eine vorläufige Vereinbarung gab) und zogen meist nach Süden oder Südosten, die Sole hinauf – in Richtung Beskiden und der nahegelegenen Slowakei.

Vielen gelang auf diese Weise die Flucht, doch jedes Mal, wenn die Flucht entdeckt wurde, wurde Alarm ausgelöst und die Sirenen heulten, begann die Suche, und infolgedessen wurden viele der Flüchtlinge gefasst. Sie wurden entweder an Ort und Stelle getötet oder in das Lager Auschwitz-1 gebracht, wo sie nach dem Verhör in Block 11 in der Regel öffentlich hingerichtet wurden, meist um die anderen einzuschüchtern.

Es ist kein Zufall, dass fast alle erfolgreichen jüdischen Fluchten 1944 stattfanden – am 5. April, fast einen Monat nach der Liquidierung des sogenannten „Familienlagers“ mit Juden aus Theresienstadt. Zusammen mit dem echten SS-Offizier Viktor Pestek floh der als SS-Mann verkleidete Vítěslav Lederer, der im Dezember 1943 aus Theresienstadt in Auschwitz ankam: Er erreichte die Tschechoslowakei, nahm Kontakt zum Untergrund auf, lebte in Verstecken in verschiedenen Städten und besuchte mehrmals heimlich Theresienstadt. Dort traf er sich mit Mitgliedern des jüdischen Ältestenrates und erzählte ihnen, was sie in Auschwitz erwartete. Diese glaubten ihm jedoch nicht, sondern schüttelten nur die Köpfe und

zeigten Postkarten aus dem mystischen „Neu-Berun“, auf den 25. März datiert. Sie beschlossen keine Besorgnis bei ihren 35.000 Juden mit solch unzuverlässigen und lächerlichen Geschichten zu erregen.

Der Fall von Pestek ist kein Einzelfall. Lassen Sie uns zwei sehr ähnliche Fluchtpaare erwähnen – eines Polen in SS-Uniform und einer Jüdin (an eine SS-Uniform konnte man nur mit der aktiven Hilfe eines SS-Mitarbeiters kommen). Die erste Flucht - Edek (Edward) Galiński und die „Läuferki“ (Bote) Mala Zimetbaum aus Belgien – ist wohlbekannt. Sie begann am 24. Juni 1944 und war recht erfolgreich: Die SS eskortierte auf Befehl einen Häftling. Doch am 6. Juli, mehr als zwei Wochen später, wurde Mala an der slowakischen Grenze verhaftet, woraufhin Edek sich stellte. Sie wurden in Auschwitz gefoltert, aber sie lieferten ihre Komplizen nicht aus. Edek, der vor seinem Tod schrie: „Es lebe Polen!“, wurde im Männerlager öffentlich gehängt, und zu einer ähnlichen Hinrichtung wurde auch Mala im Frauenlager verurteilt: Im Moment der Urteilsverkündung schlitzte sie sich die Pulsadern auf und schnitt auch Rottenführer Ritter mit einem Rasiermesser ins Gesicht, der ihr das Rasiermesser eiligst wegnahm. Die Hinrichtung wurde gestoppt, Mala wurde bandagiert und in das nächstgelegene Krematorium gebracht, wo sie wahrscheinlich erschossen wurde.

Geglückte Fluchten

Weniger berühmt und heroisch, aber erfolgreicher, war die Flucht von Jerzy Biletsky und Cilya Stawiska, die am 21. Juli 1944 begann: Sie gingen nach Norden, nicht nach Süden, in Richtung Generalgouverneursbüro und erreichten die Stadt Mihov, wo sie mit Hilfe der polnischen Bevölkerung „untertauchen“ und auf die Befreiung warten konnten.

Am 7. April 1944 flohen die slowakischen Juden Rudolf Vrba (wirklicher Name Walter Rosenberg) und Alfred Wetzler: beide arbeiteten als Registratoren in Birkenau (nach ihrer Flucht verloren alle jüdischen Registratoren ihren Sitz). Nachdem sie drei Tage im „Hintertürchen“ gewartet hatten, folgten dem Fluss Sola, überquerten die Grenze zur Slowakei und kamen dank der Hilfe von Menschen, die sie zufällig trafen, am 25. April sicher in Gilina an. Eine Zeit lang versteckten sie sich an einem sicheren Ort am Fuße der Tatra, in Liptovský Svätý Mikuláš.

Das nächste Paar waren Czesław (Cieszek) Mordowicz und Arnoszt Rosin, und Rosin ist das ehemalige und älteste Mitglied des „Sonderkommandos“ und wahrscheinlich der einzige, dem es gelang, diese „Ehre“ zu begleiten. Sie flohen am 27. Mai 1944 – und etwa nach dem gleichen Schema wie Wetzler und Vrba. Am 6. Juni wurden sie sogar im slowakischen Dorf Nedec verhaftet, aber man hielt sie fälschlicherweise für Schmuggler (sie hatten Dollarscheine bei sich) und ließ sie frei, oder besser gesagt, man erlaubte der örtlichen jüdischen Gemeinde, sie aus dem Gefängnis zu kaufen und sie im selben Liptovský Svätý Mikuláš zu verstecken.

Von Zeit zu Zeit versuchten Mitglieder des Sonderkommandos, ihrer Arbeit zu entkommen, aber immer ohne Erfolg. Besonders laut war das Scheitern der Flucht der Fünf unter Führung des französischen Kapo-Juden Daniel Ostbaum, der die Wachen bestach. Sie wurden gefasst und zusammen mit dem bestochenen Wachmann, der von Ostbaum verraten wurde, hingerichtet. Diese Flucht konnte als zusätzlicher Grund für die nächste Auflösung des „Sonderkommandos“ im Februar 1944 genutzt worden sein – genau die Selektion, von der Gradowskij in „Trennungen“ schreibt.

Ungehorsam und Rebellion: Gruppen- und persönliches Heldentum.

Neben Fluchten gab es andere dokumentierte Formen des jüdischen Widerstands oder des kollektiven Ungehorsams. Zum Beispiel wurden in der Nacht vom 5. Oktober 1942 etwa 90 französische Jüdinnen und Juden in einem von der SS und deutschen Kapos (Kriminellen) organisierten „Blutbad“ in den Baracken einer Frauenstrafkompanie im Lagerbüro Auschwitz in Buda (bei Birkenau) getötet. Sechs ihrer besonders eifrigen Mörder wurden sogar am 24. Oktober nach einer Untersuchung durch die politische Abteilung hingerichtet.

Es gab auch eine jüdische Selbstjustiz – wenn auch nur in Bezug auf „eigene“, auf die jüdischen Kollaborateure. Wenn wir also B. Baum glauben, dann wurden die Opfer des Lynchmords am Silvesterabend 1945 zu Opfern aus demsel-

ben Grund wie einige der Häftlinge des Hauptlagers Auschwitz-1, insbesondere ein belgischer Jude, der Dutzende von Landsleuten an die Gestapo verriet, oder Kapo Schultz.

Und hier ist eine Geschichte, die im ganzen Konzentrationslager umherging: mit kleinen Variationen wurde sie von Dutzenden von Menschen erzählt. Am 23. Oktober 1943 traf ein Transport mit sogenannten „Tauschjuden“ aus Bergen-Belsen, meist reichen Juden aus Warschau, in Auschwitz ein. Sie wurden gezwungen, ihre Kleider auszuziehen, und dann lächelte eine Frau, Franciska Mann, eine Künstlerin und Schönheit, und peitschte ihren neu ausgezogenen BH ins Gesicht eines in der Nähe stehenden hochrangigen SS-Offiziers (Kwakernak), nahm seinen Revolver und verwundete mit zwei Schüssen den SS-Reporter Schillinger, der neben Kwakernak stand, sowie Kwakernak selbst oder den SS-Unterscharführer Emerich tödlich. Andere Frauen griffen daraufhin die SS an, um ihnen die Waffen abzunehmen, aber sie wurden alle auf der Stelle erschossen. Eine Art Massada mitten im Holocaust!

Keine gehorsamen Schafe waren einige der alten Männer und Frauen mit Kindern, die nicht auf der Rampe ausgewählt wurden, und für ihren schnellen Tod in die Krematoriumszone gebracht wurden. Inmitten der massenhaften Operation, als die Ränge nacheinander eintrafen, kam es auch vor, dass die Auswahl so eilig durchgeführt wurde, dass fast alle unterschiedslos zur Hinrichtung geschickt wurden. Um so höher war die



Franciska Mann ging nicht wehrlos in den Tod.

Bereitschaft der Juden, ungehorsam und spontan Widerstand zu leisten, zu versuchen, aus den Umkleieräumen vor den Gaskammern zu fliehen oder sich zu weigern, in diese hinabzusteigen. Verzweifelte Menschen, die auf der Suche nach einer Fluchtmöglichkeit über das Lager verstreut waren, führten zu unvorhergesehenen Komplikationen für die Deutschen mit ihrer durchdachten technologischen Kette der Judenvernichtung. Spontaner Widerstand wurde manchmal von den Mitgliedern des Sonderkommandos selbst geleistet.

Das deutlichste Beispiel war der Soloaufstand von Alberto Herrera, einem griechischen Juden aus Athen, der an der Vorbereitung und dem Generalaufstand des Sonderkommandos beteiligt war. Es gibt zwei Versionen seiner Heldentat.

Laut Eisenschmidt transportierten einst zwei griechische und drei polnische Juden die Asche in Begleitung von nur zwei SS-Angehörigen an die Weichsel. Die Griechen, einschließlich Herrera, griffen ihre Wachen an, ertränkten einen von ihnen und schwammen zum anderen Ufer, wo sie bald gefangengenommen wurden (alle drei polnischen Juden standen still und schauten gleichgültig zu). Nach Angaben von C. Venedig gab es nur zwei SS-Leute und zwei Griechen (der zweite war Hugo Venedig). Jeder der Griechen musste jeweils eine Wache neutralisieren, aber wenn Herrera es tat, so konnte Hugo Venedig es nicht vollbringen. Infolgedessen verletzte der zweite SS-Offizier Herrera an der Schulter, als dieser die Weichsel überquerte, und die Verfolger fanden ihn am Blutverlust gestorben auf. Hugo Venedig wurde in den Bunker gebracht und Herreras zerstückelter Leichnam wurde auf einem Tisch im Hof des Krematoriums II ausgestellt: Jedes Mitglied des „Sonderkommandos“ musste an dem Tisch vorbeigehen und dem Opfer in die Augen sehen.

Griechische Historiker datierten dieses Ereignis auf den Zeitraum vom 21. bis 29. September. Die neuesten Erkenntnisse datieren dieses Ereignis jedoch eindeutig auf den 9. August 1944. So könnte die Auswahl des „Sonderkommandos“, die am 23. September 1944 erfolgte, eine Reaktion auf die Flucht Alberto Herreras gewesen sein.

Übersetzung aus dem Russischen von Sofia Ahatjewa

Will die Görlitzer Stadtverwaltung jüdische Geschichte tilgen?

In der denkmalträchtigen Stadt Görlitz soll bei der nach 26 Jahren endlich fertig renovierten Synagoge ausgerechnet auf den Davidstern verzichtet werden. Dieser war offenbar nicht nur den Nazis aus dem Dritten Reich und den Kommunisten der DDR ein Dorn im Auge, sondern wird nun auch von Teilen des Görlitzer Magistrats als störend und ausgrenzend empfunden.

Von Silke Schröder

In Görlitz, Deutschlands architektonischer Bilderbuchstadt, die als beliebte Kulisse für Filmproduktionen den Beinamen „Görliwood“ trägt, steht eine der schönsten Synagogen Deutschlands. Im Gegensatz zu anderen, in den Novemberpogromen 1938 niedergebrannten und zerstörten Bauwerken, erlitt der 1911 fertiggestellte Jugendstilbau damals kaum Beschädigungen. Warum es seinerzeit, trotz Brandschätzung, zu einem erfolgreichem Löscheinsatz kam, der für ihren Erhalt sorgte, ist unbekannt. Gerade diese Unversehrtheit macht die einzige Synagoge Sachsens, die damals nicht bis auf die Mauern niederbrannte, zu einem Zeichen der Hoffnung für jüdisches Leben in Deutschland – sollte man meinen.

An einem warmen Septembertag sind wir zufällig in Görlitz, und kommen auch an der Synagoge vorbei. Von außen noch immer einer Baustelle gleichend, gehen wir um das Gebäude herum und finden eine offene Tür, die uns in Innere der Synagoge führt.

Ein dort arbeitender Bauleiter ermahnt uns erst, die Baustelle nicht weiter zu betreten und führt uns dann doch durch das Haus. Die Renovierung der Synagoge, mit der bereits 1994 begonnen wurde und die bis zum heutigen Tag andauert, hat die Synagoge unruhmlicherweise als „längste Baustelle“ in Görlitz bekannt gemacht. In diesem Jahr soll nun endlich alles fertiggestellt sein, doch momentan dauern die Arbeiten an der Synagoge, die in der DDR-Zeit verfiel, noch immer an.

Juden im Keller

Warum man sich so viel Zeit mit dem Renovierungsvorhaben ließ, bleibt unklar.

Eine Entscheidung, mit der die Stadt Görlitz allerdings nur kurz gehadert zu haben scheint, ist, das Gotteshaus nicht wieder seinem ursprünglichen Zweck zuführen zu wollen. Auf unsere Nachfrage, ob es denn keine jüdische Gemeinde in Görlitz gebe, erhalten wir die Antwort, doch, die gäbe es, aber mit etwa 25 Personen wäre es ausreichend, dass diese die vorhandenen Ergänzungsräume im Keller des Gebäudes nutzt. Zudem bestünde größerer Bedarf an multifunktionalen Veranstaltungsräumen, weshalb man hier darauf verzichtet hätte, die Synagoge wieder zu weihen und der hiesigen jüdischen Gemeinde die Chance auf einen umfassenden Neuanfang einzuräumen. Ist dem wirklich so?

Wer sich in der, außer von Touristen, wenig belebten Stadt umschaute, muss feststellen, dass beinahe jedes der vorhandenen Museen über Veranstaltungsräume verfügt. Zudem gibt es eine dem Verfall preisgegebene, historische Stadthalle nahe der Neiße, deren Wiedereröffnung für 2025 unter der Regie einer eigens dafür gegründeten Stadthallenstiftung geplant ist. Geht es hier also wirklich darum, dass die Görlitzer Synagoge als Veranstaltungsort dienen muss, der anders nicht beizubringen ist?

Wohl kaum. Doch worum geht es möglicherweise dann?

Wer die Diskussionen, die augenscheinlich schon länger zwischen Bauamt, Stadtverwaltung und Förderverein hin- und herwabern, verfolgt, den kann ein ganz anderes Gefühl beschleichen, das auch



Die Synagoge in Görlitz

in die politische Linie auf Bundesebene passt.

Welche „Grenzen“ setzt der Davidstern?

Dazu passt z.B. die Entscheidung, auf der Kuppel den noch fehlenden Davidstern nicht anbringen zu wollen: „Bestimmte Nutzungen sollen nicht ausgeschlossen werden“ heißt es da und, noch prägnanter: „Es gibt einige in der Stadtverwaltung, die der Meinung sind, dass ein Davidstern möglicherweise Grenzen setzt.“ Welche Grenzen der Nutzung das sein können, kann sich jeder vorstellen. Beziehungsweise welche Gruppierung sich an einem Davidstern möglicherweise stören könnte.

Die Beliebtheit eines „multifunktional“ zu nutzenden Veranstaltungsraums macht es der Lokalpolitik natürlich leicht, allen potentiellen Nutzern eines solchen

Raumes freundlich entgegenzukommen. Eine enorme Chance, um nicht zu sagen, eine historische Verpflichtung wird dadurch allerdings auch versäumt: jüdischem Leben in Deutschland den Raum zu geben, der seinerzeit da war und auf verbrecherische Art und Weise genommen wurde. Proaktiv jüdisches Leben in Görlitz zu fördern und mit der zu neuem Glanz erstrahlten Synagoge, die Sachsens einzig erhalten gebliebener, jüdischer Sakralbau ist, auch neu anzusiedeln: genau dies wäre eine Chance gewesen, mit der die Stadt ein einzigartiges Vorbild in Deutschland hätte werden können.

Sie wurde vertan.

Vielleicht auch, weil es nicht genügend Druck gibt und die mediale Berichterstattung sich in äußerst engen Grenzen hält?

Seit der Gründung des „Förderkreis Synagoge e.V.“ 2005, gibt es in Görlitz wieder eine jüdische Gemeinde. Seit 2007 wurden Bestrebungen laut, die Synagoge neu zu weihen und wieder für Gottesdienste zu nutzen. Die Realität allerdings ist eine andere, so dass überall von offizieller Seite zu lesen und zu hören ist, dass es eine „ausschließliche gottesdienstliche Nutzung des Hauses durch die jüdische Gemeinde nicht geben wird“ und man stattdessen 2011 mit einem ökumenischen Gottesdienst die Einweihung des Gebäudes als Kunst- und Begegnungszentrums feierte. Dass diese Entscheidung so gefällt wurde, macht betroffen. Dass sie auf Landes- wie Bundesebene unkommentiert bleibt, ist ein handfester Skandal.

„Ein Klumpen von 40.000-50.000 staatenlosen ehemaligen polnischen Juden“

Vor 82 Jahren veranlasste der Staatssekretär Ernst von Weizsäcker und weitere Nazi-Schreibtischträger im Vorfeld der Reichspogromnacht mit der sogenannten „Polenaktion“ die Abschiebung teilweise schon lange in Deutschland ansässiger polnischer Juden nach Polen.

Von Theodor Joseph

Am 28. Oktober 1938, einem Freitag, wurde der 18-jährige Marcel Reich frühmorgens, noch vor 7 Uhr, von einem Schutzmann geweckt. Der Polizist kontrollierte die Ausweispapiere und händigte dem völlig überraschten jungen Mann ein Dokument aus – der Ausweisungsbefehl aus dem Deutschen Reich. Er solle sich anziehen, ordnete der Schutzmann an, und mit ihm kommen. Reich musste alles in seinem kleinen elterlichen Zimmer in der Güntzelstraße 53 in Berlin-Wilmersdorf zurücklassen. Nur fünf Mark durfte er mitnehmen – und eine Aktentasche. Was er in seine Aktentasche packen sollte, wusste er, der gerade auf dem Fichte-Gymnasium in Berlin sein Abitur abgelegt hatte, gleichwohl als Jude nicht zum Studium zugelassene junge Marcel Reich, nicht. Da er gerade Balzacs Roman „Die Frau von dreißig Jahren“ las, entschied er sich, dieses Buch mitzunehmen.

Da sich Reich nicht erklären konnte, warum er aus Deutschland ausgewiesen werden sollte, verfiel er in Kafkasche Diktion: „Jemand musste mich verleumdet haben, denn ohne dass ich etwas Böses getan hätte, bin ich verhaftet worden“. Und eher er sich versah, fand er sich inmitten von zehn, zwanzig Leidensgenossen auf dem Wilmersdorfer Polizeirevier wieder.

Herschel Grynszpan

„Lieber Hermann, Du hast gewiss von unserem großen Unglück gehört“, schrieb die Schwester ihrem in Paris lebenden Bruder. „Am Donnerstagabend [27.10.1938] um 9 Uhr ist ein Schupo zu uns gekommen und hat uns erklärt, dass wir uns unter Mitnahme der Pässe zum Polizeirevier begeben sollten. So wie wir waren, sind wir alle in Begleitung des Schupos zum Polizeirevier gegangen. Dort fand sich schon fast unser ganzes Stadtviertel zusammen... Man hat uns noch nicht gesagt, um was es sich handelte. Aber wir haben gesehen, dass es mit uns aus war.“ Die mitgesandten Grüße und Küsse stammten von Berta Grynszpan, und ihr derzeitiger Aufenthaltsort lautete: „Zbąszyń 2, Baracke Grynszpan“. Der Adressat war ihr jüngerer Bruder Herschel, genannt Hermann, der in Paris lebte.

Was war geschehen? An jenem Abend des 27. Oktober 1938 wurden der Flickschneider Sendel Grynszpan, seine Frau Riwka und ihre Kinder Berta und Markus aus ihrer Wohnung in der Hannoverschen Altstadt zur Polizeiwache geschleppt und eingesperrt. Mit ihnen ein paar Hundert andere Juden. Alle waren Ostjuden – die älteren hatten meist schon zur Zarenzeit (Russisch-)Polen der ständigen blutigen Pogrome wegen verlassen. Die Familie Grynszpan lebte seit dem Jahre 1911 in Hannover, alle drei Kinder waren hier geboren.

Ähnlich wie in Hannover wurden



Herschel Grynszpan am 2. Dezember 1938 auf dem Weg zu einem Pariser Gericht.

auch in anderen deutschen Städten polnische Juden zusammengetrieben. Die Aktion kam überraschend und traf die Juden unvorbereitet. Jeder erhielt einen Ausweisungsbefehl in die Hand gedrückt. Die erste Massendeportation Nazi-Deutschlands nahm ihren Verlauf.

Die polnische Regierung wollte die Juden loswerden

Einige Wochen vorher hatte die polnische Regierung, kaum weniger antisemitisch als die deutsche, angeordnet, alle im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen müssten bis zum 29. Oktober 1938 ihre Pässe von den Konsulaten kontrollieren lassen. Diese politische Maßnahme war bestimmt von der Furcht, eine große Zahl polnischer Juden, die seit Jahren in Deutschland lebten, könnten sich aufgrund der antijüdischen Politik in Deutschland veranlasst sehen, nach Polen zurückzukehren. Das beschlossene Gesetz sah vor, dass jeder polnische Bürger, dessen Pass nicht bis zum 29. Oktober 1938 verlängert war, das Recht auf Rückkehr nach Polen verlor – eine Maßnahme, mit der die polnische Obristenregierung ihr „Judenproblem“ lösen wollte. Da man deutscherseits befürchten musste, dass die Pässe nicht verlängert würden, beschloss die Reichsregierung kurzerhand, sich der unerwünschten ostjüdischen Minderheit durch Abschiebung zu entledigen. Ohne Warschau vorher zu verständigen, wurden Tausende Juden am 28. Oktober 1938 unter unvorstellbar schikanösen Begleitumständen zur polnischen Grenze verschleppt und abgeschoben. Dies war sozusagen die vorweggenommene deutsche Antwort auf die Änderung des polnischen Passgesetzes.

Der Duisburger Rabbiner Manass Neumark hat in einem Brief an Sohn und Tochter die „Polenaktion“, wie es euphemistisch hieß, nahezu emotionslos festgehalten. „Hier waren in-

zwischen unruhige Zeiten, wie Ihr ja wohl gehört habt“, beschreibt Neumark die Verschleppungsmaßnahme vom 28. Oktober 1938. „Vorigen Freitag mussten wir von Duisburg ca. 160 Personen verabschieden, und konnten sie bei der Kürze der Zeit nur unzureichend mit Nahrung und Kleidung ausstatten. Sie sind bei Bentschen über die polnische Grenze gekommen und warten dort in Sammellagern ... den Ausgang der Verhandlungen über ihre etwaige Rückkehr ab“.

25 Kilometer rheinaufwärts hielt Neumarks Rabbinerkollege Max Eschelbacher in Düsseldorf die Ereignisse in einem Bericht fest. „Kein Alter war verschont“, schildert er den Beginn der Verhaftungsaktion in der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober und fährt fort: „Das Kind von K., bei dessen Milah ich zwei Monate zuvor gewesen war, war ebenso verhaftet worden, wie der bald achtzig Jahre alte Simon W. Auf kein Leiden wurde Rücksicht genommen. R.-Mettmann sind beide Beine amputiert. Trotzdem wurde er in seinem Fahrstuhl zum Präsidium gebracht“. Dem Gemeinderabbiner Eschelbacher war erlaubt worden, die Verhafteten im Gefängnis zu besuchen. Manche Gesichter, vom Entsetzen verzerrt, konnte er kaum erkennen. Er sah eine junge Frau, die reglos in einer immer größer werdenden Blutlache stand und sich nicht mehr helfen konnte.

Abschiebung am Schabbat

Die Abschiebung selbst geschah am 28. Oktober 1938 – mit Vorbedacht an einem Schabbat. Die Bahnsteige, von denen die Sonderzüge abgingen, waren abgesperrt; nicht nur Reisende, auch Bauarbeiter wurden ferngehalten. Bei Abfahrt hatte der Schabbes bereits begonnen, und es war klar, dass gläubige Juden kein Geld anrühren würden und auch keine Einkäufe mehr machen konnten. Der Leipziger Polizeipräsident meldete dem Innen-

minister folgenden zynisch-makabren Vollzug: „Der Abtransport ist im Wesentlichen reibungslos und bis auf einen Todesfall (Frau), Ohnmachtsanfälle und Nervenzusammenbrüche, ohne besondere Zwischenfälle erfolgt“.

Was den Deportierten an Leid zugefügt wurde – sie besaßen oft nicht mehr als die dünnen Kleider, die sie auf dem Leibe trugen – lässt sich schwer beschreiben. In – verschlossenen – Eisenbahnzügen und Lastwagen wurden die Juden zum Grenzbahnhof Bentschen westlich von Posen verschleppt. Dort wurde ihnen alles Geld bis auf zehn Mark abgenommen, dann jagte man sie zu Fuß die letzten sieben Kilometer bis zur Grenze und, um dem Befehl mehr Nachdruck zu verleihen, wurde in die Luft geschossen. „Die SS-Leute hinter uns her mit Peitschen“, erinnerte sich der alte Sendel Grynszpan 1961 im Jerusalemer Eichmann-Prozess, „wer nicht mitlief, wurde geschlagen, bis das Blut floss. Der Regen hat getrommelt, alte Frauen und Männer, kranke Kinder waren unter uns, der Jammer war groß“. Viele Juden wurden so erschreckt, dass sie ihre wenigen Habseligkeiten fallen ließen und flüchteten. Ein Bericht schildert, wie die Abgeschobenen von der SS in den Fluss, der die Grenze bildete, getrieben wurden, wie dann polnische Grenzschützen ihnen nachsetzten und nach stundenlangem Umherirren schließlich über die Grenze hinweg Auseinandersetzungen zwischen den polnischen Grenzern und der SS über die Frage begannen, wohin diese Juden gehörten.

Die überraschten polnischen Grenzposten verweigerten den Vertriebenen den Zutritt auf polnisches Territorium, so dass die Menschen einen Tag lang hungrig und frierend im schneidenden Herbstregen durch das Niemandsland irrten. Sie lebten von den wenigen mitgenommenen Lebensmitteln und der Hilfe, die vom jüdischen Komitee in Warschau und vom amerikanischen Joint kam. Der polnische Historiker Emanuel Ringelblum organisierte die Hilfsaktion für die Flüchtlinge. In einem Brief schildert er die Zeit seiner Arbeit in Zbąszyń so: „Ich habe weder die Kraft noch die Geduld, im Einzelnen zu erzählen, was in Zbąszyń vorgefallen ist. Jedenfalls hat es nach meiner Ansicht nie eine so grausame, so mitleidlose Deportation gegeben...“

Pistolenschüsse in der Botschaft

Die Familie Grynszpan wurde mit anderen Leidensgenossen zunächst in einem mit Kot bedeckten Pferdestall gepfercht. „Wir haben keinen Pfennig“, klagte Berta ihrem Bruder Herschel, der zwei Jahre zuvor zu seinem Onkel nach Paris gezogen war.

Als der 17-jährige Herschel Grynszpan die Postkarte seiner Schwester Berta aus Zbąszyń erhielt, stand sein Entschluss fest: Er kaufte sich einen Revolver und begab sich am 7. November 1938 zur deutschen Botschaft in Paris. Grynszpan, der vorgab, dem deutschen Botschafter ein wichtiges Dokument über-

geben zu müssen, wurde ohne weiteres zum Legationssekretär Ernst vom Rath, dessen Familie aus Duisburg stammt, geführt. Mit den Worten: „Sie sind ein dreckiger Boche, und nun übergebe ich Ihnen im Namen von 12.000 verfolgter Juden das Dokument“, zog er den Revolver, an dem noch der rote Faden des Preisetikettes hing und feuerte mehrere Schüsse ab. Vom Rath, in Brust und Unterleib getroffen, brach zusammen. Herschel Grynszpan ließ sich widerstandslos festnehmen. Der Polizei nannte er nur ein Tatmotiv: Rache für seine Glaubensbrüder.

Die Polen brachten deutsche Juden zur Grenze

Polen reagierte am 29. Oktober 1938 seinerseits mit der Ausweisung deutscher Reichsbürger. Auf die Erklärung der deutschen Seite, dass die Ausweisung „arischer“ Reichsbürger eine Verschärfung des Konflikts bedeuten würde, beschränkte sich Polen darauf, deutsche Juden zur Reichsgrenze zu bringen. Nachdem sogar die Gestapo die Zustände an der Grenze für „unhaltbar“ erklärt hatte und Polen und Deutschland sich darüber verständigt hatten, von der weiteren Abschiebung der beiderseitigen Staatsangehörigen vorläufig abzusehen sowie bald mit Verhandlungen in der Frage zu beginnen, wurde die Ausweisungsaktion am 29. Oktober 1938 eingestellt.

Der Verkehr einer großen Zahl von Zügen auf einigen Bahnstrecken erforderte eine reibungslose, verwaltungstechnische Kooperation von Auswärtigem Amt, Polizei, Gestapo und Bahnbehörden. Auf diese Weise wurde die Ausweisung der polnischen Juden im Oktober 1938 zur infrastrukturellen Erfahrung mit der Organisation technischer Details für die systematischen Deportationen ab 1941.

Von November 1938 bis August 1939 wurden nach und nach etwa 8.000 vertriebene Juden in der polnischen Grenzstadt Zbaszyn und andere grenznahe Ortschaften festgehalten und in einem Flüchtlingslager im Niemandsland in behelfsmäßigen Baracken und Ställen interniert. 10.000 Personen wurden nach Polen hineingelassen. Im November 1938 wurden Verhandlungen zwischen Polen und Deutschen bezüglich der Vertriebenen aufgenommen, nachdem Polen als Gegenreaktion die Ausweisung deutscher Reichsbürger aus Posen und Pommerellen angeordnet hatte. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, der deutscherseits die Verhandlungen führte, bestand darauf, dass Deutschland nicht akzeptieren könne, dass ihm im Wege der Ausbürgerung „ein Klumpen von 40.000-50.000 staatenlosen ehemaligen polnischen Juden in den Schoß“ falle. Für ihn war selbstverständlich, dass Warschau zur „Übernahme von polnischem Eigentum“, womit er die Juden meinte, verpflichtet sei: Vereinbart wurde die Rückkehr der Deportierten in Gruppen von höchstens 100 Personen für einen begrenzten Zeitraum nach Deutschland, um ihre Angelegenheiten zu regeln und ihre Geschäfte aufzulösen. Die Einnahmen aus diesen Geschäftsaufösungen mussten auf Sperrkonten eingezahlt werden, von denen de facto nichts abgehoben werden konnte. Die polnische Regierung ihrerseits gestattete den Familien der Abgeschobenen ebenfalls die Einreise nach Polen.

Nun wollten die Nazis nicht mehr abschieben

Im Zuge einer zweiten, kleineren Vertriebungsaktion aus Deutschland im Juli 1939 wurden weitere 4.000 Ost-



Ausweisung jüdischer Polen aus Nürnberg am 28. Oktober 1938

juden zwangsweise repatriiert. Ihre Hoffnung, nach Deutschland zurückzukehren, hat sich nicht erfüllt. Für die meisten der Betroffenen Ostjuden war der Aufenthalt zwischen den Grenzen ein letzter Aufschub auf einem Weg ohne Wiederkehr.

Im Herbst 1938 wollten die Nationalsozialisten die polnischen Juden aus Deutschland verjagen. Doch nicht

schwarz-weiß-roten Band. Im Laufe des Donnerstagsmorgens zogen Tausende Menschen an der Bahre vorbei und hoben den rechten Arm zum letzten Gruß.

Nachdem Hitler in Düsseldorf eingetroffen war, begab er sich sofort in die Rheinhalle, wo ihn die Anwesenden stürmisch begrüßten. Mit Außenminister Joachim von Ribbentrop hielt er einen Augenblick vor dem Sarg inne und

„ Die überraschten polnischen Grenzposten verweigerten den Vertriebenen den Zutritt auf polnisches Territorium, so dass die Menschen einen Tag lang hungernd und frierend im schneidenden Herbstregen durch das Niemandsland irrten. “

einmal ein Jahr danach lebte die Mehrzahl aller polnischen Juden wieder im deutschen Machtbereich. Unter welchen Umständen auch immer sie vertrieben worden waren – jetzt saßen sie in der Falle, aus der es so gut wie kein Entkommen mehr gab. Es war dies ein unerwünschter Zuwachs für das NS-Regime, dem bekannt war, dass es durch keine Auswanderung sich dieser Menschen entledigen konnte und wollte. Anfang 1939 hatte Hitler für den Kriegsfall die Vernichtung der Juden im Reichstag prophezeit.

Am Mittwoch, den 16. November 1938, kehrten die sterblichen Überreste des Botschaftsrats Ernst vom Rath heim ins Reich. In Düsseldorf wurde der Sarg des Diplomaten in der Rheinhalle aufgebahrt, ausgeschlagen mit schwarzem Tuch und nationalsozialistischer Fahne. Ganz vorne lag der große, einfache Laubkranz des Führers mit einem

nahm anschließend Platz in der ersten Reihe. Das Orchester spielte Beethovens „Eroica“. Als zuständiger Minister hielt Ribbentrop die Trauerrede, die in dem Satz gipfelte: „Wir haben die Herausforderung verstanden und wissen, wie wir darauf antworten müssen“. Das war unmissverständlich formuliert, und jeder wusste, was gemeint war.

Was die deutschen Juden nach dem Attentat auf vom Rath erwartete, konnten sie bereits am 8. November 1938, als deutsche und französische Ärzte noch um das Leben des Diplomaten rangen, im Parteiorgan „Völkischer Beobachter“ lesen: „Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungstätten bevölkern und als (ausländische) Hausbesitzer das Geld deut-

scher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschließen“.

Die Weltöffentlichkeit war weitgehend gleichgültig

Die sogenannte Polen-Aktion vom Oktober 1938 war ein Paradigma für die nachfolgenden nationalsozialistischen Maßnahmen gegen die Juden. Sie war die erste große Deportationsmaßnahme NS-Deutschlands, die die Koordination von Polizei, Reichsbahn, Diplomatie und Finanzbehörden erforderte. Gleichzeitig lieferte die Vertreibung der Ostjuden im Jahre 1938 technische und administrative Erfahrungen für die späteren Deportationen. Sie war auch paradigmatisch in dem Sinn, dass Polen nicht gewillt war, das Grenzlager Zbaszyn aufzulösen, was Deutschland zum Anlass nahm, eine andere Nation, nämlich Polen, mitverantwortlich für seine Judenpolitik zu machen. Dazu kam, dass die internationale Öffentlichkeit – wie auf der wenige Monate zuvor ergebnislos verlaufenen Flüchtlingskonferenz in Évian geschehen – den bedrohten Juden gleichgültig gegenüberstand.

Auf dem Sammelplatz der Polizeidienststelle am Sophie-Charlotte-Platz mussten am 28. Oktober 1938 Hunderte von Juden, die, wie er, polnische Staatsangehörige waren, warten. Jetzt begriff Marcel Reich, dass seine Vermutung falsch gewesen war – tatsächlich hatte niemand ihn verleumdet. Er gehörte einer Gruppe an, die zur Deportation verurteilt war, zu den Juden, zur Gruppe der Ostjuden. Tags darauf brachte man ihn – und alle anderen Festgehaltenen – zu einem Nebengleis des Schlesischen Bahnhofs in Berlin, wo ein langer Zug wartete. Die Fahrt ging Richtung Osten, zur polnischen Grenze.

Was sollte er mit seiner armseligen Aktentasche und dem Balzac-Roman in einem fremden Land machen, fragte sich Marcel Reich, ein Land, dessen Sprache er zwar verstand, doch nur mühselig sprechen konnte? Doch da war noch etwas, was er auf die Reise mitgenommen hatte und dass ihm niemand nehmen konnte: Er hatte aus dem Land, aus dem er nun vertrieben war, die Sprache mitgenommen, die deutsche, und die Literatur, die deutsche. Die deutsche Literatur war ihm stets das portative Vaterland geblieben. So war Marcel Reich, der später ein „Ranicki“ an seinen Namen fügte, gegen seinen Willen nach Polen gekommen, in sein Geburtsland, das nun sein Exil wurde. Ein Schicksal, das er mit weiteren 17.000 Leidensgenossen fortan teilte.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in

„Mojsches und Abrahams wollen unsere Plätze einnehmen.“

Antisemitische Säuberungen in der Wirtschaft der UdSSR

Von Iossif Telmann

Nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus ging das Drama der Juden nicht zu Ende. Ja, das Schlimmste lag hinter ihnen – und dennoch brachten die Nachkriegsjahre dem jüdischen Volk neues Leid, ausgerechnet und vor allem den Juden in der Sowjetunion, in dem Land also, das den entscheidenden Beitrag zum Sieg über Hitler-Deutschland geleistet hat. Der Antisemitismus, dort auch schon früher präsent, wurde nun zur Staatsdoktrin. Die Judenverfolgung schloss alle Bereiche ein. Auch in Großbetrieben wurden Säuberungen durchgeführt, in erster Linie in den Chefetagen.

Vor dem Krieg und insbesondere während des Krieges hatten viele Juden Direktoren-Posten zahlreicher Militärbetriebe inne; ihre Leistungen wurden mit hohen Auszeichnungen honoriert. Nach dem Krieg begann man sie zu vertreiben, nicht selten bekamen inkompetente Menschen die freigewordenen Posten, die nur einen einzigen Vorteil vorweisen konnten: Den tadellosen sogenannten „fünften Punkt“ (im sowjetischen Pass stand unter der Nr. 5 – nach dem Namen, Geburtsdatum etc. – der Vermerk „Nationalität“; wohl gemerkt keine religiöse Zugehörigkeit, denn die Ausübung einer Religion war strafbar. So wussten die Behörden genau, wann sie es mit einem Juden zu tun hatten, auch dann, wenn man dies nicht dem Namen entnehmen konnte, – Anm. d. Übers.). Dabei betrafen die Säuberungsaktionen nicht nur Juden in höheren Positionen, sondern auch jüdische Ingenieure und Techniker. Juden wurden nicht mehr eingestellt, oft nicht mal mehr als Hilfsarbeiter. Man muss betonen, dass die Säuberungsaktionen von den Parteifunktionären der Kommunistischen Partei – unter aktiver Beteiligung der Sicherheitsbehörden – geleitet wurden. Als Paradebeispiel dazu dient die Geschichte des größten Autoherstellers, der Stalinwerke (SIS).

Verhängnisvolle Freude über Israel in den Stalinwerken

Die Moskauer Stalinwerke leitete Iwan Lichatschow. Selbst Russe, hatte er zahlreiche jüdische Ingenieure unter sich, auch in leitenden Positionen. Das waren hochqualifizierte Spezialisten, die sich in jahrelanger Arbeit bewährt hatten. Als gebildete Menschen frönten sie der jüdischen Kultur, besuchten beispielsweise Aufführungen des Jüdischen Theaters von Solomon Michoels, zu dessen Beisetzung nach dem gewaltsamen Tod 1948 Juden der SIS eine Delegation schickten.

Im Mai 1948 schickte eine Gruppe von SIS-Juden – Ingenieure und Arbeiter – an das Jüdische Antifaschistische Komitee ein Telegramm folgenden Inhalts: „Aus tiefstem Herzen begrüßen wir die Gründung des Staates Israel. Das jüdische Volk hat, wie alle anderen Völker, das volle Recht auf unabhängige, freie Entwicklung.“ Solche Aktionen organisierte der stellvertretende Direktor der Stalinwerke, Aron Ejdinow, dessen Beziehung zum Direktor Iwan Lichatschow vertrauensvoll und freundschaftlich war. Natürlich redeten jüdische Kollegen über verschiedene jüdische Themen miteinander, es wurde Freude bezüglich der Gründung des Staates Israel geäußert. Denunzian-



Isak Salzman

ten gab es reichlich; derartige Gespräche wurden registriert und an das Ministerium für Sicherheit – MGB, Vorläufer des KGB – weitergegeben.

Der damalige Minister für Sicherheit, Abakumow, schickte einen Bericht über die Vorherrschaft der Juden in den Stalinwerken und über die hohe Aktivität der Zionisten nach „ganz oben“ (Allein der Begriff „Zionist“ war äußerst negativ besetzt; ein Zionist wurde mit einem Staatsfeind gleichgesetzt, – Anm. d. Übers.). Des Weiteren schlug der Minister drastische Strafmaßnahmen vor. Stalins Antwort kam unverzüglich: Es war ein Befehl einzugreifen.

Hinrichtung der jüdischen Gefangenen

Als Erster wurde am 18. März 1950 Aron Eidinow festgenommen. Innerhalb einiger Monate saßen 48 SIS-Mitarbeiter im Lubjanka-Gefängnis des MGB, darunter 42 Juden: Es waren der Produktionsleiter Mstislawski, der leitende Konstrukteur Fittermann, der Leiter der Produktions- und Versandabteilung Schmidt, der Leiter der Arbeits- und Gehaltsabteilung Lissowitsch uva. Sie wurden verhört und gefoltert. Aron Eidinow wurde am meisten gequält: Man hielt ihn für den Führer der Nationalisten; sein Urteil lautete: „Erschießung“. Ebenfalls wurden hingerichtet: Mstislawski, Schmidt, Perssin, Fittermann, Samorodnitski, Finkelstein, Kljatzkin, Blumkin. Alle anderen bekamen mehrjährige Haftstrafen.

Direktor Iwan Lichatschow wurde ins Büro des Ministerrates der UdSSR bestellt. Er wurde beschuldigt, sich mit Juden umgeben zu haben, sie zu protegierten, zu bevorzugen und somit die Entstehung einer schädlichen nationalistischen Organisation zu begünstigen. Lichatschow hörte dies alles und verlor das Bewusstsein; später brachte man ihn nach Hause. Ihm wurde lediglich gekündigt, so kam er mit einem blauen Auge davon.

Die SIS-Ereignisse wurden zu einer Art Signal: Die Judenverfolgung in der Wirtschaft nahm ihren Lauf. Der Historiker Kostyrtschenko schreibt, Stalin habe dafür die gesamte Automobilindustrie „auserkoren“, denn sie diene zu der Zeit als Symbol des wirtschaftlichen und technologischen Fortschritts; dies sollte

den Juden eine Lehre und ein Beispiel der neuen Personalpolitik sein.

Dem Direktor der Moskauer Kleinwagenfabrik Baranow wurde gekündigt und sein Fall als Schande bezeichnet: Sein Vergehen war, seit 1919 seine Nationalität „unterschlagen“ und sich „gesetzwidrig“ Alexej Michajlowitsch (was einwandfrei russisch klingt, – Anm. d. Übers.) statt Abram Mojssejewitsch genannt zu haben. Gleichzeitig wurden aus dieser Fabrik mehrere Juden entlassen, die aus ihrer Herkunft keinen Hehl machten. Genauso ist es dem Direktor der Leningrader Vergaser-Fabrik, Aron Okunj, ergangen. In der Ersten Lagerfabrik – einem führenden Unternehmen der Automobil- und Traktorindustrie – wurden im Zuge einer Säuberungsaktion zunächst alle Juden, und danach auch der Direktor Sukow entlassen. Im März 1950 kündigte man dem Chefingenieur des Jaroslawer Automobilwerks, Liwschitz. Der Grund: 1945, als er nach Jaroslawl gekommen war, brachte er von dem Uljanowsker Automobilwerk eine Reihe jüdischer hochqualifizierter Mitarbeiter mit, die angeblich der „nationalistisch-trotzkistischen Gruppe“ angehörten. Liwschitz und seine Spezialisten wurden verhaftet; in Uljanowsk verhaftete die örtliche Abteilung des MGB zehn Mitarbeiter des Automobilwerks – allesamt Juden – für „deren nationalistische Tätigkeit“.

Der denunzierte Isak Salzman

Der Direktor des Kirow-Traktorenwerks in Tscheljabinsk Isak Salzman war ein im ganzen Land bekannter Produktionsorganisator. Während des Krieges bekleidete er den hohen Posten des Volkskommissars der Panzerindustrie; sogar Stalin mochte ihn. Der Leiter des Parteikomitees vom Kirow-Werk, A. Zwerew, war ein typischer Parteifunktionär und glühender Antisemit. Als er merkte, dass seine Versuche, dem Direktor Befehle zu erteilen, erfolglos blieben, schrieb er einen Brief an Stalin, in dem er Salzman einen inakzeptablen Führungsstil vorwarf und ihn beschuldigte, das Parteikomitee zu ignorieren. Nach einigem Zögern wurde eine Untersuchungskommission gebildet. Im Juni 1949 bestellte man Salzman zu einer Sitzung der Kommission; einer der Parteifunktionäre verkündete: „Die Partei hat in den Genossen Salzman ihr Vertrauen gesetzt, ihm einen hohen Posten anvertraut, er aber hat dieses Vertrauen verspielt. Wir haben jede Menge seiner fehlerhaften Entscheidungen entdeckt, Genosse Salzman muss dafür die Verantwortung tragen.“ Und weil Isak Salzman vor dem Krieg die berühmte Kirow-Fabrik in Leningrad leitete und viele führenden Personen in der Leningrader Parteiorganisation sowie aus der Wirtschaft kannte, sagte man zu ihm ungeniert, er solle doch eine entsprechende Notiz verfassen, wer an welchen verbrecherischen Aktivitäten beteiligt war – es war die Zeit der „Leningrader Affäre“ (die aus innenparteilichen Machtkämpfen heraus konstruierte Affäre, die bei der Leningrader Führung Köpfe rollen ließ; es gab mehrere Gerichtsverfahren, bei denen den

unliebsamen Personalien unterstellt wurde, verräterische staatsfeindliche Aktivitäten zu planen und staatliche Mittel verschwendet zu haben. Unter Drohungen gegen ihre Familien haben die Angeklagten alles von den Untersuchungsrichtern Vorgeworfene unterschrieben, – Anm. d. Übers.). Zu Ehren von Isak Salzman muss man sagen, dass er Mut bewiesen hat und sich weigerte, jemanden anzuschwärzen.

Die Repressionen ließen nicht auf sich warten. Umgehend wurde ein Bericht über „antiparteiliches Verhalten“ Salzmanns an Stalin geschickt; nicht vergessen wurde auch seine Herkunft, dabei wurde betont, dass Salzman bei der Suche nach neuen qualifizierten Kräften „seine Leute“ bevorzugte. Ein Beschluss des Politbüros, unterschrieben von Stalin, wurde erlassen: Als Direktor darf Salzman nicht mehr beschäftigt werden. Sein Schicksal entschied Stalin selbst. Er soll gefragt haben: „Wie hat Salzman angefangen?“ „Als Vorarbeiter.“ „Na dann soll er doch wieder Vorarbeiter werden, und gut ist.“

Isak Mojssejewitsch Salzman hatte also noch Glück. Später meinte er, nur deshalb dem Tod entkommen zu sein, weil er seinerzeit dem Genossen Stalin ein Geschenk überreichte – Schreibzubehör in Form eines Panzers und Artillerie, das Stalin sehr mochte. Möglicherweise rettete dieses Geschenk Salzman das Leben.

„Wann wird sich Russland von den Juden befreien?“

Intensive Säuberungsaktionen liefen zu dieser Zeit ebenfalls in Produktionsmanagementstrukturen – Ministerien, Verbänden etc.; die Rolle der Gesellschaft darf dabei nicht unterschätzt werden. „Das Volk“, d. h. Antisemiten aus allen Gesellschaftsschichten, inspiriert von bereits gelaufenen und ganz offensichtlich gegen Juden gerichteten Säuberungen, Verhaftungen und Gerichtsverhandlungen, forderten „strengere Maßnahmen“. So schrieb in einem anonymen Brief ans Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine Gruppe der (wie sie sich selbst nannten) „parteilosen Bolschewiken“ vom Ural-Automobilwerk: „Der Sozialismus ist in Gefahr, da alle Führungspositionen von Juden besetzt sind, und diese richten ihre Blicke auf die Wallstreet und werden uns im zukünftigen Kampf gegen den Imperialismus verkaufen. Das Volk erzürnt sich. [...] Wann wird sich Russland von den Juden befreien?“

Ein entsprechendes Signal wurde gegeben und aus dem Ural-Automobilwerk wurden die Führungskräfte Zak, Ganelin, Geller und andere entlassen.

Eine große Säuberungsaktion führte man auch im Ministerium der Traktorindustrie durch; der Großteil der jüdischen Mitarbeiter verlor ihre Arbeit, darunter der stellvertretende Minister Kogan; einige wurden verhaftet.

Im Mai 1950 erließ das Politbüro den Beschluss „Über die Mängel und Fehler bei der Arbeit mit dem Personal im Ministerium der Automobil- und Traktorindustrie“, wo die Führung beschuldigt wurde, bei der Personalpolitik vollkommen gescheitert zu sein. Allerdings war das noch nicht alles. Auf Stalins Anwei-

sung hin verschickte das Sekretariat des KP-Zentralkomitees an alle Parteizentralen des Landes eine geheime Direktive über die Personalpolitik der Partei. Interessant ist, dass Stalin die erste Version des Dokuments nicht unterschrieben hat: Sie war von der Propaganda-Abteilung unverblümt antisemitisch formuliert; man benannte alles beim Namen. Im überarbeiteten Text hingegen wurden Juden zwar gar nicht erwähnt, dafür aber impliziert die Direktive für alle Parteifunktionäre unmissverständlich, was sie zu tun hätten.

Den größten Säuberungsaktionen unterlag die Militär- und Luftfahrtindustrie, den Anfang nahm die Moskauer Flugzeugfabrik Nr. 339: Der Direktor, I. Steinberg, wurde verhaftet und der Spionage beschuldigt; er wurde brutal gefoltert. Alle Juden der Fabrik verloren ihre Stellen.

Auch in der Wiege der sowjetischen Luftfahrtindustrie wüteten Säuberungen – im Zentralen Aerohydrodynamischen Institut. Dorthin wurde eine Untersuchungskommission des Zentralkomitees entsandt, deren Schlüsse wie folgt lauteten:

„Eine ganze Reihe der wichtigsten Abteilungen ist von Leuten besetzt, die aus politischer Sicht ausgetauscht werden sollten. Diese Personalien sind von Menschen einer Nationalität umgeben; sie verhelfen einander führende Positionen zu erlangen.“

An das KP-Zentralkomitee wurde eine

Liste mit knapp 60 Namen solcher „zum Austausch“ auserkorenen Mitarbeiter des Instituts geschickt: Es versteht sich von selbst, dass es sich hierbei um Juden handelte. Als erstes wurden diejenigen verbannt, die Verwandte im Ausland, insbesondere in den USA, hatten.

Derartige Listen wurden auch in anderen Forschungsinstituten der Branche erstellt. 18 Personen wurden aus dem Institut für Flugzeugmaterialien ausgeschlossen, darunter Laborleiter und erfahrene Spezialisten. Aus dem Forschungsinstitut für Strahlflugzeuge wurden alle Juden einschließlich des stellvertretenden Leiters des Instituts für Wissenschaft, G. Abramowitsch, entlassen.

In diesem Artikel wurden nur zwei Industriezweige – die Automobil- und die Luftfahrtindustrie – als Beispiele vorgebracht, um zu zeigen, wie der Frontalangriff auf die Juden verlief, insbesondere auf diejenigen, die Anerkennung erlangten und Führungspositionen innehatten. Aber der Prozess der Vertreibung der Juden wurde überall eingeleitet. Juden wurden nicht nur von führenden, sondern oft auch von den gewöhnlichsten und unauffälligsten Posten entlassen und nur deshalb, weil sie Juden waren.

In den späten 1940er Jahren waren die Direktoren großer Artilleriefabriken, die während der Kriegszeit mit den höchsten Ehrungen ausgezeichnet wurden, arbeitslos: Bychowski, Fradkin, Chasnow, Olewski und viele andere. Das

Rüstungsministerium verlassen mussten praktisch alle, deren „fünfter Punkt“ nicht in die sowjetische Ordnung passte.

Der stellvertretende Leiter der Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees, Professor (!) Fjodor Golowentschenko, formulierte auf einer Parteiversammlung das, was vielen durch den Kopf ging: „Wir sagen es einfach, in unserer Arbeiter-Sprache: Irgendwelche daher gelaufenen Mojsches und Abrams wollen unsere Plätze einnehmen!“ Damit war allerdings die Karriere des Professors beendet: Stalin befahl, ihn aus dem Zentralkomitee auszuschließen.

Das Jüdisch-sein durfte als offizieller Kündigungsgrund nie genannt werden.

Der Prozess der Verdrängung der Juden verlief in allen Wirtschaftszweigen. Dabei wollte man trotz alledem die Sowjetunion nicht dem Dritten Reich gleichsetzen: Der „fünfte Punkt“ – das Jüdisch-sein – durfte als offizieller Kündigungsgrund nie genannt werden. Laut Anweisungen hieß es „erbringt ungenügende Leistungen“, ebenso „hat Verwandte im Ausland“ war ein legitimer Entlassungsgrund; sich bloß nicht auf die jüdische Herkunft beziehen... Wenn es sich jemand von der Führungsebene doch einmal erlaubte, offen zu handeln, ohne heuchlerische Formulierungen, wurde das als eine Provokation angesehen und ein solcher „Provokateur“ musste selbst gehen.

Es gab genug Juden, die ernsthaft glaubten, Stalin wisse nicht von Säube-

rungen, war doch der „große Führer des sowjetischen Volkes“ in der Kunst der Demagogie ein Virtuose. Währenddessen wurde der Kampf gegen die Juden auf seinen Befehl hin unermüdlich fortgeführt.

Ein großer Anteil aller erwerbsfähigen Juden war im Bereich der Produktion materieller Güter beschäftigt. Einmal aus diesem Bereich entlassen, verloren sie alles. Ein plötzlich arbeitslos gewordener hochqualifizierter Spezialist jüdischer Herkunft hatte nahezu keine Chance, selbst als Vorarbeiter angestellt zu werden. Derjenige, dem es gelang, welche Stelle auch immer zu bekommen, konnte sich glücklich schätzen: Man musste überleben, selbst in dieser Zeit des Stalin-Regimes.

Auch nach Stalins Tod im März 1953 ist der Antisemitismus nicht verschwunden. Die Tauwetter-Periode, der 20. Parteitag und Chruschtschows geheime Rede „Über den Personenkult und seine Folgen“ waren vielmehr eine Ausnahme in der sowjetischen Geschichte. In der Zeit Stalins ergriff Nikita Chruschtschow in Sachen Säuberung nicht selten die Initiative; er war Organisator der Judenverfolgung in der Ukraine, in den Betrieben in Moskau und im Moskauer Gebiet und leistete insgesamt einen großen Beitrag zur Politik des staatlichen Antisemitismus in der Sowjetunion.

Übersetzung aus dem Russischen:
Irina Korotkina

Der authentische jiddische Humor der Orthodoxen

Die Fernsehserie „Shtisel“ aus Israel kommt ohne Klezmer-Klischees und ohne Verurteilung der Orthodoxie aus. Gespräche zwischen orthodoxen Juden in authentischem Jiddisch zeigen dem Publikum wie sich realer, scharfzüngiger jüdischer Humor tatsächlich anhört.

Von Simone Schermann

Auf einer Parkbank schimpfen sie über schmutzige Badezimmer in der Lobby des Altersheimes. „Hast du deshalb geweint?“, fragt Großmutter Shtisel Rebbezin Eblich. „Hast du mich jemals weinen gesehen? Ich habe nicht einmal geweint, als mein Mann den Löffel abgegeben hat“, antwortet Eblich bissig.

Es darf laut gelacht werden, über jüdisch-orthodoxe Weisheiten und über das Leben. Frauen und Männer haben zwar zugewiesene Rollen, nichts hindert sie jedoch daran, sich über alles zu amüsieren, auch über tote Ehemänner.

Über Akiwa Shtisels Interesse an der zweifachen Witwe Elisheva ist der Heiratsvermittler entsetzt: „Sie ist wie ein eingefrorenes, aufgetautes und aufgewärmtes Schnitzel. Eingefroren, aufgetaut und in der Mikrowelle aufgewärmt. Serviert auf einem Pappeller“, so Kegnigsberg.

Mit „Shtisel“ ist Ori Elon und Yehonatan Indursky ein einfühlsam-humorvoller Einblick in das ultra-orthodoxe Judentum gelungen. Die Serie kommt auf leisen Sohlen daher, ohne jegliche Action oder Anzüglichkeiten aus und ist dennoch ein Publikumserfolg des Streaming-Dienstes Netflix, von dem schon bald eine dritte Staffel folgen wird.

Es ist ein Glücksfall, dass die Serie deutsch untertitelt ist, was dazu beiträgt, die Lebenswelt ultra-orthodoxer Juden authentisch abzubilden, da ein ständiger Wechsel von Jiddisch zu Hebräisch stattfindet. Ein Ohrenschaus für Kenner beider Sprachen und für jene, die es werden wollen. Dem synchronisationsverwöhnten deutschen Zuschauer wird zwar Einiges abverlangt, doch mit der Konzentration auf dieses Wechselspiel ungewohnter Sprachen taucht man in

die Welt der strenggläubigen Juden Jerusalems ein.

Der Thora- und Talmudlehrer Shulem Shtisel (der Vater von Akiwa) liebt seine Kinder. Giti, die von ihrem Mann kurzzeitig wegen einer Schickse verlassen wurde, versucht er zu trösten, wie ein Vater eine kleine Tochter tröstet: er schneidet Grimassen. Die Menschlichkeit hinter dieser Szene ist ergreifend, weiß doch der Zuschauer, dass Shulem nichts vom Seitensprung des Schwiegersohnes ahnt, da Giti alles für sich behält, woran sie innerlich zu zerbrechen droht.

Detailliert ausgearbeitete Figuren

Orthodoxe Juden werden mitnichten als eine amorphe, schwarze Masse dargestellt, in der das Individuum nichts zählt. Die Figuren sind feinsinnig, liebevoll und detailliert ausgearbeitet. Die Alltagsthemen sind nur allzu menschlich, sie handeln von unglücklicher Liebe, verpassten Chancen, Verletzungen, zu hohen Eigenerwartungen und neuen Lebensentwürfen. Wie im wahren Leben.

Nur, dass hier das wahre Leben durch religiöse Ge- und Verbote festgelegt ist. Ehen werden arrangiert und erfordern die Zustimmung der Eltern. Beim Kennenlernen sind Eltern und der Rest der Sippschaft anwesend. Man feiert mit Kuchen eine bevorstehende Verbindung, aber der potentielle Bräutigam muss der Braut auch gefallen.

Shulem Shtisel ist Witwer. Mit seinem jüngsten Sohn Akiwa, liebevoll Kive genannt, lebt er ein fast symbiotisches Leben in einer kleinen Wohnung. Ihre Lebensweise ist einfach und bescheiden. Aus den deutschen Wohnzimmern blicken die Zuschauer in einen bislang eher verborgenen Part des Judentums, abseits von Politik und Nahostkonflikt.

Man begegnet sympathischen Menschen, deren Anziehung sich das Publikum kaum entziehen kann.

Wenn da nur Akiwas „Defekt“ nicht wäre, der der eigentliche Plot der Geschichte ist. Akiwas sogenannter Defekt ist seine verträumte Art, die auf seine Umgebung wunderbar wirkt. Er hängt mit seinen Kumpels Pinchik und Farshlufen herum, und ist obendrein auch noch Künstler. Malen und Zeichnen sind seine Bestimmung. Er sei nicht „ernsthaft“, wie ihm Cousine Libbie zu seiner Verwunderung attestiert, und mit 27 Jahren längst im heiratsfähigen Alter. Als Kive sich in die gleich zweifache Witwe Elisheva verliebt, sind alle potentiellen Brauteltern nicht einverstanden. Shulem lehrt seinen Sohn: „Du musst wissen, wann du den Verstand und wann du das Herz einsetzen musst.“

Selbst Elisheva will die Verbindung nicht so recht. Behutsam wird dem Zuschauer in einem intimen Moment der Grund verraten, als sie vor Akiwa ihre Perücke abnimmt, sehen wir erste graue Haare. Sie ist älter und hat mit bereits zwei Ehen schon etwas hinter sich. Mit Akiwa will sie zusammenleben, aber gleich heiraten? Auch das ultra-orthodoxe Leben erfährt Brüche.

Nach Akiwas erster Entlobung, steigen seine Chancen für eine Verbindung mit Elisheva enorm. Einer Heiratsvermittlerin erklärt Shulem, sein Sohn sei „defekt und braucht eine defekte Frau.“ Natürlich habe er anfangs eine „normale Frau“ für seinen Sohn gewollt, aber jetzt, wo sein Ruf ruiniert ist und er nur zweitklassige Ware ist – warum nicht?

Akiwa sitzt gerne draußen auf dem Balkon des etwas heruntergekommenen Wohnblocks und beobachtet Menschen. Vater und Sohn rauchen viel und das gemeinsame Essen als wiederkehrendes

Motiv betont ihre innige Vertrautheit, während sie Weißbrot und israelischen Salat essen.

Korsett oder doch eher Herzensruhe?

Das Shtisel-Publikum blickt in eine Welt, in der kein Bissen gegessen und kein Schluck getrunken wird ohne dem Allmächtigen dafür ein Dankgebet zu sprechen.

Wir sehen keine verklärten Geschichten à la Scholem Alejchem oder Chagall, die ein vergeistigtes Leben beschreiben, wo man Schabbat-Lichter anzündet, und arm aber fröhlich ist. Zum Duschen muss der Boiler rechtzeitig angeschmissen werden und Liebe ist, dem Ehepartner die Butter rechtzeitig aus dem Kühlschrank zu holen, damit sie nicht zu hart ist.

Hitzig diskutiert man in Jiddisch, jener klangvollen und wortmächtigen Sprache der Ostjuden, die sich hervorragend eignet, Dinge auch im Leisen pointiert auszudrücken. Sie ist aber die Sprache der älteren Generation. Spricht Shulem vom Essen und verwendet dabei wortgewaltig und schnalzend Worte wie Geschmack oder die Allzweckwaffe Nunu, wird die Nähe des aschkenasischen Jiddisch zum deutschen Sprache dem Publikum allgegenwärtig.

In Corona-Zeiten ist Shtisel Israelfreunden zum Israelersatz geworden. Man wird schnell zum Wiederholungstäter, denn die Serie hat Suchtpotential. Mit jedem Kameranäherung kann man die Atmosphäre Jerusalems in sich aufsaugen, bekommt Appetit auf Tomaten-Gurkensalat und meint den Duft von Hühnersuppe zu riechen.

Wer erfahren will, was mit Männern geschah, die das aufgetaute Schnitzel aßen, dem sei Shtisel ab Staffel eins wärmstens empfohlen.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

11
10/10/1905



Jüdische Rundschau

Abonnementspreis
(Zusendung Inbegriffen) vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zelle oder deren Raum 25 Pfennig.

☆ Organ ☆
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland

Adresse für Gesandungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. O. m. b. H., Berlin N. W., Auguststr. 49a.
Geschäftstun. en der Expedition: täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion:
Berlin N. W. 52, Melanchthearstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 40
Berlin, 7. Tischri 5666 — 6. Oktober 1905
X. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das Jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

<p>Einmal im Jahre . . . Von Dr. Heinrich Loewe</p> <p>Mitteilung Zur Pressfrage Von Tubal</p> <p>Der Zionismus und die gegenwärtige Judennot Von Dr. Hans Mühsam</p> <p>Zwei Erklärungen Bezael Vom VII. Zionistenkongress Von Elise Gutmann</p>	<p>Aus der Bewegung Eberswalde. Hamburg. Schönlanke.</p> <p>Rundschau Aus Russland Zuckerwucherer und Antisemit Eine Antisemitische Grösse Jüdische Stiftungen Raschi-Preisausschreiben Vom Dreschgrafen Der „Viehjuden“-Hauptmann Anstalt für jüdische Schwachsinnige Kleine Mitteilungen Rundschau der Presse</p> <p>Nationalfond</p>
---	---

Literaturblatt No. 15

<p>Der Ewige Jude Von Dr. Heinrich Loewe</p> <p>Ein Zionistisches Sammelwerk in polnischer Sprache Von Dr. S. Poznanski</p>	<p>Notizen Hebraica der Frankfurter Stadtbibliothek</p> <p>Literaturbericht</p>
---	---

Gratuliert mit

Zentral-Sammelstelle für Materialien
Frau Dr. Margarete Joel,
Lübeck, Beckergrube 58

Nationalfond-Zentrale f. Deutschland
Max Wollsteiner,
Berlin N. W. 23, Holsteiner Ufer 10

Nationalfond-Depeschen!

Die Freude des achten Tages

Warum Schmini Atzeret gefeiert wird und welche innere Verbindung dieses Fest mit Simchat Tora hat

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Ein israelischer Bekannter von mir pflegt in seiner Rede an Schmini Atzeret folgenden Witz zu erzählen: „Kinder in jüdischen Kitas basteln zu jedem jüdischen Fest etwas: Seder-Keara für Pessach, den Berg Sinai für Schawuot, einen Schofar für Rosch Haschana und eine Laubhütte für Sukkot. Was haben eure Kinder für euch zu Schmini Atzeret gebastelt?“

Dieser Witz kommt immer gut an, weil die Eltern dabei verlegen lachen müssen. Und tatsächlich werden wir zu diesem Fest von unseren Kindern wohl niemals etwas gebastelt bekommen. Und das nicht ohne Grund: Wenn man jemanden fragt, wofür Schmini Atzeret steht, würden sogar diejenigen, die sich im Judentum auskennen, nicht sofort eine Antwort parat haben.

Tatsächlich ist es nicht so einfach, die Bedeutung und den Sinn dieses Jom Tovs zu verstehen, wenn man allein den Text der Tora betrachtet. Denn er wird auf eine sehr „diskrete“ Weise beschrieben. Alle unsere Feiertage werden an mehreren Stellen in der Tora erwähnt, mit einer Ausnahme: Schmini Atzeret. Es ist nicht nur so, dass dieses Fest nur zwei Mal in der ganzen Tora erwähnt wird, sondern dass die Beschreibung des Festes ausgerechnet im Wochenabschnitt „Pinchas“ steht, wo die zu den Feiertagen zugehörigen Opfer aufgelistet sind!

Die ganze Beschreibung von Schmini Atzeret besteht aus insgesamt vier Versen. Zu den drei Versen, die Tier- und Wein-Opfer beschreiben, gibt es nur einen anleitenden Vers: „Am achten Tage sollt ihr Festversammlung haben, keine Arbeitsverrichtung sollt ihr tun“. Und das war's eigentlich. Keine Begründung für das Feiern, keine dazugehörigen Gebote (wie zum Beispiel Matza an Pessach oder Laubhütte zu Sukkot). Es fehlt jegliche erklärende Information.

Der Achte oder der Einzige?

Schon der Name des Festes gibt uns das Rätsel auf. „Schmini Atzeret“ – „die Versammlung am achten Tag“. Am achten Tag vom was? Das vorangegangene Fest „Sukkot“ dauert insgesamt sieben Tage, deshalb sollte alles, was nach diesen sieben Tagen passiert, mit Sukkot nichts mehr zu tun haben. Jedoch deutet der Ausdruck „am achten Tag“ daraufhin, dass Schmini Atzeret doch eine Verbindung zu Sukkot besitzt. Trotzdem ist diese „Versammlung am achten Tag“ laut dem jüdischen Gesetz (Halacha) ein eigenständiger Feiertag und wird bei Eingang mit dem gleichem Kiddusch geheiligt wie alle anderen Feste.

Außerdem stellt sich die Frage, warum Schmini Atzeret unmittelbar nach Sukkot beginnt! Zwischen Pessach und Schawuot liegen 49 Tage, Sukkot wird mehr als vier Monate nach Schawuot gefeiert und nach Sukkot warten wir ganze sechs Monate auf den nächsten Jom Tov Pessach. Wozu soll dann gleich nach dem eine Woche dauernden Sukkot noch ein Fest gefeiert werden?

Um diese Fragen zu beantworten und verborgene Weisheiten zu finden, sind wir auf die Unterstützung von unseren Weisen angewiesen. Nur sie, basierend auf mündlicher Überlieferung, können uns den Schlüssel zum Verständnis geben.



Seit dem 14. Jahrhundert wird an Simchat Tora die Vorlesung der Tora, der fünf Bücher Moses, beendet und sogleich wieder mit dem ersten Abschnitt des ersten Buches von neuem begonnen.

Vielsagender Stier

Wie so oft in unserem Alltag, muss man das Kleingedruckte betrachten, um die nötige Information zu bemerken. Der große Tora-Kommentator Raschi (Rabbi Schlomo ben Jitzchak, 1040-1105) bringt zur Erklärung eine Stelle aus dem talmudischen Traktat „Sukka“, wo die Rabbonim uns auf die Opferungen dieses Tages aufmerksam machen: „Und ihr sollt als Ganzopfer darbringen, eine Feuergabe zum Wohlgeruch für HaSchem, einen Stier, einen Widder, sieben einjährige Schafe ohne Fehl“.

Dieser eine Stier unterscheidet sich deutlich von vielen Stieren, die während des Sukkot-Festes dargebracht werden sollten. Am ersten Tag von Sukkot sollten dreizehn Stiere als Ganzopfer dargebracht werden, am zweiten Tag zwölf und so weiter – jeden Tag einen Stier weniger. Auf diese Weise werden während des sieben Tagen von Sukkot 70 Stiere als Ganzopfer dargebracht.

Im Talmud wird erklärt, dass die sieben Stiere von Sukkot für das Wohl der sieben Grundvölker geopfert wurden. Der einzige Stier an Schmini Atzeret wurde für das jüdische Volk dargebracht. Unsere Weisen illustrieren es mit folgendem Gleichnis: Ein König hat ein großes mehrtätiges Festmahl veranstaltet, zu welchem viele Gäste von nah und fern eingeladen wurden. Nachdem das Festmahl beendet war, kam der König zu seinem Freund und bat ihn noch für einen Tag zu bleiben, damit sie in Ruhe zusammen Zeit verbringen können.

Das ist die Bedeutung eines Tages von Schmini Atzeret: Nach großer und ausufernder Freude des siebentätigen Sukkot-Festes, an dem alle Völker der Erde bedacht wurden, möchte G'tt, dass Er und Sein Volk ein Tag zusammen verbringen, weil die Verabschiedung nach aufregenden Feiertagen so schwer fällt.

Die übernatürliche Acht

Jedoch genügt uns diese Erklärung aus dem Talmud nicht ganz. Auch wenn wir daraus lesen können, warum dieser Feiertag gleich nach Sukkot gefeiert wird, bleibt noch eine spannende Frage

im Raum. Unsere Weisen verbanden Schmini Atzeret mit dem Beenden des jährlichen Tora-Zyklus, der als „Simchat Tora“ groß gefeiert wird und dank uferloser Freude mit Purim konkurrieren kann. In Israel, wo Schmini Atzeret nur einen Tag dauert, wird die Simchat Tora am gleichen Tag begangen, in der Diaspora, wo die Chagim verdoppelt werden, wird bei der Freude der Tora am 2. Tag von Schmini Atzeret getanzt.

Doch warum soll die Tora ausgerechnet an Schmini Atzeret gefeiert werden? Wäre es nicht logischer, Simchat Tora an Schawuot zu feiern, an dem Tag, an dem G'tt dem jüdischen Volk Seine wertvolle Tora gegeben hat? Was hat also unsere Weisen veranlasst, diese zwei scheinbar verschiedenen Ereignisse zu verbinden?

Noch eine dazu passende Frage wäre, warum das Beenden des Tora-Zyklus so fröhlich gefeiert wird? Es wird viel leChaim getrunken und endlos getanzt. Beim „Sijum haDaf Jomi“, dem Beenden von ganzem Talmud, der viel seltener, einmal in 7,5 Jahren gefeiert wird, tanzt niemand mit dem Talmud und die Anwesenden trinken nicht flaschenweise Vodka. Beim Beenden des Talmudes sitzen alle geordnet nach Protokoll, es gibt weise Reden, also nicht zu vergleichen mit dem Beenden der Schriftlichen Tora an Simchat Tora! Und dabei sollte eigentlich Schmini Atzeret nach dem Gleichnis unserer Weisen ein „stillere Abschied“ vom „Freund“ (G'tt) sein...

Um diese Fragen zu beantworten, betrachten wir die kabbalistische Bedeutung der Zahlen im Judentum. Auch die Zahlen sind von G'tt erschaffen und können helfen, bestimmte Aspekte unseres Lebens besser zu verstehen.

Die Zahl „Sechs“ steht in der Kabbala für die Natur, für das Materielle. Wir haben in unserer Welt vier Windrichtungen, oben und unten, und diese sechs Richtungen machen unsere Natur aus. Da wir damit tagtäglich konfrontiert sind, können wir die Bedeutung von „Sechs“ gut nachvollziehen.

Die Zahl „Sieben“ steht für Heiligkeit in dieser Welt. Die besten Beispiele dafür sind Schabbat (der heilige Tag in der Woche) und Schmita – siebtes Jahr

(Brachjahr, heiliges Jahr in der Landwirtschaft). Auch wenn diese „Sieben“ abgesondert werden, bleiben sie immer noch ein Teil unseres Lebens. Bei authentischen Feiern von Schabbat können wir manchmal ein Hauch dieser Heiligkeit sogar spüren.

Die Zahl „Acht“ steht in der jüdischen Mystik für Übernatürliches, für etwas, was über dieser Welt ist. Nicht zufällig wird der ewige Bund mit G'tt bei jüdischen Jungen mit der Beschneidung am 8. Tag vollzogen. Diese „Abgehobenheit“ ist so weit von dieser Welt, dass dieses Konzept von „acht“ ganz schwer mit unseren Sinnen zu erfassen ist.

Sehnsucht nach „König“

Jetzt können wir die Verbindung von Schmini Atzeret mit Simchat Tora verstehen. Sukkot dauert sieben Tage und während dieser sieben erfüllten Tage können wir mit den spezifischen Geboten wie dem Sitzen in den Laubhütten, dem Hallel-Singen oder dem Schütteln von vier Arten, eine unglaubliche Nähe zu G'tt erreichen. Und dann kommt Schmini Atzeret, der achte Tag. Wie können wir die Bedeutung dieses Tages auch nur minimal erfassen, mit welchen Mittel steigern wir unsere schon ohnehin während der Hohen Feiertage und Sukkot erstarkte Spiritualität? Darauf gibt Rav Gitik eine wunderbare Antwort: Für unsere Weisen war absolut klar, dass es nur ein Hilfsmittel gibt – die Tora! Nur die unendliche und ewige Tora kann uns helfen, uns über die materiellen Grenzen dieser Welt zu erheben und eine ultimative Verbindung zu G'tt zu erreichen. Nur mit der Freude der Tora können wir das große Potenzial des außerordentlichen „achten Tages“ realisieren.

Ob uns der Schmini Atzeret gelungen ist, können wir leicht überprüfen: Wenn das Ende von Herbst-Feiertagen in uns die Sehnsucht nach unserem Freund „König“ hinterlässt und uns die „Verabschiedung“ tatsächlich schwerfällt, dann haben wir alles richtig gemacht.

Zuerst erschienen im Gemeindemagazin des Bundes traditioneller Juden (BtJ)

Dattelpalmen aus 2.000 Jahre alten Samen tragen erstmals Früchte

Sie zählen zu den ältesten Kernen, die jemals zum Keimen gebracht wurden: Israelischen Forscherinnen ist es gelungen, aus altertümlichen Dattelsamen Pflanzen zu ziehen. Nun verkosten sie die ersten Früchte. Es ist eine geschmackliche Reise 2.000 Jahre in die Vergangenheit.

(Israelnetz) Ein großer Forschungserfolg: Am Freitag haben israelische Wissenschaftler die ersten Datteln von Palmen verkostet, die sie aus 2.000 Jahre alten Kernen züchteten. Auf einem Hügel mit Blick auf die Jerusalemer Altstadt sprachen sie das Schehechejanu-Gebet zur Feier des besonderen Ereignisses und hielten die traditionelle jüdische Zeremonie zur Darbringung des Zehnten. Das Gebet „Der uns am Leben erhalten hat“ sprechen Juden unter anderem, wenn sie Früchte essen, die sie nur zu einer bestimmten Jahreszeit erhalten.

Seit 15 Jahren widmen sich Sarah Sallon vom Zentrum für Naturmedizinforschung der Hadassah-Universität und Elaine Solowey vom Zentrum für Nachhaltige Landwirtschaft des Arava-Instituts für Umweltforschung der Wiederbelebung der Judäischen Dattel. Als Grundlage dienen ihnen Kerne, die bei archäologischen Ausgrabungen entdeckt wurden. Von Dutzenden Fundstücken konnten bisher sieben zum Keimen gebracht werden. Die Pflanzen gedeihen in der Aravaseke.

Die etwa 100 geernteten Früchte stammen von einer Palme, der die Forscherinnen den Namen Hanna gaben. Sie keimte vor zehn Jahren. Bestäubt wurde sie mit Pollen von „Methusalem“, einer männlichen Palme, die vor 15 Jahren das Licht der Welt erblickte. Hanna wuchs aus einem Samen aus Qumran, einer Stätte am Toten Meer, an der auch

die Qumran-Rollen gefunden wurden. Methusalem spross aus einem Kern, der bei Ausgrabungen in Masada entdeckt wurde. Untersuchungen mit der Radiokarbon-Methode ergaben, dass beide Samen mehr als 2.000 Jahre alt sind.

Geschmack nah am Original

Die Dattelsorte erhielt den wissenschaftlichen Namen Phoenix Dactylifera. Im Altertum pries man sie insbesondere für ihre Größe, den süßen Geschmack und die Möglichkeit, sie lange einzulagern. Bei der Verkostung bescheinigten Experten ihr eine leicht trockene Konsistenz und einen Geschmack wie von Naturhonig. Form und Geschmack erinnern an die zeitgenössische Zahidi-Dattel, die als irakische Sorte gilt.

Laut Sallon dürfte der Geschmack der geernteten Früchte zwar nicht exakt, aber nahezu identisch mit dem der Datteln des Altertums sein. Damals benutzte man für deren Züchtung die besten Stecklinge der Bäume, nicht die Kerne. Allgemein gibt es zwei Gruppen von Dattelsorten: Eine östliche und eine westliche. Zur östlichen zählen Palmen, die auf dem Gebiet des alten Mesopotamiens und der arabischen Halbinsel wachsen, zur westlichen die aus Nordafrika. In Israel, wo die Handelsrouten ineinanderliefen, kamen beide zusammen.

Während die übrigen Zöglinge westliche Züge tragen, weisen die DNA von



Methusalem und Hanna eher östliche Merkmale auf. Sallons Theorie lautet: „Wir wissen aus dem Talmud, dass exilierte Juden in Babylonien Datteln züchteten. Es ist möglich, dass sie die Samen mitbrachten, als sie nach Zion zurückkehrten.“

Die Zeitung „New York Times“ berichtet von Witzeleien nach der Verkostung in Sallons Institut: Nun könne die neue alte Dattelsorte in Massenproduktion gehen. Vermarkten werde man sie als „die Dattel, die Jesus aß“ und die Einnahmen für weitere Forschung nutzen.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (030) 23 32 88 60 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift 

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.